



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„(E)Unity in Diversity.
Kultur, Politik, Wirtschaft – ein hegemonial-neoliberales Konzept?“

Verfasserin

Juno Regina Schwarz

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Dr. Stefan Brocza M.B.L.

Danksagung

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei meinen Eltern und Großeltern für die enorme Unterstützung, welche mir über viele Jahre hinweg zuteilwurde, bedanken. Besonders hervorzuheben ist mein Vater, Dr. Peter Schwarz, dessen Geist und Intellekt mich immer wieder aufs Neue zu inspirieren im Stande sind – selbst wenn oftmals aus bloßem Trotz.

Mein aufrichtigster Dank gilt meinem Betreuer Dr. Stefan Brocza, dessen Geduld, Offenheit und Expertise es mir ermöglicht haben, in die unterschiedlichsten Ideen und Konzepte einzutauchen und diese Arbeit nach meinen Vorstellungen zu verfassen.

Quidquid agis, prudenter agas et respice finem.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	5
Einleitung	7
Methoden und Aufbau.....	8
Zum Kulturbegriff.....	9
A. Theoretische Vorüberlegungen	11
1. Hegemonie.....	11
1.1. Antonio Gramsci.....	12
1.1.1. Ausgangspunkte Gramscis.....	13
1.1.2. Gesellschaftsbild.....	14
1.1.3. Hegemonie gepanzert mit Zwang.....	16
1.1.4. Intellektuelle und Partei.....	18
1.1.5. Revolutionstheorie.....	21
1.1.6. Zusammenfassung.....	23
1.2. Gramsci im inter-/transnationalen Kontext.....	24
1.2.1. Internationale Beziehungen und Neo-Gramscianismus.....	25
1.2.2. Robert W. Cox.....	28
1.2.3. Stephen Gill.....	34
1.2.4. Bedeutung von Cox und Gill.....	36
2. Gedanken zu einer „Europäischen Identität“.....	37
2.1. Europas Krise/n.....	37
2.1.1. Die Denkwahl 2005.....	39
2.2. Nationale Identität und/oder Europäische Identität.....	42
2.2.1. Das nationalstaatliche Konzept.....	42
2.2.2. Geschichte einer europäischen Identität.....	45
2.3. EU-Bürgerschaft.....	49
3. Wo endet Europa?	55
3.1. Das „andere“ Europa.....	56
3.1.1. Die „Völker“ und ihre „Kultur“.....	58
3.1.2. Religion & Zivilisation.....	59
3.1.3. Von der Osmanischen Fremdherrschaft zur Nationalistischen Wiedergeburt.....	62
3.1.4. Eckpunkte des langen 20. Jahrhunderts.....	65
3.1.5. Wo steht der Balkan heute?.....	69
B. Europäische Kulturpolitik in der Analyse	73
4. Kulturpolitik I.....	73
4.1. Von vorgestellten Gemeinschaften und erfundenen Traditionen.....	74
4.2. Europäische Kulturpolitik/en im Wandel.....	76

4.3.	EU-Dokumente – Analyse I	78
4.3.1.	Dokument über die Europäische Identität (1973).....	78
4.3.2.	Tindemans-Bericht (1975/76)	79
4.3.3.	Feierliche Deklaration zur Europäischen Union (1983)	82
4.3.4.	Adonnino-Bericht (1985).....	83
4.3.5.	Wendepunkt Maastricht	86
4.3.6.	De Clercq-Bericht (1993)	88
4.3.7.	Zusammenfassung.....	92
5.	Kulturpolitik II.....	94
5.1.	Either you are in or you are in	96
5.2.	EU-Osterweiterung: Strategien und Instrumente	97
5.2.1.	Europaabkommen – kulturelle Komponente	100
5.3.	EU-Kulturprogramme – Analyse II	103
5.3.1.	Kaleidoskop	104
5.3.2.	Ariane	105
5.3.3.	Raphael.....	105
5.3.4.	Evaluierung der „Vorläuferprogramme“	106
5.3.5.	Das Programm „Kultur 2000“	107
5.3.6.	Das Programm „Kultur 2007-2013“	111
5.3.7.	Ruffolo – Bericht.....	115
5.3.8.	Kreatives Europa	118
6.	Zusammenschau: Hegemonie, Politik, Kultur	123
6.1.	Cultural Diplomacy	124
6.1.1.	Cultural Diplomacy fassbar machen	125
6.1.2.	Cultural Diplomacy im Europäischen Integrationsprozess.....	128
	Schlussbemerkung	130
	Literaturverzeichnis.....	133
	Abbildungsverzeichnis.....	140
	Anhang	141
	EU-Kulturprogramme Übersicht	141
	Deutsche Zusammenfassung	146
	English Summary	147
	CURRICULUM VITAE	148

ABKÜRZUNGEN

ACD	Academy for Cultural Diplomacy
CARDS	Community for Assistance, Reconstruction, Development and Stabilisation
CD	Cultural Diplomacy
CDA	Cultural Diplomacy
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EWSA	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
GH	Gefängnishefte
ICD	Institut for Cultural Diplomacy
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
MEDIA	Mesures pour Encourager le Développement de l'Industrie Audiovisuelle
NGO	Non-Governmental Organisation
PHARE	Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies
PS	Partie Socialiste
SAA	Stabilisation and Association Agreement
SAP	Stabilisation and Association Process
UMP	Union pour un Mouvement Populaire
WTO	World Trade Organisation

Persönlicher Gender-Hinweis:

Auch wenn ich selbst großen Wert auf die Gleichbehandlung und -berechtigung der Geschlechter in jeglichen Lebensbereichen lege, so wird in dieser Arbeit dennoch ausschließlich das generische Maskulinum verwendet. Diese Entscheidung ist u.a. dem Umstand geschuldet, dass sämtliche Alternativen entweder ungenügend oder aber mit dem Lesefluss nicht vereinbar sind.

„European culture sometimes is dismissed as a fantasy or fiction inasmuch as it is argued that there is no such phenomenon as an all-encompassing European culture. Is this assumption correct? No, it is profoundly wrong, misplaced, and misguided. Only those who are out of touch with the cultural history of Europe can claim Europe to have never been an entity deeply permeated by a unifying and controlling principle, be it the legacy of classical antiquity and Judeo-Christian spiritual trajectories, or be it the value-idea system that revolves around liberty and equality, these two heralds and promises of modernity.“ (Donskis 2013: 9f.)

EINLEITUNG

Europa, einst Motor zivilisatorischer Bestrebungen, zerrissen von jahrhundertlangen Kriegen und Konflikten, Hoffnungsträger ganzer Generationen, Weltmacht anthropotechnischen Fortschritts und Wohlstandsbringer. Europa war von jeher eine Geschichtsregion gezeichnet von Höhen und Tiefen, von tiefer innerer Spannungen, aber auch außerordentlicher Bindungsfähigkeit. Die Europäische Union, geboren aus dem gemeinsamen Willen der Völker dieses Europas, vergangene Konflikte zu begraben und in Frieden und Wohlstand gemeinschaftlich die Zukunft zu beschreiten. Aus der 1951 geschaffenen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) ist mittlerweile ein 28 Mitglieder umfassender Staatenverbund geworden, mit neuen Zielen, Aufgaben und Herausforderungen. Doch wo ist er hin, der bewegende Optimismus der europäischen Völker? Der „Eurohype“ des späten 20. Jahrhunderts hat es nicht bis ins dritte Jahrtausend geschafft. Überschattet sind all die Errungenschaften, ob Freiheit, Demokratie oder Wohlfahrtsstaat, von globalen militärpolitischen Geschehnissen und ökonomischen Tiefschlägen. Auf der Suche nach sich selbst betrat das Europäische Projekt, mit der Erklärung eines nunmehr politischen Einigungsziels, unsicheres Terrain. Wirtschaftliche Zusammenarbeit über nationalstaatliche Grenzen hinweg lässt sich auch von einigen wenigen, elitären Kräften durchsetzen, ein politisches Projekt aber, welches den Ansprüchen sogenannter „europäischer Werte“ genügen soll, bedarf einer zivilgesellschaftlichen Basis. Doch woher soll diese Basis kommen, wenn es keine eindeutig identifizierbare europäische Gesellschaft gibt? Worauf hätte sich eine solche zu gründen – auf geteilte Normen und Werte, von welcher Art? Existiert ein den Europäern gemeinsamer Nährboden geteilter kultureller Eigenschaften? Oder wird dessen Bestehen nur angenommen, vorgegeben und auf Notwendigkeiten angewandt? Wofür, weshalb und vor allem wie?

Diese und viele ähnliche Überlegungen und Fragen stehen am Beginn dieser Arbeit. Der kulturell konzipierte Entwurf einer europäischen Gesellschaft steht inmitten der durch die Wirtschafts- und Finanzkrise aufgeflammtten Debatte um die (wahre) europäische Identitätskrise. Diese steht wiederum in engem Zusammenhang mit dem von allen Seiten her bedauerten Demokratie- und damit einhergehenden Legitimationsdefizit europäischer Institutionen. Europa sei, so der laut ertönende Tenor, in seinen Grundfesten erschüttert. Seine gesamte Existenzberechtigung knüpfe sich an ein entscheidendes die Union bestimmendes Prinzip der Solidarität.

Solidarität, dieser selbst auferlegte und dies soziale Sphäre bestimmende Wert macht nur einen Sinn, wenn ihm ein von allen Seiten geschätztes Zugehörigkeitsgefühl zugrunde liegt. Eben hier liegt nun der ausschlaggebende Punkt, wie wird Zugehörigkeit unter Fremden proklamiert? Wie wird unter einer breiten Masse Konsens für eine gemeinsame Sache geschaffen? Wie wird Macht über viele er- und gehalten? Der Aufbau ein über das Ökonomische hinausgehendes politisch geordnetes System zu kreieren bedarf eines sozialen Kitts, einer Klebmasse, welche die Gesellschaft zusammenhält.

Für Antonio Gramsci hieß das Mittel kollektiven Zusammenhalts „kulturelle Hegemonie“. Nun ist der Hegemoniebegriff an sich bereits ein diskrepanter und komplexer, was sich auch im europäischen Integrationsdiskurs niederschlägt. Auf der einen Seite steht das Argument der Notwendigkeit von kultureller Hegemonie zur Untermauerung sozio- und polit-ökonomischer Strukturen in Form von Kollektividentitäten. Eben diese identitären Allgemeinzuschreibungen und –erwartungen, durchgesetzt mittels hegemonialer Manieren, werden nun auf der anderen Seite aufs schärfste kritisiert. (Mokre 2001)

In der vorliegenden Arbeit sollen demnach zum einen hegemoniale sowie unterschiedliche identitätspolitische Konzepte betrachtet und in einen europapolitischen Zusammenhang gebracht werden. Zum anderen soll aufgezeigt werden, wo die EU innerhalb des oben genannten hegemonial-kulturellen Diskurses steht und wie mit kultureller Hegemonie und den dazugehörigen Konzepten umgegangen wird, bzw. auch auf welche Weise eine etwaige hegemoniale Position angestrebt wird. Wie belastbar ist das kulturelle Europamodell, von wem, für wen und weshalb ist es geschaffen? Es geht also kurz um die Frage, was das politische Projekt zusammenhält.

METHODEN UND AUFBAU

Diese Arbeit ist in erster Linie eine theoretische. Es werden theoretische Konzepte, komplexe Ideen und teils gewagte Vorstellungen aufgegriffen, beschrieben, erklärt und auf ihre Existenzmöglichkeit v.a. in Bezug auf ihre eventuell reale Anwendbarkeit hin, untersucht. Hierbei stützt sich ein empirisch-analytischer Zugang auf qualitativ-inhaltsanalytische Methoden. Dieser Ansatz ist v.a. dem thematischen Schwerpunkt geschuldet, welcher auf die politisch-kulturelle Ebene gelegt wurde, woraus sich ein textbasiertes Analysematerial ergab. Dieses beläuft sich einerseits auf offizielle EU-Dokumente in Form von Berichten, Beschlüssen, Verträgen und bilateralen Abkommen sowie andererseits auf dazugehörige extern in Auftrag gegebene Evaluierungsberichte. Der Textkorpus wird sowohl auf Inhalt als auch auf dessen Bedeutung hin untersucht, wobei

sich die Vorgehensweise nach geisteswissenschaftlicher Manier an einer idiographischen Methodik orientiert. Soweit als möglich wurden auch im ersten, theoretischen Teil der Arbeit bevorzugt Primärquellen – teils in der englischen oder deutschen Übersetzung - herangezogen.

Das erste von drei theorienbasierten Kapiteln beschäftigt sich mit der Hegemonialtheorie. Als Ausgangspunkt dienen Antonio Gramscis Überlegungen zu Herrschaft, Macht und Bewusstsein sowie seine Konzeption eines komplex geschaffenen gesellschaftlichen Systems, welches sich dennoch durch seine Einfachheit und Klarheit auszeichnet. Im Folgenden wird mit den theoretischen Nachfolgern Gramscis, Robert Cox und Stephen Gill, ein Übergang hin zur modernen Europäischen Integrationsforschung geschaffen. Indem Cox und Gill Gramscis Konzepte auf die inter- bzw. transnationale Ebene heben, machen sie diese auf moderne gesellschaftliche Phänomene anwendbar.

In dieser Arbeit stehen nur schwer definierbare Begriffe im Zentrum: Europa, Identität, Kultur. In den Kapiteln zwei und drei wird ein Annäherungsversuch an die ersten beiden Begriffe unternommen. Kapitel zwei beschäftigt sich mit der Suche nach einer „Europäischen Identität“, in welcher Form eine solche in Erscheinung treten könnte und ob deren Existenz überhaupt Anerkennung fände. Diesbezüglich wird auch die Diskussion rund um die „EU-Bürgerschaft“ aufgegriffen und in einen praktisch-aktuellen Bezug gesetzt. Eng mit dem Identitätskonzept verbunden ist der im dritten Kapitel diskutierte Europabegriff, welcher am Beispiel des Balkanraumes auf seine Standfestigkeit hin abgeklopft wird. Hier wird v.a. auch auf historisch-kulturelle Entwicklungen auf dem europäischen Kontinent verwiesen mit dem Zweck einer annähernden Klärung immer wieder heiß debattierter Fragen bezüglich innereuropäischer Differenzen, kultureller Pluralität und sozio-ökonomischer Einheit.

ZUM KULTURBEGRIFF

Von einer eingehenden Diskussion des Terminus Kultur wird in dieser Arbeit bewusst Abstand gehalten. Zum einen liegt dies an der Vielfalt der unterschiedlichen Kulturauffassungen und -abgrenzungsversuchen sowie an der relativen Seltenheit einer solchen Vorgehensweise in Kulturpolitik bezogener Literatur selbst. Der Versuch einer Definition des Forschungsgegenstands Kultur wird in diesem politischen Bereich generell nicht unternommen, sondern findet sich viel eher in anthropologischen Sichtweisen auf humanen Kulturen und Gesellschaftsformen. Zum anderen aber auch aufgrund der Tatsache, dass die Europäische Union selber über keine Definition dessen verfügt, was als Kultur und

kulturelles Schaffen anzusehen ist. Wie aus den Kapiteln vier und fünf, welche sich mit offiziellen Dokumenten zur Europäischen Kultur- und Identitätspolitik befassen, hervorgeht, werden unter dem Kulturbegriff viele unterschiedliche Themenkomplexe zusammengefasst, ob Bildung, Wissenschaft, Kommunikation, Sport, Kunst oder auch Kreativwirtschaft. Die in den beiden Abschnitten untersuchten Dokumente geben des Weiteren Aufschluss über die Stellung der Kultur im europäischen Integrationsprozess und dienen der Klärung der Frage, ob europäische Kulturpolitik im Zeichen kultureller Vielfalt steht, oder aber homogenisierende Tendenzen aufweist.

Um nicht vollkommen auf einen Annäherungsversuch an diesen fast schon mystisch auftretenden Kulturbegriff zu verzichten, werden im Folgenden unterschiedliche Verständnismöglichkeiten kurz und prägnant dargestellt.

Kultur kann auf mehrfache Weise aufgefasst und begriffen werden. Im alltäglichen Gebrauch steht Kultur, im Sinne von Kunst, als eigenständiger sozialer Bereich neben anderen Sujets wie Wirtschaft, Sport oder Politik. Eng mit diesem Verständnis verknüpft ist auch die Auffassung von Kultur als Kultiviertheit (durchaus auch im zivilisatorischen Sinne), welche sich in Intellektualität oder auch spirituell-ästhetischen Entwicklungen manifestiert. In einem erweiterten Sinne, werden unter dem Kulturbegriff sämtliche gesellschaftliche Normen, Werte und Praxen zusammengefasst, welche z.B. auch in Form einer bestimmten Unternehmenskultur, als organisatorische Struktur, in Erscheinung treten können. Von dem ausgehend, kann Kultur auch als Lebensweise begriffen werden, welche sich durch eine spezifische Lebensauffassung – mit ihren eigenen gesellschaftlichen Codes sowie Erkenntnis- und Bedeutungsmustern – einer Gruppe, einer Region oder sogar einer ganzen Epoche auszeichnet. Kultur kann aber auch – muss dies sogar unter bestimmten Umständen – als Kampffeld verstanden werden, als ein Ort, wo soziale Konzepte, Bedeutungen und Anschauungen fortwährend auf Neue ausgehandelt werden müssen. Diese Auffassung erinnert an Rousseaus „contrat sociale“ und in der Tat handelt es sich auch hierbei um die Konstruktion und Reproduktion von Machtverhältnissen – Macht als Sprache, Macht als Narrative, Macht als Ideologie, Macht im (Massen-)Bewusstsein. Das Soziale an sich, sozio-politische als auch sozio-ökonomische Strukturen, wird hierbei ein Teil dieses Kulturverständnisses. Kultur ist in diesem Sinne beides: umkämpftes Terrain und auch das Schlachtfeld auf dem der Kampf ausgetragen wird. (vgl. Faschingeder 2001; Shore 2000 u.a.)

Diese letzte Konzeption eines in soziale Verhältniskämpfe eingebetteten Kulturbegriffs, lässt sich auch sehr gut mit dem Hegemoniebegriff in Verbindung bringen und erlaubt eine

Eingliederung in Gramscis Auffassung von „kultureller Hegemonie“, welche sich ebenfalls über Kämpfe auf kulturellen bewusstseinsformenden Terrain definiert.

Ein weiteres im Zusammenhang mit Kultur, Kulturvermittlung und Kulturpolitik stehenden Modell wird im letzten Kapitel angeführt. Die Praxis der Cultural Diplomacy zieht sich sinngemäß durch sämtliche Seiten dieser als auch vieler anderer Arbeiten und in ihrem Dunstkreis finden sich etliche hier besprochenen Themen und Problemstellungen wieder. Das Kapitel dient demnach gleichzeitig als Zusammenschau und Verknüpfungspunkt der aufgeworfenen Inhalte.

A. THEORETISCHE VORÜBERLEGUNGEN

1. HEGEMONIE

Der Begriff der Hegemonie ist kein neuer. Seine semantischen Ursprünge finden sich im antiken Griechenland, wo er vorwiegend in Verbindung mit heerestaktischen und kriegsstrategischen Überlegungen Verwendung fand, wobei *hegemonia* (ἡγεμονία) so viel wie *der Oberbefehl* bedeutete. Der *hegemon* (ἡγεμον) wird als *der Führer* übersetzt und stammt vom Verb *hegesthai* (ἡγεῖσθαι), welches *führen*, oder auch *vorangehen*, bedeutet. (Kluge und Seebold 1995: 363) Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts nahm der Terminus Hegemonie Einzug in das kampfrhetorische Vokabular russischer Sozialdemokraten, bis ihn schließlich Lenin im Kontext der russischen Oktoberrevolution und deren Nachfolgen generelle Bekanntheit verlieh.

Vor allem aus einer akademisch-theoretischen Perspektive, wird der Begriff der Hegemonie zu allererst mit dem italienischen Revolutionär Antonio Gramsci in Verbindung gebracht. Er prägte den Hegemoniebegriff wie kein anderer. Gramsci versuchte die realpolitischen Umstände seiner Zeit zu verstehen und zu erklären, wobei er sich – auf Grundlage einer marxistischen Theorie - eines hegemonialen Konzeptes bediente. Seine Gedanken und Ideen werden im Kontext der globalen Wandlungsprozesse in den 80er Jahren wieder aufgegriffen im sogenannten Neo-Gramscianismus weiterentwickelt. Robert W. Cox hebt Gramscis Überlegungen aus einem nationalen Gedankenkonstrukt heraus und macht sie für internationale Prozesse – in Verbindung mit dem Globalisierungsparadigma – anwendbar. Cox' Konzepte werden in weiterer Folge von Stephen Gill aufgenommen, überworfen und weiterentwickelt. Grob ausgedrückt, wagt Gill den Schritt vom Inter- zum Transnationalen. Er entfernt sich dabei immer weiter von Gramscis Grundidee des hegemonialen „historischen Blocks“ und modernisiert den gesamten Hegemoniediskurs. Zusammen, haben

Cox und Gill die Vorzüge eines flexibel gestalteten politischen Konzeptes genutzt, um der hegemoniale Idee im globalen Kontext Sinn zu verleihen. (Neo-)Gramscianische Überlegungen finden heute sowohl innerhalb der *Internationalen Beziehungen* als auch in der *Europäischen Integrationsforschung* Anwendung.

1.1. ANTONIO GRAMSCI

„The basic premise of the theory of hegemony is one with which few would disagree: that man is not only ruled by force alone, but also by ideas.” (Bates 1975: 351)

Der italienische Politiker, Philosoph und Schriftsteller Antonio Gramsci hatte schon früh einen Hang zu sozialistischen Ideen und betätigte sich bereits während seines Studiums in Turin an politischen Aktivitäten. Er gilt als Mitbegründer der ersten kommunistischen Partei Italiens im Jahre 1921. Sein Hauptwerk, die über Jahre in Haft in Mussolinis Kerker hinweg verfassten Gefängnishefte, die *Quaderni*, erlangten weltweite Berühmtheit. Gramscis Überlegungen zu Herrschafts- und Staatstheorie beeinflussten sämtliche linke Bewegungen des 20. Jahrhunderts maßgebend, allen voran die der 60er Jahre.

Was seine Zuordnung in den Kreis der theoretischen Marxisten angeht, so scheint für einen großen Teil der akademischen Gemeinschaft, aber auch in explizit politisch aktiven Kreisen, die Sache deutlich auf der Hand zu liegen. Vor allem selbst bekennende Anhänger des Marxismus, wie der österreichische Politjournalist Ernst Wimmer, betonen Gramscis marxistische Ursprünge unter Verweisen auf dessen Leben, nämlich sein enormes Engagement in einschlägigen politischen Lagern und sein Einsatz für die italienische Arbeiterbewegung. Begriffliche Abweichungen vom marxischen Vokabular werden mit dem Argument der Zensurhintergehung erklärt, wie auch der deutsche Publizist Wieland Elfferding festhält: „Die faschistische Zensur zwingt Gramsci, eine verschleierte Sprache zu sprechen, den Begriff der 'Klasse' durch 'Gruppe', den Begriff des 'Marxismus' durch 'Philosophie der Praxis' zu ersetzen [...]“ (Elfferding und Eckard 1979: 61). Aber auch der deutsche Sozialwissenschaftler und Anhänger der kritischen Theorie Alex Demirovic weist auf eben diesen Umstand hin ohne jedoch Gramsci einen doktrinären Marxismus zu unterstellen (Demirovic 2007: 21). Und der Mitherausgeber der ersten deutschsprachigen „kritischen Gesamtausgabe“ der Gefängnishefte sowie Begründer des Argument Verlags, Wolfgang Fritz Haug, misst Gramsci sogar eine belehrende Aufgabe zu: „Indem man von Antonio Gramsci lernt -- vor allem von seinen Aufzeichnungen aus dem faschistischen Gefängnis -- bekämpft man das Sektierertum im Marxismus zugleich mit seinem komplementären Gegenteil, dem Utopieverlust in der Sozialdemokratie und der bloßen Betriebsamkeit.“ (Haug: 2)

Andere wiederum legen besonderen Wert darauf Gramsci als eigenständigen, sich von den übrigen Marxisten eindeutig abhebenden Theoretiker zu sehen. Gramsci bediene sich zwar einiger Elemente aus marxistischen Theorien, jedoch interpretiert er diese neu, geht oftmals über marxistische Überlegungen hinaus und stellt vollkommen andere Verbindungen und Zusammenhänge der einzelnen Elemente untereinander her. Eine äußerst elegante Formulierung findet sich beim Begründer der Cultural Studies Stuart Hall. Er bezeichnet Gramscis Anlehnung an marxistische Theorien als eine Art des „offenen Marxismus“ und verweist auch auf dessen Tradition innerhalb des historischen Materialismus und seinen Vertretern von Marx und Engels über Lenin und Trotzki hin zu Luxemburg (Hall 1989: 56). In deren marxistischen Denkmustern findet Gramsci vielerlei ideologische Anknüpfungspunkte. Er spielt mit alt bekannten Lehren, spinnt diese weiter, entwickelt sie zu etwas teils vollkommen Neuem. In seinen Überlegungen stützte er sich jedoch nicht ausschließlich auf Marx, sondern, wenn auch zu kleineren Teilen, v.a. auch auf Vico und Sorel (Cox 2002b).

Antonio Gramsci war kein klassischer Theoretiker mit akademischen Ansprüchen und Bestrebungen. Er war zu allererst sozialistischer Realpolitiker und Aktivist, ein „politischer Intellektueller“, wie Hall ihn nennt, welcher sich mit den aktuellen Problemen seiner Zeit auseinandersetzte. Von großer Bedeutung ist aber vor allem der Umstand, dass Gramscis Vorgehensweise, das Neuinterpretieren bekannter Begriffe, ihre Erweiterung und Weiterentwicklung, ihn dazu befähigten, alte Theorien an die real existenten Bedürfnisse seiner Zeit anzupassen. Hall sieht in der kontextgebundenen Arbeitsweise, Gramscis Heranziehen konkreter historischer Momente und politischer Geschehnisse, eine eigene Methodik, welche vollkommen zulässig, weil notwendig ist, um die abstrakten marxischen Theoreme auf reale Umstände anwendbar zu machen (Hall 1989: 56ff.). Lediglich sollte sich der aufmerksame Leser die spezifisch historische Kontextualität von Gramscis Werken im Hinterkopf behalten, denn nur dann ist es möglich, seine Gedankengänge und Einfälle – welche ohnedies zu einem Großteil durch ihre außergewöhnliche Fragmentiertheit geprägt sind – besser zu verstehen.

1.1.1. AUSGANGSPUNKTE GRAMSCIS

Wie bereits festgehalten wurde bedient sich Gramsci in seinen Überlegungen einiger marxistischer Grundannahmen und Termini. So finden sich auch bei ihm Begriffe wie „Produktionsverhältnisse“ oder „Produktivkräfte“ und auch das Konzept von der Beziehung „Basis – Überbau“ wird von Gramsci ansatzweise übernommen. Ebenso schnell wie die Ähnlichkeiten mit der marxistischen Denkschule, lassen sich teils erhebliche Abweichungen

der Herangehensweise Gramscis erkennen. Zum Beispiel der Stellenwert bzw. der zugemessene Grad an Bedeutung ökonomischer Strukturen in der humanen Gesellschaft. Einige Auffassungen des klassischen Marxismus neigen dazu, gesellschaftliche Entwicklungen auf ihre ökonomischen Bedingungen hin zu reduzieren, ja ihnen gar eine geschichtsdeterminierende Bedeutung zuzumessen (Körtner 2005: 8–9). Gramscis Überlegungen können als Kontraperspektive dieserart des seinerzeit vorherrschenden „Ökonomismus“ betrachtet werden, wie er auch von Stalin übernommen, forciert und zum Aushängeschild russischer Sowjetpolitik aufgeputzt wurde. Im Einklang mit (dem späten) Lenin, kritisiert Gramsci die Ansicht, eine Entwicklung von einer bürgerlichen hin zu einer sozialistischen Gesellschaftsstruktur sei aufgrund ökonomischer Umstände naturgegeben und unvermeidlich (ibid.). Gramsci erschien diese engstirnige Auffassung komplexer sozialer Prozesse wohl als zu simplifizierend und unzureichend.

Es ist wohl war, dass sich der Fokus in Gramscis Werken eher von ökonomischen Erklärungsversuchen weg orientiert und diese daher nur einen geringen Teil seiner Arbeit ausmachen. Dies soll aber nicht bedeuten, dass Gramsci die ökonomische Sphäre vollkommen außer Acht gelassen hätte, nein, er versetzte lediglich den Fokus weg von der Ökonomie hin zu Politik, Staatlichkeit und Ideologie. Das Ökonomische stellt für ihn immer noch eine Art gesellschaftlichen Boden dar, jedoch gesteht er diesem keine deterministische Wirkungskraft mehr zu. Zu verwoben, komplex und strapazierfähig sind die sozialen, politischen und ökonomischen Spannungen, als dass sie von jeweils nur einem Element beherrscht werden könnten. Gramscis vehementer Anti-Ökonomismus ist demnach nicht als Ablehnung jeglicher ökonomischer Zusammenhänge und Einflüsse zu verstehen, sondern in der Tradition eines Kampfes gegen jegliche Art von purem Reduktionismus. Fragen zu Herrschaftsbeziehungen im Allgemeinen, Zivilgesellschaft oder (nationaler) Kultur stehen bei ihm folglich immer im Kontext sozialer Beziehungsverflechtungen über gesellschaftliche Strukturen hinweg.

1.1.2. GESELLSCHAFTSBILD

Zu seinen Analysen bewegten Gramsci grundlegende Fragen zum aktuellen politischen Geschehen seiner Zeit. Er hinterfragte die Tatsache, dass die sozialistische Revolution in Russland erfolgreich war, wohingegen die „westlich-kapitalistischen“ Staaten Europas den gesellschaftlichen Umbruch hinzu einer sozialistischen Gesellschaftsstruktur nicht vollzogen haben - und dies trotz externer und interner Erschütterungen in Form von Krieg und Weltwirtschaftskrise. Immerhin war Marx Konzeption einer Herausbildung des Sozialismus eng verknüpft mit dem Fortschrittsgedanken (gesellschaftlich, industriell). Marx und Engels

ging es um die „Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsformation mit ihren strukturellen Klassenwidersprüchen“ (Becker 2009: 14). Sozialistisch orientierte Revolutionsversuche, ein Aufmucken der Arbeiterbewegung auch als Reaktion auf schlechte sozio-ökonomische Umstände fanden auch in Westeuropa statt, jedoch ohne maßgeblich von Erfolg gekürt worden zu sein. Dieses Scheitern lässt sich weniger auf die gewaltsame Zerschlagung der Linken zurückführen, als vielmehr auf den Umstand, dass die Bewegung auf massive Ablehnung innerhalb der Bevölkerung stieß und sich Gegenproteste bildeten. Dieses Phänomen blieb von sozialistisch-marxistischen Theoretikern bislang vollkommen ungeklärt. Gramsci jedoch, suchte eine Erklärung im „westlich-kapitalistischen“ Staatsmodell, seiner Formation und Organisation und bricht dabei mit vorherrschenden – v.a. orthodox marxistischen – Vorstellungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Für Gramsci liegt der Grund des Scheiterns revolutionärer Bewegungen in den so genannten fortgeschrittenen Gesellschaften und zwar in den spezifischen Beziehungen der unterschiedlichen sozialen und politischen Elemente zueinander. Es sind diese bestimmten Verhältnisse, welche die Art und in Folge dessen den Grad der Herrschaft definieren. Gramsci geht es demnach um die „Analyse der Kräfteverhältnisse“ (Hall 1989: 65). Das spezifische Verhältnis, welches in den sog. fortgeschrittenen Nationen zwischen Staat und Zivilgesellschaft besteht, skizziert Gramsci metaphorisch. Den bisherigen Tenor in punkto Revolution, der die einmalige brutale Zerschlagung alter Herrschaftssysteme propagiert, vergleicht Gramsci mit dem „taktischen Bewegungskrieg“, wobei mit einem militärischem Schlag enormen Ausmaßes, die Verteidigungsfront des Feindes aufgebrochen wird. Der Sieg hängt hierbei von nur einem bestimmten, taktisch klug gewählten, Moment ab (Hall 1989: 75). In diese Kategorie würde beispielsweise die von den bolschewistischen Berufsrevolutionären angeführte russische Revolution fallen, bei welcher jedoch der Widerstand der großen Zivilgesellschaft gegen das Regime kaum entwickelt war.

Ein derartiges Unterfangen wäre nach Gramscis Ansicht in Westeuropa von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen und zwar aufgrund der stark ausgeprägten zivilgesellschaftlichen Strukturen – unter bourgeoiser Vorherrschaft d.h. Hegemonie. Auf diesen Fall ließe sich viel eher die Metapher eines langwierigen „Stellungskrieges“ anwenden. Ein solcher Krieg wird an mehreren, sich stets neu formenden Fronten gleichzeitig ausgetragen, wobei es nicht allein auf die vordergründigen Verteidigungslinien ankomme, sondern vor allem auf die festen Strukturen hinter der Front. Hier wird nun der Bezug zu der gefestigten gesamtgesellschaftlichen Ausgestaltung, mit all ihren zivilgesellschaftlichen Institutionen und Organisationen, hergestellt (ibid.). Diese sozialen

Tiefenstrukturen sind der eigentliche Motor einer Gesellschaft. Das Prinzip funktioniert aber in beiden Richtungen: Entweder trägt es zum Erhalt eines Herrschaftssystems bei und wird dieses auch mit aller Kraft verteidigen, oder aber es wird zum zentralen Austragungsort von revolutionären Umbrüchen.

1.1.3. HEGEMONIE GEPANZERT MIT ZWANG

Was macht einen Staat aus? Wer oder was definiert Herrschaft? Brauchen wir diese überhaupt? Herrschaft ist ein, als schon immer dagewesenen verstandenes Konzept, ein Archetyp im kollektiv-sozialen Bewusstsein, welcher einerseits unhinterfragt angenommen wird und andererseits viel Stoff zur theoretischen Diskussion bietet. Ob man es nun mit Darwin bzw. Spencer hält und vom „survival of the fittest“ ausgeht, oder einen christlichen Ansatz des „die Letzten sollen die Ersten sein“, es findet immer eine Hierarchisierung statt. Die tagtraumähnlichen Vorstellungen so manchen Gutmenschen von der durch und durch basis-demokratisch organisierten, horizontalen Gesellschaft werden ständig zerschlagen von realen Verhältnissen, welche von diffusen und komplex gestalteten sozialen Graden und Beziehungsgeflechten bestimmt sind. Dennoch wäre es falsch daraus zu folgern kapitalistische Gesellschaften seien in einem hoffnungslosen diktaturgleichen System der vertikalen Dominanz gefangen.

Auch Gramsci war bewusst, dass pure Dominanz allein – sei es in ökonomischer Form im Sinne einer Kontrolle über Produktionsmittel oder in Form von Gewaltausübung durch die jeweils herrschende Gruppe - nicht ausreicht, dass purer Zwang nicht genug ist, um einen Staat auf Dauer zu stabilisieren. Um dieses theoretische Problem der andauernden Beständigkeit der Vorherrschaft einer bestimmten Interessensgruppe innerhalb „fortgeschrittener“ Gesellschaften – welche in letzter Instanz den Staat konstituiert – zu lösen, führt Gramsci ein Gegengewicht zur staatlichen Komponente ein – die Zivilgesellschaft. Diese *società civile* ist fest im Herrschaftssystem verankert. Sie ist innerhalb des ideologisch-kulturellen Überbaus situiert und stellt gleichzeitig das konträre als auch das komplementäre Element zu einem repressiven Staatsapparat dar. Es ist dieser gesellschaftliche Überbau mit all seinen moralischen, ethischen und kulturellen Komponenten, welcher den allgemeinen Konsens zum vorherrschenden System schafft und somit die Herrschaft hegemonial werden lässt. (Elfferding und Eckard 1979: 62)

Gramscis zentrale Formel „Staat = politische Gesellschaft + zivile Gesellschaft“ d.h. „Hegemonie gepanzert mit Zwang“ wird erst dann vollkommen verständlich, wenn die einzelnen Elemente und deren Zusammenhänge geklärt sind. Wie bereits erwähnt

entwickelt Gramsci Begriffe, die ursprünglich aus der marxischen Theorie hervorgingen, weiter und passt sie an die jeweils gegebene Umstände an. Er übernimmt die beiden zentralen marxistischen Termini der Basis und des Überbaus, wobei er der ökonomisch-materiellen Basis ihren zentralen determinierenden Charakter nimmt, sie praktisch begrenzt, während er das Konzept des Überbaus ausweitet, indem er in ihm *società civile* und *società politica* vereint. Man muss sich allerdings immer wieder in Erinnerung rufen, dass Gramscis Ausführungen keineswegs durchgängig eindeutig und unmissverständlich formuliert wurden und diese erst eingebunden in den Kontext ihrer Gesamtheit bzw. des jeweils in der Textstelle behandelten Themas, Sinn ergeben. So stellt er mancherorts die zivile Gesellschaft mit dem Staat gleich¹. Was aus dem Kontext gerissen einer Synonymisierung gleichkommt, ist viel eher als eine Unterstreichung des Zusammenfallens von Zivilgesellschaft und Staat zu verstehen. Gramsci betont hier lediglich die gegenseitige Beeinflussung, sowohl in der Herausbildung eines kollektiven Willens als auch in der Dursetzung gesetzlicher Maßnahmen. Gleichmaßen sind es die Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft, die sog. „privaten Organismen“ – worunter zu malen auch Schule, Kirche, Vereine oder auch Gewerkschaften fallen –, welche den Raum für die Entstehung von Konsens bieten und somit zur hegemonialen Durchdringung der Gesellschaft dienen. In diesem Sinne ist die Zivilgesellschaft als Feld des gesellschaftlichen Kampfes um (kulturelle) Hegemonie zu verstehen: „Die Hegemonie wird in Vereinen und Clubs, in der Gliederung des gesamten Bildungssystems, im Zeitungs- und Zeitschriftenwesen in seiner Gesamtheit, in der Philosophie und der Wissenschaften, im Musik- und Theaterleben, in Literatur und Sprache, Verlagswesen, Bibliotheken und Straßennahmen, Folklore und Alltagsgewohnheiten, Religionen, Kirchen und Sekten praktiziert“ (Demirovic 2007: 25). Auf die moderne Gesellschaft des 21. Jahrhunderts bezogen würden wohl noch weitere Austragungsorte hinzukommen, wie beispielsweise Unterhaltungsmusik, TV und Radio, Internet oder auch Psychotherapie (ibid.).

Obwohl Gramscis Erläuterungen generell als Konzeption kultureller Hegemonie gelesen werden – was den obigen Ausführungen entsprechend einen weit gefassten Kulturbegriff voraussetzt –, so ist doch die besondere Beziehung hin zur ökonomischen Basis nicht unwichtig. Das Ökonomische mag vielleicht nicht mehr als das alles bestimmende Element staatlicher und somit gesellschaftlicher Ordnung verstanden werden, wie es laut generellem

¹ „Aber da in der Wirklichkeit der Tatsachen Zivilgesellschaft und Staat ein und dasselbe sind, ist festzuhalten, daß auch der Liberalismus eine »Regulierung« staatlicher Natur ist, eingeführt und aufrechterhalten auf dem Wege der Gesetzgebung und des Zwanges: er ist eine Tatsache des sich der eigenen Ziele bewussten Willens und nicht der spontane, automatische Ausdruck der ökonomischen Tatsache.“ Antonio Gramsci 1991-2002: B7, H13, §18, S1566-7

Verständnis noch in klassischen marxistischen Theorien der Fall ist, dennoch hat die wirtschaftliche Dimension durchaus erheblichen Einfluss auf die Ausformungen der sich im Überbau befindenden Sphären: „The base does not determine specific forms of consciousness, but it does determine what forms of consciousness are possible“ (Jackson Lears, T. J. 1985: 571). Demnach lässt sich schlussfolgern, dass Gramscis Gesellschaftsmodell keineswegs ein „mechanical model of base and superstructure“ darstellt, sondern „a complex interaction of relatively autonomous spheres (public and private; political, cultural and economic) within a totality of attitudes and practices“ charakterisiert (ibid.).

Eine getrennte Betrachtung von Staat, Zivilgesellschaft und Ökonomie dient für Gramsci lediglich zu Analysezwecken. Erst als Ganzes gesehen, als „komplexes gesellschaftliches Verhältnis“, bildet sich ein sogenannter „historischer Block“, eine „historisch konkrete Einheit von Basis und Überbau“ (Demirovic 2007: 26).

1.1.4. INTELLEKTUELLE UND PARTEI

„A human mass does not ‚distinguish‘ itself, does not become independent in its own right without, in the widest sense, organising itself; and there is no organisation without intellectuals, that is without organisers and leaders, in other words, without the theoretical aspect of the theory-practice nexus being distinguished concretely by the existence of a group of people „specialised“ in conceptual and philosophical elaboration of ideas.“ (Hoare und Novell Smith 1999: 643)

Eine vollkommene Einheit im Sinne eines historischen Blocks zu schaffen ist alles andere als eine einfache Aufgabe. Wobei sich natürlich die Frage nach konkreten Akteuren stellt, welche sich eben dieser Herausforderung, eine konsens-basierte d.h. einheitliche Gesellschaft zu modellieren, stellen. Gramsci schreibt die Herstellung von Konsens innerhalb einer Gesellschaft einem ganz bestimmten Personenkreis zu, den Intellektuellen. Sie haben sowohl die Aufgabe der Produktion als auch der Reproduktion und Aufrechterhaltung hegemonialer Verhältnisse.

Man könnte meinen, Gramsci würde in seiner Konzeption der Intellektuellen innerhalb seiner von sozialen Klassen geprägten Struktur verharren, d.h. Intellektuelle bildeten quasi per se eine partikulare gesellschaftliche Schicht. Ja und nein. Einerseits konstituieren die Intellektuellen bei Gramsci keine eigene Klasse. Andererseits jedoch werden sie als spezielle, sich von anderen unterscheidende, Gruppe betrachtet. Das erstaunliche dabei ist, dass Gramsci im Wesentlichen alle Menschen als Intellektuelle betrachtet (ebenso wie er meint, jeder Mensch sei ein Philosoph). D.h. jeder Mensch besitzt einen zu nutzenden Intellekt und jedwede Tätigkeit, egal ob physische Arbeit oder geistige Höchstleistung, setzt diesen Intellekt voraus. Aber auch wenn demnach alle Menschen Intellektuelle sind, so sind sie es im für die Theorie erforderlichen funktionalen Sinne wiederum nicht, denn nicht jeder

Mensch übernimmt eben diese spezielle Funktion eines Intellektuellen innerhalb des komplexen Herrschaftssystems. Es geht also nicht um großartige geistige Ergüsse oder revolutionäre Ideen innerhalb der Wissenschaften oder um ein weitreichendes Allgemeinwissen. Worauf Gramsci hinaus will, ist die jeweils übernommene Funktion innerhalb einer gesellschaftlichen Gruppierung (Körtner 2005: 4ff.; Demirovic 2007: 34; Hall [1986] 1989: 82). Der Intellektuelle definiert sich demnach nicht nach a priori bestehenden Attributen, sondern durch seinen funktionalen Charakter inmitten einer Gesellschaft.

Gramsci unterscheidet nun zwei Arten von funktionalen Intellektuellen: „organische Intellektuelle“ und „traditionelle Intellektuelle“. Sie weichen nicht nur in ihrer Funktion voneinander ab, sondern v.a. auch in ihren Ursprüngen. Gramsci geht davon aus, dass jede aufkommende soziale Gruppe bzw. Klasse ihre eigenen „organischen“ Intellektuellen produziert. Sie sind sozusagen das Resultat der v.a. ökonomischen Bestrebungen dieser Gruppe: „The capitalist entrepreneur creates alongside himself the industrial technician, the specialist in political economy, the organisers of a new culture, of a new legal system, etc.“ (Hoare und Novell Smith 1999: 135). Dahingegen stellen die „traditionellen“ Intellektuellen die ideologische Struktur der bisher vorherrschenden Gruppe dar, oder wie Körtner es ausdrückt „die ‚organischen‘ Intellektuellen vergangener Gesellschaftsordnungen“ (Körtner 2005: 5). Sie sind für den Zusammenhalt des jeweils aktuellen Systems verantwortlich. Um nun ihrerseits hegemonial zu werden, d.h. um wahrhaft herrschen zu können, muss sich die neu aufstrebende Klasse um diese traditionellen Intellektuellen bemühen, was Aufgabe ihrer just aufgestandenen eigenen organischen Intellektuellen ist. Traditionelle Intellektuelle können nicht einfach ausgetauscht werden, sondern müssen von neuen Ideen überzeugt bzw. manipuliert (umerzogen!) werden.

Die Hauptaufgabe der Intellektuellen liegt nun darin, die spezifische Weltanschauung der herrschenden Klasse an die Beherrschten quasi zu verkaufen, damit sich diese den herrschenden Normen, Gesetzen und Regeln willentlich, sprich freiwillig, unterordnen. Das staatlich repressive Zwangsmoment kommt erst dort zu tragen, wo dieser Einfluss der Intellektuellen nicht ausreicht bzw. keine Hegemonie entstehen will. Der Zwang, repräsentiert durch das Reglement von Staats- und Militärapparat, soll diejenigen die nicht zum Konsens bereit sind belehren (Bates 1975: 353).

Die Intellektuellen agieren demnach auf beiden Ebenen der Superstruktur bzw. der des Überbaus, wobei es ihnen obliegt die sozialen Kräfte zu mobilisieren und zu organisieren. Ihre Aufgabe besteht darin eine Hegemonie entstehen zu lassen, welche über die eigene

soziale Gruppe - deren Interessen als Allgemeininteressen hingestellt werden müssen, um die Zustimmung anderer (untergeordneter) Gruppen zu erhalten -, hinausgeht. Sie müssen der eigenen Klasse Zusammenhalt verleihen – Gemeinsamkeiten betonen, Ideologie ausformulieren. Des Weiteren sind sie dafür verantwortlich ein (Partei)-Programm zu erstellen, welches nicht nur den Mitgliedern der eigenen Gruppe gerecht wird, sondern sich eben auch mit gesamtgesellschaftlichen Interessen auseinandersetzt. Sie übersetzen also ökonomische Interessen ihrer Klasse in politische Ziele für die Gesamtbevölkerung. Es liegt ebenfalls in der Verantwortung der Intellektuellen, dieses Programm nach außen hin, gegenüber anderen sozialen Gruppen, zu vertreten (Elfferding und Eckard 1979: 68). Sie organisieren, verwalten und repräsentieren, verhandeln Kompromisse und wiegen die Vor- und Nachteile von Zugeständnissen gegenüber der zu verbündenden Gruppen ab.

Die Intellektuellen sind die Meinungsmacher der Gesellschaft. Die öffentliche Meinung ist der alles entscheidende Faktor im Kampf um Hegemonie. Das Kampffeld wird durch die Zivilgesellschaft und all ihre Institutionen repräsentiert, ob Kirche, Partei, Klub oder Zeitung, sie alle bedingen und formen das soziale und politische Bewusstsein, sie sind ein „marketplace of ideas“ (Bates 1975: 353). Selbstverständlich agieren die Intellektuellen auch innerhalb der politischen Gesellschaft. Mittels Militär, Polizei oder auch der Justiz üben sie eine Kontrolle, sprich direkte Herrschaft, aus (ibid.).

Neben der Schule gilt vor allem die Partei als Ausbildungsstätte von „qualifizierten“ (partei-/ ideologiegetreuen) Intellektuellen. Gramsci betrachtet dies sogar als Grundfunktion der politischen Partei: „die eigenen Komponenten, Elemente einer gesellschaftlichen Gruppe, die als ‚ökonomische‘ entstanden ist und sich entwickelt hat, herauszuarbeiten, bis sie zu qualifizierten politischen Intellektuellen, Führern, Organisatoren aller Aktivitäten und Funktionen werden, die zur organischen Entwicklung einer integralen zivilen und politischen Gesellschaft gehören“ (Antonio Gramsci 1991-2002: B7, H12, §1, S1497-505).

Gramsci scheint, was die Parteienbildung betrifft in seinem klassenspezifischen Denken verhaftet zu bleiben. Ähnlich der Formation von Intellektuellen ist jede Klasse dazu in der Lage ihre eigene spezifische Partei auszubilden. Gleichzeitig sind jedoch Klassen- und Parteibündnisse möglich und für einige Akteure stellen solche sogar die Präferenz zu einer eigenständigen Partei dar. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn sich Großunternehmer, Industrielle oder Monopolisten gleich mehrerer Parteien bedienen, um ihren Interessen kund zu tun. Die Partei dient folglich als Schmelztiegel unterschiedlicher Interessen und Akteure. In dieser Eigenschaft kommt ihr noch eine andere grundlegende Bedeutung zu. Neben der Produktion, spezifischer Aus- und Weiterbildung von organischen Intellektuellen,

als auch der Assimilierung bzw. Eingliederung von traditionellen Intellektuellen, bietet die Partei den Raum um beide Ausformungen ineinandergreifen zu lassen. Somit trägt sie maßgeblich zur Bildung eines "intellektuellen Blocks" dar, welcher für die Ausbreitung hegemonialer Bestrebungen unabdingbar ist (Elfferding & Eckard 1979: 72–73; Körtner 2005: 6).

Selbst wenn die Ausbildung einer Partei einhergeht mit dem Progress einer sozialen Gruppe, also quasi automatisch von statten geht, so bedeutet dies noch nicht, dass die Existenz der Partei auch von Stabilität geprägt und von Dauer sein muss. Um diese Eigenschaften zu erlangen, sprich um nicht durch „normale Mittel“ zerstört werden zu können, müssen laut Gramsci drei wesentliche Bedingungen erfüllt sein: Zuerst braucht es das Element der „sozialen Masse“, d.h. eine große Anzahl an Männern und Frauen, welche sich durch ihre Loyalität, Disziplin und Partizipation für die Partei auszeichnen. Sie allein sind allerdings zu unorganisiert und könnten für sich gesehen zu keiner stabilen Partei führen. Dafür benötigt es, zweitens, ein kohäsives, zentralisierendes und organisierendes Element, welches zugleich innovationsfreudig auf ein bestimmtes Ziel hinarbeitet. Auch diese sozialen Kräfte (wie Intellektuelle) könnten ohne eine ihnen folgende Masse wohl kaum eine funktionierende Partei aus dem Boden stampfen. Daher wird noch eine dritte Komponente benötigt, welche eine Art Vermittlerposition zwischen den ersten beiden einnimmt, sowohl auf physischer als auch auf ideologisch-moralischer Ebene – ein Bindeglied (Hoare & Novell Smith, Geoffrey (Hg.) 1999: 360f.; Körtner 2005: 6f.). Diese drei Elemente stehen in einer äußerst komplexen Beziehung zueinander, sie bedingen und erweitern sich gegenseitig. Stehen alle Elemente im richtigen Verhältnis zu einander, welches sowohl Machtpositionen als auch numerische Anzahl miteinschließt, so ist diese Partei vollkommen.

1.1.5. REVOLUTIONSTHEORIE

Wie Bates konstatiert, handelt es sich bei der Hegemonialtheorie im Grunde genommen um ein relativ einfaches Konzept: „It means political leadership based on the consent of the led, a consent which is secured by the diffusion and popularization of the world view of the ruling class“ (Bates 1975: 352). Nun stellt sich die Frage, vor allem auch innerhalb eines aktuellen weltpolitischen Kontexts, ob Hegemonie nur eine weitere Form der Vorherrschaft darstellt, welche subalternen Gruppen aufgezwungen wird, oder ob Hegemonie eine Möglichkeit darstellt sich von eben einer derartigen Unterdrückung zu befreien. Beispielsweise erkennt Lipsitz in Gramscis Ausführungen eindeutig eine Tendenz in Richtung eines „struggle for hegemony“ (Lipsitz 1988: 146f.). Hegemonie ist demnach etwas,

wofür es sich zu kämpfen lohnt, eine Möglichkeit für bislang untergeordnete Klassen sich von fremdbestimmten Weltanschauungen zu lösen (Elfferding und Eckard 1979: 67).

In seinen Analysen der unterschiedlichen (sozialen, politischen) Kräfteverhältnisse beschreibt Gramsci mehrere *Momente* (manche Autoren sprechen auch von mehreren *Phasen* oder *Stadien*) eines gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses, welcher im Allgemeinen als Weg zur Hegemonialwerdung einer progressiven sozialen Gruppe interpretiert wurde. Jedoch variieren hier die Auslegungen unterschiedlicher Autoren besonders stark. Demirovic (2007) erkennt fünf Momente eines Prozesses der Universalisierung und Staatswerdung der Bourgeoisie. Jacobitz (1991) münzt Gramscis Erläuterungen auf die *Internationalen Beziehungen* um, indem er die Hegemonwerdung einer einzelnen Nation in drei Phasen beschreibt (*siehe unten*). Auch Körtner (2005) bedient sich eben dieser drei Phasen, verzichtet jedoch auf eine Spezifizierung des Möchte-gerne-Hegemons. Und Hall (1989) definiert drei Stadien der Ausbildung von Klassenbewusstsein, Homogenität und Organisationsgrad.

Alle diese Phasen, Momente, Stadien oder wie immer man sie auch nennen mag, beziehen sich auf Gramscis Erläuterungen zum Moment der „politischen Kräfteverhältnissen“, d.h. „an evaluation of the degree of homogeneity, self-awareness, and organisation attained by the various social classes“ (Hoare und Novell Smith 1999: 405).

In einem ersten Stadium, dem „ökonomisch-korporativen Stadium“, werden zuallererst innerhalb von Berufsgruppen Gemeinsamkeiten erkannt, welche organisiert und koordiniert werden können. Es kommt zu einer „Fraktionsbildung entsprechend der Funktion von Individuen im Kreislauf des Kapitals“ (Demirovic 2007: 30). In einem zweiten Stadium, Hall bezeichnet es als „klassen-korporatistisch“, wird bereits ein gewisses Maß an Klassensolidarität erreicht, vorerst allerdings noch auf rein ökonomischer Ebene. Es werden bereits Ansprüche an den Staat gestellt, bezüglich Gleichstellung, Partizipation in legislativen und administrativen Prozessen oder auch Reformen. Das herrschende System und seine Akteure bzw. seine innere Struktur werden in ihrer Gesamtheit aber noch nicht in Frage gestellt (Demirovic 2007: 30; Hall 1989: 71). Das dritte Stadium bezeichnet Gramsci als „the most purely political phase“ (Hoare und Novell Smith, Geoffrey (Hg.) 1999: 405). Hier wird der aufstrebenden Gruppe bewusst, dass ihre gemeinsamen Interessen über korporative Grenzen einer ökonomischen Klasse hinausgehen. Hall und Körtner unterstreichen beide den hegemonialen Charakter dieses Stadiums politischer Aktion, indem die progressive Gruppe Anstrengungen unternimmt, um ihre eigenen Interessen zu generalisieren, damit sie auch von anderen, subalternen Gruppen angenommen und geteilt

werden. Dieser Moment markiert den Übergang von der Basis hinzu den Überbauten bzw. von der Struktur zu den Superstrukturen - von rein ökonomischen Ansprüchen hinzu moralischen, intellektuellen, kulturellen, politischen Zielformulierungen. In dieser Phase arbeiten die Intellektuellen auf Hochtouren, werden die Ideologien und Ideen „Partei“, werden Konflikte ausgetragen bis die stärkste Fraktion (oder eben eine kooperierende Kombination aus mehreren Fraktionen) an Überhand gewinnt, kurz, wird Hegemonie geschaffen (Demirovic 2007: 30f.; Elfferding und Eckard 1979: 71; Hoare und Novell Smith, Geoffrey (Hg.) 1999: 405f.; Hall 1989: 71; Körtner 2005: 9f.). „Dieser Prozess, in dem die dominante Gruppe ihre Interessen mit den allgemeinen Interessen anderer Gruppen und mit dem Staatsgefüge als Ganzem koordiniert, konstituiert die ‚Hegemonie‘ eines bestimmten ‚historischen Blocks‘“ (Hall 1989: 71).

1.1.6. ZUSAMMENFASSUNG

„The concept of hegemony is really a very simple one“ (Bates 1975: 352), es ist wie eine Anleitung zu Herrschaft durch Unterstützung der Beherrschten – ähnlich einer Marketingstrategie oder einer Imagekampagne. Ganz so einfach sind die theoretischen Überlegungen Gramscis zwar nicht und es steckt wesentlich mehr hinter dem auch heute viel zitierten Begriff *Hegemonie*, als seine häufige Verwendung in den verschiedensten Zusammenhängen oftmals vermuten lässt. Dennoch liegt die außergewöhnliche Stärke dieses theoretischen Gerüsts gerade in seiner facettenreichen Anwendbarkeit – vielleicht sogar, ganz im Sinne Gramscis, in den jeweiligen historisch-partikularen Kontext gesetzt. Hegemoniale Strukturen lassen sich somit im Kleinen, beispielsweise innerhalb einer einzelnen Firma sowie im Großen, auf internationale Beziehungen hin bezogen, erkennen. Es müssen lediglich die einzelnen Bestandteile – Zivilgesellschaft, Intellektuelle, politische Gesellschaft etc. – definiert werden, um das Konzept anwendbar zu machen. Im Sinne einer dialektischen Vorgehensweise gilt es, über Gramsci hinauszugehen und seine Ideen und Konzepte für die Gegenwart neu zu interpretieren, sie zu modifizieren und zu erweitern. Das Potenzial dafür ist da, und wurde als solches auch schon mehrfach erkannt und genutzt (Cox 2011: 58).

Nach einer deutlichen Annäherung an Gramscis Werk, schließe ich mich der herrschenden Meinung an und erkenne eindeutig den Marxisten Antonio Gramsci. Vielleicht wäre aber auch die Bezeichnung „marxistischer Denker“ angebrachter. Ihm lag es nicht daran, vorgefertigte Konzepte und theoretische Zugänge unhinterfragt und stur zu übernehmen, wie es in der Geschichte marxistischer(kommunistischer/sozialistischer Regime oft der Fall war. Sein Interesse galt der praktischen Anwendbarkeit auf den konkreten Einzelfall. Dabei

war ihm auch klar, dass ein solches Unterfangen nur unter der Prämisse einer hohen Kompromissbereitschaft durchführbar ist. Konzepte und ganze Theorien müssen als flexibel und veränderbar betrachtet werden, um sie weiterentwickeln zu können - Gramsci der Visionär. Er war auf jeden Fall jemand, der das „thinking outside the box“ im blutigen 20. Jhd. praktizierte, jemand, der eine „pink Future“ Europas vor sich sehen konnte.

*„On daydreams and fantasies. They show lack of character and passivity. One imagines that something has happened to upset the mechanism of necessity. One's own initiative has become free. Everything is easy. One can do whatever one wants, and one wants a whole series of things which at present one lacks. It is basically the present turned on its head which is projected into the future. Everything repressed is unleashed. On the contrary, it is necessary to direct one's attention violently towards the present as it is, if one wishes to transform it. **Pessimism of the intelligence, optimism of the will.**“* (Hoare und Novell Smith 1999: 395; Herv. JRS)

1.2. GRAMSCI IM INTER-/TRANSNATIONALEN KONTEXT

Gramsci boomt und das bereits seit den 80er Jahren, wenn auch nicht durchgehend im selben Ausmaß. Je nachdem wer sich mit Gramsci auseinandersetzt, aus welchem theoretischen oder auch praktischen Umfeld jemand kommt, entstehen unterschiedliche Interpretationen Gramscis von Schriften, welche sodann innerhalb differenter themenabhängiger oder auch –übergreifender Diskurse Anwendung finden. Es wird wiederholt der Versuch unternommen, Gramscis Theorien zur Erklärung der bestehenden, um mit Cox zu sprechen, „Weltordnung“ zu erklären und auch Handlungsräume auszuloten bzw. Handlungsmöglichkeiten zu erkennen. Dabei bemängeln nun einige Vertreter gramscianischer Vorstellungen den mancherorts zu sorglosen Umgang mit Gramscis Konzepten. Es bestehe immer die Gefahr, den zentralen Begriff der Hegemonie als bloße Dominanz² zu übersetzen. Und somit geht der Grundgedanke der Theorie, nämlich die gesellschaftliche Zustimmung in Form eines kollektiven Willens zu den Interessen dominanter Gruppen, in der Debatte oftmals vollkommen unter.

Eine eindeutige Übersetzung – sowohl im sprachlichen als auch im interpretativen Sinne – wird es von Gramscis Werk niemals geben. Dieser Umstand ist nicht nur der außergewöhnlichen Entstehungsgeschichte zuzuschreiben, sondern auch der Tatsache, dass jeglicher Text immer erst übersetzt bzw. interpretiert oder um mit Hall zu sprechen „dekodiert“ werden muss. In diesem Sinne ist ebenfalls der Schluss zulässig, dass ein solcher Interpretationsspielraum gerade bei Gramsci von hohem Ausmaß erscheint. Es kommt eben nicht darauf an, eine „korrekte“ Auslegung von Gramsci zu formulieren bzw. eine solche in

² In neorealistischen Debatten ist ein von Dominanz bestimmter Hegemoniebegriff durchaus üblich. Hegemonie bezeichnet in diesem Kontext lediglich die Vormachtstellung eines Staates, welche es ihm erlaubt das Reglement auf geopolitischer sowie ökonomischer Ebene - auf internationalem Terrain - zu bestimmen. Dadurch kommt diesem übermächtigen Nationalstaat im Neorealismus eine das Weltsystem stabilisierende Aufgabe zu. (Opratko und Prausmüller 2011: 15)

diversen Untersuchungen und theoretischen Texten wiederzugeben, kurz Gramsci „absolut“ zu verstehen – denn dies ist im engeren Sinne nicht möglich. Was zählt ist, eigens interpretierte oder übernommene Konzepte auf eine adäquaten Art und Weise, auf gegebene zu analysierende Situationen anzuwenden.

1.2.1. INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND NEO-GRAMSCIANISMUS

Als Teilgebiet der Politikwissenschaften beschäftigen sich die *Internationalen Beziehungen (IB)* mit einer Vielzahl von Themenkomplexen. Bereits vor 20 Jahren war eine konkrete Eingrenzung der Sujets, welche als Inhalt der IB gelten sollten, unmöglich – und ist es noch. Das Hauptanliegen liegt jedoch nach wie vor in der Erforschung politischer Beziehungen von Nationalstaaten im internationalen/transnationalen/globalen Weltsystem. Aber nicht nur außenpolitische Fragen spielen hierbei eine Rolle, sondern auch die Positionen und Bedeutungen internationaler Institutionen wie der UNO oder auch der EU sowie Friedens- und Konfliktforschung. Auch die *Internationale Politische Ökonomie (IPÖ)* wird in die Analysen miteinbezogen. In der IB-Forschung lassen sich somit durchaus voneinander abgegrenzte Teilgebiete identifizieren, allerdings dürfen diese keineswegs als unabhängige Variablen betrachtet werden, sondern müssen im Kontext eines transdisziplinären Forschungsansatzes als offen, verwoben, in einer Beziehung stehend, erfasst werden. (Czempiel 1991: 3ff.)

In Bezug auf neo-gramscianische Perspektiven sind v.a. Ansätze der IPÖ besonders interessant. Zum einen aufgrund der prinzipiellen Fragestellungen nach den - von gesellschaftlich Einflüssen geprägten und von sozialen Spannungen/Bewegungen produzierten - Wechselwirkungen von Politik und Ökonomie auf einem sich ständig verändernden inter-/transnationalem Terrain (Opratko und Prausmüller 2011: 13). Des Weiteren ist ein Blick in die IPÖ, aufgrund ihrer speziellen Vertreter - allen voran sind hier Robert W. Cox und Stephen Gill zu nennen - unabdingbar. Cox wird im Allgemeinen als Begründer des Neo-Gramscianismus anerkannt und gilt somit als Standardbasis für theoretische Überlegungen und Forschungsvorhaben in diesem Bereich. Sein Schüler und Kollege Stephen Gill greift einige von Cox Ideen wieder auf, entwickelt sie weiter und setzt sie in einen transnationalen Kontext. Gill bezeichnet neo-gramscianische Perspektiven, im Einklang mit der generellen Ansicht, als post-positivistisch und bestreitet somit eine absolute Objektivität und Wertfreiheit nach naturwissenschaftlichem Vorbild in den Sozialwissenschaften - somit auch in den *Internationalen Beziehungen*. Soziale Realitäten sind Reflexionen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, Konstruktionen und lassen Raum

zur Interpretation. Das Prinzip der absoluten Wahrheit wird somit aus sozialwissenschaftlicher Perspektive vollends abgelehnt. (Bohle 2013: 167f.)

1.2.1.1. KRITISCHE THEORIE UND EUROPÄISCHE INTEGRATIONSFORSCHUNG

Cox Forschungszugang versteht sich als der *Kritischen Theorie* zugehörig. Nun liegt das Interesse einer kritischen Theorie generell nicht in der bloßen Deskription einer vorherrschenden Weltordnung, sondern sie fragt nach den besonderen Umständen die zur Entstehung einer solchen Ordnung geführt haben sowie den Kräften die dahinter stecken. Die *Kritische Theorie* versucht den Komplex aus Politik und Gesellschaft als Gesamtheit zu erfassen und hinterfragt die jeweiligen Machtverhältnisse (Cox 2011: 44). Eine kritische Theorie kann Gegebenheiten nicht einfach so hinnehmen, sondern sie muss jegliche Existenzausprägung einer spezifischen Weltordnung hinterfragen: Wie ist diese Ordnung überhaupt entstanden, auf sozialer, ökonomischer, politischer Ebene? Wie kamen die gängigen Regeln, Normen, Institutionen und Praktiken zustande? Wer bzw. welche Gruppe(n) hätte(n) das Potential diese Weltordnung zu ändern? Diese und ähnliche Fragen definieren einen Problem- und Forschungsbereich. Um Antworten zu finden, Lösungswege aufzuzeigen und Strategien zu entwickeln, bedarf es eines dialektisch gestalteten Diskurses (Bieler und Morton 2004: 87). Aufbauend auf dem Ansatz der Kritischen Theorie entwickelt Stephen Gill schließlich seinen eigenen Forschungszugang, im Sinne eines transnationalen historischen Materialismus: „Die grundlegende Annahme lautet, dass die Macht- und Herrschaftsverhältnisse als das Produkt sozioökonomischer Reproduktionsmuster und politischer Kräfte zu begreifen sind“ (Bohle 2013: 166f.).

Der generelle Fokus neo-gramscianischer Perspektiven liegt auf den sich auf Produktionsprozessen gründenden sozialen Kräften und Potentialen einer Gesellschaft, wobei es ermöglicht werden soll, externe Einflüsse auf den Produktionsprozess - Transnationalisierung der Märkte und des Kapitals - erfolgreich in die Analyse miteinzubeziehen. Somit können soziale Akteure auf ihre jeweilige Einbindung, sei es in transnationalisierte Produktions- und Handlungsprozesse oder auch auf nationaler Ebene, hin unterschieden werden (Bieler und Morton 2001: 17f.). Hierbei gilt es ebenfalls zu bedenken, dass die spezifische Position innerhalb eines globalen Systems – nationaler Akteur, transnationaler Akteur – natürlich auch die jeweiligen Interessen und auch Handlungsräume bestimmt.

In der *Europäischen Integrationsforschung* interessieren sich neo-gramscianische Ansätze insbesondere für die Veränderungen und Umbrüche in der europäischen Integrationspolitik

seit den 70er und 80er Jahren (Bohle 2013: 165 u.a.). Diese werden (grob gesprochen) auf geo-politische Wandlungsprozesse, wie der Universalisierung der Freihandelsdoktrin, der weltweite Ausbreitung der Herrschaft des Finanzkapitals und des globalen Wettbewerbs sowie der Entstehung und der Machtansprüche supranationaler Institutionen - kurzum die Ausbreitung neoliberaler Ideen - zurückgeführt. Zum anderen stellen neo-gramscianische Perspektiven einen alternativen Ansatz gegenüber den in der *Europäischen Integrationsforschung* vorherrschenden Konzepten des Neofunktionalismus und des Intergouvernementalismus dar.

1.2.1.2. NEOFUNKTIONALISMUS UND INTERGOUVERNEMENTALISMUS

Ein zentraler Bestandteil des Neofunktionalismus ist die konkrete Konzeption eines „spill-over“ Effekts, wobei der erfolgreichen Integration einzelner nationaler Politikbereiche Auswirkungen auf die Eingliederung weiterer Sektoren zugeschrieben wird – ein positiver spill-over würde demnach den Integrationsprozess beschleunigen (Bieler und Morton 2001: 13). Ein solcher Effekt nimmt seinen Ausgang in einer von drei Sphären, welche als ökonomisch und funktionell, politisch und von Interessensgruppen bestimmt sowie als kultiviert und supranational beschrieben werden können. „Once transnational co-operation has successfully started in one sector, the logic of spill-over automatically leads to integration in other sectors“ (Bieler und Morton 2001: 13) – was einer Kettenreaktion entspricht.

Einer der oft erwähnten Kritikpunkte neofunktionalistischer Theorien ist die auf einzelstaatlicher Kooperation basierende entwickelte Eigendynamik des Integrationsprozesses, wobei übergeordnete Einflüsse wie Globalisierungsprozesse oder historischer Wandel weitestgehend ausgeblendet werden. Unter neo-funktionalistischen Bedingungen durchgeführte Analysen stützen sich somit vorwiegend auf interne Dynamiken europäischer Politiken. Ein weiterer zu kritisierender Faktor ist das zugrunde liegende Menschenbild des *homo oeconomicus*. Diese Grundannahme humaner Verhaltensweisen – und in weiterer Folge gesamtpolitischer Handlungsspielräume - unterstellt eine logische Abfolge von rational-ökonomischen Entscheidungen, welche unweigerlich zu einer Entwicklung hin zu mehr Integration führten. Bieler und Morton widersprechen dieser These inständig, indem sie das genaue Gegenteil unterstreichen: „Rather, they [instances of integrations] are the result of open-ended struggles, which could also have resulted in alternative outcomes“ (Bieler und Morton 2001: 14).

Während neo-funktionalistische Ansätze die Involviertheit von nicht-staatlichen Organisationsformen im europäischen Integrationsprozess zulassen, setzt der Intergouvernementalismus den Fokus auf den souveränen, rational agierenden und auf äußere Sicherheit bedachten Staat als Hauptakteur einer anarchischen Weltordnung (Bieler und Morton 2001: 14). Nachdem in intergouvernementalistischen Ansätzen aufgrund der zentralen Rolle des Staates kaum Platz bleibt für andere Akteure, bleiben strukturelle Veränderungen jenseits der staatlichen Ebene, sprich sozialer und gesellschaftlicher Natur, weitestgehend unberücksichtigt.

Bieler und Morton betonen den Mangel an Flexibilität dieses Ansatzes, insbesondere dahingehend, als Staaten lediglich als adaptions- jedoch weniger als reaktionsfähig gezeichnet werden. Auch hier werden transnationale Akteure nach wie vor außen vor gelassen. Ihr hoher internationaler Einfluss auf diverse Institutionen oder auch Regierungen wird nicht berücksichtigt. Weiters wird bekrittelt, dass intergouvernementalistische Ansätze lediglich zwischenstaatliche Verhandlungen als Motor europäischer Integration betrachten, wohingegen der Fokus wirklich auf dem Tagesgeschehen innerhalb der EU liegen sollte: den Konflikten, Diskussionen und Verhandlungen sowie vor allem auch auf den sozialen Bewegungen auf nationaler und transnationaler Ebene - der Reaktion der Zivilbevölkerung auf EU bezogene Projekte ihrer Regierungen, wie der Ratifikation von Verträgen und Abkommen. (Bieler und Morton 2001: 14-17)

1.2.2. ROBERT W. COX

Neo-gramscianische Theorien haben einen Großteil ihrer Popularität Robert W. Cox zu verdanken. Anfang der 80er Jahre veröffentlichte er zwei grundlegende Artikel³ in der renommierten Fachzeitschrift für IB „Millennium“, worin er sich bemühte, Gramscis Ideen für damals aktuelle Umstände nutzbar zu machen. Seine größte Leistung lag wohl darin, das Konzept der Hegemonie auf internationaler Ebene anwendbar zu machen.

Robert W. Cox (*1929) ist emeritierter Professor der Politikwissenschaften an der York Universität, Toronto und war auch als Direktor des *International Institute for Labour Studies der International Labour Organisation (ILO)* tätig. Er gilt als einer der „intellektuellen Führungspersonen“ auf dem Gebiet der IB und als Vertreter der Britischen Schule der IPÖ. In Verbindung mit Stephen Gill wird er auch der York Schule zugerechnet. Seine gute

³ Cox, Robert W. (1981): Social Forces, States and World Orders. Beyond International Relations Theory. In: Millennium - Journal of International Studies June 1981 vol. 10 no. 2, 126-155

Cox, Robert W. (1983): Gramsci, Hegemony and International Relations. An Essay in Method. In: Millennium - Journal of International Studies June 1983 vol. 12 no. 2, 162-175

Kollegin Susan Strange, welche ebenfalls als Pionierin einer kritischen bzw. heterodoxen IPÖ gilt, jedoch einen anderen Ansatz als Cox vertritt – ihr Fokus liegt zumeist auf finanzwirtschaftlichen Faktoren – schreibt über Cox: „[H]e is an eccentric in the best English sense oft he word, a loner, a fugitive from intellectual camps of victory, both Marxist and liberal“ (Strange 1988: 269f.).

Obwohl es aufgrund seiner kreativen theoretischen Überlegungen - wobei er unterschiedliche Ansätze zu verknüpfen sucht, um so ein dem jeweiligen Untersuchungsgegenstand angemessenes Konzept zu entwickeln – kaum möglich erscheint, wird dennoch immer wieder der Versuch unternommen, Cox in eine bestimmte Schublade zu stecken. Mal wird er als unverbesserlicher Marxist, mal als Weberianer oder Anhänger der Frankfurter Schule oder als rein neo-gramscianistisch bezeichnet. Andere möchten ihn in keiner dieser Kategorien wissen, da er sich nicht an vorgegebene Theoriengerüste hält, sondern diese stets weiterentwickelt oder auch einmal Teile ganz verwirft (Schechter 2002: 1ff.).

In seinen Arbeiten mit Bezug zum Neo-Gramscianismus, kritisiert Cox die hauptsächlich neo-realistisch geprägten Mainstreamtheorienstränge der IPÖ. Er befindet diese als „ahistorisch“ und „statisch“, was ihnen nicht erlaube, strukturelle Wandlungsprozesse hinreichend zu erklären (Opratko 2011: 15). Außerdem würden Akteure außerhalb des Staates – wie nicht-staatliche Organisationen, Institutionen, zivile Kräfte etc. - nicht berücksichtigt werden und es fehle diesen Theorien folglich an Weitsicht und Perspektive (ibid.). In dem Vorhaben diese Mängel innerhalb der IPÖ relevanten Theorien zu beseitigen und Verbesserungen sowohl in der Herangehensweise bzw. der Perspektive als auch im konkreten Forschungsprozess anzustellen, wendet sich Cox Gramscis Konzepten zu.

1.2.2.1. WELTHEGEMONIE, INTERNATIONALISIERUNG DES STAATES UND PASSIVE REVOLUTION

Im Zentrum coxscher Überlegungen steht u.a. die Frage nach Ursprung und Reichweite hegemonialer Ordnungsverhältnisse auf globalem Terrain. Gramsci selbst setzt sich mit internationalen Beziehungen in seinen Schriften vergleichbar wenig auseinander. Was ihn hier am meisten interessiert, ist ihre Relation zu den „fundamental social relations“ (Hoare und Novell Smith 1999: 398), denn diese, so Gramsci, begründeten internationale Beziehungen erst. Anders ausgedrückt, haben Bewegungen und Veränderungen innerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse eines Staates Auswirkungen auf das internationale Umfeld und sind in der Lage internationale Verhältnisse zu modifizieren. Der Staat bleibt demnach der Raum, indem soziale Konflikte entstehen und ausgestanden werden, wo sich

soziale Gruppen bilden und voneinander abheben können - also wo Hegemonie kreiert werden kann (Cox 1993: 58).

Der „integrale Staat“ kann somit als methodisch-politische Analyseeinheit in der Untersuchung internationaler Beziehungen verstanden werden. Wandel und Veränderung im internationalen Beziehungsgeflecht oder der Machtstrukturen sind auf die Veränderung sozialer Verhältnisse innerhalb des Staates zurückzuführen. Demnach ist der Nationalstaat Ausgangs- und Bezugspunkt jeglicher internationaler sozialer Bewegungen. Es besteht allerdings ein wechselseitiges Verhältnis zwischen dem Staat, der Gesellschaft und der, wenn man so will, „globalen Community“. Externe Einflussfaktoren wirken nicht bloß direkt auf Nationalstaaten ein, sondern operieren wiederum auf Ebene der nationalen Gesellschaften, als auch durch diese (Cox 2002a: 33).

Diese dialektischen Kräfteverhältnisse erstrecken sich innerhalb Cox' Konzept der „historischen Strukturen“ – welches in direktem Bezug zu Gramscis „historischen Block“ kreiert wurde - auf drei Sphären: 1. Soziale Produktionsverhältnisse und dadurch erzeugte soziale Kräfte (materiell, institutionell); 2. Staatsformen (Staat-Zivilgesellschaft als Gesamtkomplex); 3. (Universelle) Weltordnungen (Cox 2011: 58f.). Diese Sphären stehen in stetiger Interaktion zu einander, sie beeinflussen und verändern sich gegenseitig. In einem dialektischen Verhältnis zueinander betrachtet, repräsentieren sie einen „historical process through the particular configuration of historical structures“ (Bieler und Morton 2004: 88). Um diese sich verändernden historischen Strukturen genauer analysieren zu können bedarf es eines abgeklärten Staatsbegriffs. Cox betrachtet nun die entscheidenden Mutationen des Nationalstaats im 20. Jhd. etwas genauer.

Die zunehmende Einbindung des Nationalstaates in ein weltweites Ordnungssystem - zeitlich mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs anzusetzen -, diese Vernetzung einzelner Nationalstaaten mittels international agierender Institutionen - welche zu einem Großteil von den USA beeinflusst wurden -, die zahlreichen Abkommen, Verträge und Vereinbarungen dieser Zeit, führten unweigerlich zu der praktischen Erkenntnis, dass ökonomisch-politische Handlungen auf nationaler Ebene auch Konsequenzen auf internationaler Ebene in sich bergen. Dieser Umstand sollte auch zu der Einsicht führen, dass es für alle Beteiligten von Vorteil sein könne, diese Kausalkette bereits vor Setzung diverser nationalstaatlicher Maßnahmen zu beachten. Nationalstaatliche Politiken wurden damit zunehmend „internationalisiert“ (Cox 2011: 71) - vom Ideenfindungs- über den Entscheidungs- bis hin zum Durchsetzungsprozess - und gliederten sich in eine hierarchische Weltordnung, welche für lange Zeit unter Vorherrschaft der USA stand, ein.

Diese Weltordnung hatte sich auf einen Harmonisierungskurs unter Vorzeichen der freien Marktwirtschaft versteift.

Nun liegt der Knackpunkt darin, dass die bloße Involviertheit in internationale Prozesse und da vor allem in die Entscheidungsprozesse internationaler Institutionen, die Art und Weise der nationalen Politikgestaltung beeinflusst. Eben das ist es auch, was Cox unter „Internationalisierung des Staates“ konkret versteht: Eine sich immer wieder neu formierende Wechselwirkung, zwischen dem Nationalen und dem Transnationalen – welche fortan in ständiger Interdependenz zueinander stehen. (Cox 2011: 70f.)

Struktureller Wandel auf ökonomisch-politischer Ebene innerhalb eines Staates fördert die Herausbildung neuer Kräfte, welche über die nationalen Grenzen hinaus in den internationalen Raum bis hin zu anderem nationalen Territorien wirken. Wird diese Schlussfolgerung nun auf die globale Weltordnung hin angewendet und in das Hegemoniekonzept eingebettet, so folgert Cox: „A world hegemony is thus in its beginnings an outward expansion of the internal (national) hegemony established by a dominant social class“ (Cox 1993: 61). In Gramscis Erläuterungen werden diesbezüglich die Auswirkungen der Französischen Revolution aus internationaler Ebene untersucht und wird diese Revolution als Wiege darauffolgender Umschwünge in den europäischen Staaten betrachtet. Cox wälzt diese Überlegungen auf gegenwärtigere Entwicklungen um und betrachtet die historischen Machtverhältnisse, deren Veränderungen und Effekte, der Sowjetunion und auch der USA im selben Licht: „These were all nation-based developments which spilled over national boundaries to become internationally expansive phenomenon“ (Cox 1993: 59).

Daraus folgt was Gramsci als „passive Revolution“ bezeichnete. Wenn soziale Umbrüche nicht von innen heraus gewachsen, sondern von außen eingedrungen sind und von Intellektuellen als originelle Ideen aufgeschnappt und für eigene Zwecke reproduziert wurden, so handelt es sich um keine organische Revolution, sondern um eine passive Adaption an neue (internationale) Kräfteverhältnisse. Aufgrund der fehlenden zivilgesellschaftlichen Eigeninitiative einer solchen Umbruchsphase, fällt es diesen neu entstandenen sozialen Initiativen allerdings schwer, nicht nur auf kultureller und vielleicht auf ökonomischer Ebene etwa zu bewirken, sondern v.a. auch auf politischer Ebene Resultate zu erzielen. Aus diesem Umstand schließt Cox, dass ein weltweites hegemonisches Moment weniger mit der Vormachtstellung eines Staates per se zu tun hat, sondern viel eher Ausdruck einer speziellen Produktionsweise ist (Cox 1993: 58–62).

„World hegemony is describable as a social structure, an economic structure, and a political structure; and it cannot be simply one of these things but must be all three. World hegemony, furthermore, is expressed in universal norms, institutions and mechanisms which lay down general rules of behavior for states and for those forces of civil society that act across national boundaries - rules which support the dominant mode of production.“ (Cox 1993: 62)

Im Gegensatz zum Neorealismus, wo der Staat als rationaler Soloakteur auf der transnationalen anarchisch gestalteten Bühne agiert, orientiert sich Cox hier am gramscianischen Konzept des „integralen Staates“ und nimmt dem Staat somit seine Uniformität, Korrektheit und absolute Kontrolle. Unterschiedliche politische Formationen bringen historisch unterschiedliche Ausprägungen von Staaten hervor – „den Staat“ als allgemeingültiges Konzept gibt es lediglich in der Theorie (Cox 2002a: 32). In dieser Konzeption des Staatsbegriffs greift Cox auf Gramscis „historischen Block“ zurück, was ihm die Möglichkeit gibt, die Frage nach den sozialen Kräften zu stellen, welche in der Herausformung eines solchen Blocks ausschlaggebend sind (Bieler und Morton 2004: 91). Durch den Fokus auf die sozialen Kräfte, welche innerhalb der gesellschaftlichen Struktur eines Staates wirken und den herrschenden Institutionen sowohl zustimmend als auch ablehnend gegenüberzutreten können, begreift Cox den Staat in seiner Gesamtheit als „state-society complex“ – ein verwobenes Gefüge aus Staat und Zivilgesellschaft (Cox 2002 a: 32; Opratko und Prausmüller 2011: 17).

1.2.2.2. KLASSE UND INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

„The essence of class is social dominance and subordination. It can be expressed and experienced in the forms of gender, race, cast, status group and other identities, all of which converge into the relations of the production process, although they have many other manifestations as well.“ (Cox 2002a: 30)

Der Klassenbegriff wird von Cox als nicht-statisch, flexibel und dehnbar verstanden. In einer kapitalistisch geprägten Gesellschaft treten Klassenverhältnisse in unterschiedlichen Variationen auf. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, sich die sich verändernden Produktionsverhältnisse genau anzusehen, da diese die Konfliktlinien und Spannungen zwischen sozialen Klassen bestimmen. Innerhalb und durch „historical processes of economic exploitations“ (Bieler und Morton 2004: 90) bilden sich Klassenidentitäten aus, welche den Terminus der Klasse definieren.

Von der beschränkten nationalen Ebene abgehoben, erlauben die in Zusammenhang mit einer ausgeprägten Hegemonie stehenden Produktionsweisen, Zusammenschlüsse sozialer Klassen, in Form einer transnationalen Verbindung, einzugehen: „The hegemonic concept of world order is founded not only in the regulation of interstate conflict, but also upon a globally-conceived civil society, i.e. a mode of production of global extent which brings about links among social classes of the countries encompassed by it“ (Cox 1993: 61). Es kommt zur

Ausbildung international agierender Netzwerk- und Organisationsformen, welche wiederum in einem dialektischen Verhältnis zu nationalen Akteuren stehen.

Internationale Organisationen, ihrerseits als Produkt hegemonialer Verhältnisse verstanden, können zur Ausbreitung hegemonialer Normen sowie von - als universell betrachteten - Werten beitragen. Sie sind in der Lage die Hegemonialansprüche bestimmter sozialer Gruppen auf internationaler Ebene zu unterstützen. Dabei handelt es sich nicht bloß um die bekannten Großorganisationen wie die UN oder den IWF, sondern generell um international agierende Organisationen – die einen geschichtsträchtiger als die anderen, so manche haben mehr Einfluss, andere wiederum weniger (Bieler und Morton 2004: 93). Zu nennen wären hier z.B. Kirchen, Clubs wie Rotary oder Lions, oder auch NGOs etc. Im Grunde genommen entsprechen all diese Formen Gramscis Zivilgesellschaftsbegriff, übertragen auf die internationale Ebene. Als Ausdruck einer hegemonial gewordenen Gesellschaftsformation, verkörpern derartige Organisationen das Reglement, auf dessen Basis sich die hegemoniale Weltordnung ausbreitet. Sie formulieren Normen und entwerfen Policies mit einem staatenübergreifenden Gültigkeitsbereich. Sie dienen der ideologischen Legitimation einer Weltordnung, welche mittels Empfehlungen diverser Maßnahmen oder auf Anraten - beispielsweise der OECD oder der ILO – auf nationalstaatlicher Ebene mittgeteilt wird. Natürlich bieten internationale Organisationen auch ein Forum für transnationale Eliteklassen, fördern den brain-drain in Richtung der führenden Staaten und sind somit auch befähigt, gegenhegemoniale Bestrebungen subalternen sozialer Kräfte in machtlosen Staaten zu unterbinden - ihnen durch Abzug ihrer Intellektuellen die Luft abzuschneiden. (Cox 1993: 62f.)

Der Klassenbegriff muss demnach aus dem nationalen Rahmen gehoben werden und innerhalb einer „globalen Klassenstruktur“ (Cox 2011: 74) gedacht werden. Cox sieht eine solche Struktur sowohl als neben als auch über einer nationalen Klassenstruktur stehend. Eine „transnationale Managerklasse“ steht hierarchisch gegliedert - mit all ihren Ideologien und strategischen Mitteln gegenüber den ihr untergebenen Institutionen und Mittelsmännern - an der Spitze dieser globalen Klassenstruktur (ibid.). Eine strukturelle Verbindung hinzu transnationalen Unternehmen (TNCs) liegt auf der Hand. Unterschiede in Produktionsweise und sozialer Konstellationen einzelner Nationalstaaten können auf transnationaler Ebene für eine ökonomisch vorteilhafte Produktion ausgenutzt werden - Stichwort globale Arbeitsteilung, günstige Bedingungen für Outsourcing, Kapitalabfluss etc. Für Bieler und Morton ist es gerade diese international stattfindende Produktionsweise,

welche diese „Phase“ der Globalisierung vom vorhergehenden historischen Abschnitt des Pax Americana grundsätzlich unterscheidet. (Bieler und Morton 2004: 94)

1.2.3. STEPHEN GILL

Die strukturellen Umschwünge und Wandlungsprozesse der von Krisen gebeutelten 1970er Jahre, bis hinein in die 1990er, bilden auch für Stephen Gill den Ausgangspunkt zur Untersuchung einer Neuorganisation globaler Produktionsprozesse. Was Cox als Übergang der Periode der US-Hegemonie hin zu allgemeinen Globalisierungsprozessen identifiziert, beschreibt Gill als Transition eines „internationalen historischen Blocks“ hinzu einem „transnationalen historischen Block“. Er beschreibt diesen Prozess als ein Wegbewegen von der „era of ‚national champions‘, state capitalism, national corporatism, and social and economic protection“ (Gill 1992: 165). Dieser Wandel sozialer Kräfteverhältnisse auf weltumspannender Ebene - im Sinne von Aktion und Reaktion / Aktivität und Passivität - schufen die Grundbedingungen für die Herausbildung einer „Hegemonie des transnationalen Kapitals“ (Bieler und Morton 2004: 96).

Hier trennen sich die Ansichten Stephen Gills von jenen Cox und Gramscis. Während erstere das Vorhandensein von Hegemonie als ein unerlässliches Moment eines „historischen Blocks“ betrachten, sieht Gill lediglich die Möglichkeit für einen historischen Block hegemonial zu werden - ein „potential to become hegemonic“ (Gill 1993: 40). Ihm zufolge, kann also ein historischer Block entstehen und sich auch bis zu einem gewissen Grad stabilisieren, ohne dass eine spezielle dominante soziale Gruppe eine hegemoniale Stellung einnehmen müsste. Sie genießt lediglich das Moment des Supremats, d.h. sie hat eine Art der Vormachtstellung ohne aber in der Lage zu sein, breiten gesellschaftlichen Konsens zu begründen (Bieler und Morton 2004: 96.). Eine derartige nicht explizit hegemoniale Weltordnung meint Gill nach der Ära der US-Hegemonie zu erkennen. Es geht nun nicht mehr um die alleinige Vormachtstellung eines einzelnen Staates, sondern um ein flexibles Konglomerat an transnational wirkenden Kräften – seien dies *Internationale Organisationen*, politische Institutionen, Transnationale Unternehmen, nationale Lobbyisten etc. – womit abermals eine „transnationale Managerklasse“ die Bühne betritt.

Gill beschreibt somit den Prozess der Entstehung eines „historischen Blocks“ sowohl auf als auch aus der transnationalen Ebene, als Ausdruck von „inter- and intra-class fractions“ (Bieler und Morton 2001: 21). Die einzelnen Bestandteile dieser transnationalen Macht – einzelne Unternehmen, Personen, Politiker, ganze Organisationen etc. –, stehen in gegenseitiger Interdependenz zueinander. Vereinfacht ausgedrückt, kümmern sich die einen

um eine ökonomische Basis und setzten sich mit Kapitalakkumulation, Produktions- und Arbeitsprozessen auseinander, während andere eher auf rechtlich-kultureller, institutioneller Ebene aktiv werden und die jeweiligen Interessen auf globalem Niveau vertreten und sicherstellen. „By a situation of supremacy, I mean rule by a non-hegemonic bloc of forces that exercises dominance for a period over apparently fragmented populations, until a coherent form of opposition emerges.” (Gill 1995: 400)

Die (teils rasante) Öffnung der Märkte und die stark zunehmende Mobilität des Finanzkapitals unter dem Dogma des global freien Unternehmertums, führt Gill im Konzept des „disziplinierenden Neo-Liberalismus“ zusammen. Gills Konzept von Disziplin vereint die jeweiligen Definitionen von Weber, Durkheim und Foucault. Hierdurch entsteht ein Komplex aus struktureller Kapitalmacht, dem Uniformitätsgedanken nach Weber (Partei, Klasse, Elite, Organisationen etc.) und sozial-individuelle Kontrolle. Bei dem Konzept des disziplinierenden Neoliberalismus geht es weniger um seine universale Gültigkeit. Relevant ist vor allem sein Eingebettetsein in nationale/transnationale sowie öffentliche/private Strukturen, - diese verstärken und reproduzieren sich wechselwirkend. Disziplinierender Neoliberalismus in all seinen Ausformungen ist höchst bürokratisiert und institutionalisiert. „Thus 'disciplinary neoliberalism' is a concrete form of structural and behavioral power“ (Gill 1995: 411). (Gill 1995: 411f.)

Der Neoliberalismus ist für Gill nicht nur polit-ökonomisches Programm und aktueller Zustand, sondern er ist v.a. auch als Prozess zu betrachten, wobei er sich Gill für die sich verändernden Verhaltensweisen der einzelnen Akteure interessiert - Staat, Individuum, Gesellschaft. Neoliberale Handlungsrahmen sind wohlweislich abgesteckt und werden zum einen von der strukturellen Macht des Kapitals gehalten, aber auch von internationalen Organisationen und Handelsinstitutionen gefestigt und reproduziert. Die Gesellschaft nimmt die zunehmende Kontrolle und Überwachung nationaler und internationaler Akteure stillschweigend hin (vgl. Fall Snowden), unterwirft sich dieser neuen sozialen Ordnung und seinen disziplinierenden Praktiken. (Bohle 2013: 168f.) Es werden Gesetze erlassen, Verfassungsänderungen vorgenommen, Eigentumsrechte beschränkt oder ausgeweitet, generell findet eine Institutionalisierung neoliberaler Ideen und Mechanismen statt – sowohl auf nationalem als auch auf transnationalem Niveau.

Diese Re- bzw. Umstrukturierung politischer und ökonomischer Formen und Mechanismen, mit dem Ziel der Aufrechterhaltung und Verbreitung neoliberaler Ideale, sieht Stephen Gill im „Neuen Konstitutionalismus“ vereint. Dieser kann definiert werden als „the political project of attempting to make transnational liberalism, and if possible liberal democratic

capitalism, the sole model for future development“ (Gill 1995: 412). Ein wesentliches Moment ist die auf lange Sicht erfolgte Planung und Indizierung diverser Reglements und Maßnahmen, was sich mitunter durch die Globalisierungsdoktrin, verstanden als ein (erneutes) „Ende der Geschichte“, erklären lässt. Als operierende Institutionen gelten auf internationaler Ebene v.a. Organisationen wie der IWF, die Weltbank oder auch die WTO. Aber ebenso können einzelne Verträge und Maßnahmen wie Maastricht, diverse NAFTA Abkommen, oder die Etablierung, Praktiken und Instrumentalisierung von Nationalbanken, identifiziert werden. Sie alle halten der freien Marktwirtschaft, der Mobilität und Akkumulation von Kapital und der „market civilization“ die Stellung (Gill 2002: 48). Die beiden Konzepte „disziplinierender Neoliberalismus“ und „Neuer Konstitutionalismus“ bedingen sich folglich gegenseitig. Zudem sind beide Ausdruck historischer Prozesse und gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen.

1.2.4. BEDEUTUNG VON COX UND GILL

Bohle hebt den Wert der Arbeiten von Cox und Gill – oder auch van der Pijl – für die Europäische Integrationsforschung, deren Ausgangspunkt der qualitative Bruch – bezüglich der Ausgestaltung als auch der Vorgehensweise – europäischer Integrationspolitik seit Mitte der 80er Jahre bildet, hervor. (Bohle 2013: 165) Die Gründe hierfür ergeben sich weniger aus europainternen Umständen, sondern liegen viel eher an den sich zu jener Zeit stark verändernden globalen Gegebenheiten und dem darauf gründenden europäischen Reaktions- und Adaptionverhalten. „During the period of structural change in the 1970s, then, the social basis across many forms of state as the logic of capitalist market relations created a crisis of authority in established institutions and models of governance“ (Bieler und Morton 2004: 95). Diverse Theorien zur „Auflösung des Staates“ im internationalen System - der „Welt ohne Grenzen“ - waren im Aufkeimen⁴. Diesbezüglich wurde auch einiges an Kritik an neo-gramscianischen Perspektiven laut, wobei diesen die chronische Unterschätzung der Rolle des Staates in globalen Prozessen vorgeworfen wurde (Bieler und Morton 2004: 102). Bieler und Morton argumentieren allerdings: „the internationalisation of production has profoundly reconstructed - but not eroded - the role of the state“ (Bieler und Morton 2004: 95). Immerhin bleibt der Staat auch bei Cox zentraler Austragungsort sozialer Konflikte und somit Bildfläche zur Herausbildung eines historischen Blockes - und somit einer Hegemonie. Das nationale Terrain stellt quasi Ausgangspunkt und Basis welthegegonialer Ansprüche dar, wobei dies ebenfalls für die Ausbildung einer oder

⁴ Der klassische Nationalstaat musste im Laufe der Zeit immer mehr seiner, als ihm immanent betrachteten, Kompetenzen vermindern bzw. an „vorgestellt“ übergeordnete Orte abgeben - Transnationalisierung von Entscheidungsprozessen auf Ebene internationaler Organisationen.

mehrerer counter-hegemonialer Bewegungen gilt. Gleichzeitig bringt Gill hier eine vollkommen neue Perspektive ein. Er bringt den Nationalstaat zwar nicht zum Verschwinden, nimmt ihm jedoch seine allumfassende und basisorientierte Rolle. Er braut das gängige nationalstaatliche Konzept seines gestaltenden, selbstbestimmten Potentials – kastriert es auf ein zumeist adaptives und passiv-reaktives Verhalten innerhalb (vor-)gegebener sozio-ökonomischer Umstände.

Zusammenfassend, liegt Cox' zentrale Errungenschaft darin, das Konzept der Hegemonie innerhalb der *Internationalen Beziehungen* nicht bloß zu erweitern, sondern für die IB-Forschung neu zu erfinden, indem er es einerseits mit seinen gramscianischen Ursprüngen wieder zusammenführt und andererseits von der rein nationalen Ebene herauslöst. Gill geht sogar noch einen Schritt weiter und lässt historische Blöcke auf transnationaler Ebene entstehen, die noch dazu nicht einmal hegemonial sein müssen. Es ist wohl keine Untertreibung zu behaupten, dass dies weitgefasste und für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung äußerst fruchtbare Entwicklungen sind.

2. GEDANKEN ZU EINER „EUROPÄISCHEN IDENTITÄT“

„There is no such thing as an ingrained European identity.“ (Gusenbauer 2006: 22)

Europa befindet sich in einer Krise. Seit Ausbruch der Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2008 beherrscht dieses Thema die europäischen Medien wie kaum ein anderes. Nur in Ausnahmefällen von großen Naturkatastrophen, Politskandalen und v.a. mit dem Arabischen Frühling 2010, wurde dieses mediale Aufmerksamkeitsschema durchbrochen. Seit Mitte 2012 konnte nun ein langsamer doch stetiger Rückgang der Krisenberichterstattung beobachtet werden. Auffallend während all der Zeit war jedoch die durchaus große Diskrepanz zwischen medialer Information und wissenschaftlich-akademischen Veröffentlichungen. Der akademische Mainstream hatte relativ früh darauf hingewiesen, dass sich Europa nicht erst durch Finanzspekulationen in eine Krise manövriert hatte, sondern sich bereits seit geraumer Zeit inmitten einer internen Krise befand, welche sich gleich an mehreren Fronten manifestierte.

2.1. EUROPAS KRISE/N

Europa sieht sich mit der generellen Problematik Europäischer Integration konfrontiert, welche sich durch die Frage nach der europäischen Zivilgesellschaft sowie der, sich in einer Dauerkrise zu befindenden, Demokratie als auch Legitimation ausdrückt – eine „ernst zu nehmende soziale Krise“ (Gusenbauer 2006: 18). Aber anstatt einer ebenfalls „ernst zu

nehmenden“ und vor allem öffentlichen sowie medial präsentierten Debatte zu dieser emergenten gesellschaftlichen Krise der EU, befassten sich nur die üblichen TV-Anstalten der sogenannten gehobenen Unterhaltung, wie arte, 3sat oder BR-alpha, in Form von Themen- und Diskussionssendungen mit diesen Sujets. In den Alltagsmedien kam es nur ab und an zu einem Aufflackern einer Diskussion zu Legitimität und Aufgabe europäischer Institutionen – v.a. im Lichte nationaler Austrittskampagnen (wie in Großbritannien oder immer wieder auch in Österreich).

Dem Unmut der in der EU lebenden Menschen wird hiermit keine Abhilfe geschaffen – und dieser Umstand besteht nicht erst seit Ausbruch der aktuellen Weltwirtschaftskrise: „European citizens feel that the Union rather contributes to their social problems instead of providing an additional safety net.“ (Meyer 2006: 34) Die große Frage sollte daher nicht bloß darauf abzielen, wie wir uns möglichst unversehrt aus diesem misslichen Wirtschaftsdebakel hinausschlängeln können, sondern auf den Agenden der EU sowie in den nationalen Medien müssen ganz andere, tiefergreifendere Fragen aufgeworfen werden: Wohin bewegt sich die EU und wohin soll sie sich bewegen? Wie soll die Zukunft der Union, die Zukunft Europas aussehen?

Es erscheint einem fast so, als würde die EU ziellos umherirren. Niemand scheint so ganz genau zu wissen wohin die Reise nun eigentlich gehen soll – in Richtung „Superstaat“, oder doch eine lockere Föderation? Wollen wir die Vereinigten Staaten von Europa? Mit der Erhaltung des Friedens auf (west-)europäischem Terrain hat die EU ihr ursprüngliches Gründungs-Soll erfüllt und für diese, hinsichtlich der europäischen Geschichte doch beachtliche Leistung, auch kürzlich den Friedensnobelpreis erhalten⁵.

Die Union steht nun vor neuen bzw. kürzlich wiederentdeckten Herausforderungen, welchen sich bereits die einzelnen Mitgliedsstaaten einst gegenüber sahen. Ein nunmehr „politisches Projekt Europa“, bestehend aus konstruierten supranationalen Institutionen, sieht sich der Aufgabe gegenübergestellt, die unterschiedlichen, historisch gewachsenen, heterogenen Nationalstaaten, mit all ihren differenten und teils stark abweichenden An- und Absichten sowie politisch-ökonomischen Interessen und Systemen, unter einem gemeinsamen Dach zu vereinen.

Die Europäische Union tritt dementsprechend als eine Institution der Extreme in Erscheinung. Sie kann – und muss auch – aus mehreren Blickwinkeln und auf

⁵ Diese Ehrung des europäischen Einigungs- und Friedensprojekts kam vielleicht etwas verspätet. Wahrscheinlich wäre das 50-jährige Jubiläum des Vertrags von Rom 2007 ein denkwürdigerer und angemessenerer Zeitpunkt gewesen.

unterschiedliche Art und Weise betrachtet werden. Ein einerseits stetig tickendes Uhrwerk, wo jedes noch so kleine Rädchen, zumindest offiziell, von Bedeutung ist. Andererseits ergibt sich der Eindruck einer trägen Walze, deren Richtung nur schwer zu ändern ist. Ein weit verbreitetes Bild der EU zeigt allerdings, dass ihr vor allem ein Manko angeheftet wird: ihre Abgehobenheit. Der Union wird vorgeworfen über demokratischen Grundprinzipien zu stehen – Wasser zu predigen und Wein zu trinken. Sie verstehe nur wenig vom Leben ihrer Bürger und kümmere sich nicht um deren Bedürfnisse und Wünsche. Kurz: Die EU und ihre Bürger klafften immer weiter auseinander.

Wie auf den Statistiken der „European Election Database“ entnommen werden kann, scheinen sich auch die Bürger nicht sonderlich für Belange auf EU Ebene zu interessieren, wobei die aktive Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament (EP) zumeist die 50% Marke nicht überschreitet (Delhey 2004; Knelangen 2012). Und auch ein Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger zeichnet sich bereits über einen längeren Zeitraum hinweg ab (Delhey 2004).

2.1.1. DIE DENKZETTELWAHL 2005

Dass die aktuelle Situation, geprägt von mehreren ineinandergreifenden Krisen – Demokratie, Legitimation, Bürger, Wirtschaft, Politik, Identität u.s.w. -, keine vollkommen neue ist, zeigt auch der bereits 2006 – d.h. noch vor Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise – verfasste Beitrag zum Thema EU als Global Player des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers A. Gusenbauer. Gusenbauer argumentiert in eine von Verständnis für die Bürger zeugenden Richtung. Dem einzelnen EU-Bürger sei demnach kein Vorwurf zu machen, wenn er mit aktuellen Entwicklungen und Politiken auf EU Ebene nicht einverstanden ist. Im Angesicht hoher Arbeitslosigkeit, geringem Wirtschaftswachstum und zunehmender sozialer Ungleichheit, ist eine derartige Einstellung für Gusenbauer klar nachvollziehbar (Gusenbauer 2006: 20). In Verbindung mit dem europäischen Legitimations- und Demokratiedefizit aber, bestehe eine fundamentale Bedrohung für die Union im Allgemeinen. Wo auf nationaler Ebene die Bürger die Möglichkeit haben, nicht zufriedenstellende Regierungen abzuwählen und ihre Stimme einem neuen Hoffnungsträger zu geben, so können sie in Bezug auf Europa zumeist lediglich die Position passiver Zuschauer einnehmen (Gusenbauer 2006: 22f.), und wo die Menschen machtlos sind, kommt es mitunter zu Frustration und dementsprechendem Handeln als auch Denken: „If people are [...] dissatisfied with European policies, they tend to question the European Union's very right of existence“ (Gusenbauer 2006: 22). Dabei ist es nicht überraschend, dass derlei Umstände sich bestens für Negativkampagnen ebenso gut eignen, wie für das

Aufstreben von lobbyistisch unterstützten Bestimmungsakteuren. So geschehen auch im Vorfeld des französischen Referendums um die EU-Verfassung, wobei es den pro-Vertragsparteien (die konservative UMP in der Regierung und die linke PS in der Opposition) nicht gelungen war, das Thema der Abstimmung vom Streitsujet eines eventuellen EU-Beitritts der Türkei oder auch von geführten Debatten zu den Folgen der Osterweiterung aus 2004, zu trennen (Kuhle 2005: 2f.). Außerdem war das linke Lager bezüglich der Konsequenzen des Verfassungsvertrages gespalten. Beispielsweise stellte sich eine Fraktion der Partie Socialiste als vehementer Gegner eines mit dem Vertrag einhergehenden „ungezügelter Marktkapitalismus“ und somit gleichzeitig als Retter der sozialen Gerechtigkeit dar (Tiemann et al. 2011: 202).

2.1.1.1. EIN ABSAGE AN EUROPA?

Mit dem „Non“ der Franzosen und dem „Nee“ der Niederländer zur EU-Verfassung 2005, ertönte ein europaweiter Aufschrei nach mehr Information und Partizipation der Bürger. Was die geführten innerstaatlichen Debatten anbelangt, so sind diese, wie oben bereits angedeutet wurde, mit nur einem prägnanten Wort zu beschreiben: Themenverfehlung! Nicht der Vertragstext bzw. konkrete Inhalte des Vertrags standen als Thema in öffentlichen Diskussionen im Mittelpunkt, sondern vor allem die allgemeine Sinnhaftigkeit der EU, in Kombination mit Sündenbockattitüden und Verschleierungstaktiken nationaler Verantwortung, wurden medial inszeniert (Kuhle 2005: 3f.). Den Medien allein die ganze Schuld am Abstimmungsdebakel in die Schuhe zu schieben wäre nun aber auch nicht korrekt. Denn allerdings bestand die allgemeine Tendenz am Parkett des öffentlichen Interesses, sich mehr für generelle EU-relevante Themen zu begeistern und Antworten auf umfassende Allgemeinfragen zu erhalten, als sich mit konkreten Vertragsspezifika auseinanderzusetzen. (ibid.)

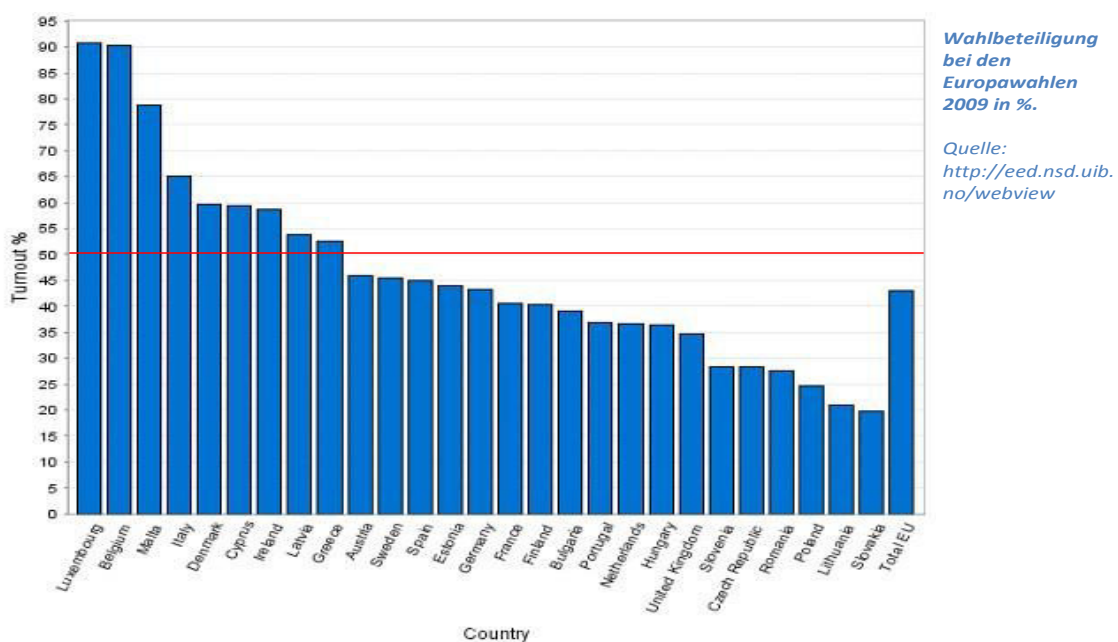
Wenn das grundlegende Verständnis für die Vor- und Nachteile sowie die Konsequenzen und Bedeutungsstrukturen einer EU-Mitgliedschaft des jeweiligen Landes innerhalb der Bevölkerung nicht gegeben ist, so kann es gar nicht zu einer fundierten Debatte um ein spezifisches, selbst schon hoch komplexes Thema, geben. Natürlich schleichen sich somit auch nationale Belangen und damit einhergehende Wünsche als auch Ängste in EU-relevante Diskussionen ein. Unter solchen Umständen führen mehrere Wege zu einem Nein. Entweder werden nationale Schwierigkeiten direkt auf die EU übertragen und ihr wird die Schuld an hoher Arbeitslosigkeit, Migrationsproblematik oder auch wirtschaftlicher Instabilität gegeben. Oder aber, diese nationalen Problemstellungen werden als solche erkannt und eine bevorstehende Volksabstimmung, egal zu welchem Thema, wird als

adäquates Mittel zur Ablehnung nationaler Politiken betrachtet – die viel zitierte Denkkzettelwahl (Kuhle 2005: 1f.).

Aber was zeigt uns diese Absage zweier EU-Mitglieder der ersten Stunde? Die Ergebnisse des Referendums sowie die davor geführten Debatten und Themenschwerpunkte lassen sich nicht einfach auf die restlichen Mitglieder übertragen. Außerdem wurde der anstatt der EU-Verfassung ausgearbeitete Vertrag von Lissabon 2009 ratifiziert – nach erfolgreicher Wiederholung eines Referendums in Irland, aber keinen weiteren Abstimmungen. Gleichzeitig verweisen die Geschehnisse rund um Lissabon auf eine weitere Facette der Demokratie- und Legitimationsdefizit-Debatte, indem sie den europäischen Bürgern vor Augen führte, dass die EU noch weit von Gleichberechtigung unter Mitgliedsstaaten entfernt ist. Immerhin wurde die EU-Verfassung von 18 Staaten noch vor den ablehnenden Referenden ratifiziert (Cerutti et al. 2011: xv).

Ein ähnlich tristes Bild vom Vertrauen der europäischen Bürger in die EU zeichnen die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009. Wie *Abb.1* zeigt, lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung der EU-27 deutlich unter 50%. In lediglich neun Ländern konnte diese Marke übertroffen werden. In Verbindung mit den Geschehnissen rund um die ablehnenden Referenden, bezeugt dieses Ergebnis die nach wie vor aktuelle Problematik eines Vertrauensverlustes in die Europäischen Institutionen, eine zu geringe Aufklärung und Bewusstseins-schaffung auf nationaler Ebene sowie eine zu geringe Beachtung sozio-kultureller Faktoren im Europäischen Integrationsprozess von Seiten der EU.

Abb. 1: Europawahlen 2009



2.2. NATIONALE IDENTITÄT UND/ODER EUROPÄISCHE IDENTITÄT

In den Köpfen der europäischen Gesellschaften sind nach wie vor nationale Identitätsmuster einmal mehr dann wieder weniger tief verankert. Das Individuum definiert sich selbst (vor allem in der Fremde) über seine nationalstaatliche Zugehörigkeit. Ebenso werden Fremde entsprechend ihrer Landsmannschaft identifiziert und eventuell mit Vorurteilen und Stereotypen behaftet – ob derlei Zuschreibungen nun der bloßen menschlich-logischen, als Denkstütze dienenden Kategorisierung dienen oder aber ob diverse Absichten oder gar Bewertungen dahinter stecken ist eine andere Frage. Hier geht es in erster Linie um ein Gedankenspiel. Es geht darum, Möglichkeiten und Grenzen von Identitäten auszuloten. Kann die (Er-)Schaffung einer „Europäischen Identität“ anstelle oder über nationale Prägungen hinweg gelingen? Und wenn ja, wäre dies überhaupt wünschenswert?

2.2.1. DAS NATIONALSTAATLICHE KONZEPT

Als grundlegendes Element, mit dem eine identitäre Ausprägung steht und fällt, ist demnach das Konzept des Nationalstaats zu identifizieren. Die Entstehung der europäischen Staaten, aus einer historischen Perspektive heraus betrachtet, zeigt sich als ein langwieriger, äußerst komplexer und kontroverser Prozess. Dieser vollzog sich sowohl auf temporaler und räumlicher wie auch auf technisch-methodischer Ebene unterschiedlich. Die blutige, von Konflikten und Kriegen geprägte Geschichte des europäischen Kontinents im Hinterkopf behaltend, wird der bloße Gedanke einer wahrhaftigen (nationalen) Einheit nicht nur zu einer vollkommen neuen, sondern zu einer geradezu revolutionären Idee. Diese Idee der Nation, einer sozio-kulturellen homogen verstandenen (vorgestellten) Einheit, welche sich territorial mittels Grenzen von anderen ihr ebenbürtigen Einheiten abzugrenzen sucht, und zur selben Zeit mit diesen um die Vorherrschaft buhlt, welche von einem souveränen Herrschaftssystem geführt wird, und sich selbstbestimmt präsentiert, hat einen triumphalen Expansionszug rund um den Globus erfahren und definiert die uns gewohnte Weltordnung. In seinen Ursprüngen, ist dieses „nationale Konzept“ ein europäisches und es genügt einen Blick in das vergangene Jahrhundert zu werfen, auf all die nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen, der damit einhergehenden Schaffung neuer Nationen (v.a. auch auf dem europäischen Kontinent), um zu dem Schluss zu kommen, dass dieses Konzept eine große Überzeugungs- und Durchsetzungskraft besitzt – ein europäischer Exportschlager.

Die nationale Zugehörigkeit, dient in Europa noch immer als das Identifikationsmerkmal Nummer Eins, noch weit vor institutionellen Zusammenschlüssen und mancherorts auch vor der regionalen Heimatbeschreibung. Diese gefühlte Identität beansprucht wiederum identitäre Merkmale, sei es religiös-kultureller oder ethnisch-sprachlicher Natur, für sich. Was hier über einen langen Zeitraum hinweg von statten ging war ein „Prozess der kumulativen Identifikation mit dem Nationalstaat und den von ihm vertretenen Wertvorstellungen“ (Lepsius 2004: 3).

Und selbst wenn mit Andersons „imagined political community“ argumentiert wird, so bleiben die Wirkungskraft der „Nation“ sowie die auf ihr fußenden, unter realen Verhältnissen fortlaufend zu Tage tretenden nationalen Rivalitäten, Identitätskonfusionen und Konflikte doch unbestrittene Realität. Ob diese Konstruktion der Nation nun als real existent, nicht-imaginär und absolut angesehen wird ist im Allgemeinen nicht von Belang. Alles was zählt ist die Überzeugung und das Vertrauen der Menschen, der Bürger, welche die Nation somit erst in die Existenz erheben. Erst die Vorstellung und der Glaube an eine gemeinsame Abstammung, eine gemeinsame Kultur und an eine tradierte, der Gruppe eigenen Tradition, macht aus einer beliebigen Gruppe eine „ethnische“ Gruppe. Diesen Gedanken weiterführend, entsteht aus einem Konglomerat aus religiös-kulturell unterschiedlichen Sozietäten, eine in ihren Wertvorstellungen homogenisierte Nationalgesellschaft (Lepsius 2004: 3).

Die Fortführung eines solchen Ansatzes führt zu der Erkenntnis, dass eine sich als identitär zusammengehörend verstandene, partikulare Community, einen gewissen Machtanspruch besitzt. Liegt die Existenz einer Nation in den „imaginären“ Gemeinsamkeiten einer Gruppe, welche diese anerkennen und auch proklamieren, so liegt es ebenfalls in den Händen dieser Gruppe neue Mitglieder zu akzeptieren oder abzuweisen. Um in die Gemeinschaft aufgenommen zu werden muss sich der „Anwärter“ demnach sowohl selbst aufgrund bestimmter Merkmale zugehörig fühlen – oder zumindest so tun als ob - als auch von den restlichen Mitgliedern als dazugehörend anerkannt werden (konkrete Zustimmung/passive Reaktionslosigkeit). Anderson zufolge, ist jegliche Gesellschaft, welche über eine „face-to-face“ Dorfgemeinschaft hinausgeht, gezwungenermaßen „vorgestellt“. Bei genauerer Betrachtung, ergibt sich hierbei jedoch eine Inkonsistenz, ja sogar ein Widerspruch. Das Schema der „imagined communities“ kann nur dann gültig sein, wenn es auf jegliche Art der humanitären Gemeinschaft zutrifft, also auch auf besagte „Kleinstverbände“, welche dementsprechend ebenfalls als „vorgestellt“ betrachtet werden müssen. Als einzige, quasi naturalisierte, Ausnahme kann lediglich das verwandtschaftliche Verhältnis, also die

Familie, gelten. Der genealogischen Relation kann ihre Existenz nicht abgesprochen werden. Alle anderen „geteilten Merkmale“ sind „vorgestellt“, ob religiöse, kulturelle oder auch klassenspezifische Zugehörigkeit.

Es ist demnach eine Frage der selbstaufgelegten oder auch von außen zugeschriebenen Identität(en), sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene. Wobei letztere für das Nationalverständnis und –bewusstsein – gerade auch in Bezug auf die EU – von besonderer Bedeutung ist. Wie bereits oben erklärt wurde, herrscht in Europa der Gedanke vieler nebeneinander stehender nationaler Identitäten vor: „ein Europa der ethnischen und kulturell homogenisierten Nationalstaaten, getragen von dem Glauben an eine nationale Legitimität staatlicher Herrschaft im Übergang vom Feudalismus zur Demokratie“ (Lepsius 2004: 3).

Dieses Selbstverständnis wird vorwiegend als, auf historisch begründeten kulturellen Gemeinsamkeiten, Werten und Glaubensvorstellungen basierend aufgefasst. Dazu Artikel 167 (ex-Artikel 151 EGV) des Vertrags über die Europäische Union: „Die Union leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes“ (EU 2010a). Aus der Problematik der spezifisch nationalen Auffassungen von Religion, Ethnizität oder auch Tradition einerseits, und der Vorstellung eines vereinheitlichenden Europäischen „Grundwertekatalogs“ andererseits, ergibt sich ein impliziter Widerspruch, welcher einem Spannungsverhältnis zwischen Induktion und Deduktion „kultureller Wertvorstellungen“ gleicht. Das Partikulare kann nicht gleichzeitig universell-generalisierend sein! Oder um es mit Worten Immanuel Wallersteins auszudrücken:

„Der vorherrschende Humanismus der modernen Welt - die christlichen Werte des Westens (die später in den Werten der Aufklärung aufgingen) - war in kognitiver Hinsicht eine sich selbst bestätigende Doktrin und konnte daher als Komplex lediglich subjektiver Behauptungen klassifiziert werden. Das, was subjektiv war, schien keinen Bestand zu haben und konnte daher, wie seine Gegner sagten, nicht universell sein.“ (Wallerstein 2007: 61)

Dieser plausibel scheinende Anspruch wird jedoch durch zeitgemäße Phänomene wie einer rapide fortschreitenden Globalisierung relativiert, neu interpretiert und umgestaltet. Ein bedeutendes Charakteristikum von Globalisierungsprozessen ist ja gerade diese „Gleichzeitigkeit von universalem Anspruch einerseits und der Fragmentierung durch die Fokussierung des Partikularen andererseits.“ (Rappel 2007: 17) Globalisierung ist, vor allem

auch in Hinblick auf Europa, nicht gleichzusetzen mit einer allumfassenden Homogenisierung⁶.

Wie bereits mehrfach angedeutet wurde, so stellt eine derartige Sichtweise gerade auch auf dem europäischen Kontinent eine in sich widersprüchliche und inkonsistente Herausforderung dar. Die Heterogenität der europäischen „Völker“ ist ja bei weitem keine neue Erfahrung. Europa war niemals und wird auch niemals homogen sein – diese Tatsache wurde/wird oftmals gerne übersehen, selbst wenn sie sich glasklar vor den Augen verantwortlicher Akteure, sowohl aus Politik als auch aus Wissenschaft und Forschung, präsentiert.

2.2.2. GESCHICHTE EINER EUROPÄISCHEN IDENTITÄT

Im Diskurs rund um die Ursprünge von Identität/en - wobei es v.a. um die Frage geht, ob Identität als angeboren und stabil oder doch eher erschaffen und flexibel anzusehen ist -, wurden essentialistische Ansätze weitestgehend von konstruktivistischen Zugängen zurückgedrängt (Lichtenstein 2012: 4). Was ein EU-Mitglied tatsächlich ausmacht ist demnach keine bloße Frage nach konkret vertraglich festgeschriebenen Attributen. Für die europäischen Bürger ist es eben auch eine Frage der zu erschaffenden sprich konstruierten Charakteristika, abseits objektiver Kontrolle. Diese werden von unterschiedlichen Akteuren mit unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Interessen bestimmt. Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft treten in einen - in Massenmedien veranstalteten und somit öffentlichen - Diskurs, welcher in diesem Fall als Deutungskampf europäischer Identität/en bezeichnet werden kann. Als „höheres“ Ziel gilt die Erschaffung einer „positive[n] europäischen Identität, die ein belastbares Fundament für Solidarität und Legitimität europäischen Regierens bietet“ (ibid).

2.2.2.1. EUROPÄISCHER DEMOS

Rousseaus „contrat social“, geschlossen zwischen unabhängigen Individuen freien Willens lässt die These zu, dass sich Demokratie und Demos bedingen: Keine Demokratie ohne Demos! Die Voraussetzung für ein funktionierendes demokratisches System sei demnach ein kollektives Identitätsbewusstsein. Die Herausbildung nationaler Schicksalsgemeinschaften, gründend auf einer solidarischen Verbindung zwischen sich gegenseitig identifizierenden

⁶ Vgl. hierzu Hannerz 1998 und Wimmer und Glick Schiller 2002. In beiden Aufsätzen wird zum einen die Missinterpretation von Globalisierung als einen globalen Homogenisierungsprozess aufgegriffen und relativiert. Zum anderen befassen sich die Autoren mit der historischen Entwicklung des Phänomens Globalisierung und geben eindeutig zu verstehen, dass dieses nicht so neu ist wie viele Menschen glauben mögen. Hannerz geht sogar soweit, Globalisierung als mit der Menschheit zu allen Zeiten verbundenes Ereignis zu betrachten.

Bürgern, bedurfte eines langen Zeitraums und ging inmitten spezifischer historischer Bedingungen von statten, welche den Prozess der Nationswerdung begünstigten. Ob sich eine derartige Entwicklung auch auf Ebene der Europäischen Union vollzieht bleibt allerdings noch fraglich. (Datler 2012: 59f.)

Zu einer anderen, vielleicht aus EU-Perspektive positiveren Einschätzung, gelangt Wolfgang Schmalzer, welcher in seinem Artikel „Geschichte der Europäischen Identität“ (2008) einen schönen Überblick zu Entwicklungs- und Wandlungsprozessen des europäischen Identitätskonzepts gibt. Auch er betont, wie bedeutend das Fremde oder das Andere für die Selbstidentifikation sowie die Herausbildung eines kollektiven Identitätsverständnisses ist.

So stellte sich im Laufe des 15. Jahrhunderts ein Europäischer Demos - in Abgrenzung zum Osmanischen Reich und dessen Expansionsbestrebungen - in Gestalt einer „Christlichen Republik Europa“ heraus. Dieser wurde mittels der Gründung der Heiligen Allianz und unter Einbeziehung der orthodoxen Christen nochmals verstärkt und vor allem innerhalb aristokratischer und klerikaler Kreise legitimiert.

Erst mit der Aufklärung wurde ein eigenständiges Europaverständnis auch Teil der Volkskultur. Die Neudefinierung der europäischen Identität - als nunmehr kulturelle Einheit - erweiterte den Kreis der Einfluss nehmenden Personen um Bildungsbürger und Intellektuelle. Daraus folgte unmittelbar der bis heute andauernd anerkannte Gedanke, wonach Wissenschaft oder auch Kunst automatisch als Europäisch - ihren Ursprung in Europa habend - gelten. Die Gleichsetzung von diesem Europa mit dem Christentum oder auch mit dem Attribut einer Überseemacht - v.a. auch in Bezug auf Amerika -, blieb noch lange Zeit bestehen. Doch Schmale sieht erst in der Verbindung des christlichen Demos der Frühen Neuzeit mit dem Demos der Aufklärung einen, zumindest von Teilen der Gesellschaft anerkannten, Europäischen Demos. Diese beiden Konstruktionen verband vor allem eines: das gemeinsame „Ziel Europa“.

Dieses Einverständnis löste sich jedoch im Zuge der Französischen Revolution, welche eine Aufspaltung sowie ein Auseinanderklaffen der Europaideen und -vorstellungen zur Folge hatte. Die einen Visionäre der Vereinigten Staaten von Europa, die anderen Verfechter des christlichen Erbes und wieder andere Vertreter des aufstrebenden Liberalismus. Diese Weiterentwicklungen führten mitunter zu einer zunehmenden inneuropäischen Abgrenzung, welche sich v.a. auch gegenüber „anderen“ Gebieten - wie beispielsweise dem Balkan - vollzog. Zusammen mit nationalistischen Ideen und aufstrebenden Kollektividentitäten, wurden rassistische Debatten geprägt und nach außen hin transportiert. Nicht zu vergessen

bei alledem sind die historisch einschneidenden Ereignisse und Grausamkeiten des ersten Weltkriegs, welche „Westeuropa“ als Trümmerfeld seiner selbst zurückließen. Die Idee eines - in welcher Form auch immer - geeinten Europas, wurde nach dem Krieg wieder erweckt. Es waren die Schrecken des Krieges und die damit einhergehende Furcht des Verlustes der ökonomischen und politischen Errungenschaften sowie der - als europäisch betrachteten - Kultur, die u.a. auch bekannte Schriftsteller wie Stefan Zweig oder Thomas Mann unter die Europäisten brachten. In den 30ern gründete Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi die Paneuropa-Bewegung, welche sich ebenfalls für Frieden und Zusammenarbeit der europäischen Staaten einsetzte. Die große Vision solcher pro-Europa Strömungen, Vereinigungen und Netzwerke, eines vielfältigen, künstlerisch gestalteten, politisch geeinten und von Wohlstand strotzenden Europas, wurde alsbald vom nächsten Weltkrieg zertrümmert. (Brill 2008: 41ff.; Schmale 2008: 15ff.)

Aber der Europäische Identitätsgedanke überlebte auch dieses dunkle Kapitel europäischer Geschichte mehr oder weniger unversehrt, ja konnte sich inmitten des Chaos sogar noch weiterentwickeln, denn „[d]er Europäismus der Nachkriegszeit [gründete] im Wesentlichen auf den [sic!] [multilevel und multi-ideologischen] Europäismus des Widerstands“ (Schmale 2008: 18). Ähnliches vollzog sich auch nach dem Krieg in den kommunistisch-europäischen Staaten. Auch hier konnte ein übermächtiges Regime den europäischen Funken nicht vollends ersticken. Jener zivilgesellschaftliche Widerstand spiegelte sich in der Ausbildung von Netzwerken und intellektuellen Kreisen wieder.

In Bezug auf neuere Entwicklungsprozesse - EU-Identitätspolitik sowie die wissenschaftliche Reflexion zu einer Europäischen Identität - sieht Schmale keine Minderung eines Europäischen Demos im Vergleich zu früher. Europa wird wieder als Ziel betrachtet und seine Identität über einen Weberschen Kulturbegriff charakterisiert. Das gemeinsame Erbe wird betont und euro-universelle Werte werden propagiert. Dabei soll ein kollektives Gedächtnis geschaffen bzw. wiedererweckt werden – unter dem Dogma der Wahrung und Pflege von Pluralität und Kreativität. Unity in Diversity! so das gängige Motto. Einen konkreten Bezug auf reale Verhältnisse innerhalb der EU kann Schmale hier allerdings nicht erkennen. Er plädiert daher für einen anderen, an aktuelle Gegebenheiten angepassten Slogan: Kohärenz in der Vielfalt! (Schmale 2008: 19).

2.2.2.2. EIN EUROPÄISCH-ÖFFENTLICHER RAUM

Die kulturelle Ebene zu Gunsten eines politischen Ansatzes verlassend, bewegt sich die französische Soziologin Dominique Schnapper in Richtung eines dialogischen Ansatzes zur

Vereinigung der europäischen Völker. Sie plädiert für die Erschaffung eines „espace public européenne“ (Schnapper 2007: 36), eines „europäisch-öffentlichen Raumes“⁷. Einerseits wird dieser Raum abstrakt gedacht und vorgestellt. Auf der anderen Seite wird er durch den permanenten Zugang aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union ein konkreter. Damit würden Entscheidungen, welche bisher im nationalen Verantwortungsbereich lagen, auf eine transnationale Ebene gehoben werden.

Vor allem im Rahmen der Binnenmarktgestaltungspolitik fanden zunehmend nationale Kompetenzabgaben statt, was den Aufschrei kritischer Stimmen aus allen Lagern zur Folge hatte. Schnappers Vorstellung eines allgemein zugänglichen, öffentlichen und gleichzeitig neutralen Raumes, welcher als Austragungsort sozio-politischer Konflikte ebenso dienen würde, wie für politische Aktivitäten, greift allerdings noch weit tiefer in die europäische Matrix ein. Hierzu ein praktisches Beispiel: Nationale Wahlen, wie beispielsweise die österreichischen Nationalratswahlen, würden eben nicht mehr bloß auf Basis der nationalen Zugehörigkeit abgehalten werden, sondern auch Bürger anderer EU-Staaten hätten das Recht ihre Stimme abzugeben – direkte Demokratie reloaded!

Dieses Modell erscheint (heute noch) unreal, ja man könnte es beinahe schon als utopisch bezeichnen. Seine Umsetzung wäre gänzlich abhängig von den Bestrebungen und dem kollektiven Willen der EU-Bürger. Es obliege ihrer Verantwortung, ein Bild von einer gemeinsamen europäischen Zukunft zu kreieren, basierend auf geteilten demokratischen Grundwerten. Auch nur für das Andenken einer solch unwirklich erscheinenden Vision, wäre dies eine absolute Voraussetzung. Jedoch erscheinen die Aussichten diesbezüglich eher trist, wenn Le Boucher unverblümt konstatiert, dass Europa keinen Platz mehr zu haben scheint, für einen solch basalen „esprit communautaire“, einen grundlegenden Gemeinschaftssinn (Le Boucher 2007: 44). In Verbindung mit einer andauernden Identitätskrise europäischer Nationalbürger, können jegliche optimistische Zielvorstellungen bezüglich einer erfolgreichen Zusammenführung dieses „Europas“ mit den „Europäern“ für irrelevant erklärt werden.

⁷ In einer abgeschwächten Form geht auch Gusenbauer auf einen „European political space“ ein. Für ihn besteht ein fundamentales Defizit in der Parteienformierung auf EU-Ebene. Die einzelnen Parteien glichen vielmehr einem föderalen Zusammenschluss nationalstaatlicher Fraktionen, als einer kohärenten parteiischen Organisation. Aufgrund dessen, mangle es auch am notwendigen öffentlichen Bewusstsein für EU-Sujets und Zielsetzungen. Des Weiteren, tritt er für eine Ausdehnung des EU-Wahlrechts ein, welches er durch mehr Direktwahlmöglichkeiten stärken bzw. weiter demokratisieren möchte. (Gusenbauer 2006: 23) Und auch Meyer stellt einen „joint European public sphere“ neben ein gemeinsamen Bildungssystem und Militärdienst, als einen essentiellen Faktor zur erfolgreichen Herausbildung einer „politischen Identität“. In dieser Sphäre würden EU-politische Schwerpunkte zusammengefasst, politische Prozesse verfolgt und vor allem dem einzelnen Bürger zugänglich als auch gleichzeitig attraktiv gemacht. (Meyer 2006: 29)

Der von EU und ihr positiv gegenüberstehenden nationalen sowie internationalen Akteuren ausgesandte gesunde Optimismus, betreffend einer immer weiter greifenden europäischen Integration, wird durch solcherart Befunde mangelnder Solidarität, auf individueller sowie kollektiver Ebene, natürlich nicht geschmälert. Im Gegenteil, es wird sogar propagiert, dass durch das engere Zusammenrücken der einzelnen Mitglieder – ökonomische, sicherheits- und außenpolitische Zusammenarbeit -, der Auf- und Ausbau einer europäischen Solidargemeinschaft längst Realität geworden ist. Dieser Gedanke lässt sich mittels des Konzepts der Unionsbürgerschaft wohl am besten illustrieren.

2.3. EU-BÜRGERSCHAFT

„European citizenship - as symbol, as category of thought, and as distinct type of subjectivity - represents a challenge to the hegemonic principles of national sovereignty that has fuelled European modernity.“ (Shore 2000: 71)

In Europa wurden bereits Stimmen laut, die die Auflösung der Union unmittelbar bevorstehen sehen. Den meisten dieser Stimmen ist gemein, dass auch sie lediglich das Offensichtliche, nämlich die missliche Lage der Eurowirtschaft vor den Augen haben und den Blick hinter die ökonomischen Kulissen nicht wagen. Wo die deutsche Bundeskanzlerin Merkel meint: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa!“, fügt Kommissionspräsident Barroso hinzu: „Ohne Demokratie scheitert Europa!“ Daher sollte der oben erläuterte Befund – diese Warnung vor dem Verfall der europäischen Gesellschaften - keinesfalls auf die leichte Schulter genommen werden.

Wie soll denn aber nun all diesen politischen, ökonomischen und sozialen Problemstellungen entgegengetreten werden? Jean Monnet soll einmal gesagt haben: „Nous ne coalisons pas des états, nous unissons les hommes.“ Die „Europäische Vision“ des Urvaters der EU war also nicht eine bloße Verbündung von Staaten, sondern die Vereinigung und tief greifende Vergemeinschaftung von Menschen. Und das ist präzise der Punkt: Menschen bilden die Grundlage jeglichen sozial-politischen Vorhabens. Die Menschen – die Bürger – und ihr Glaube an die Sache bilden das Fundament, auf dem eine funktionierende gesellschaftliche Ordnung in der Realität zu reüssieren in der Lage ist. Es gilt also einen Ansatz zu finden, welcher über national-politische Akteure hinausgeht und tiefer in die sozio-strukturelle Materie eingreift. Ein solcher Ansatz kann nur auf Basis der Zivilgesellschaft angesiedelt sein. Denn jegliches, sich selbst als demokratisch, frei und die Grundrechte achtend beschreibendes System, hat sich vor eben dieser zivilen Gemeinschaft zu verantworten – es wird im Idealfall auch aus dieser heraus entstehen und sich über diese legitimieren.

Auch die verantwortlichen Akteure der EU waren sich dieser Umstände bewusst, als die sogenannte „Unionsbürgerschaft“ 1992 mit dem Vertrag über die Europäische Union, auch als Vertrag von Maastricht bekannt, offiziell eingeführt wurde. Sie galt u.a. als Antwort auf eine anhaltende Legitimationskrise europäischer Institutionen und sollte die Demokratie innerhalb der EU, ihrer Mitgliedsstaaten und Institutionen, stärken.

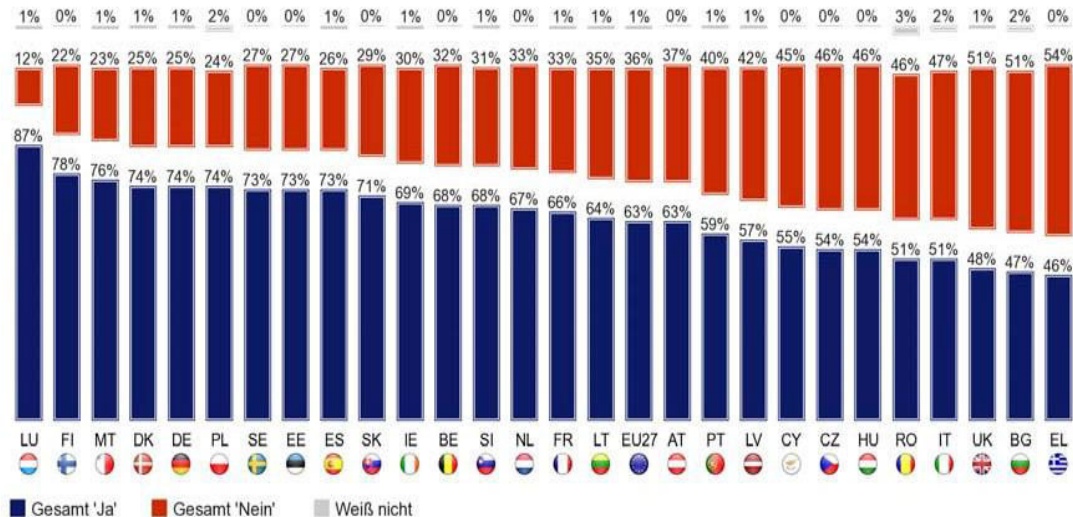
In Artikel 9 der konsolidierten Fassung des Vertrags von 2012 wird festgehalten, wer als Bürger der EU zu gelten hat: „Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft tritt zur nationalen Staatsbürgerschaft hinzu, ersetzt sie aber nicht“ (EUV 2010 Art.9). Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Artikel 20, werden die allgemeinen Rechte eines jeden Unionsbürgers aufgelistet, wie das Recht sich innerhalb der EU frei zu bewegen, das aktive und passive Wahlrecht bei den Europaparlamentswahlen sowie bei den Kommunalwahlen in dem Mitgliedstaat, in welchem sich der Wohnsitz befindet, das Recht auf konsularisch-diplomatische Vertretung in Drittstaaten durch offizielle Vertretungen jedweden Mitgliedstaates, sofern das Land, dessen Staatsbürgerschaft man besitzt, in besagtem Drittstaat nicht vertreten ist und auch das Recht, sich an das Europaparlament bzw. den Bürgerbeauftragten zu wenden.

All diese Charakteristika einer europäischen Bürgerschaft können als „objektiv“ bezeichnet werden, da sich auf rein administrativ-rechtlicher Ebene manifestieren. Der betroffene Bürger genießt seine erworbenen Vorzüge, ohne sich selbst in irgendeiner Form aktiv einbringen zu müssen, was sofort die Frage nach der anderen Seite der Medaille aufwirft. Immerhin heißt es im klassischen Sinne die „Rechte und Pflichten“ eines Staatsbürgers. Worin liegen aber nun die Pflichten des Unionsbürgers? Deren Nicht-Ausformulierung lässt natürlich viel Platz für Spekulation, imaginäre Höhenflüge und katastrophale Prognosen. Müssen sich die Bürger Europas auf eine Europasteuer einstellen oder auf einen EU-umfassenden Militärdienst? Welches Modell nach nationalem Vorbild würde zur Anwendung kommen und wer würde dieses bestimmen? Oder vielleicht gilt diese neue Unionsbürgerschaft als erster Schritt in Richtung einer Solidaritätsgesellschaft im ökonomischen Sinne - charakterisiert durch transeuropäische Ausgleichszahlungen und automatisierte Umverteilungsmaßnahmen via Regionalförderungen nach US-amerikanischem Vorbild?

Abb. 2: EU-Bürgerschaft

QD2.1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.

Sie fühlen sich als Bürger der EU



Laut dem Standard Eurobarometer vom Herbst 2012, fühlen sich mittlerweile mehr als die Hälfte der Befragten (63%) als „europäische Bürger“. Ein deutlicher Unterschied ist zwischen Staaten, die der Eurozone angehören (66%) und solchen, die nicht der Eurozone angehören (58%) zu erkennen. Wie aus der Graphik hervorgeht, beträgt der Anteil an Personen, welche sich als EU-Bürger fühlen, in 10 Ländern der EU über 70%. Andererseits fühlen sich in 3 EU-Mitgliedsstaaten mehr als die Hälfte der Befragten nicht als Bürger der EU.

In dem Bericht ist des Weiteren nachzulesen, dass sich junge Menschen (15-24 Jahre) eher als Unionsbürger fühlen (69%) als ältere (55+ Jahre mit 58%). Außerdem fühlen sich Menschen, die einen langjährigen Bildungsweg einschlagen haben (bis über 20 Jahre hinaus) eher als europäische Bürger, als Personen, die ihre Ausbildung bereits mit 16 Jahren abgeschlossen haben (73% zu 48%). Dieser Umstand spiegelt sich auch im Berufsleben wieder, wobei sich ganze 75% der Führungskräfte als EU-Bürger fühlen, aber lediglich 59% der Arbeiter. (TNS Opinion & Social 2012: 23ff.)

Resumierend lässt sich demnach sagen, dass sich das Gefühl der persönlichen Verbundenheit mit der EU, am deutlichsten bei jungen Menschen mit einem höheren Bildungsniveau manifestiert. Es ist anzumerken, dass die in der Graphik dargestellten Werte keine Differenzierung zulassen, was der jeweiligen Hierarchisierung von Identitäten betrifft. Es geht nicht hervor, ob sich die jeweilig Befragten a) nur als EU-Bürger, b) nur als (Nationalität), c) zuerst als EU-Bürger und dann als (Nationalität) oder d) zuerst als (Nationalität) und dann als EU-Bürger fühlen. Die Setzung einer derartigen Nuance würde den EU-Durchschnitt von 36% Negativantworten wahrscheinlich nach oben hin verändern.

Die Vorzüge einer offiziellen Unionsbürgerschaft für den freien Personen- und Güterverkehr (mit all seinen Einschränkungen wie beispielsweise bei kulturellen Gütern), spricht für den

europäischen Markt, liegen auf der Hand. Aber was sie für den Bürger, auf individueller, kollektiver und generell sozio-kultureller Ebene bedeutet, ist umstritten. Was die Pflichten angeht, so scheinen steuerpolitische Horrorszenarien, wie sie gerne von EU-Skeptikern ausgemalt und verbreitet werden, eher unrealistisch. Zumindest sofern sich nichts an der aktuellen Situation ändert. Denn „[b]isher beinhaltet die Unionsbürgerschaft trotz der entsprechenden Formulierung in Artikel 20 Absatz 2 AEUV keine Pflichten für die Unionsbürger, was einen ganz wesentlichen Unterschied zur Staatsbürgerschaft der Mitgliedstaaten darstellt.“ (Genta 2013: 2)

Dennoch besteht genügend Raum für weitere Überlegungen und Fragen. Unionsbürger sein oder nicht sein, ist keine vom Individuum bewusst getroffene Entscheidung. Dass die Unionsbürgerschaft als (offizielle) Antwort auf eine andauernde Legitimations- und Demokratiekrise innerhalb der EU betrachtet wurde/wird, erscheint in dieser Hinsicht schon leicht paradox, wird doch die Ablehnung des Maastricht-Vertrags durch Dänemark teils auch der Einführung dieser neuen Bürgerschaft geschuldet (Knelangen 2012: 33).

Mit der Einbringung des Konzepts einer Bürgerschaft, welche die Idee einer Gemeinschaft quasi legalisiert, geht ein Wandel in der Auffassung von politischen Strukturen, sozialen Verhältnissen oder auch der privaten Situiertheit einher. Diese „Gedankenkatégorie“, wie sie Shore nennt, wirkt strukturwandelnd und verändert die Art und Weise, wie mit der EU – als nunmehr ein ökonomisches, politischen und soziales Konzept –, v.a. theoretisch oder auch gedanklich umgegangen wird. Eben darin sieht Shore auch die besondere Bedeutung dieses Konzepts für den Europäischen Integrationsprozess. (Shore 2000: 71)

Wurde im Vertrag von Rom (1957) noch von einem „Europa der Völker“ (Plural!) gesprochen, so verweist die Semantik einer Unionsbürgerschaft auf ein „Europäisches Volk“. Mit ihrer Interpretation von Bürgerschaft, nämlich im Verständnis einer „Mitgliedschaft einer Gemeinschaft“, wird das klassische Konzept einer Staatsbürgerschaft aufgemischt. Bislang, bleibt die Unionsbürgerschaft allerdings noch an die national aufgefasste Bürgerschaft der einzelnen Mitgliedsstaaten gebunden – sie wird laut Vertragstext sogar darüber determiniert.

So mancher Wissenschaftler und Autor – wie beispielsweise Antje Wiener, Charles Tilly oder auch David Marquand, William Wallace oder auch Mike Sbragia – spinnt die Zukunft der EU parallel zu Bürgerschaft und Staatlichkeit weiter. Mit einer immer stärker zunehmenden – und nach dieser Betrachtungsweise v.a. auch unabdinglichen – Europäisierung und der damit einhergehenden Kompetenzverschiebung in Richtung supranationaler Ebene, kommt

es zu einer Neukonzeption von Volk, Staat und Regierung (Shore 2000: 72). Wird nun die Unionsbürgerschaft als weiterer Schritt der EU in Richtung Superstaat interpretiert, so wird gleichzeitig der Niedergang des klassischen Nationalstaats proklamiert. Bei dieser Schlussfolgerung, wird das Ziel der Staatswerdung der EU - bzw. der Entwicklung in Richtung eines staatenähnlichen Gebildes – vorgesetzt.

Allerdings wird eine weitere Progression der EU hinzu einem nationalstaatenähnlichen Gebilde heute weitestgehend negiert. Das komplex ausgebildete multi-level Regierungssystem der Union, lässt sich mit herrschenden nationalstaatlichen Ordnungen nicht vergleichen (Meyer 2006: 26; Shore 2000: 73).

Zusammenfassend, wird die Unionsbürgerschaft zumeist als eine kleine symbolische Geste innerhalb des Lösungsansatzes zu einer weitaus größeren Problematik betrachtet. Je nachdem wie sie aufgefasst wird, ob hauptsächlich ökonomisch motiviert zur Ausweitung und weiteren Vertiefung des gemeinsamen Marktes (Stichwort freier Warenverkehr), oder ob die ideologisch-kulturelle Seite der offiziellen EU-Bürgerschaft als vorherrschend angesehen wird, werden diesbezügliche Analyse zu unterschiedlichen Urteilen kommen. Generell anerkannt dürfte die Schlussfolgerung sein, dass die Unionsbürgerschaft in ihrer aktuellen Form, entsprechend ihrer juridisch wie reellen Unausgereiftheit, die tiefen Gräben der Europäischen Legitimationskrise nicht überwinden kann. Ebenso wenig ist sie in der Lage, den bestehenden Vertrauensverlust sowie die Verbitterung so manchen Bürgers zu vermindern.

Diese Unionsbürgerschaft ist schon deshalb als rein symbolisch zu erachten, als ihre primäre Errungenschaft, nämlich die Ausformulierung konkreter Rechte ihrer Subjekte, auch ohne eine solche EU-Bürgerschaft ermöglicht werden hätte können. Die nationale Verankerung hemmt das Konzept dermaßen, als dass es kaum noch als eigenständig erfasst werden kann. Die Unionsbürgerschaft wird erst dann als etwas neuartiges, anderes und eigenständiges aufgefasst werden, wenn sie für sich allein zu stehen in der Lage sein wird. Sobald die Möglichkeit besteht, Unionsbürger zu sein, ohne die Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedslandes zu besitzen, dann erst ist das Projekt EU-Bürgerschaft als erfolgreich anzusehen. Wie diese vollkommene Unionsbürgerschaft auszusehen hat, mit welchen Rechten aber v.a. auch Pflichten sie verbunden sein wird, dies herauszufinden wird Aufgabe kommender Generationen von EU-Politikern sein. Es bedarf noch viel Arbeit, bis alle Fragen bezüglich der Realisierung dieses „Bürgerschaftsprojekts“ geklärt sind. Wer hätte Anspruch auf eine, von der Staatsbürgerschaft unabhängige, Unionsbürgerschaft? Welche Voraussetzungen müssten erfüllt sein und welche Prozesse durchlaufen werden, um diese

zu erlangen? Würde diese zu jeglicher Nationalität hinzutreten oder wäre sie gar in der Lage vollkommen unabhängig zu existieren – d.h. der reine Unionsbürger? Letzteres Modell steht dann wiederum im Zusammenhang mit etlichen weiteren verwaltungstechnischen, juristischen, sozialstaatlichen und auch politischen Strukturen – welche Steuern müssten an welche Behörde entrichtet werden und wie sehe es mit Sozialleistungen (Kindergeld, Arbeitslose, Pension etc.) aus? Wären diese Leistungen an den Wohnsitz gekoppelt? Was aber, wenn ein Unionsbürger ins EU-Ausland ziehen würde, wer wäre dann für ihn zuständig? Fragen über Fragen, Gedankenspielereien und Ausflüchte – aber dennoch gilt es, sich der Herausforderung dieses Tagtraums Unionsbürgerschaft zu stellen. Denn erst wenn der potentielle Bedeutungswandel des Bürgerschaftskonzepts – von Bürgerschaft im Sinne einer „Mitgliedschaft eines Nationalstaates“ hinzu einer Bürgerschaft im Sinne einer „Mitgliedschaft einer (supranationalen) Gemeinschaft“ – vollzogen ist, wird die Unionsbürgerschaft die ihr zugedachte, bahnbrechende Rolle ausfüllen.

Vorerst aber sollten sich die verantwortlichen Akteure sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene Gedanken über ihre eigene Werteinschätzung dieser Unionbürgerschaft machen. Momentan liegen alle Befugnisse bezüglich der Erteilung der EU-Bürgerschaft, aufgrund ihrer Abhängig von einer europäischen Staatsbürgerschaft, bei den Nationalstaaten alleine. Wie aktuelle Ereignisse abermalig gezeigt haben, lässt sich dieser Umstand zur Verwirklichung ökonomischer Ziele ausnützen. Erst kürzlich wurde über Maltas neuestes Geschäftsmodell im Handel mit Staats- bzw. Unionbürgerschaften berichtet. Bei einem Verkaufspreis von 650.000 Euro pro Person (Jugendliche 25.000 Euro), rechnet die maltesische Regierung mit einer Budgetaufstockung von rund 30 Millionen Euro im Jahr. (Böhm und Gabriel 2013) Und Malta ist nicht das erste EU-Mitgliedsland, welches mit dem freien Personenverkehr in der EU sowie dem Bürgerschaftskonzepts Geschäfte zu machen hofft, aber aufgrund dieser radikal-offenen Vorgehensweise steht das Land nun unter schärferer Kritik als beispielsweise Länder, welche einen erleichterten Zugang zur Bürgerschaft über im Land getätigte Investitionen ermöglichen.

Es bleibt zu hoffen, dass die jüngsten Pläne von Malta und vermutlich auch weiteren europäischen Regierungen in diesem Bereich, zu einem Aufflammen der Debatte rund um den Sinn und Zweck der Unionsbürgerschaft führen. Vielleicht ist dies ja der bislang fehlende Anstoß, die momentane Handhabung der Staats- und Unionsbürgerschaftsausgabe noch einmal zu überdenken. Wer soll berechtigt sein, als Bürger der EU von der einhergehenden Freizügigkeit und den demokratischen Grundrechten zu profitieren? Die Chose wird sicherlich keine leicht zu verhandeln sein. Sofern dem Vorschlag,

rechtsverbindliche Kriterien zu formulieren, nachgegangen werden sollte, so tritt alsdann die nächste große grundsätzliche Frage auf, nämlich die nach der Verknüpfung von Staats- und Unionsbürgerschaft. Werden für die eine EU-weite Restriktionen erstellt, so gilt dies nach aktuellem Recht auf für die andere. Ein Eingriff seitens der EU in eine derart grundsätzliche Souveränitätsbefugnis der Nationalstaaten ist eine äußerst heikle Angelegenheit.

Eine „Europäische Gesellschaft“ wird sich früher oder später entscheiden müsse: Wer soll draußen bleiben?

3. WO ENDET EUROPA?

„The European social model is based on common values. These values are shared among all Member states. Among these fundamental values are the commitment to democracy, the rejection of all forms of discrimination, universal access to education, accessible and good quality of health care, gender equality, solidarity and equity, the recognition of the role of the social partners, and of social dialogue. These values are constitutive for Europe. In other words, Europe ends where these values are not shared.“ (Vladimír Špidla zit. n. Gusenbauer 2006: 19)

Die Suche nach einer „europäischen Identität“ - nach Möglichkeiten der Konstruktion einer solcher - sowie die Pluralität der europäischen (nationalen) Völker, drängen den identitätspolitischen Diskurs dazu, die Frage nach real existierenden (nationalstaatlichen) oder auch bloß vorgestellten Grenzen zu stellen: Wo endet Europa? Dieser kurzen und doch äußerst komplexen Frage wird, je nach eingenommener Perspektive, eine anders konzipierte Antwort entgegengestellt werden: Beispielsweise wird ein Geograf zu einem anderen Europabegriff tendieren als ein Politik- oder Religionswissenschaftler und auch ein Kulturhistoriker wird in seiner Definition des Europabegriffs andere (fachspezifische) Prioritäten setzen.

Dasselbe gilt nun auch für die Begriffe „Balkan“ oder „Südosteuropa“. Auch hier wird der Fokus aus anthropologischer, soziologische oder auch politologischer Sicht ein anderer sein, als der eines geschichts- oder sprach- und literaturwissenschaftlichen Forschungsansatzes: Mal wird alle Konzentration auf postsozialistische Transitionsprozesse gelegt, dann wieder auf patriarchale Gesellschaftsformen hingewiesen. (Grandits und Kaser 2003: 15)

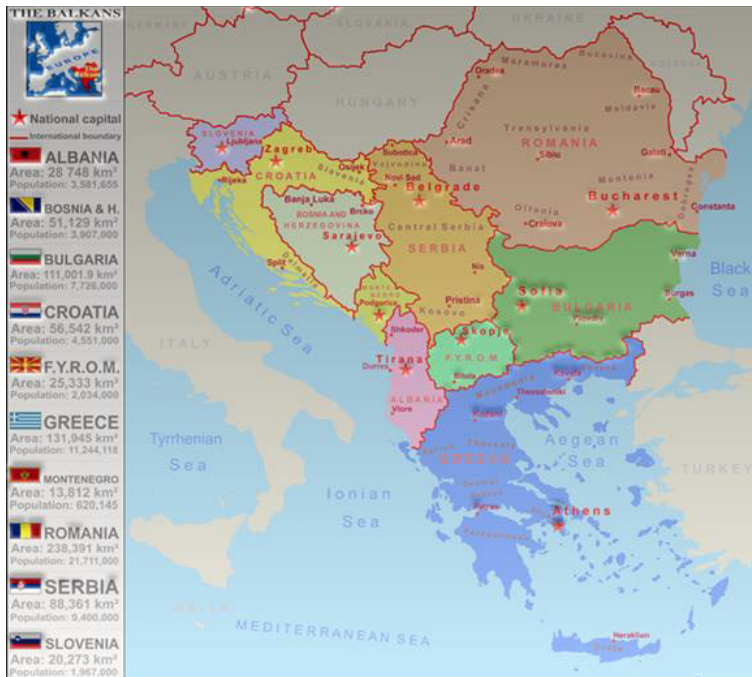
3.1. DAS „ANDERE“ EUROPA

Der „Balkan“ - ein für die Debatte rund um die „Grenzen Europas“ unumgänglicher, wenngleich mindestens ebenso umstrittener, mit Konfliktpotentialen aufgeladener und

umkämpfter Begriff. Die Frage nach der Zugehörigkeit des Balkans zu Europa, setzt eine eingängige Diskussion beider Termini, ihrer wechselseitigen Beziehungen und Determinanten, voraus.

Die Bestimmung des Gebiets des Balkans – synonym verwendet werden auch die Begriffe Balkanhalbinsel und Südosteuropa – kann sowohl aus geographischer als auch aus politischer, ethnischer und kulturell-historischer

Abb. 3: Die Balkanländer



Quelle: <http://sarajevo2013.net/the-balkans/balkan-countries-map-2/>

Perspektive unternommen werden. Doch erst eine Synthese aus all diesen Bestimmungsfaktoren erlaubt eine annähernde Erfassung dieses Kontinente kreuzenden und vereinenden Territoriums.

Nach wie vor herrschen Meinungsverschiedenheiten bezüglich der territorialen Eingrenzung einer südosteuropäischen Region. Aus geographischer Perspektive wird das Gebiet im Westen und Südwesten vom adriatischen und ionischen Meer begrenzt. Im Osten und Südosten bilden das Schwarze Meer sowie die Ägäis eine natürliche Grenze gen Asien. Im Norden erstreckt sich die Balkanhalbinsel bis in den Donaauraum hinein, wobei die beiden Flüsse Donau und Save generell als nördliche Begrenzung anerkannt werden. Berge und gebirgiges Gelände machen rund 70% des balkanschen Dreiecks aus (Hupchick 2002: 2; Nation 2003: 7). Die Landschaft zeichnet ein zerfurchtes, unregelmäßiges sowie in seiner romantisierten Wildheit schönes Bild, einer praktisch nur schwer zu erschließenden Region, deren natürliche Gegebenheiten größeren gesellschaftlichen Zusammenschlüssen stets hinderlich gegenüber standen (Hösch 2002: 17). Die von Gebirgen durchzogene Landschaft stellte von jeher eine zivilisatorische Herausforderung dar und ist verantwortlich für ein

nicht übermäßiges Bevölkerungswachstum als auch die Ausbildung kultureller Differenzierungen (Nation 2003: 2).

Gleichzeitig befindet sich diese Region in einer einmaligen geopolitisch und strategisch enorm bedeutenden Lage – sowohl aus Sicht des transkontinentalen Handels als auch aus militärischer Perspektive. Als klassisches Durchzugsgebiet, wurde der Balkan mehrmals Opfer expansorischer Machtbestrebungen. Zahlreiche Eroberungszüge und natürlich auch die Völkerwanderung der Spätantike hatten eine Ansammlung unterschiedlicher Völker auf der Balkanhalbinsel zur Folge. Somit bildete sich ein Ethnien-Konglomerat, welches einzigartig für den europäischen Kontinent ist. Im Laufe der turbulenten Geschichte Südosteuropas, wurde das Gebiet teilweise oder zur Gänze von Persien, Rom, Byzanz⁸, den Osmanen, der Habsburger-Monarchie und den Russen besetzt, vereinnahmt, geplündert, beherrscht und besiedelt (Hupchick 2002: 3). Die natürlichen Verkehrs- und Handelsruten, seien es die für den Warenverkehr seit der Antike besonders attraktiven Küstengebiete oder die Europa und Asien verbindenden, bereits von den Römern ausgebauten Handelsstraßen (die via egnatia als Fortsetzung der via appia), boten einen Raum der Begegnung von ethnischen Gruppen und ganzen Völkern, einen Raum des regen kulturellen Austauschs, aber sie kreierten auch Konfrontationslinien und schufen in weiterer Folge die Voraussetzungen für Unruhen und Kriege.

In dem Standardwerk „Geschichte der Balkanländer“ betont Hösch die dem Balkangebiet „charakteristische[n] Formen der Überschichtung“ unterschiedlicher kultureller, politischer und ethnischer Einflüsse: „Das verwirrende ethnische Gefüge Südosteuropas ist das Ergebnis eines Jahrhunderte dauernden Assimilierungsprozesses bodenständiger und fremder Elemente“ (Hösch 2002: 21). Über einen langen Zeitraum gewachsene kulturelle Verflechtungen, geschaffen durch aufeinander folgende Perioden der Hellenisierung, Romanisierung, Slawisierung und Osmanisierung, stehen geographisch schwer zugänglichen, ihrerseits von den großen Handelsruten, v.a. der Küste, abgeschnittenen, sog. Rückzugsgebieten in den schwer zugänglichen Gebirgsregionen gegenüber (ibid.; (Hupchick 2002: 3). Diese spezifische Verkettung von Umständen, von der Erhaltung traditioneller Lebensweisen und Kulturen auf der einen und ständiger Fluktuation durch externe Einflüsse auf der anderen Seite - von Ordnung oder einem linearen Geschichtsverständnis weit entfernt -, haben eine „völlig andersgeartete Welt inmitten Europas“ (Hösch 2002: 11) entstehen

⁸ Das Byzantinische bzw. Oströmische Reich charakterisiert sich ja schon selbst via Vermischung differenter, historisch in Zeit und Raum geprägter Eigenschaften. Sich an den hellenischen Ursprüngen orientierend, bestand die Besonderheit des Reiches eben in der Annahme unterschiedlicher Traditionen: griechische Schrift, römisches Verwaltungssystem, christliche Glaubensfundamente und natürlich auch aufgrund seiner geographisch so bedeutsamen Lage auch zahlreiche Inspirationen und Einflüsse aus den Ländern des Orients.

lassen, eine Region der Differenzen, der Begegnung, aber auch der Konfliktlinien (letztere sowohl im geographisch verorteten als auch im ethnisch-kulturellen Sinne).

Diese Besonderheit oder auch Eigenheiten des Balkans, lassen ihn als „Geschichtsregion eigener Prägung“ (Hösch 2002: 13) erscheinen, zugleich Verbindungsglied der Kontinente und historischer Bestandteil Europas. Eine antagonistische Welt, geprägt von Pluralität und Kontrast, geschaffen durch ständige Bevölkerungsfluktuationen, aufgrund von friedlicher Handelsbeziehungen als auch kriegerischer Eroberungszüge und Auseinandersetzungen.

3.1.1. DIE „VÖLKER“ UND IHRE „KULTUR“

Wird heute - aus einer eurozentrischen Perspektive - von „dem Balkan“ gesprochen, so ist es Gang und Gäbe den dort lebenden Menschen eine eigene, spezifische und vor allem eine sich von „unserer“ unterscheidenden Kultur beizumessen. Das „Andere“ diene von jeher als Orientierungshilfe in der Konstruktion des „Eigenen“. Hall nennt diesen Abgrenzungs- und Definitionsprozess im Rahmen der Rassismus-Debatte „Othering“. Aber auch Huntington greift in seinem „Kampf der Kulturen“ auf diese Argumentationslinie zurück. Um die Identität des Individuums oder auch eines Kollektivs sichtbar zu machen, bedarf es des Blickes nach außen. Aus einer psychoanalytischen Perspektive ergeben sich aus der Beobachtung dieser Differenzierungsvorgänge bedeutsame Folgen in der individuellen Konstruktion des Selbst. Auf kulturen- und sozialanthropologischer Ebene ergibt sich hieraus ein umfassendes Kategoriensystem. Sich die Frage zu stellen, ob diese Art des menschlichen Schubladendenkens eine unserem Wesen inhärente Eigenschaft ist, oder ob diese erst durch Erziehung und Beobachtung erlernt wird, ist die Aufgabe von Experten – Verhaltensforschung, Psychologie, Neurowissenschaften etc. Für die hier besprochenen Belange ist die Annahme vollkommen ausreichend, dass es im Rahmen wissenschaftlicher Analysen notwendig ist, die Realität zu abstrahieren, zu vereinfachen, Kategorisierungen vorzunehmen und Modelle zu erstellen⁹. In wieweit diese tatsächlich die Realität abbilden, ist von Fall zu Fall zu begutachten.

Eine in der Sozialanthropologie besonders häufige Art der „Klassifizierung humaner Entitäten“ ist ihre Einteilung nach „ethnischen Ursprüngen“ – die Zeiten als eine derartige Zuteilung noch Schlüsse auf Charakter und Fähigkeiten von Gruppen zuließen sind Gott sei Dank vorbei. Was die Bevölkerung Südosteuropas betrifft, so kann knapp die Hälfte der heute auf dem Gebiet lebenden Menschen ihre Vorfahren auf Bevölkerungsgruppen der klassischen

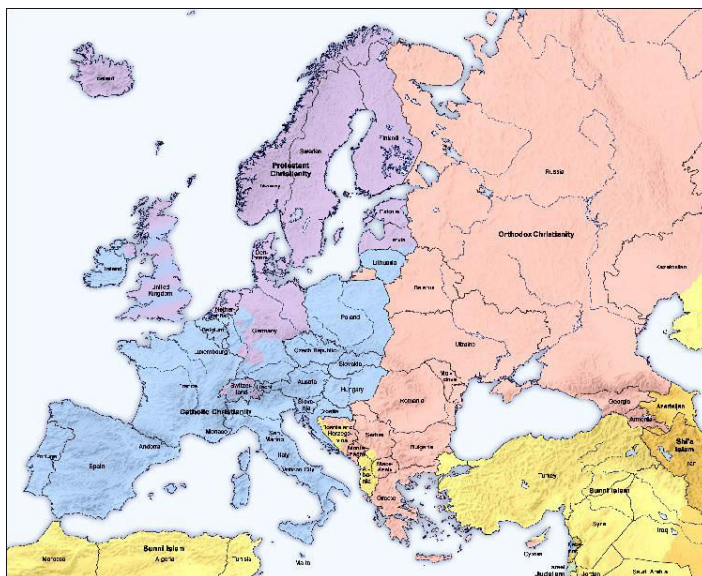
⁹ Der Anspruch vollkommen wahre Aussagen zu treffen wird in den Sozialwissenschaften ja auch nicht gestellt. Unter anderem aufgrund der nicht-Existenz einer diesbezüglichen Objektivität. Poppers Prinzip der Falsifikation entspricht einem System gegenseitiger Kontrolle und bildet somit das einer Objektivierbarkeit am nächsten kommende Instrument.

Antike zurückführen, welche weitestgehend als „einheimisch“ bezeichnet werden können (Illyrer, Thraker, Mazedonier). Die andere Hälfte der Südosteuropäer haben Vorfahren, welche ursprünglich nicht aus dem Balkan stammen. Davon können sich etwa 41% zu den Nachkommen sogenannter Südslaven zählen, welche zwischen dem fünften und dem siebten Jahrhundert vom Nordosten her das Gebiet besiedelten. Dahingegen machen Türken nur etwa 2 % der Gesamtbevölkerung aus - dieser sehr geringe Anteil an türkischstämmigen Bevölkerungsteilen, lässt auch Rückschlüsse auf die Herrschaftsformen der Osmanen am Balkan zu, wie sie auf den folgenden Seiten erörtert werden. Die restliche Bevölkerung setzt sich aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen zusammen, darunter Juden und die zumeist negativ verorteten unterschiedlichen Roma-Gruppierungen. Gerade in dieser ethnisch-kulturellen Pluralität liegt die Besonderheit Südosteuropas. (Hupchick 2002: 7ff.)

3.1.2. RELIGION & ZIVILISATION

Der Inhalt der in *Abb. 4* gezeigten Karte kann ebenfalls als Beispiel für eine kategorische Unterteilung des europäischen Kontinents verstanden werden. Diese Karte konzentriert sich auf die Kategorie „Religion“, wobei als Unterkategorien christlich-orthodox, katholisch, protestantisch und islamisch definiert werden. Diese konfessionellen Strukturen müssen nicht zwangsläufig als verfestigte Kulturgrenzen aufgefasst werden. Die unterschiedlichen Einführungs- und Setzungsprozesse, sowohl in ihrer Art und Ausprägung als auch in ihrer Dauer verschieden, haben zu jeweils anderen Ergebnissen geführt.

Abb. 4: Religionen in Europa



Religiöse Mehrheiten in Europa.

Rosa.....christlich-orthodox
 Blau.....christlich-katholisch
 Lila.....christlich-protestantisch
 Gelb.....muslimisch

Quelle:
http://www.eupedia.com/europe/maps_of_europe.shtml#religions

Die Ausbildung zweier christlicher Glaubensströmungen auf dem europäischen Kontinent ist beispielsweise das Resultat komplexer historischer Prozesse. Diese betreffen sowohl das

aufgesplitterte Verwaltungssystem des Römischen Reiches, dessen allmählichen Zerfall sowie die zunehmende traditionelle wie auch religiös-politische Entfremdung des westlichen (Rom) und östlichen Reiches (Konstantinopel) – was wohl vorwiegend einem politischen Machtkampf entsprach – und natürlich das Große Kirchenschema, was den bereits im Gang gesetzten Auseinanderklaffungsprozess quasi legitimierte. Allerdings betont Hösch, dass es sich hierbei weniger um eine Grenzziehung zwischen eigenständigen Kulturen handelte, als eher um Konfliktlinien betreffend hochkulturell-politische Entscheidungen, welche sich auf die lokalen Traditionen und Lebensweisen nicht wesentlich auswirkten – die unterschiedliche Schriftverwendung wurde ja bereits vorher praktiziert und kann als auffallendes Spezifikum gedeutet werden (Hösch 2002: 27).

Für das heutige religiöse Mosaik auf der Balkanhalbinsel ist natürlich auch noch die langjährige Vorherrschaft der Osmanen zu erwähnen. Deren zum Teil 500-jährige Besetzung weiter Teile der Balkanhalbinsel hatte weder eine enorme Bevölkerungsvermischung noch eine breite Islamisierung der Gebiete zur Folge. Eine Erklärung hierfür bietet das osmanische Verwaltungssystem. Im sogenannten *millet*-System wurde den unterschiedlichen Glaubensrichtungen und Ethnien relative Selbstständigkeit eingeräumt, was nicht bedeutete, dass Andersdenkende nicht mit erheblicher Diskriminierung zu kämpfen hatten. Beispielsweise stand die Möglichkeit sein Recht vor Gericht einzufordern nur Muslimen zu, welche ebenfalls die einzige für den Militärdienst rekrutierbare Gruppe stellte. Christen und Juden hatten stattdessen speziell eingerichtete Abgaben (*haradj*) zu entrichten. Andersgläubige durften keine Waffen tragen und interkonfessionelle Ehen waren verboten. Wer konvertierte, dem wurde zwar eine ökonomische Besserstellung in Aussicht gestellt, jedoch waren die sozialen Risiken wie Exklusion und Ablehnung von Seiten der Familie und des Bekanntenkreises groß. (Hupchick 2002: 144ff.; Nation 2003: 19) Allgemein gilt es diesbezüglich nochmals festzuhalten, dass die osmanische Vorherrschaft auf dem Balkan zu keiner kulturell-religiösen Vereinnahmung der Gebiete geführt hat. Eine starke Prägung der Region und da v.a. der südöstlichen Balkangebiete – wie Griechenland oder auch Bulgarien –, hat natürlich stattgefunden und stellt einen bedeutenden Teil der Regionalgeschichte dar.

3.1.2.1. EINE „EUROPÄISCHE KULTUR“

Die historischen Erfahrungen und vor allem auch die Schlüsse die daraus gezogen wurden, die Konsequenzen und Reaktionen, der Balkanvölker sind nicht als deckungsgleich mit westeuropäischen Entwicklungen anzusehen. Wenn heute von einer „Europäischen Kultur“ die Rede ist, werden damit bestimmte Annahmen getroffen. Als Europäisch gilt das

Durchlaufen (kunst-)historischer Epochen, vom Mittelalter über die Renaissance, Reformation und Gegenreformation, hin zur Periode wissenschaftlicher Revolution sowie der Aufklärung und zu guter Letzt das Aufstreben moderner liberal-demokratischer Nationalstaaten. Auf der ökonomischen Seite entwickelte sich die Europäische Zivilisation weg von der Sklavenhaltergesellschaft, über ein feudalistisches und merkantilistisches System, hin zu Industrialisierung und Marktkapitalismus. (Hupchick 2002: 13) Dass es sich hierbei um eine eurozentrische Betrachtungsweise handelt steht außer Frage, jedoch lässt sich die Geschichte als solche nicht verneinen oder ignorieren.

Hupchick spricht in diesem Zusammenhang von zwei Europäischen Zivilisationen, die eine definiert als orthodox-osteuropäische und die andere als westeuropäisch orientiert. Beide gründen sich auf eine gemeinsame Geschichte greco-romanischer Traditionen. Der Hellenismus und sein „sense of human reality“ sind charakteristisch für die europäische Ideengeschichte. Die philosophischen Ansprüche der klassischen Antike, gepaart mit einem „römischen“ Sinn für Verwaltung und Pragmatismus, das Individuum, welches sich seiner sozialen Verantwortung bewusst ist, machen das Spezifische, das Eigene, das geistesgeschichtliche Grundgerüst der „Europäischen Idee“ aus. (Hupchick 2002: 144ff.)

Ein weiteres verbindendes Element bildet das Christentum, welches in seinen bereits dargestellten unterschiedlichen Ausformungen auf der Balkanhalbinsel präsent ist. Deren Differenzen, in der Tradition des Ausdrucks ihres Glaubens – weniger auf theologisch-literarischer Ebene –, in ihrer Schrift und dem Umgang mit „Anderen“, erscheinen Hupchick gerade groß genug um jeder ihr individuelles Bewusstsein zuzugestehen – vergleichbar mit Zwillingen. Diese innere Gespaltenheit der „europäischen Christenheit“, zusammen mit der Entwicklung des Konzepts des „Westens“, welche nicht bloß als eine räumlich, sondern eben auch als eine über Europa hinausgehende geistige Entwicklung zu verstehen ist, lassen Sundhaussen zu dem Schluss kommen, dass „der Westen“ und „das Christentum“ eben nicht als kongruent zu verstehen sind (Sundhaussen 2007: 7). Eine Behauptung in der radikalen Form einer Deckungsgleichheit oder Übereinstimmung würde auch wenig Sinn machen. Jedoch besteht beispielsweise auch Hupchick auf der unweigerlichen Tatsache, dass sich „der Westen“ und im Speziellen eben auch Europa auf (ursprünglich) christlichen Werten gründet. Diese mögen im Laufe der Jahrhunderte im Gedankengut der Aufklärung und der Französischen Revolution, des Liberalismus oder auch der Demokratie aufgegangen, erweitert, wiederverwertet und abgeändert worden sein, sie bilden aber immer noch das grundlegende Argument für eine christliche Tradition in Europa. Dennoch gilt es v.a. wenn es um den Balkan geht, das historische Erbe des islamischen Einflusses in der Region nicht

zu vernachlässigen. Wenngleich der Islam in seinem Ausmaß, gemessen an der Anzahl der Menschen welche sich als dieser Religion zugehörig bekennen, eine Komponente von relativ wenig Gewicht darstellt, so bleibt er für die Charakterisierung des Balkans aus historischer, religiöser und kultureller Perspektive doch unerlässlich und wird auch bei Hupchick als dritte Zivilisation auf dem Gebiet betrachtet.

Nebst der konkreten Ausübung einer spezifischen Glaubensrichtung, haben religiöse Inhalte auch heute noch zentrale identitätsstiftende Funktion, dies gerade in der Balkanregion (Sundhaussen 2007: 7). Einfach ausgedrückt sind ein orthodoxer Albaner, ein muslimischer Grieche oder ein katholischer Bulgare für die jeweiligen „Staatsgenossen“ eher schwerlich vorstellbar. Demnach gehen hier die Nation und die Religion eine Art Symbiose ein – das eine will nicht ohne das andere sein.

Um diese spezifische und komplexe Ausprägung von verstandener (gelebter) Identität nachvollziehen zu können ist es notwendig, einen kurzen Blick auf die historisch-zivilisatorischen Hintergründe der Balkanregion zu werfen. Eine besonders einschlägige – weil von langer Dauer – Epoche in der Geschichte Südosteuropas, war die langjährige osmanische Fremdherrschaft – wie bereits in Hinblick auf die religiöse Identitätsausprägung gezeigt wurde.

3.1.3. VON DER OSMANISCHEN FREMDHERRSCHAFT ZUR NATIONALISTISCHEN WIEDERGEBURT

Das Osmanische Reich war während eines Großteils seiner Existenz alles andere als stabil. Ständig wurde es mit internen als auch externen Problemstellungen konfrontiert – wie eigentlich jedwedes in der Geschichte auftretendes Großreich. Zu den internen Faktoren zählen v.a. innergesellschaftliche Zerrüttung aufgrund fehlender Modernisierungsmaßnahmen auf ökonomischer Ebene sowie soziale Machttrivalitäten einer heterogenen Gesellschaft. Zunehmende technische Fortschritte, in Kombination mit der Herausbildung einer säkularen Gesellschaft auf europäischer Seite und die daraus resultierende ökonomisch-politische Überlegenheit des Westens, zählen zu den externen Faktoren.

In Hinblick auf den schrittweisen Niedergang, hatten vor allem die sich im Wandel befindenden Beziehung zu Europa teilweise fatale Auswirkungen auf die ökonomisch-politische Macht des Reiches. Die bereits ab Mitte des 16. Jahrhunderts vergebenen Kapitulationen - zu verstehen als eine Art der Handelsverträge, welche Zugeständnisse von Privilegien beinhalteten und auch den Erdölzugang sicherstellten - an europäische Länder im Gegenzug für Kapital, verloren im Laufe der Zeit ihre ursprüngliche (vertragsrechtliche)

Bedeutung im Sinne einer Vereinbarungen unter Gleichstehenden. Generell hat es den Anschein, als wären die Prozesse der technologischen Entwicklungen des 18. Jahrhunderts spurlos am Osmanischen Reich vorübergezogen. Gegen Ende des Jahrhunderts, waren die europäischen Mächte in technologischer und militärischer Sicht bereits weit überlegen. Aber auch aus wissenschaftlich-intellektueller Perspektive ist sich die Geschichtswissenschaft relativ einig, dass die Schwerpunktverlagerung intellektuell-kulturellen Forschens von Kairo nach Istanbul keine erwähnenswerten positiven Effekte gezeigt hat, ja sogar zum Stillstand gekommen war. Es fehlte demnach sowohl an Human-, Produktions- als auch an Finanzkapital, um mit den Europäern Schritt zu halten. (Hourani 2006: 319)

Das geistig-gesinnungspolitische Erbe der Französischen Revolution sowie europäische und russische Expansionsbestrebungen um die Jahrhundertwende - Russland, Österreich, Großbritannien und, obgleich weniger enthusiastisch, auch Preußen hatten ein Interesse daran, sich im Balkan ökonomisch wie auch politisch zu integrieren (Nation 2003: 18) -, diese nun umso dringlicher erscheinende „Orientalische Frage“, boten die Rahmenbedingungen für den endgültigen Niedergang der osmanischen Vormachtstellung auf dem Balkan, aber auch in den arabischen Gebieten. Eifrige Reformierungsversuche der osmanischen Verwaltung nach europäischem Vorbild zu Beginn des 19. Jahrhunderts, kamen bei Weitem zu spät und Schritt für Schritt vollzog sich die Auflösung dieses einst so großen Reiches.

Mit dem allmählichen Niedergang des Osmanischen Reiches und dem ökonomisch-technischen Aufschwung Westeuropas, wurden auch die Weichen für die Zukunft Südosteuropas gestellt. Wichtig ist hierbei sich im Hinterkopf zu behalten, dass es sich keineswegs um einen abrupten historischen Einschnitt handelt, sondern sich dieser Prozess über ein ganzes Jahrhundert vollzog. Während dessen kam es selbstverständlich zu oftmals divergierende Entwicklungen, sowohl auf lokaler als auch regional-europäischer Ebene, Implementierungsschwierigkeiten, Revolutionen und Gegenrevolutionen, Scheitern und Erfolgen.

3.1.3.1. ROMANTISCHER NATIONALISMUS ODER „DESPERATE ROMANTICS“?

Das nationalstaatliche (westeuropäisch geprägte) Konzept mit der Formel „Staat = Nation = Volk“ (Hobsbawm 2005: 34f.) breitete sich mit Beginn des 19. Jahrhunderts über die westlichen Balkanstaaten bis zu den Staaten am Schwarzen Meer hin aus, von Griechenland und Serbien bis hin zu Rumänien und Bulgarien. Wenngleich sowohl die Motivation als auch

die Umsetzung aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten verschieden ausfielen. Nation betont hier nochmals die spezifische am Balkan vorherrschende Situation als Spielball der westeuropäischen Großmächte einerseits und als Ethnienkonglomerat mit ausgeprägten (und instrumentalisierbaren) Gruppenidentitäten andererseits (Nation 2003: 20).

Grundsätzlich können zwei voneinander verschiedene nationalistische Ansätze unterschieden werden. Der erste, rational-technokratische Ansatz, kann als direktes Resultat historischer Ereignisse und Prozesse verstanden werden - Aufklärung, Säkularisierung dynastischer Herrschaftsansprüche und natürlich aufstrebender Liberalismus, allesamt Kernelemente und Ideen der Französischen Revolution. Diese Art von Nationalismus steht für staatlich-territoriale Ordnung und Souveränität, gekennzeichnet durch einen objektivierbaren Positivismus.

Die zweite Strömung steht in direktem Zusammenhang mit der epochalen Romantik und kann als kulturalistische Antwort auf die napoleonischen Kriege und ein daraus entstandenes regressives Europa nach dem Wiener Kongress verstanden werden, wobei die Rückbesinnung auf ethnisch-religiöse Gemeinverbände, mit besonderem Augenmerk auf eine geteilte Kultur und Sprache, verstanden werden¹⁰. „The ‘true’ nature of any ethnic group lay in its language and its historical (and mythical) past.“ (Hupchick 2004: 194) Die Anhänger dieser romantischen Bewegung machten u.a. vorherrschende Konzepte ihrer Zeit, wie eine beinahe schon obsessiven Rationalität und einem mit der Industriellen Revolution hochgekommenen Materialismus, für die menschenunwürdigen Um- und Missstände verantwortlich. Ihnen hielten sie ein von Emotion und Empathie geleitetes Motiv, in Verbindung mit oder auch als Ausdruck von einem der Romantik inhärenten Eskapismus, entgegen. Auf ideologischer Ebene bedeutete dies die Forderung nach Selbstbestimmung und territorialer, ökonomischer und politischer Selbstständigkeit ethnischer Gemeinschaften.

(Hupchick 2002: 194ff.)

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde zwischen den beiden Begriffen „Nation“ und „Ethnie“ weitestgehend nicht unterschieden. Unter Ethnie wurde hier eine Kultur verstanden, welche wiederum als Nationalkultur aufgefasst werden konnte. Erst zu Ende des Jahrhunderts kamen rassische Assoziationen hinzu und verschoben den Diskurs in Richtung biologisch-wissenschaftlicher Determinierung des Individuums. Generell blieb die Nation jedoch das bestimmende, übergeordnete Element. Ebenso erging es religiösen

¹⁰ Die allseits bekannten Werke der Gebrüder Grimm oder die Geschichten eines Hans Christian Andersens sind Ausdruck einer romantischen Suche nach der eigenen, kollektiven Vergangenheit eines „Volkes“.

Diskursen und Narrativen, welche schlichtweg den nationalistischen Konzepten einverleibt wurden. Nationalismus lässt sich demnach als übergeordnetes System beschreiben, in welchem einzelne, identitätsstiftende Faktoren wie Religion, Ethnizität und Kultur aufgehen. (Berger 2008: 10f)

Eine derartige „Ethnisierung“ der nationalstaatlichen Idee birgt letztendlich auch Gefahren. Einerseits erscheint es durchaus als verständlich, dass sich romantisch-nationalistische Ideen in den klassischen Vielvölkerregionen, wie der Habsburger-Monarchie oder eben auch auf dem Balkan, höchster Popularität erfreuen, genährt und gestützt von den mit der Französischen Revolution einhergehenden und auf sie folgenden Befreiungskämpfe der „europäischen Völker“. Die zur selben Zeit populär werdenden, aus dem romantischen Nationalismus stammenden, panslawistischen Ideen und Bewegungen, verstärkten den Prozess der kollektiven Identifikation und gaben eine philologisch-ethnisch-imperiale Orientierungsrichtung für die folgenden Jahrzehnte, nämlich gen Osten, vor. Der Ruf nach „ethnischer“ Selbstbestimmung wurde in Südosteuropa zudem noch von der bereits seit Jahrhunderten bestehenden Ablehnung der osmanischen Vorherrschaft gestärkt, was sich in episch-mystisch gestalteten Literatur und Dichtkunst widerspiegelte (Nation 2003: 20). Die Wiederauferstehung von Ursprungsmythen, das Hochhalten historischer (National-)Helden, in Verbindung mit der Verherrlichung von Kriegen und einzelnen Schlachten, was wiederum zur (Re-)Konstruktion von spezifischen Feindbildern beitrug, sind bei Weitem keine neuen, balkan-spezifische Phänomene, sondern fanden zuvor schon in der Nationalgeschichtsschreibung Westeuropas Anwendung (Berger 2008: 9).

3.1.4. ECKPUNKTE DES LANGEN 20. JAHRHUNDERTS

Die aus dem Kampf gegen die Fremdherrschaft und gegenseitige Machtbehauptungen hervorgegangenen neuen staatlichen Gebilde im Balkan sind wohl zutreffender Weise zu beschreiben als „tiny, insecure polities, pale shadows of the grand visions of resurrected empires whose prospect animated Balkan revolutionaries“ (Mazower 2002: 88). Die Uneinigkeiten zwischen den einzelnen aufstrebenden nationalen Gebilden nahmen auch kein Ende, sondern lösten weitere blutige Kriege und Konflikte aus (Nation 2003: 28).

Politisch-institutionelle, soziale und ökonomische Fragilität, schufen einen idealen Untergrund für einerseits stark nationalistisch orientierte Parteien und andererseits für einen brillanten Auftritt der Kommunisten auf der Politschaubühne Balkan. Doch auch diverse demokratische Bewegungen innerhalb dieser neu entstandenen, meist monarchisch

organisierten Staaten, trugen nichts zur Minderung der Region als Spielball der internationalen Politmacher bei.

1929 kam es nach vielen Streitigkeiten und Gegenargumenten zur Gründung des Staates Jugoslawien. Dieser (abermalige) Vielvölkerstaat sollte es bewerkstelligen, die verschiedenen nicht nur slawischen Völker und Nationen in einer Art Föderation zusammenzuführen. Wie bereits zuvor, blieben innere Konfliktfelder bestehen. Serbien beispielsweise stellte abermals einen unüberhörbaren Vorherrschaftsanspruch, welcher nicht bloß durch eine seinerseits vorgestellte Überlegenheit begründet wurde, sondern sich ebenfalls auf territorialer Ebene in Form von der Größe der serbischen Gebiete im Vergleich zu Gesamtjugoslawien widerspiegelte.

Während des Zweiten Weltkriegs wurde die Balkanregion abermals inmitten fremder Machtbestrebungen gezogen. Als strategisch wichtige Region, wurden die Länder wiederum zum Schauplatz kriegesischer Auseinandersetzungen, welche von außen auf sie herabprallten. Hinzu kam eine wirtschaftliche Abhängigkeit gegenüber dem Deutschen Reich, welche sich bereits 1938 abzuzeichnen schien. Mit dem Jahre 1941 waren die Völker Südosteuropas erneut unter einer gewaltsamen externen Herrschaft vereint worden. Deutschland hatte zuvor die Länder Rumäniens und Bulgariens okkupiert und alsbald auch Jugoslawiens Regierung in die Knie gezwungen. (Hösch 2002: 223f.)

3.1.4.1. TITOS JUGOSLAWIEN – UND WIEDER GRÜßT DIE VORMUNDSCHAFT

Der Konflikt zwischen Titos Partisanen und Mihailovićs Chetniks entfachte, zusätzlich zum Kampf gegen die Okkupanten, einen groß angelegten Bürgerkrieg. Schlussendlich hatte Tito nicht nur den Krieg für sich entscheiden können, sondern gleich den Beginn einer erneuten, diesmal kommunistisch internationalen Revolution eingeläutet.

„Einigkeit und Brüderlichkeit“, unter diesem Leitspruch stand das Titoische Jugoslawien. Wurden vorerst noch diverse Bestrebungen zur Schaffung einer kollektiven (kulturell-ethnischen) Identität unternommen, so zeichneten sich bald wiederaufgeblühte national-ethnische Perspektiven in der Bevölkerung ab. Dies ließ anstatt eines einzigen Großreiches ein System feudaler Art entstehen, wodurch den einzelnen Ländern – Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Serbien und Slowenien – relative Autonomie über ihr jeweiliges Territorium gewährt wurde. Die Kontrolle oblag jedoch zentralstaatlichen Institutionen, mit dem Regierungssitz in Belgrad – ein wie Hupchick es nennt System titularischer Nationalitäten nach sowjetischem Vorbild. (Hupchick 2004: 373ff.).

Die durchaus erfolgreichen Entwicklungen auf ökonomischer sowie auch auf sozialer Ebene, aber vor allem auch die Person Josip Broz Tito selbst, verhalfen dem „Titoismus“ zum Ruf eines verbesserten Sozialismus. In Verbindung mit einer klugen politischen Führung in Zeiten der Krise – wie v.a. während des Kalten Krieges als Jugoslawien Teil der „Blockfreienbewegung“ wurde –, stieg das internationale Ansehen des Staates rasch an (wahrscheinlich auch als Alternativmodell zur Sowjetunion) und hatte intern das Aufflackern eines gewissen Nationalstolzes zur Folge.

In Hinsicht auf eine nach wie vor gelebte „Jugo-Nostalgie“, ist es schon bemerkenswert, wie vieles doch in Vergessenheit gerät. Denn auch dieses „Reich am Balkan“ – wenn dieses Mal auch von kleinerem Ausmaß – hatte seine machtpolitischen Schattenseiten: Parteilinienuntreue Personen fanden sich nur allzu schnell im Gefängnis wieder; die Geheimpolizei war allzeit bereit; Bespitzelungen, Liquidierungen und Umerziehungsmaßnahmen standen an der Tagesordnung. Ebenfalls von Bedeutung war eine funktionierende – nach sowjetischem Vorbild gestaltete – Propagandamaschinerie. Im Grunde handelte es sich auch damals um eine Militärherrschaft, welche ihre ökonomischen und auch politischen Erfolge mitunter dank der Anhäufung von Schulden verzeichnete.

In der Theorie besaß die Idee eines vereinten Jugoslawien durchaus positive Aspekte, welche teilweise auch von der Bevölkerung anerkannt wurden. Aber selbst die Tatsache, dass es sich bei diesem Vielvölkergebilde nicht um eine externe Fremdherrschaft handelte, sondern dieser politische Durchbruch einer von innen stammenden Bewegung glich, änderte nichts daran, dass die unterschiedlichen Völker – Serben, Kroaten, Bosnier etc. – nach wie vor an Selbstbestimmung und Unabhängigkeit glaubten und auch bereit waren dafür zu kämpfen. Abermals kam es schlussendlich zum Aufbrodeln ethnisch-nationaler Selbstdefinierungen und zum Kampf um die Anerkennung der eigenen partikularen Identitäten. Was bereits kurz nach Titos Tod auf dem Balkan geschah ist Europa noch allzu gut in Erinnerung. Wer hätte gedacht, dass Europa nach 30 Jahren Frieden noch einmal so grauenhafte Massaker auf eigenem Terrain erleben würde?

Wie sehr v.a. auch die religiöse Identität auf dem Balkan mit einem aufstrebenden nationalem Einheitsgedanken zusammenzufallen in der Lage war und welche unfassbaren Folgen dies bewirken konnte, hat Europa somit Mitte der 90er Jahre bitter erfahren müssen (Nation 2003: 6). „Das Nationale und das Religiöse sind in der Geschichte der Balkanvölker während der Türkenherrschaft und in der Periode der nationalen Wiedergeburt eine enge Verbindung eingegangen.“ (Hösch 2002: 27)

Der Jugoslawienkrieg ließ den Balkan zur gewalttätigen, von Feindschaften zerfressenen, wilden und unzivilisierten Region werden (vgl. Nation 2003). Er wurde das nachbarlich gelegene Gegenstück zum fortschrittlichen Westen Europas. Hier befinden wir uns wieder inmitten einer Identifizierungsstrategie über Fremdzuschreibungen. Teilweise grenzen sich die Menschen bis heute noch vom sagenumwobenen „Osten“ ab, indem dieser als anders – zumeist im negativen Sinn - beschrieben wird: Wir sind die Guten – die sind die Bösen. Es wird der Schrecken der Balkankriege gedacht, an die ethnischen Säuberungen erinnert, die animalische Kriegsführung bedauert. Hier warnt der Südosteuropaforscher Sundhaussen vor der Partikularisierung derartiger Kriegsverbrechen als Balkan-spezifisch. In einem Interview mit dem Titel „Den Nachbarn töten – wie kommt das?“ vom 5. März dieses Jahres zu seinem jüngsten Buch „Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen“, führt Sundhaussen unterstreichend an, dass zwar die Rahmenbedingungen auf dem Balkan als ungewöhnlich und speziell zu bezeichnen seien, das Handeln der einzelnen Akteure, der Menschen allerdings, sei vollends als gewöhnlich (den Umständen entsprechend vielleicht) einzustufen. Sundhaussen äußert sich auch zur Diskussion über die Rolle von Kultur, Ethnie und Religion in diesem blutigen Konflikt und erläutert den Zusammenhang zwischen kollektiver Verunsicherung, der Verbreitung von Halbwahrheiten, sogenannten Deutungseliten und der Zivilbevölkerung. Bereits existierende Vorurteile, Stereotypen und Fremdzuschreibungen wurden von einflussreichen Akteuren übernommen und instrumentalisiert. Diese propagandistische Vorgehensweise, zusammen mit dem übermäßigen Einsatz paramilitärischer Gruppen, welcher sich u.a. auf einen vorherrschenden Heldenkult stützte, oder auch das Arbeiten mit Feindbildern sind, so hebt Sundhaussen immer wieder hervor, nicht Balkan-spezifisch. Westeuropa muss lediglich ein paar Jahre zurückblicken, um die Gräueltaten „auf ihrer Seite des Kontinents“ zu erkennen. Eine Abgrenzung über kriegerische Auseinandersetzungen ist in Hinblick auf die genannten Tatsachen demnach vollkommen unnütz und auch ungültig. (Raphael Zehnder 2013)

Fassen wir noch einmal zusammen: Die Balkanstaaten wurden maßgeblich vom Byzantinischen Reich geprägt; die Mehrheit der Bevölkerung teilt nicht den im „Westen“ üblichen katholischen oder auch protestantischen Glauben; es gibt Teile der Region, in welchem sogar der Islam die Mehrheitsreligion darstellt und auch die sozialistische Ära trug maßgeblich zur gelebten als auch perzipierten „Andersheit“ der Region und ihrer Bewohner bei. Und trotzdem bemühten sich die Länder der Balkanhalbinsel sobald sich ihnen eine Gelegenheit bot, westeuropäische Konzepte von Staatlichkeit und Demokratie anzunehmen,

die Industrialisierung nachzuholen und sich politisch als auch gesellschaftlich kulturell (wieder) anzunähern. „They could do so because neither they nor the Western Europeans doubted that they were European, despite their developmental differences.“ (Hupchick 2002: 13) Solange dieser Gedanke klar formuliert und akzeptiert wird, macht es kaum einen Unterschied, ob wir es mit Hösch halten und die Balkanhalbinsel als „Geschichtsregion eigener Prägung“ beschreiben, oder mit Hupchicks Konzept der Kulturzwillinge argumentieren, oder aber Nations Ansicht übernehmen und den Balkan als „distinctive physical and cultural zone“ (Nation 2003: 2) betrachten. Der Balkan bleibt in seinem Selbstverständnis als auch in den ihm zugeschriebenen Interpretationen ambivalent. Einerseits ist das Gebiet eindeutig als ein Teil Europas zu verstehen und anzuerkennen. Gleichzeitig ergibt sich aus den historisch gewachsenen Differenzen eine relative Autonomie der Identifikation, wodurch der Balkan als europäische Subregion – geographisch, historisch, spezifisch kulturell (Nation 2003: 6) - analytisch sowie auch reell gefasst werden kann.

3.1.5. WO STEHT DER BALKAN HEUTE?

In diesen kurzen historischen Darstellungen diverser Entwicklungen in Südosteuropa möchte ich vor allem auf die spezifische gesellschaftliche Konstellation in Südosteuropa hinweisen. Verschiedene Ethnien, Religionen und Volksgruppen entwickelten sich inmitten turbulenter weltpolitischer Geschehnisse, was die Bezeichnung der Balkanregion als „umkämpftes Terrain“ vollends rechtfertigt. Nun sind es gerade diese komplexen historischen, machtpolitischen und auch ökonomischen Umstände, welche der Kultur in diesem Raum eine spezielle Bedeutung zukommen lassen. Sei es die kulturelle Vermengung oder auch erhaltene Ausprägungen traditioneller Lebens- und Denkmuster – religiöser, politischer, ökonomischer, sozialer Natur. Diese nicht nur vorgestellte, sondern reale „Andersartigkeit“ gegenüber einem westeuropäischen Progressionspfad, der stetige Umstand des Beherrscht-Werdens bei gleichzeitigem Durchsickern neuer, westlicher Ideen, welche sich in die Gesellschaften einnisten und den Ruf nach Selbstbestimmung zu verstärken mögen, machen dieses Gebiet gewissermaßen exotisch – aus Sicht eines Westeuropäers. Aus eben diesem Grunde muss Kultur und genauer noch Kulturpolitik hier eine andere, besondere Rolle spielen. Die Frage ist nur in welcher Hinsicht. Soll die Vielfalt erhalten bleiben, oder ein Prozess der Homogenisierung eingeleitet werden? Betrachtet die EU die Osterweiterung und deren Nachfolgerweiterungen als zu erfüllende Zivilisierungsmission? Geht es bei der Förderung kultureller Projekte um eine ehrlich gemeinte Zusammenarbeit auf Augenhöhe oder um bloße wirtschaftliche Vorteilspolitik?

Aus den vorhergehenden Ausführungen geht die äußerst ambivalente Position des Balkan innerhalb der Europa-Debatte klar hervor. Einst Puffer gegenüber arabisch-islamischer Einflüsse scheint diese Region nunmehr auch im Kontext transnationaler Migrationsprozesse diese Funktion nur noch marginal einzunehmen in der Lage zu sein. Der „Balkan“ steht (immer noch) für eine „Übergangszone“ (Quenzel 2005: 102) zwischen „Orient“ und „Okzident“ – und dies sowohl im Sinne von „imagined“ (ethnisch, kulturell) als auch faktisch (politisch, EU). Er wird weder als dem einen noch dem anderen vollkommen zugehörig betrachtet, wobei eine faktische Orientierung am „Westen“ stattfindet - historisch betrachtet nach dem Niedergang des osmanischen Reiches bzw. aus zeithistorischer Perspektive seit dem Fall des Eisernen Vorhangs.

Es scheint als ob sich die Balkanregion aufgrund spezifischer historischer Prozesse einer klaren ethnisch-kulturellen – wenn auch imaginären - „Zuschreibung“ entzieht und somit zugleich eine doppelte Abgrenzungsfunktion erfüllt, welche jedoch beide Male von nur einer Seite (nämlich dem Westen) ausgeht. Zum einen dient der Balkan nach wie vor als Grenzzone gen Osten. Zum anderen wird diese Region v.a. tagespolitisch kampfrhetorisch auch zum Gegenstand der Selbstdefinition des „spezifisch Europäischen“. Es kann aber noch eine zusätzliche, dritte Abgrenzungsfunktion ermittelt werden, wobei diese nun aber von diversen, als dem Balkan zugehörig definierten Ländern selbst ausgeht. Nämlich deren Distanzierung von der Türkei und allem was „dahinter“ liegt. „Er [der Balkan] gehört sowohl zu Europa als auch zur Türkei, von der er sich jedoch – das ist die Bedingung für das Europäisch-Sein – distanzieren muss.“ (Quenzel 2005: 104). Was „Europäisch-sein“ wirklich bedeutet, darüber scheiden sich die Geister. Dass es sich hierbei um einen konstruktivistischen Gedankengang handeln muss, ist aus wissenschaftlicher Perspektive unbestritten. In der europäischen Realpolitik, sieht die Sache allerdings anders aus.

3.1.5.1. DIE EU, DER BALKAN UND DIE EUROPÄISCHEN WERTE

Solange sich die EU auf rein administrativ-regulative Tätigkeiten und Vereinheitlichungen konzentrierte, war eine territorialübergreifende Identifizierung nicht notwendig. Dies änderte sich allerdings mit der Ausweitung der EU-Kompetenzen auf innen-, sozial- und kulturpolitische Bereiche, was als Eingriff in nationalstaatliche Ordnungssysteme begriffen werden kann (Lepsius 2004: 5). Vor allem seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht werden fortwährend Versuche unternommen, spezifisch europäische, kulturelle Grundgemeinsamkeiten zu (er)finden und zu proklamieren. Ziel diverser identitätsstiftender Maßnahmen ist diesmal nicht bloß die administrativ-rechtliche Sphäre, sondern die emotionale Ebene der Unionsbürger. Der Einzelne soll sich über nationale Grenzen hinweg

als Teil einer riesigen europäischen Gemeinschaft fühlen. Um dieses Ziel zu verwirklichen, bedarf es nicht nur einer funktionierenden Wirtschaftskooperation und kohärenter politischer Ansätze, sondern vor allem gilt es, ein „europäisches Kulturbewusstsein“ zu schaffen. Der Einzelne soll sich dessen vollkommen bewusst sein, dass er nun Teil eines riesigen Großen ist und sich nicht mehr als Österreicher, Franzose oder Bulgare, sondern als EU-Bürger zu sehen hat.

Selbst unter der bereits erwähnten Prämisse, die Unionsbürgerschaft trete lediglich an die Seite der jeweiligen Nationalität, wird dennoch versucht, den Gemütszustand des „Volkes“ – der „Völker“ – zu manipulieren. Was ein gemeinsamer Markt und supranationale politische Institutionen allein nicht zu schaffen scheinen, nämlich eine innere Stabilität auf Basis von Solidarität, Toleranz und Zusammengehörigkeitsgefühl, soll nun die „europäische Identität“ als „sozialintegrativer Kitt“ (Lichtenstein 2012: 3) bewerkstelligen. Aber „[e]in an Emotionen gebundenes Zugehörigkeitsgefühl ist [...] als Rückversicherung für politisches Handeln mit hohem Risiko behaftet“ (Nissen 2004: 21).

Ebenfalls sollen die „europäischen Werte“ noch tiefer in der Bevölkerung verankert werden und es soll das Bewusstsein der Menschen geschaffen werden, dass es diese grundsätzlichen Werte (Traditionen und gemeinsame historische Wurzeln) sind, die sie mit so vielen anderen Menschen (in Europa) teilen. Sie sollen als gemeinschaftliches Gut betrachtet werden, welches praktisch die tiefere Verbindung der unterschiedlichen Völker Europas schafft und die Suche nach einer gemeinsamen (europäischen) Identität beendet. Aber welche „Werte“ sind das nun konkret? Die Herrschaft des Vatikans über Europa ist längst Geschichte, die Aufklärung allein hat im Generellen keine identitätsstiftende Wirkung – die universalen Menschenrechte vielleicht? Aber die sind ja schon „universal“ und demnach nicht mehr „spezifisch“ europäisch – ebenso verhält es sich mit den demokratischen Grundprinzipien. Derlei Werte werden heute generell in einem die Welt umspannenden Raum anerkannt und können somit zu einer Art globalem Identitätsverständnis, in Abgrenzung zu diversen „Ausreißern“ beitragen, sie müssen jedoch nicht unbedingt zur Herausbildung einer Europäischen Identität verhelfen. Provokativ kann nun gesagt werden, dass die bestehende „Krise der Europäischen Identität“ in der Globalisierung europäischer Spezifika ihren Ursprung genommen hat! Selbst wenn eben von „globalen“ und „universellen“ Vorstellungen von Identität die Rede war, so wirken diese dennoch exkludierend – gerade in Bezug auf Europa.

Nun kann hier natürlich eingehackt werden indem man einen kurzen Blick zurück auf die Ausführungen zu den diversen politischen, ökonomischen und auch sozialen Entwicklungen in Südosteuropa wirft. Denn hier geht ja bereits hervor, dass diese von uns als „universal“ anerkannten Grundprinzipien und Werte weder eine globale noch eine europäische Selbstverständlichkeit darstellen. Wie bereits erwähnt wurde, brauchte es mehrere Jahrhunderte, geprägt von Revolutionen, Rückschlägen, Visionen und Konflikten, bis sich eine Tradition aus Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Westeuropa durchsetzen konnte. Außerdem wurde die Frage zu einem Wertesystem auf dem Balkan über einen langen Zeitraum hinweg nicht einmal beachtet. Es wurde weder stichhaltige Langzeitstudien durchgeführt noch hätte ein großes Interesse an solchen bestanden. Themen, die in Verbindung mit geteilten Werten eines europäischen Demos standen, kamen erst mit der Debatte rund um die EU-Osterweiterung auf die – auch medienwirksame – Tagesordnung der hohen Politiker und Gremien. Erst mit der schrittweisen Aufnahme der Balkanstaaten in die EU stellte sich die Frage nach einer „europäischen Kultur“ oder einer „europäischen Identität“ im Sinne einer kulturalistischen Betrachtungsweise. Eben deshalb, weil sich diese Region historisch, religiös und auch kulturell von westeuropäischen Entwicklungswegen unterscheidet (Sundhaussen 2007: 2f.). Auf einmal plädieren die einen auf die bereits angesprochenen greco-romanischen Fundamente einer gesamteuropäischen Kultur, während so manch anderer die Gefahr der Ausbildung einer „Pseudo-Identität“, in Form einer „einheitlichen Etikettierung unterschiedlicher Inhalte“ (Sundhaussen 2007: 3) bestehen sieht.

Diese Thematik ist ebenso hoch brisant wie sensibel. Identität, Kultur, Werte, dies alles sind Begriffe welche sich zum einen kaum fassen lassen aber zum anderen höchst emotional aufgeladen sind. Dieser Umstand erscheint irrational und mutwillig, aber eben das sind die Begriffe per se nicht. Ihre jeweiligen Charakterzüge erhalten sie durch historisch gewachsene, regional-organische Konditionen, welche in Form von Prämissen von der Zivilgesellschaft entweder akzeptiert und aufgenommen werden oder eben nicht. Richtig oder falsch, gut oder schlecht – jegliche Bewertung ist hier subjektiv.

„Südosteuropa bzw. dem Balkanraum fehlt der historische ‚Stallgeruch‘ des ‚Westens‘. Und daraus ergeben sich Identitäts- und Wertprobleme in der Gegenwart.“ (Sundhaussen 2007: 8) Europa und eben auch die Europäische Union (und v.a. auch die Politik der Europäischen Kommission) kämpft demnach quasi an zwei divergierende Fronten. Auf der einen Seite sucht sie das ihre Völker verbindende identitätsstiftende Moment innerhalb einer enorm heterogen, historisch-kulturell komplex gewachsenen und imaginär konstruierten

Diversität, wobei es auf der anderen Seite wiederum gilt, eine identitätsfördernde „Grenzen nach Außen“ zu ziehen. Eine moderne Herkulesaufgabe? Oder verharren wir, als bedauernswerter Sisyphus?

Beides, so lautet die Antwort nach einem Blick auf die EU-europäische Identitäts- und Kulturpolitik. Hierbei werden mehrere unterschiedliche Spannungsverhältnisse erkennbar. Es geht um die Beziehung von Europa und Identität, Kultur und Politik, Kultur und Wirtschaft, Europa und Bürger(schaft), Europa und Kultur, Ost und West etc. Eine Patentlösung abseits diktatorischer Homogenisierungs- und Mundtotmachungsstrategien gibt es nicht. Eine europäische Handlungsweise muss auch europäischen Prinzipien gerecht werden, wobei diese sowohl grundlegenden Leitmotive wie Demokratie und Freiheit als auch wohlstaatstauglichen ökonomisch-qualitative Ansprüchen genügen müssen.

B. EUROPÄISCHE KULTURPOLITIK IN DER ANALYSE

4. KULTURPOLITIK I

Als Teil einer umzusetzenden Kulturpolitik, können Kunst und Kultur als Terrain unterschiedlicher Kämpfe - um Definitionen, Bedeutungen sowie Funktionen und Bewertungen - verstanden werden. Kulturpolitische Maßnahmen machen ohne die Frage nach der Bedeutung von Kunst und Kultur - sowohl in definatorischer als auch in gesellschaftlicher Hinsicht - keinen Sinn. Quenzel spricht in diesem Zusammenhang von „kulturellen Codes“, welche erstellt, verarbeitet, verbreitet und dechiffriert werden, und innerhalb dieses Prozesses auch steuerbar sein können. Die Beeinflussbarkeit konkreter kultureller Produktionsprozesse, sei es mittels verbindlichen rechtlichen Vorschriften, finanziellem Druck oder auch anderer Maßnahmen, könnte als direkter Ansatz kulturpolitischer Einflussnahme gelten. Auf indirekter Ebene bestehen jedoch noch wesentlich mehr Möglichkeiten, auf das - in Bourdieus Sinne - „kulturelle Feld“ einzuwirken, welche sich auf einem breiteren „politischen Feld“ darbieten. Beispielsweise können Wahrnehmungs- und Deutungsschemata von institutioneller Seite her via Bildungs- und Erziehungspolitik, aber auch durch die breitere Öffnung oder aber die Schließung des Zugangs zu Kultur oder mithilfe ausschlaggebender Symbolik und Wiederholung, manipuliert werden. Es geht hierbei v.a. auch um die Vermittlung einer bestimmten Kultur, welche ja auch, für das jeweilige Publikum, „lesbar“ sein muss. (Quenzel 2005: 63ff.)

Auf diese Ebenen einwirkende Instrumente dienen hervorragend der Unterstützung und Ausbildung einer spezifischen Identität - sei dies nun eine regionale, nationale oder eben

auch supra- bzw. transnationale Identität. Kultur wird somit zum Instrument der Politik. Folglich kann „Kulturpolitik [...] als Versuch beschrieben werden, in die Institutionen, Produktionsformen und Rezeptionsmöglichkeiten von Kunst und Kultur von staatlicher [öffentlicher, institutioneller] Seite her einzugreifen, und sie gemäß bestimmter Ziele zu gestalten.“ (Quenzel 2005: 76)

4.1. VON VORGESTELLTEN GEMEINSCHAFTEN UND ERFUNDENEN TRADITIONEN

In seinem Buch „Building Europe. The Cultural Politics of European Integration“ greift der Sozialanthropologe Cris Shore die Erkenntnisse aus Forschungsprozessen zu nation-building, Nationalismus und Tradition von Anderson, Hobsbawm und Ranger auf und versucht diese bewusst auf die EU anzuwenden. Parallelen des klassischen Konzepts der Nationswerdung und der Entwicklung der Union finden sich v.a. auf der kulturellen bedeutungs-konstruierenden Ebene. Kultur und Kommunikation werden zum „agent of consciousness“, zum Medium der "Europäisierung", geschaffen, geprägt und gelenkt von den jeweiligen (institutionalisierten) Akteuren.

Sowohl in Prozessen der Nationswerdung bzw. der Staatsgründung als auch in der Verwaltungsstruktur der EU, spielen Akteure der administrativen und organisatorischen Ebene sowie von diesen Strukturen umklammerte Intellektuelle, eine besondere Rolle. Anderson folgt hier dem Ansatz Victor Turners und seiner „meaning-creating experience“, um den engen Zusammenhang von administrativ geschaffener Einheit, Zeit, Raum und dem Bedeutungs- bzw. Wahrnehmungswandel der Subjekte, auf den Grund zu gehen (Anderson 2006: 53). Bei Turner ist es eine Reise zwischen Zeit, Status und Ort, welche Bedeutungen konstruiert und wandelt. Anderson verwendet den Begriff der Pilgerreise, wobei er Charakteristika des Phänomens religiös motivierter Zusammenkünften von Menschen unterschiedlicher Herkunft, ihre gemeinsame Reise hinzu einem „Zentrum“, auf säkulare Strukturen überträgt – Absolutismus oder auch koloniale Bürokratie (Anderson 2006: 24ff.). Ausschlaggebend ist dabei das gemeinsame Ziel. Dieses Ziel kann, muss aber nicht mit einem geographischen Ort identisch sein.

In Anwendung dieses Konzepts auf die EU findet sich beispielsweise zwar ein eindeutiger geographischer Punkt, nämlich Brüssel, welcher allerdings neben – wenn nicht sogar unter – dem höheren Gemeinschaftsziel der Europäischen Integrationsprojekts steht. Dies kann durchaus auch in Hinblick auf Karrierewege interpretiert werden. Shore erkennt hier eine dialektische und oftmals komplementäre Beziehung zwischen Organisation und Bewusstsein, zwischen Institution und Identität (Shore 2000: 33). Auf den Punkt gebracht,

geht es um die Existenz einer Art institutioneller Macht und deren Einfluss auf die Psyche, das Denken und die Selbsterkennung und -beschreibung der sich im Wirkungsbereich dieser Macht befindlichen Subjekte. Wie weit reicht die kognitive Macht der Europäisierung?

Nach Shores Befund sind es lediglich bestimmte Gruppen, bei welchen ein Prozess der Europäisierung im Sinne einer Bewusstseinsänderung als auch auf Ebene der Loyalität stattgefunden hat. Hierunter fallen v.a. EU-Beamte, Politiker und Angestellte selbst, zusammen mit einer transnationalen Geschäftsklasse und einigen Intellektuellen. In gewisser Hinsicht stellen sie noch am ehesten das Idealbild eines EU-Bürgers - eines *homo europaeus* - dar, indem sie die emotionalen Grenzen nationalstaatlichen Denkens überwunden haben und sich nunmehr vorwiegend an Europa anstatt eines einzelnen Staates orientieren. (Shore 2000: 221f.) Durch sie soll die „Message“ der Zusammengehörigkeit transportiert werden. Sie sollen nicht nur organisieren, sondern v.a. auch motivieren und inspirieren bzw. diesem Zweck dienliche Instrumente erschaffen und auf die Masse anwenden (Shore 2000: 32f.).

In dieser Konzeption und Bedeutung der Intellektuellen, verstanden als ein Komplex aus EU-nahen Akteuren wie sie oben genannt wurden, liegt eine bedeutende Parallele zur Hegemonialtheorie, wonach den Intellektuellen die Aufgabe der Konsensherstellung obliegt. Der entscheidende Unterschied liegt wohl in der Definition von Intellektuellen. Während für Gramsci bekanntlich jeder Mensch als potentieller Intellektueller anzusehen ist, so stützen sich EU-Institutionen eher auf einen ganz bestimmten Typus Intellektueller, welche alle der Definition von „multi-lingual civil servants“ (Shore 2000: 34) entsprechen. Demnach bezeichnet Shore diese „imagined community“ EU, als „an entity staffed by unique transnational and supposedly ‚supra-national‘ administrative elite.“ (Shore 2000: 33). Diese neue politische Klasse (oder Gruppe um es mit Gramsci zu sagen), ist nicht nur vom Europäischen Integrationsmodell überzeugt, sondern natürlich auch an seinem Erfolg interessiert, allein schon zur Ausweitung ihrer eigenen klassenspezifischen Interessen.

Ein europäisches Bewusstsein sowie eine europäische Identität, sollen nun durch das Medium der Kultur kommuniziert werden. Es handelt sich um erkannt notwendige Aktionen, zur Kreation von „cultural roots“, welche nach Anderson eine Grundvoraussetzung für die weitere Entwicklung sind - im nationalstaatlichen Konzept in Richtung Nation; bezüglich der EU gen eine immer enger werdende Einheit (Shore 2000: 36f.) Demnach gilt: „[W]hat concerns EU officials and politicians is not *whether* a political union can be developed, but how to go beyond this and foster a ‚European identity‘ that will

extend integration into the more ‚cultural‘ and psychological domains of everyday life.” (Shore 2000: 1)

Unter diesen kulturellen Aktionen sind auch typisch nationalstaatliche identitätsstiftende Maßnahmen symbolischen Charakters zu finden, wie die Einführung der Europäischen Flagge, das Heranziehen Beethovens „Ode an die Freude“ als offizielle Europahymne oder auch die Harmonisierung des Passsystems. Dies sind alles Symbole beabsichtigter „nationaler“ Souveränität. (Shore 2000: 37) Außerdem dient die Einführung derartiger Embleme der stärkeren Betonung von Geschichtsträchtigkeit. Hobsbawm und Ranger sprechen in diesem Zusammenhang von der bewussten „Erfindung von Tradition“ d.h. „[t]raditions‘ which appear or claim to be old“ (Hobsbawm und Ranger 1983: 1). Der Zweck solcher Maßnahmen ist, einfach ausgedrückt, die allgemeine Anerkennung bestimmter Regeln, Umstände oder Institutionen sowie die Achtung spezifischer Werte und Normen innerhalb einer Gesellschaft. Mithilfe dieses symbolischen Charakters wird eine gelebte Kontinuität mit der Vergangenheit geschaffen. Das stetige Wiederholen von diversen Ritualen, wie beispielsweise die Begehung von Jahres- und Feiertagen, welche eine einprägende und erinnernde Wirkung bezwecken, soll letzten Endes auch einen Einfluss auf den konkreten Lebensrhythmus der Bürger haben (Hobsbawm und Ranger 1983: 1; 4). Einerseits soll hierdurch eine von der Allgemeinheit erkannte und akzeptierte Legitimität geschaffen werden und andererseits dient eine solche Vorgehensweise auch der Loyalitätskonstruktion. Beide sind für den Weiterbestand von Institutionen auf einen langen Zeitraum gesehen wesentlich.

4.2. EUROPÄISCHE KULTURPOLITIK/EN IM WANDEL

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag die Konzentration kulturpolitischer Maßnahmen vorwiegend auf der Erhaltung und Verbreitung der (nationalen) „Hochkultur“. Diese sollte einem breiten Publikum zugeführt werden und der Zugang sollte nach den Schrecken des Krieges wieder offen stehen. Der damals gängige Kulturbegriff entsprach, nach Faschingeder's Definition, einem Kulturbegriff im engeren Sinne, welcher „Kultur als einen eigenständigen gesellschaftlichen Bereich neben anderen, wie etwa Sport, Politik oder Religion“ betrachtet (Faschingeder 2001: 19).

Die Ausweitung des Terminus auf einen - wie Faschingeder ihn nennt - ethnologischen Kulturbegriff, welcher sich nicht neben die genannten Kategorien stellt, sondern diese zu einem Teil von sich macht und somit Traditionen und Lebensweisen umfasst, erfolgte im Laufe der 60er Jahre. Geprägt vom sozialliberalen Tenor nach 69, wurde das

kulturpolitische Ziel von der bloßen Einflussnahme auf kulturelle Produktion, um die aktive Einwirkung in die Bevölkerungsentwicklung, mit dem obersten Ziel der Demokratisierung, erweitert (Knoblich 2004: 8; Stüdemann 2004: 3; Quenzel 2005: 78). Hierbei spielte Kultur durch die 70er Jahre hinweg wohl eine doppelte Rolle, indem sie einerseits das Terrain darstellte auf welchem agiert wurde und andererseits als Vermittlungsmittel zur Verbreitung demokratischer Ideen diente. Zu diesem Zweck, welcher im engen Zusammenhang mit der Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität stand, sollte u.a. der Zugang zu Kultur erleichtert und auch kulturelle Bildungsdefizite gemindert werden. Maßnahmen kultureller Art wurden zu der Zeit vorwiegend auf nichtkonventionellen Ebenen, sprich abseits eines bürgerlichen Kulturverständnisses, getroffen. (Stüdemann 2004: 3) Dieser „erweiterte Kulturbegriff“ wurde als ein Zusammenspiel von der Entwicklung hin zum Wohlfahrtsstaat und kulturpolitischer Maßnahmen begriffen, wodurch sich auch die finanziellen Mittel für die Förderung von kulturellen Projekten erhöhten (Knoblich 2004: 8).

Dieser sozial- und demokratiepolitisch orientierte Trend musste mit den 80ern jedoch einem neuen, zeitpolitischen Kurs der zunehmenden Ökonomisierung von Interessen weichen und machte auch vor nationalen Kulturpolitiken nicht halt. Es begann das „kulturelle Zeitalter“ der Kulturindustrie, der Festivalisierung, der öffentlichen Mittelkürzungen sowie des Sponsoring (Quenzel 2005: 79). Finanzielle Förderungen sollten von da an vorwiegend als Startkapital dienen, während den Kulturschaffenden nahegelegt wurde, dass sie sich sowohl am Markt zu orientieren hätten und über kurz oder lang selbsterhaltend tätig sein müssten - quasi das Ende der „l'art pour l'art“.

Dieser wirtschaftliche Gedanke blieb dem Konzept einer erfolgreichen Kulturpolitik erhalten, jedoch kann für die 90er noch eine herausragende Veränderung, im generellen kulturpolitischen Verständnis, ausgemacht werden: „[Die] Diskussion um kulturelle Identität und Konsenskonstruktion durch Kultur“ (Quenzel 2005: 81). Es liegt die Vermutung nahe, dass diese Rückbesinnung auf das Eigene bzw. die eigene Identität oder auch Tradition, in einem abhängigen Zusammenhang mit beschleunigten Globalisierungsprozessen im Allgemeinen und den EU-Erweiterungen im Speziellen, stehen. Quenzel argumentiert in dieser Hinsicht mit einer weiteren Aufgabe von Kulturpolitik, Maßnahmen auszugestalten, welche die Spannungen und Verwirrungen einer multikulturellen, globalen Gesellschaft erträglicher machen. „In diesem Sinne ist Kulturpolitik heute zur Gesellschaftspolitik geworden“ (Quenzel 2005: 82).

4.3. EU-DOKUMENTE – ANALYSE I

Die in historische Umstände eingebetteten Entwicklungen im Umgang mit Kunst und Kultur – einhergehend mit einem Verständniswandel -, spiegeln sich auch in der EU-Kulturpolitik der letzten 40 Jahre wieder. Mit der Idee einer europäischen Identität wird der Grundstein für identitätspolitische Maßnahmen gelegt. Diese wiederum, bedingen die Notwendigkeit der Bewusstseinsbildung innerhalb der Zivilbevölkerung. Folglich kommt es zu zweckgebundenen, kulturpolitischen Entscheidungen – Kultur wird instrumentalisiert. Neben dieser sozialisierenden Komponente tritt der Faktor Kultur im ökonomischen Sinne hinzu, welcher Potentiale in Sachen Arbeitsplätze, Standortattraktivität und Profitgeneration birgt.

All dies und mehr zeugt von den vielen unterschiedlichen Facetten des Kulturbegriffs, seiner Wandelbarkeit und seiner universalen Einsetzbarkeit. Anhand ausgewählter Dokumente der EU – im Auftrag des Rates erstellte Berichte, Beschlüsse oder auch Verträge – sollen die Entwicklungen der Kulturpolitik und derer inhärente Bedeutungskonstruktion von Identität und Kultur, innerhalb des Europäischen Integrationsprozesses, nachgezeichnet und analysiert werden.

4.3.1. DOKUMENT ÜBER DIE EUROPÄISCHE IDENTITÄT (1973)

1973 kann ohne Zweifel als turbulentes Jahr in der Geschichte der EU bezeichnet werden. Zu den sechs Gründungsstaaten traten Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich als neue Mitglieder hinzu. Gleichzeitig traten gleich mehrere Freihandelsabkommen, u.a. auch mit Österreich, in Kraft. Im Herbst kam es schließlich im Zuge des Jom-Kippur-Krieges zur ersten Ölkrise, welche den europäischen Staaten erheblich zusetzte. Daraufhin kam es im Dezember 1973 in Kopenhagen, ausgerechnet auf einer Gipfelkonferenz zur aktuellen Energiekrise, zur Unterzeichnung eines aus dem Willen zur politischen Zusammenarbeit hervorgegangenen „Dokuments über die europäische Identität“.

Dieses keine fünf Seiten umfassende Dokument stellt die erste nennenswerte Quelle zur Debatte rund um eine „europäischen Identität“ dar. Die nunmehr neun Mitgliedsstaaten der EG bekräftigen darin ihren Willen zum Zusammenhalt und ihre gemeinsamen Interessen zur Stärkung des „europäischen Einigungswerks“. Es werden gleichsam die Pluralität und Vielfalt der nationalen Kulturen betont, als auch die (eine) europäische Zivilisation mit den ihr zu Grunde liegenden geteilten Werten und Prinzipien – in ihrer Gesamtheit. In diesem nun schon 40 Jahre alten Dokument, wurden Grundsätze wie die Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit oder auch der sozialen

Gerechtigkeit, bereits als fundamentale Elemente der europäischen Identität definiert, deren Einhaltung und Achtung eine unbestreitbare Voraussetzung für etwaige Beitrittskandidaten darstellen.

Während die hier beschriebene (erdachte) europäische Identität als Ausdruck einer weltpolitischen Verpflichtung gefasst wird - das Auftreten der EG als eigenständiges Ganzes; eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik; der gemeinsame Wille zur Förderung von Entwicklung in unterentwickelten Ländern etc. -, deutet kaum etwas auf eine kulturalistische Auffassung von Identität hin. Das gemeinsame Erbe wird historisch begriffen und in einem Zusammenhang mit dem Willen zur Wahrung des Friedens in der Gemeinschaft gebracht. (CEC 1973)

Dieses Fehlen eines „kulturellen“ Identitätsverständnisses über welches heute so lautstark diskutiert wird, deutet darauf hin, dass der kulturelle Charakter einer Nation und deren historische Verschiedenartigkeit zu Zeiten einer rein westeuropäischen Vereinigung kaum eine bis keinerlei Rolle gespielt hatten. Wie im Rahmen von Sundhaussens Ausführungen (vgl. *Kapitel 3*) bereits erwähnt wurde, scheinen derartige national-kulturelle Attribute erst mit den Erweiterungsbestrebungen gen (Süd-)Osten zum Thema auf EU-Ebene geworden zu sein. Dies soll jedoch keinesfalls heißen, dass sich das identitätsbestimmte Konzept nicht weiterentwickelt hätte. Im Rahmen des Umwandlungsprozesses der EG in eine europäische „Union“ – wobei die EU ja erst mit dem Vertrag von Maastricht ihren hochhoffiziellen Charakter erhielt - sowie der zunehmenden globalen Verflechtungen und Verantwortung, wurde es weitgehend als politische Notwendigkeit erachtet, sich mit der europäischen Identität auseinanderzusetzen und eine solche zu stärken.

4.3.2. TINDEMANS-BERICHT (1975/76)

Der damalige belgische Premier Leo Tindemans wurde auf der Pariser Konferenz 1974 gebeten, einen Bericht zu verfassen, in welchem er sich mit der Definition einer „Europäischen Union“ beschäftigen sollte. Eine Aufgabe, welche ihn für ein ganzes Jahr beschäftigen würde. Der Bericht wurde schlussendlich im Dezember 1975 fertiggestellt und im Jänner 1976 veröffentlicht.

Der Bericht erscheint u.a. deshalb von Bedeutung, als er in seinen Schilderungen eine Situation beschreibt, welche der heutigen sehr ähnelt: Im Schatten einer ökonomischen Krise werden auch die politischen Defizite des Projekts Europa stärker wahrgenommen, was den Zusammenhalt der Mitglieder einer Gemeinschaft auf die Probe stellt und den Ruf nach neuen Maßnahmen, neuen Zielen und neuen Ideen verstärkt.

„During my visits I was struck by the widespread feeling that we are vulnerable and powerless. This is a new experience for our peoples in recent history. Inequality in the distribution of wealth threatens the stability of the world economic system; exhaustion of resources weighs heavily on the future of industrial society; the internationalization of economic life makes our system of production ever more dependent. Our States seem very weak to face these challenges alone. What weight do isolated voices have unless they are those of the super powers?“ (CEC 1976: 1)

In einem Brief an den Europäischen Rat, welcher dem veröffentlichten Bericht vorangestellt ist, schreibt Tindemans über seine Erfahrungen während seiner Recherche in den Mitgliedsstaaten der damaligen EG. Dabei hob er eine Besonderheit hervor, welche sich einerseits in der Diskrepanz von der generellen öffentlichen Meinung und der Einschätzung von politischen Akteuren manifestierte. Die Öffentlichkeit stünde dem europäischen Einigungsprozess durchaus skeptisch gegenüber und vermisse einen gezeigten politischen Willen der jeweiligen Führungspersonen. Andererseits, während viele von ihnen sich von der Gemeinschaft in Zeiten der Krise im Stich gelassen fühlten und eine gemeinsame Vorgehensweise der neun Mitglieder wünschten, so sahen doch die meisten unter ihnen die Zukunft ihres Landes eindeutig innerhalb des europäischen Projekts.

Einige Passagen des Tidemans-Berichts lesen sich als wären sie erst gestern verfasst worden. Argumente wie eine nicht genügend eingebundene europäische Öffentlichkeit oder der Annahme der Vorteile aus dem Gemeinschaftsprojekt als selbstverständlich und alltäglich hinzunehmen und dabei die Hintergründe als auch die neuen Herausforderungen zu vergessen, fügen sich nahtlos in die aktuelle Debatte zur europäischen Integration ein. Diesbezüglich stellt Tindemans klar, dass ein neofunktionalistisches Modell, welches sich auf den spill-over Effekts wirtschaftlicher Integration verlässt, den Ansprüchen der Realität nicht entspricht. Gleichzeitig gibt er zu bedenken, dass eine Rückkehr zu „selfish national attitudes“ keine Option darstellt und als Scheitern der Union gedeutet werden könnte (CEC 1976: 11). Die wesentlichen Fragen, mit denen sich europäische Gemeinschaftspolitik zu beschäftigen habe lauten: „What do the Europeans want? What do they expect from a united Europe?“ (ibid.)

Im Wesentlichen geht es Tindemans in seinem Bericht darum, Leit- und Richtlinien für die Umwandlung der Europäischen Gemeinschaft in eine Europäische Union zu entwerfen. Damals waren die verantwortlichen Akteure noch der Meinung, dass eine solche Fortentwicklung der EG bis zu Beginn der 80er Jahre zu bewerkstelligen sei – was sich, wie wir heute wissen, als Trugschluss herausstellte. Neben der Formulierung konkreter politischer Ziele und Ideen bezüglich des institutionellen Aufbaus einer Union oder auch des Zustandekommens einer Währungsunion, findet sich doch immer wieder der bereits angesprochene Ansatz der Betonung der Bürgernähe und einer nicht bloß auf ökonomisch-

politischem Niveau basierenden Zusammengehörigkeit. Tindemans plädiert für ein mit einer Stimme sprechendes Europas der Völker: „It must build a type of society which is ours alone and which reflects the values which are the heritage and the common creation of out [sic!] peoples.“ (CEC 1976: 11) Als motivierendes wenn vielleicht auch zu hoch gestecktes Ziel, wird die Erschaffung eines „new type of society“ gesehen und eines „more democratic Europe with a greater sense of solidarity and humanity.“ (CEC 1976: 12)

In diesem Sinne sucht Tindemans eine europäische Union im Alltag der Bürger „fühlbar“ zu machen, indem sie sich in diverse Lebensbereiche einbringt. Ein europäisches Interesse solle sich in Sachen Bildung und Kultur, Kommunikation und Information, in Jugendthemen und Freizeitaktivitäten manifestieren. Nach außen hin, solle das Bild einer ihre Völker in Solidarität geeinten Union geschaffen werden, welche die Rechte ihrer Bürger schützt, sich auf Legitimität gründet und die Demokratie fördert.

Was konkrete Maßnahmen zur Herstellung dieses einheitlichen Europabildes betrifft, so führt Tindemans unter dem Titel „A citizen's Europe“ gleich mehrere Punkte an - beispielsweise fordert er hinsichtlich der Mobilität die Einführung eines einheitlichen Passsystems bei gleichzeitiger Abschaffung von Grenzkontrollen. Ebenfalls sollen Schritte auf dem Gebiet der Bildungspolitik, konkret im Sinne von der Förderung von Austauschprogrammen, zu einer stärkeren Integration beitragen, indem durch die Vermittlung der europäischen Kultur (im Singular angeführt!) und der europäischen Sprachen, das „gemeinsame Erbe“ hervorgehoben wird. Diesbezüglich wird ebenfalls die Problematik der Ungleichwertigkeit akademischer Abschlüsse kritisiert. (CEC 1976: 27f.)

Des Weiteren wird die Einführung einer „Europäischen Stiftung“ vorgeschlagen, welche auf unterschiedlichen Gebieten wie Jugend, Hochschulkooperation, Information oder Kultur, zu einem verbesserten Völkerverständnis beitragen soll (CEC 1976: 28).

Zusammenfassend, lässt sich das allgemeine Umdenken der Europapolitik, weg von einem bloß technokratischen Ansatz, hin zu mehr öffentliche Einbindung und auch Ausweitung der Tätigkeitsbereiche, anhand dieses Berichts sehr schön nachvollziehen. Die Betonung der Greifbarmachung europäischer Angelegenheiten innerhalb von Kultur und Kommunikation, lässt des Weiteren den Schluss zu, dass hier bereits auf eine potentielle Nutzung gesellschaftlicher Felder, und dem kulturellen Feld im Konkreten, hingewiesen wird.

4.3.3. FEIERLICHE DEKLARATION ZUR EUROPÄISCHEN UNION (1983)

Mit diesem 1983 am Gipfel von Stuttgart unterzeichnetem Dokument, bekannten sich die Staats- und Regierungschefs der zehn Mitgliedsstaaten zu einer noch engeren Zusammenarbeit, welche mit der Bekennung zur Umwandlung der Gemeinschaft in die Europäische Union ihren symbolischen Ausdruck fand. Demnach lag das Hauptaugenmerk auf dem weiteren Ausbau des institutionellen Rahmens und der Formulierung dessen Aufgaben und Wirkungsbereiche sowie der Stärkung und Verdichtung einer gemeinsamen Außenpolitik.

„[I]m Bewußtsein einer Schicksalsgemeinschaft und in dem Willen, die europäische Identität zu behaupten“ (CEC 1983: 27), wurde u.a. das Ziel einer intensiveren Zusammenarbeit in kulturellen Belangen formuliert. Diesbezüglich findet sich, in dem die unterschiedlichen Wirkungsbereiche festlegenden Abschnitt, ein eigenständiger Unterpunkt, welcher sich mit Angelegenheiten der kulturellen Zusammenarbeit auseinandersetzt. Generell werden einige der bereits von Tindermans vorgeschlagenen Ideen aufgegriffen und als erstrebenswert hingestellt. So z.B. die Gründung einer „Europäischen Stiftung“, die Forderung nach einer engeren Zusammenarbeit auf Hochschulniveau oder auch der Ausbau des Sprachenangebots im Schulunterricht.

Es gilt die Ausbildung eines europäischen Bewusstseins mittels einer verstärkten Vermittlung europäischer Kultur und Geschichte, sei es auf Unterrichtsniveau oder im Rahmen kooperativer Aktionen, zum Schutz des gemeinsamen kulturellen Erbes, zu fördern. Diesbezüglich werden die Möglichkeiten von audiovisuellen Medien nochmals explizit hervorgehoben. Erstmals finden sich auch Themen wie Künstlermobilität und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten auf kultureller Ebene. (CEC 1976: 31f.)

Ähnlich dem „Dokument über eine Europäische Identität“, welches den Kick-off des Identitätskonzepts auf europolitischer Ebene bedeutete, kann die „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“ als offizieller Beginn politischer Initiativbestrebungen auf kultureller Ebene gedeutet werden. Von besonderer Bedeutung ist auch die in der Zielformulierung eindeutig beschriebene strategische Nutzung kultureller Maßnahmen, „um das Bewußtsein eines gemeinsamen kulturellen Erbes als Teil der europäischen Identität zu festigen“ (CEC 1983: 27).

4.3.4. ADONNINO-BERICHT (1985)

Eine Wahlbeteiligung von rund 61% bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 1984 wurde zusammen mit dem erkannten Problem des Auseinanderklaffens der Aufmerksamkeit der europäischen Bürger und der Arbeit der Institutionen der Gemeinschaft – die Wähler nutzten damals bereits die Gelegenheit europäischer Wahlen, um ihre jeweils nationalen Parteien abzustrafen - zum Anlass genommen, kurzerhand einen Ad-hoc-Ausschuss für ein „Europa der Bürger“ (Adoninno-Ausschuss) ins Leben zu rufen. Unter der Leitung des italienischen Europaparlamentariers Pietro Adonnino, beschäftigte sich der Ausschuss damit, wie es zu bewerkstelligen sein könnte, den europäischen Bürgern das politische System der Gemeinschaft näher zu bringen und v.a. auch verständlich zu machen. Die Kommission gab das Ziel vor, Mittel und Wege zu ergründen, die gemeinschaftliche Identität und das Bild der Gemeinschaft sowohl nach innen als auch nach außen hin zu fördern und zu festigen (Shore 2000: 46).

Schlussendlich legte der Adonnino-Ausschuss dem Europäischen Rat 1985 zwei Berichte vor, wobei sich der erste u.a. mit Fragen der Mobilität, Aufenthalt- und Niederlassungsfreiheit sowie der Anerkennung von Diplomen beschäftigte. Im zweiten Abschlussbericht, wurde der Fokus dann auf Bürgerrechte, Bildung und Identität gelegt. Die Mitglieder des Ausschusses wurden aufgefordert sich konkrete Maßnahmen zu überlegen, welche der Umsetzung eines „Europa der Bürger“, dem Grundsatz der im Vertrag von Rom festgesetzten „ever-closer union among the peoples of Europe“, dienlich sein mögen.

Neben den beiden Berichten findet sich im Bulletin der EG zum „Europa der Bürger“ (CEC 1985) das „Mandat des Europäischen Rates von Fontainebleau“ aus 1984, welches aufgrund der Tatsache erwähnenswert ist, als die Einführung eines gemeinschaftlich gestalteten Reisepasses abermals forciert wird.

Für die Entwicklung der europäischen Kulturpolitik sind vor allem die im zweiten Abschlussbericht genannten Punkte zu „besonderen Bürgerrechten“, „Kultur und Kommunikation“, „Information“, „Jugend, Erziehung und Sport“ und der „Stärkung des Bildes und der Identität der Gemeinschaft“ relevant. Generell ist dieser Bericht wohl einer der aufschlussreichsten Dokumente bezüglich einer EU-Kulturpolitik vor Maastricht.

Die genannten „besonderen Bürgerrechte“ sind v.a. aufgrund des direkten Bezugs auf das „Dokument über die Europäische Identität“ (1973) von Bedeutung. Des Weiteren wird die Bürgerbeteiligung am politischen Prozess der Gemeinschaft betont, die Harmonisierung des Wahlrechts sowie das aktive und passive Wahlrecht aller Bürger in allen Mitgliedsstaaten

und auch die konsularische Vertretung aller Bürger durch jegliche Mitgliedsstaatliche Vertretung in Drittstaaten gefordert. (CEC 1985: 20ff.) Kurzum handelt es sich hierbei allesamt um Anliegen, welche mit der bereits besprochenen Einführung der Unionbürgerschaft 1993 umgesetzt wurden (vgl. Kapitel 2).

In Punkt 3 des zweiten Abschlussberichts, „Kultur und Kommunikation“, wird v.a. auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten mit den übrigen europäischen Ländern hingewiesen. Diese Notwendigkeit ergibt sich zum einen aus der Vielfalt des viel zitierten (europäischen) „kulturellen Erbes“ und zum anderen aus der weitgehenden Unbestimmtheit der Grenzen Europas.

Um die „europäische Identität und das Bild, das sich die Bürger von der Gemeinschaft machen“ (CEC 1985: 22f.) bestmöglich zu gestalten, wurden diverse Aktionen in unterschiedlichen Bereichen vorgeschlagen. Zum einen soll der Zugang zu kulturellen Einrichtungen (Museen, Theater, Veranstaltungen etc.) für Jugendliche, unabhängig ihres Mitgliedsstaates, erleichtert werden.

Auch die Einführung des heute allseits bekannten Eurolotto wird unter dem Punkt der „Kultur und Kommunikation“ zusammengefasst. Die Einrichtung einer Akademie der Wissenschaften, der Technologie und der Künste erscheint in diesem Zusammenhang schon wesentlich einleuchtender. Diese sollte, so der Vorschlag, von politisch unabhängigen, wenn möglich bekannten Personen geleitet werden und es sich v.a. zur Aufgabe machen, Preise für diverse Leistungen von europäischer Bedeutung zu verleihen.

Ein weiterer durchaus kritisch zu betrachtender Punkt ist jener bezüglich der audiovisuellen Produktion. Als Antwort auf technologischen Fortschritt und steigende Zuschauerzahlen, wird zu einer verstärkten Produktion aufgerufen, welche vorwiegend unter kooperativen Gesichtspunkten zu stehen hat. Durch die Zusammenarbeit mindestens zweier Mitgliedsstaaten, solle nicht nur „der kulturelle Reichtum Europas“ genutzt werden, sondern v.a. auch eine „wahrhaft europäische und wettbewerbsfähige Industrie“ geschaffen werden (CEC 1985: 23). Ebenfalls wird die Einrichtung eines europäischen Fernsehkanals - mehrsprachig versteht sich - vorgeschlagen sowie die Tatsache bemängelt, dass der Zugang zu Fernsehprogrammen aus anderen Mitgliedsstaaten erleichtert werden müsse¹¹. (CEC 1985: 22ff.)

¹¹ Beide Punkte wurden bis dato noch nicht umgesetzt. Zum gemeinsamen TV-Kanal wurden der Kommission vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) bereits Vorschläge unterbreitet, welche jedoch, wie mir ein Mitglied des EWSA in einem privaten Gespräch mitteilte, kaum weitere Beachtung fanden. Auch was

Mit den einleitenden Worten „Der Ausschuß ist der Auffassung, dass die Menschen in Europa nicht genügend Information über den Aufbau Europas erhalten“, (CEC 1985: 24) ist ein weiterer Aktionsbereich unter dem Banner „Information“ zusammengefasst. Hier geht es v.a. um die Verbreitung „politisch-korrekten“ Europa-Wissens. Es gilt die Bürger über die historisch einzigartige Erfolgsstory Europas zu unterrichten und die Vorteile der einzelnen Mitgliedsstaaten aus einer Mitgliedschaft hervorzuheben. Wichtig ist in diesem Bereich ebenfalls die Aktualität der verbreiteten Informationen hinsichtlich thematischer Schwerpunkte mit direkter Auswirkung auf den Alltag des individuellen Bürgers. (CEC 1985: 24)

Aus dem Programmpunkt „Jugend, Erziehung und Sport“ sind v.a. die Bemühungen zur Förderung des Austauschs von Jugendlichen auf Niveau der Pflichtschule, der Hochschule aber auch in der Berufsausbildung hervorzuheben. Gleichzeitig wird die Bedeutung einer „europäischen Dimension“ und des im Unterricht vermittelten Europabildes betont. Weiters wird die Begehung des 9. Mai als „Europatag“ - v.a. auch in den Schulen - empfohlen und der Grundstein für die Einführung des heute überall bekannten ECTS-Systems (European Academic Credit Transfer System) gelegt.

Ähnlich der Einführung des Europatags werden unter dem Punkt der „Stärkung des Bildes und der Identität der Gemeinschaft“ weitere Instrumente symbolischen Charakters angeführt. Die längst zum Inbegriff der EU gewordene blaue Sternenflagge fand rege Unterstützung im Adonnino-Ausschuss, wenn dieser auch ein goldenes „E“ inmitten der zwölf Sterne vorgeschlagen hätte. Auch die Europahymne mit der Musik aus Beethovens Vierten Satz der Neunten Symphonie - „Ode an die Freude“ - sollte im Abschlussbericht positiv angeführt werden. Im Text wird auch gleich eine Gebrauchsanweisung für beide Embleme der Marke Europa mitgeliefert, indem explizit angewiesen wird, zu gegebenen Anlässen die Fahne zu hissen und die Hymne erklingen zu lassen. (CEC 1985: 32f.)

Aus dem Adonnino-Bericht gilt es nun folgendes festzuhalten. Zum ersten ist hier die inhaltliche Relation der mit der Unionsbürgerschaft eingeführten Bürgerrechte zu erwähnen. Des Weiteren werden kulturelle Maßnahmen zur Unterstützung des de facto Wirtschaftsfaktors Kultur, welche somit Subjekt von wettbewerbsorientiertem Handeln sind, explizit ausgewiesen. Ferner wird die bewusste Ausgabe spezifischer Informationen zur Gestaltung des erfahrbaren Europabildes als konkret zu treffende Maßnahme dargelegt.

die Möglichkeit der Konsumation europäischer TV-Kanäle im Allgemeinen betrifft, bedarf es noch an Verbesserungen, welche sich – aus aktueller Sicht gesprochen – auch auf das Internetangebot der Sender ausbreiten sollten. Beispielsweise ist es durchaus üblich, bestimmte im Internet zugängliche Programme für Nutzer im EU-Ausland zu sperren.

Zu guter Letzt, wird die zweckgerichtete Ausgestaltung von Symbolen und symbolischen Maßnahmen (nach Hobsbawmschen Vorbild) zur Bewusstseinserschaffung angeführt.

Wie im Bericht auch eingangs erwähnt, geht es um konkrete Möglichkeiten und Maßnahmen zur Ausbildung einer „Europäischen Identität“. Unschwer erkennbar ist auch der Zusammenhang der erwähnten Instrumentarien und der nations- bzw. traditionsbildenden Konzepte von Anderson, Hobsbawm und Ranger, wie sie bereits kurz vorgestellt wurden.

4.3.5. WENDEPUNKT MAASTRICHT

„Europa stellt sich auf das Scheitern von Maastricht ein. Verpaßte Chance?“ (Schmid 1992) So titelte ein Beitrag in „Die Zeit“ vom 20. November 1992, fünf Monate nach dem vernichtenden Urteil der Dänen zum Vertrag von Maastricht, mit 50,72% Gegenstimmen. Aber auch Frankreichs Referendum zur Vertragsratifizierung war mit einer knappen Mehrheit von 51,04% Befürwortern enttäuschend¹². Erst nach einem zweiten Referendum der Dänen 1993, bei welchem eine Mehrheit von 56,74% dem nunmehr mit Ausnahmeregelungen für Dänemark versehenen Vertrag zustimmte, konnte der „Vertrag über die Europäische Union“ endgültig in Kraft treten.

Mit Maastricht wurde das bis vor kurzem noch grundlegende Dreisäulenprinzip der EU (EG, GASP, PJZS)¹³ eingeführt. Vor allem in Belangen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gab es noch vor der Ratifizierung Zweifel, ob sich ein solches Unterfangen auch wirklich positiv auf die einzelnen Nationalökonomien auswirken würde. Hierbei waren u.a. auch der Widerstand und die Skepsis Deutschlands nicht unbedenklich. Die deutschen Politiker sahen in einer gemeinsamen Währung die Gefahr des Gesamtverlustes – ein ungleiches Tauschgeschäft einer starken Mark gegen eine ungewisse Zukunft. (Schmid 1992) Im Endeffekt entschieden sich jedoch lediglich drei Staaten, namentlich das Vereinigte Königreich, Dänemark und Schweden, die geltende opting-out Option zu nützen und behielten ihre jeweils nationalen Währungen auch nach der Euroeinführung ab 1999 bei.

Neben des gemeinsamen Währungssystems, einer enger zusammengedrängten Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Zusammenarbeit auf justizieller Ebene, wurde mit dem Vertrag von Maastricht auch die in *Kapitel 2* bereits ausführlich besprochene Unionsbürgerschaft eingeführt.

¹² Prozentsätze lt. European Election Database

¹³ Europäische Gemeinschaften; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik; Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen)

Mit weniger Aufregung und medialer Präsenz verbunden ist eine grundlegende und durchaus als bahnbrechend zu bezeichnende Neuerung betreffend der EU-Kulturpolitik. Mit Maastricht wurde erstmals eine rechtliche Legitimation, aller Tätigkeiten und auch Pflichten der EU auf kultureller Ebene begründet. Im Wortlaut des Vertrags heißt es: „Die Union leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes.“ (Art. 167 Abs. 1 AEUV)¹⁴ In Abs. 2 möchte die Union die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten auf kulturellem Terrain stärken und selbst in folgenden Bereichen, sofern sie von europäischer Bedeutung sind, ergänzend tätig werden:

- Kenntnis und Verbreitung von Kultur und Geschichte
- Schutz des kulturellen Erbes
- Nichtkommerzieller Kulturaustausch
- Künstlerisches und literarisches Schaffen inklusive des audiovisuellen Bereichs

Des Weiteren wird in Abs. 3 festgehalten, dass sich die EU zur Förderung von Kooperationen mit Drittstaaten und internationalen Institutionen (z.B. der UNESCO) im Zusammenhang mit kulturellen Projekten einsetzt. Mit der Betonung auf die Bewahrung und stetige Förderung der Vielfalt europäischer Kulturen, grenzt sich die Union von jeglichen Homogenisierungsbestrebungen rechtlich ab. Diesbezüglich heißt es weiter, dass das EU-Parlament sowie der Rat, Fördermaßnahmen abseits einer „Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten“ (Art. 167 Abs. 5 AEUV) erlassen können und der Rat auch Empfehlungen abgeben kann.

Art. 167 fußt zum einen auf dem Subsidiaritätsprinzip welches besagt, dass die EU lediglich unterstützend tätig werden darf, indem sie sich demnach nur dort beteiligt, wo nationale Einheiten nicht in der Lage oder nicht bereit sind einzugreifen. Hierdurch soll u.a. die Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten gefördert werden und nationale Aktivitäten im Kulturbereich sollen keinesfalls verdrängt werden. Der EU kommt somit eine komplementäre Rolle zu. Zum Zweiten gilt die sogenannte Kulturverträglichkeitsklausel, wobei die Gemeinschaft bei all ihren Tätigkeiten in sämtlichen Bereichen immer auch die kulturellen Aspekte, im Sinne der Förderung und Wahrung kultureller Vielfalt, zu beachten angehalten wird. Dieser Punkt ist insofern von besonderer Bedeutung, als dadurch, theoretisch, eines zu starken ökonomischen Einflusses in kulturellen Belangen vorgebeugt werden kann. Am anschaulichsten ist dieser Umstand am Beispiel sogenannter Kulturgüter

¹⁴ Artikel 128 Vertrag von Maastricht; Amsterdam Art. 151; Lissabon Art. 167

zu beschreiben. Beispielsweise ist demnach der Wert literarischer, künstlerischer oder auch musikalischer Werke nicht bloß der am freien Markt zu erzielende Preis, sondern es muss auch dem kulturellen, sprich subjektiven, Wert Rechnung getragen werden¹⁵.

Mit dem Vertrag von Maastricht werden die Kompetenzen der Gemeinschaft in unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Bereichen – Sozial-, Forschungs- oder auch Bildungspolitik – erweitert. Er bereitet der EU-Kulturpolitik eine eigenständige Rechtsgrundlage, womit ebenfalls der Weg für ein gesondertes Kulturbudget geebnet war. In diesem Sinne stellt Maastricht einen Meilenstein in der Geschichte der europäischen Kulturpolitik dar.

4.3.6. DE CLERCQ-BERICHT (1993)

Nach den Anlaufschwierigkeiten des Vertrags von Maastricht stellten sich EU-Eliten die Frage, weshalb ihre Ideen und Tätigkeiten in der Öffentlichkeit keinen Anklang fanden. Denn - wie bereits in der Vorbemerkung des De Clercq-Reports festgestellt wird - stand diesmal nicht bloßes Desinteresse der Europäer aufgrund von Informationsmangel zu Beginn der Untersuchung, nein, der Kern der Problematik schien zu Beginn der 90er Jahre wesentlich tiefer zu sitzen: „[T]he worthiness of the ‚good project‘ [...] is being questioned“ (De Clercq 1993). Scheinbar hatten die vielen Neuerungen, die aus Maastricht hervorgegangen waren (Drei-Säulen-System mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik; Währungsunion etc.) sogar den grundsätzlichen Tenor der Bevölkerung die Idee Europa als generell positiv aufzufassen, ins Wanken gebracht.

Die Antwort meinte man damals nicht in den Inhalten, sondern in einer unzulänglichen Öffentlichkeitsarbeit der europäischen Institutionen zu finden. Als damaliger Kommissionspräsident veranlasste Jaques Delors die Bildung einer Expertengruppe, welche sich mit europäischen Kommunikations- und Informationspolitiken auseinanderzusetzen hatte. Die Gruppe setzte sich aus professionellen Kommunikations- und PR-Experten sowie hohen Kommissionsbediensteten zusammen. Unter der Leitung des EU-Parlamentariers und ehemaligen Kommissionsmitglieds Willy De Clercq wurde der Bericht mit dem Titel „Reflections on Information and Communication Policy of the European Community“ im März 2013 fertiggestellt.

¹⁵ Der Rechtsstreit um die österreichische Buchpreisbindung (Libro vs. Wirtschaftskammer) 2009, zeigt allerdings die Problematik der Konkurrenz bzw. Überlappung von Regelungen unterschiedlicher Politikfelder. In diesem Fall stand das Kulturgut Buch der frei handelbaren Ware gegenüber. (vgl. APA 2009)

Die zentralen Aufgaben des Teams bestanden darin, das aktuelle Kommunikations- und Informationssystem der Gemeinschaft zu beschreiben um im Anschluss die Qualität der Politiken und Vorgehensweisen zu überprüfen. Gleichzeitig sollten die Experten etwaige Lücken im System aufzeigen und konkrete Empfehlungen zur Verbesserung der Kommunikations- und Informationsstrategien der Gemeinschaft entwerfen.

De Clercq setzt in seinem Report wiederum auf Bürgernähe. Der Unterschied zu früheren Berichten und Mitteilungen ist der „ehrliche“ Zugang aus marketingtechnischer Perspektive. Bereits zu Beginn wird die Lage kurz analysiert und die Probleme werden beim Namen genannt. Es gäbe keine einheitliche europäisch-öffentliche Meinung, da die jeweiligen Erwartungen, Sorgen und Wünsche der Bürger stark von den ökonomisch-politischen und auch kulturellen Umständen, inmitten derer sie leben, abhängig seien¹⁶. Konkret lautet De Clercqs Befund: „European identity has not yet been engrained in peoples` minds“ (De Clercq 1993: 2), was sich in einem Mangel an Zugehörigkeitsgefühl manifestiere. Eine Schlussfolgerung, mit welcher die EU auch heute immer wieder konfrontiert wird.

Ebenfalls von höchster Aktualität ist die daraufhin folgende Konzentration – oder eher Spekulation – auf die „Europäische Wertegemeinschaft“, auf „values commonly shared by Europeans“ (ibid.). In diesem Dokument werden v.a. die Ablehnung des Krieges, der Umweltschutz, die Freiheit und Demokratie sowie die Armutsbekämpfung erwähnt. Werte, welche wiederum der Prüfung der Universalität unterzogen werden könnten (siehe *Kapitel 2*). Diese Kriterien finden sich also in De Clercqs Konzeption einer europäischen Öffentlichkeit wieder.

In der Analyse des Ist-Zustandes europäischer Kommunikationspolitiken wird nun festgestellt, dass die europäischen Politiker versuchen, dieser zumindest angenommen Öffentlichkeit, das „falsche Produkt“, nämlich Verträge, Beschlüsse und deren fachspezifisch formulierte Inhalte, zu verkaufen. Vielmehr gelte es, die „European Community as such, now developing into European Union“ (De Clercq 1993: 4) konkret als Produkt zu betrachten und konkrete Maßnahmen einer zugeschnittenen Werbestrategie zu ergreifen. Diesbezüglich

¹⁶ Die Problematik einer nicht existierenden europäisch-öffentlichen Meinung kann auch noch viel weiter aufgefasst werden, indem überhaupt das Bestehen einer europäischen Öffentlichkeit in Frage gestellt wird. Denn generell ist der Mangel an transnationaler Legitimität europäischer Institutionen der Europäischen Kommission schon lange bewusst. In ihren Bestreben den Übergang von einer als technokratisch aufgefassten EU hinzu einem Europa der Völker – was sich laut dem De Clercq-Report auch in der Kommunikationsstrategie widerspiegelt – wird seit geraumer Zeit der Versuch unternommen, eine "europäische Öffentlichkeit" nicht nur zu erreichen, sondern erst einmal überhaupt zu erschaffen. Abseits direkter EU Politiker und Beamter besteht eine solche europäische Öffentlichkeit allerdings nicht - weder als politische, kulturelle oder mediale Einheit (Shore 2000: 19f.).

wird auch mit einem neuen, bisher noch nie aufgetretenen Europabild gespielt. Mit der mehrfachen Andeutung auf die „nährende“ und „ihre Kinder“ gewissenhaft umsorgende „Mutter Europa“, wird ein teilweise überzogenes allegorisches Europabild geschaffen, welches stark an zentrum-orientierte Perspektiven erinnert.

Erreicht werden soll eine einheitlich gestaltete Kommunikations- und Informationsstrategie, welche sich durch Organisation und Koordination, klar formulierte, den Bürger in seinen alltäglichen Belangen direkt ansprechende, emotional stimulierende Nachrichten, professionelles Personal, Kontaktmanagement mit diversen Medien sowie den notwendigen finanziellen und materiellen Ressourcen auszeichnet. Ein weiteres wichtiges Element ist die Orientierung an spezifischen Zielgruppen, wie beispielsweise Frauen oder Jugendliche¹⁷, aber auch interessensgleiche Gruppen wie Kultur- oder Sportvereine: „Adressing the right audiences in the right way: with feeling and respect“ (De Clercq 1993: 10), mit dem Ziel, einen Anstoß zum Umdenken zu geben - „persuasion and conviction“ (ibid.: 10) -, welches in letzter Instanz zum Erkennen einer geteilten europäischen Identität führt.

Es handelt sich somit um gezieltes politisches Kalkül, wobei das Gemeinschaftsprojekt als Webeprodukt in Szene gesetzt und an den Mann gebracht werden soll. Um den werbefachmännischen Aspekt wird dabei kein Hehl gemacht. Kritiker mögen in einem solchen Ansatz vielleicht auch eindeutige Hinweise auf zentrale Propaganda sehen.

Was eine kulturpolitische Komponente betrifft, so kann die kulturelle Dimension zwar an mehreren Stellen des Berichts zwischen den Zeilen herausinterpretiert werden – wie beispielsweise den eben erwähnten Zielgruppen. Sie umfasst aber auch einen eigenständigen kurz angesprochenen Aktionsbereich, „The cultural dimension“. Auch hier geht es im Grunde genommen um Werbung und Überredungskunst. Die akademischen und kulturellen Gemeinschaften sollen davon überzeugt werden, dass die EK eben nicht bloß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, technokratischen Vertragsjargon und Harmonisierung auf kultureller Ebene steht, sondern viel eher die Beschützerrolle der europäischen Zivilisation einnimmt (De Clercq 1993: 26f.).

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, muss die Kommunikationsstrategie der Union bereits bei den kleinsten Mitbürgern, sprich in den Schulen ansetzen. Es muss eine europäische

¹⁷ Hier kommt das in der interkulturellen Kommunikation grundlegende Prinzip der spezifischen Gemeinsamkeiten zu tragen. Es wird angenommen, dass beispielsweise Jugendliche unterschiedlicher Herkunft untereinander mehr Gemeinsamkeiten aufweisen, als Jugendliche und ältere Generationen desselben Landes. Dasselbe gilt für Berufsgruppen, wonach ein österreichischer Bauer und ein rumänischer Bauer einander vielleicht besser verstehen – im Sinne von Einfühlungsvermögen und Verständnis – als vielleicht ein österreichischer Bauer und ein Österreichischer Polizist.

Dimension in den Unterricht gebracht werden, ohne dabei die Geschichte zu verfälschen - wie explizit betont wird. Des Weiteren werden die Schaffung von „Europäischen Häusern“ (vgl. Haus der Europäischen Union in Wien), die Einführung europäischer Themenwochen sowie die Bewerbung der EU auf den unterschiedlichsten Ebenen und in den verschiedensten Kontexten – Sport, Freizeit, Kultur, Universitäten etc. – angeraten.

Kulturelle Veranstaltungen sollen ebenfalls in der Verbesserung der EU-Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik zum Einsatz kommen, u.a. mit dem Ziel, die Vielfalt und den Reichtum europäischer Kultur zu demonstrieren und dem europäischen Motto „In uno plures“ Ausdruck zu verleihen. Dieser allgemein anerkannte und allumfassende Leitgedanke soll nicht allein stehen, sondern wird von einem aussagekräftigen Werbeslogan „Together for progress and prosperity!“ begleitet. Es geht also um „Togetherness“, sprich Zusammengehörigkeit, welche sich im Mosaik europäischer Kulturen, zusammengehalten durch den Kitt geteilter Werte, ausdrückt. „We are Europeans, and we are proud of it“ (De Clercq 1993: 33). Wir müssen lediglich unsere wahre, europäische Identität erkennen und anzunehmen lernen.

Der De Clercq Bericht ist ein ausdrucksstarker, gewählt motivierend und inspirierend verfasster Text, welcher in manchen Teilen einer Hochschrift auf Europa gleichkommt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind direkt aus einem werbestrategischen Katalog entnommen, konkret formuliert und spezifisch anwendbar. Der Report ist eine Anleitung zur Entwicklung einer EU-Werbekampagne, welche sich an den Bedürfnissen des jeweiligen Zielpublikums orientiert. Es gilt, maßgeschneiderte Lösungen zu entwickeln, um das Gemeinschaftsprojekt EU den Bürgern wieder näher zu bringen. Mit einer derartigen Spezifität in der Ausformulierung von konkreten Maßnahmen und deren Zielbestimmungen, ist der De Clercq Bericht ein Novum in Sachen EU-Kulturpolitik.

Doch nicht alle, v.a. außenstehende, Akteure sahen die harte und durchaus offensive werbetechnische Offenheit des Reports in einem positiven Licht. Auf einer Pressekonferenz stürmten Journalisten empört aus dem Saal, als sie selbst von De Clercq zur zu beeinflussenden Zielgruppe erklärt wurden (Shore 2000: 56). Nicht nur Journalisten, sondern auch TV-Programm Direktoren oder Verleger sollten einer Überzeugungskampagne unterzogen werden. Denn nur wenn die verantwortlichen Akteure auch hinter dem gemeinsamen Projekt stehen, können sie es auch positiv an die breite Masse weiterverkaufen. Außerdem sollen die Medien generell einen wohlthuenden und kritikfreien Tenor verbreiten: „[T]he media must be persuaded to present the achievements, the benefits, the opportunities in a positive, optimistic way, and not delight in criticism and

failure.” (De Clercq 1993: 12). Jeder kann sich ausmalen was passieren würde, würde ein ähnliches Schriftstück heute der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Die Schlagzeilen würden von Frechheit, über Skandal, bis hin zu Korruption reichen.

Im Allgemeinen ist der Inhalt des De Claecq Reports eindeutig als (über-)kommerzialisiert und konsequent beeinflussungsstrategisch zu bezeichnen. Seine kulturpolitische Bedeutung hängt nun von der jeweiligen Auffassung von Kultur als Politikfeld ab. Werden die einzelnen Aktionsbereiche wie Kommunikation und Information in das kulturelle Feld miteinbezogen, so kann die allgemeine Aussage getroffen werden, dass es sich um eine eindeutige Instrumentalisierungsstrategie von Kultur, mit dem Ziel der Konsensschaffung, handelt. Nachdem die EU generell zu einem weit gefassten, nicht konkret bestimmten und somit offenen Kulturbegriff neigt, erscheint mir diese Schlussfolgerung als gerechtfertigt.

4.3.7. ZUSAMMENFASSUNG

Spiegeln sich die eingangs beschriebenen Entwicklungen europäischer Kulturpolitiken in den gesichteten Dokumenten wieder?

Eine allgemeine gesellschaftliche Aufbruchsstimmung zu Beginn der 70er Jahre machte es zur politischen Notwendigkeit, sich mit dem öffentlich erkannten Defizit an europäischer Identität auseinanderzusetzen. Den verantwortlichen Akteuren wurde damals bewusst, dass eine engere Zusammenarbeit, auch als notwendige Antwort auf weltpolitische Ereignisse, über bloße ökonomische Gemeininteressen hinausgehen muss, um ein erfolgreiches und v.a. auch legitimes Agieren zu sichern. Mit dem „Dokument über die Europäische Identität“ wurde der Grundstein für den Übergang von einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft in eine Kultur- und Wertegemeinschaft gelegt. Im Tindemans-Bericht werden diese Grundgedanken aufgegriffen und weitergesponnen. Es geht um die Schaffung eines europäischen Bürgerbewusstseins, welches sowohl als eine Bedingung für, als auch ein Zeichen von europäischer Identität betrachtet werden kann (Schwencke 2004: 20f.). Ebenso findet sich die konkrete Aufforderung zur Förderung von Demokratie unter der Zielsetzung eines „Europa der Bürger“, u.a. mittels direkten Eingriffs in das Kulturgschehen, wieder. Der Geist dieser Zeit wird wohl am besten mit Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen!“ beschrieben. Dieses Diktum findet sich auch in einer Öffnung der Kulturpolitik für unkonventionelle, moderne und originelle Ideen – beispielsweise im Rahmen von Stadtentwicklung und sozialen Bewegungen.

Eine zunehmende Ökonomisierung gesellschaftspolitischer Bereiche im Laufe der 80er Jahre kann v.a. im Adonnino-Report erkannt werden. Hierin wird eine strategische Nutzung

von Kultur zur Schaffung und Förderung einer international wettbewerbsfähigen Industrie deutlich gemacht. Diese Kommodifizierung von Kultur ist ein langsamer, parallel zu Entwicklung des globalen Marktes voranschreitender Prozess. Das politische Interesse in kulturellen Belangen verschiebt sich von einer Art erzieherischem Bildungs- und Demokratisierungsauftrag, hinzu wirtschaftlicher Rentabilität. Kunst und Kultur wird ein kalkulierbarer Nutzen zugeschrieben, welcher anhand der Anzahl an nächtigenden Touristen, geschaffenen Arbeitsplätzen oder public-private partnerships gemessen werden kann. Es dominieren Begriffen wie Kulturmanagement, Sponsoring, Planung und Finanzierung die sogenannten Kulturindustrien. Was zählt ist v.a. der wirtschaftliche lohnende Unterhaltungswert.

Dieser Trend setzt sich in den 90er Jahren fort. Allerdings änderten sich die technologischen und gesellschaftlichen Umstände rasanter denn je. Die Entwicklung des World Wide Web, Computer für Privatanwender, Mobilfunktechnologie, oder auch der gentechnische Durchbruch mit Dolly. Der globale Fortschritt scheint unaufhaltsam, die Kommunikation ungebrochen und die Einbindung in globale Märkte sich stets zu verdichten. Eine zunehmende Transnationalisierung von Kultur (Export und Import, Kunst- und Medienkonsum etc.), gekoppelt an steigende internationale Migration, stellen Herausforderungen für Identifikationsprozesse dar. Auf nationaler Ebene führen die Entwicklungen verstärkter Globalisierungsprozesse zu Interversion – einige mögen auch das Ende des Kalten Krieges und das daraus entstandene Fehlen eindeutiger Zuschreibungen als maßgebend für eine Art „identitäres Loch“ betrachten. Die Orientierung am Nationalen und Traditionellen scheint wieder an Aufschwung zu gewinnen. Die mit Maastricht neu geschaffenen Rahmenbedingungen schienen eine generelle Skepsis am Europäischen Projekt nur noch zu verstärken. Hier könnte natürlich auch klassisch argumentiert werden, indem die viel zitierte Angst vor dem Fremden und das damit einhergehende Konzept „back to the roots“ wieder in den Mittelpunkt gestellt wird. Was in dieser Hinsicht für die Entwicklung der EU von großer Bedeutung ist, ist das Erkennen des Bürgers als einerseits handlungsfähiges Subjekt – ein erfolgreiches Projekt Europa bedarf der Zustimmung seiner Bürger (v.a. Meinungsmacher, Geschäftsleute, Politiker etc.) -, andererseits aber auch als zu manipulierendes Objekt. Diese Neuerung in der EU-Öffentlichkeits- und Kulturpolitik geht aus dem De Clercq Bericht zweifelsfrei hervor.

Zusammenfassend ist davon auszugehen, dass jede Entwicklung, jeder Wandel und jede Neuerung sich bislang auf Dauer gehalten hat. Es handelt sich nicht um kurzfristige oder

lediglich über eine Dekade aktuelle Phänomene, sondern um konkrete Weiterentwicklungen des kulturpolitischen Sektors.

Von ebenso wirkungsvoller Dauer waren auch die Entwicklungsprozesse im Osten und Südosten Europas – sowohl auf kulturpolitischer als auch auf allgemein- und wirtschaftspolitischer Ebene. Auch wenn die Ausgangslage der südosteuropäischen Staaten eine vollkommen andere war, so wurden - bis zu einem gewissen Grad - doch dieselben Fragen gestellt. Im Transformationsprozess ging es ebenfalls um Identität, Zugehörigkeit und die zukünftige Orientierung. Sollte ein gemeinsamer Weg bestritten werden oder sollten doch eher individuelle Lösungen vorgezogen werden? Entsprach eine Orientierung am Westen automatischer ein Absage an Ideologien des Ostens und umgekehrt? Wohin sollte die Reise gehen? Für viele Länder lautete die Antwort auf letztgenannte Frage bald EU-Vollmitgliedschaft und über das Bereitsein – auf politischer, ökonomischer und auch sozialer Ebene - diverser europäischer Staaten, aber auch der EU selber, diesen Schritt zu wagen, wird heute noch heftig diskutiert.

Klar ist in dieser Hinsicht eines, Kultur und kulturpolitische Maßnahmen hatten und haben eine tragende Rolle in dem Stück das da heißt „Europäischer Integrationsprozess“: „[T]he sharing of common cultural values is not only the present basis of the larger European integration process but also a lasting underlying link which managed to survive the communist era of division and which has now made it possible for Europe's eastern part to rejoin its western counterpart.“ (Vrbetić 1994)

5. KULTURPOLITIK II

„One of the basic tenets in the theory and practice of the communist system and its wielding power was the superiority of the state.“ (Kovács Géza 2013: 41) Dieser allumfassende Machtanspruch kommunistischer/sozialistischer Systeme galt dem kulturellen Sektor im speziellen Maße. Im Gegenzug für die finanzielle Absicherung von staatlicher Seite, wurde von den unterschiedlichen Kulturakteuren nicht nur ein Mindestmaß an Qualität erwartet, sondern v.a. auch Loyalität eingefordert. Der hohe Grad an Freiheit, nämlich auch im Sinne der freien Meinungsäußerung – beispielsweise über das Herkunftsregime in der Fremde - wie es der Begründer des Institute of Cultural Diplomacy (ICD) Mark Donfried in seiner Abschlussarbeit zu US-amerikanischen Strategien außenpolitischer Kommunikation

(Cultural Diplomacy) - „La diplomatie du jazz“ - beschreibt, galt unter sowjetischen Verhältnissen als unvorstellbar¹⁸.

Der kulturpolitische Bereich genoss somit unter kommunistischer Führung eine besondere Stellung. Kunst und Kultur wurden als „key ideological and propaganda instruments“ (Romanian Academic Society und ECUMEST Association 2005: 5) zu Werkzeugen der herrschenden Gruppen. Die kommunistischen Regime konnten allesamt auf eine gut durchdachte Kulturagenda zurückgreifen, welche auch den kreativen und künstlerischen Communities ein ungewöhnlich hohes Maß an Legitimität zugestand. Oftmals belegten Museumsleiter, Theaterdirektoren und „engagierte“ Künstler auch hohe Ämter innerhalb der kommunistischen Parteikader. Die heute zum Schlagwort der Linken gewordene Political Correctness hat wohl in diesem Ideal des ideologisch korrekten Verhaltens ihren Vorgänger gefunden.

Alle größeren kulturellen Einrichtungen, ob Theater, Museum oder Konzerthaus, waren staatliche Institutionen, welche dank der staatlichen Subventionen ihre Ticketpreise für die Allgemeinheit niedrig halten konnten - Brot und Spiele für alle! Anfang der 80er Jahre endete jedoch diese Phase öffentlicher Hyperfinanzierung. Die wirtschaftlichen Eskapaden der kommunistischen Regierungen hielten den realökonomischen Gegebenheiten nicht stand. Im Zeitalter der voranschreitenden Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche im Zuge der Erfolgsstory Kapitalismus, mussten sich auch Kunst und Kultur der harten Realität stellen. Die Einsicht der notwendigen wirtschaftlich-finanziellen Eigenständigkeit kultureller Tätigkeiten wirkte dabei über die Grenzen des europäischen Westens hinaus.

Der mit „Glasnost und Perestroika“ bekundete Reformwille Gorbatschows hatte auch Auswirkungen auf die heterogenen kulturpolitischen Systeme der Ostblockstaaten. So manche kommunistische Regierung – da v.a. Polen, Bulgarien, Albanien Rumänien - hatte mit der Umgestaltung der polit-ökonomischen Ordnung ihre Probleme und hielt so weit als möglich an Altbewährtem fest. Da nun keine Gelder mehr für alle und jedermann zur Verfügung standen, wurden lediglich die sich als politisch absolut notwendig verkaufenden Akteure finanziert. Es war dies eine Zeit der versteckten Botschaften und künstlerisch verarbeiteter politischen Systemkritik. (Romanian Academic Society und ECUMEST Association 2005: 6f.)

¹⁸ Sämtliche erwähnte Informationen bezüglich Cultural Diplomacy stammen, sofern im Text nicht anders ausgewiesen, von meiner Teilnahme am „International Symposium on Cultural Diplomacy in the EU“ im Juli 2013. Das Thema Cultural Diplomacy wird in *Kapitel 6* aufgegriffen.

Die Systemmodernisierungsmaßnahmen in Ungarn, der Tschechoslowakei oder auch Jugoslawien, schritten derweilen wesentlich leichter voran und es kam relativ rasch zur Herausbildung eines heterogen gestalteten kulturellen Bereichs, welcher sich durch eine Mischung von kleineren nicht-staatlichen Kultureinrichtungen und öffentlichen Institutionen auszeichnete. (ibid.)

5.1. EITHER YOU ARE IN OR YOU ARE IN

„[T]he reconstruction of cultural identities of post-communist societies has to be identified in the rhythm of artistic resurrection.“ (Dragičević Šešić und Suteu 2005: 87)

Der ehemalige Generaldirektor des Direktorats für Kultur und kulturelles Erbe des Europarates, Raymond Weber, identifizierte vier aufeinanderfolgende Phasen in Hinblick auf kulturelle Kooperation im Europa der Nachkriegszeit: „[R]econciliation, reciprocal recognition, creation of a common discourse, imagining common solutions, awareness, awaking of multicultural challenges.“ (Weber Raymond 2000 zit. n. Dragičević Šešić und Suteu 2005: 87)

Während der Westen all diese Etappen über Jahrzehnte hinweg, Schritt für Schritt, in Angriff nehmen konnte, wurde (wird) - nach Changs theoretischen Vorbild aus „Kicking Away the Ladder“¹⁹ - von den Nachbarn im Osten erwartet, denselben Weg in kürzester Zeit zurückzulegen. Dabei sind weder die historischen noch die politischen oder gar sozio-ökonomischen Bedingungen der „beiden Europas“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vergleichbar. Und so kommt es, dass sich Außenstehende, in diesem Fall allen voran die politischen Führungen Westeuropas, in die Pflicht genommen sahen, dem fehlgeleiteten und lahmen Nachbarn unter die Arme zu greifen. Sämtliche Rekonziliationsbestrebungen, ein Aufeinander zugehen, sich Zuhören und Verstehen, wurden von außen initiiert, in einer top-down Manier, sowohl hinsichtlich elitär gesteuerter Strukturentscheidungen als auch in Hinblick auf ein paternalistisches Verhalten westeuropäischer Staaten. Letzteres ließ den Grundtenor eines „pro-Europa“ zur *conditio sine qua non* in den politisch motivierten Förderstrukturen des Ostens aufsteigen.

Die Wende 1989 brachte etliche große Herausforderungen für die kommunistisch geprägten Staaten Osteuropas mit sich. Es war von vornherein klar, dass ein kompletter Systemwandel sich nicht von heute auf morgen arrangieren ließe. Diese umfassende politische und ökonomische Neuausrichtung hatte natürlich auch Auswirkungen auf öffentlich-gesellschaftliche Bereiche, so eben auch auf den kulturellen Sektor. Dragičević Šešić und

¹⁹ Chang, Ha-Joon (2002): Kicking away the ladder. Development strategy in historical perspective. London: Anthem.

Suteu identifizieren diesbezüglich zwei, teils in einer diametralen Beziehung zu einander stehende identitätspolitische Postulate, welche sich auf die kulturelle Zusammenarbeit der Region auswirkten. Einerseits erfuhren alte Identitätsmuster, welche traditioneller Weise über das Prinzip des Ausschlusses andersartiger charakterisiert werden, einen Aufschwung. Auf der anderen Seite aber, wurde es als taktisch klüger erachtet, selbst in Hinsicht auf bilaterale historische Beziehungen von einstigen Bündnissen untereinander abzulenken und den Blick auf frühere gute Verbindungen zu Westeuropa zu fokussieren - die Autorinnen erwähnen hier auch die Bedeutung dieser Perspektive in der Schulbildung und innerhalb des Kulturmanagements (Festivals, Ausstellungen, Konzerte etc.). Balkan-regionale Kooperationsprojekte wurden demnach gegenüber überregionalen Unternehmungen mit westlichen Staaten hintenangestellt. Es galt nämlich zweitens, sich in der globalen Welt künstlerischer Produktion zu behaupten und die Kontakte zu artistischen Zentren wie New York oder London priorisiert zu behandeln. (Dragičević Šešić und Suteu 2005: 88f.)

Diese Umstände könnten auch als Spannungsverhältnis zwischen dem Verlangen nach (der Wiederentdeckung) einer nationalen Identität und der Notwendigkeit einer allumfassenden Öffnung auf globaler Ebene aufgefasst werden. Was sich hier abspielte kommt einer fast ausschließlichen Orientierung am Westen gleich. Dies war zum einen einer politischen Notwendigkeit geschuldet, insofern es für die ehemals kommunistischen Staaten galt, sich auf internationaler Ebene zu (re-)positionieren. Für manche Staaten war diese Art der Umorientierung aber auch eine Antwort auf sozio-kulturelle Fragen. Dies galt v.a. für bislang eher isolierte Länder, wie beispielsweise Rumänien. Bilaterale Abkommen und Kooperationsverträge mit kommunistischen Nachbarstaaten aus den 60er und 70er Jahren waren veraltet und den Bedürfnissen der jüngsten Künstlergeneration, welche sich in ihrer Arbeit sowieso bereits bevorzugt mit Frankreich, England oder Deutschland zusammentat, nicht mehr angemessen. Gemeinsame Projekte mit dem deutschen Goethe Institut oder der British Council sollten dazu beitragen, dieses „kulturelle Aufholmanöver“ erfolgreich in Angriff zu nehmen. (ibid.)

5.2. EU-ÖSTERWEITERUNG: STRATEGIEN UND INSTRUMENTE

Die mit der Wende 89 verbundenen Herausforderungen des Systemtransformationsprozesses stellten sich nicht so einfach dar, wie zur damaligen Zeit zunächst angenommen wurde. Die heterogenen Entwicklungen in den einzelnen Ländern waren von einer außerordentlichen Komplexität sowie von einem hohen politischen, wie auch sozialen und ökonomischen Schwierigkeitsgrad geprägt. Wie Hösch unzweifelhaft zu verstehen gibt, wurden die politischen Umbrüche auf dem Balkan nicht durch das eigene

Volk bzw. die jeweiligen Völker in einer Art revolutionärem Aufbruch herbeigeführt, sondern diese wurden vielmehr von „außen“ angestoßen. Somit ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass die öffentliche Meinung, welche sich auch im Wahlverhalten der betroffenen Bevölkerung niederschlug, keineswegs einer eindeutigen universellen Absage kommunistischer Politiken glich. Des Weiteren – und dieser Punkt ist für die Realpolitiken auf beiden Seiten (EU und osteuropäische Regierungen) von enormer Bedeutung – fehlten am Balkan die zur „Umstellung auf die neuen marktwirtschaftlichen Gegebenheiten einer pluralistischen Gesellschaft [...] notwendigen mentalen Voraussetzungen und die praktischen Erfahrungen.“ (Hösch 2002: 278; 268ff.)

Die Europäische Gemeinschaft stand den Transformationsprozessen der ehemaligen Ostblockstaaten mit großem Interesse gegenüber. Es wurde eine immense wirtschaftliche Chance gewittert, deren erfolgreiche Ergreifung u.a. einen begünstigenden Effekt auf die Position Europas – welches nun drauf und dran war sich zu vergrößern – im globalen, politischen sowie ökonomischen Kontext haben sollte. Alsdann wurden diverse Bestrebungen unternommen, die diplomatischen und auch wirtschaftlichen Beziehungen zum europäischen (Süd-)Osten, unter dem Banner einer „europäischen Wiedervereinigung“ hochleben zu lassen.

Die von der EU verfolgte Politik hinsichtlich einer Heranführungsstrategie der osteuropäischen Nachbarstaaten an die Union, schlug sich zum einen in der aus dem EU-Ratstreffen 1994 in Essen hervorgegangenen pre-accession strategy für die assoziierten zentral- und osteuropäischen Staaten nieder. Diese Strategie „ist auf die Bedürfnisse der Länder zugeschnitten, mit denen Europa-Abkommen abgeschlossen wurden, und wird auf andere Länder angewendet werden, mit denen in Zukunft derartige Abkommen abgeschlossen werden.“ (ER 1994: Anhang IV) Wesentliche Bestandteile der pre-accession strategy waren u.a. die Umsetzung der Europa-Abkommen, die Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten an Gemeinschaftsprogrammen, -projekten und Ausschüssen, eine enge Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstitutionen sowie die Förderung eines „strukturellen politischen Dialogs“. (European Commission 2001: 10)

Ein wesentliches Element der pre-accession strategy war das PHARE-Programm. Dieses wurde nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Regimes 1989 als Unterstützungsprogramm zum besseren Management des wirtschaftlichen Umbruchs in Polen und Ungarn ins Leben gerufen. In den folgenden Jahren wurde es auf weitere mittel- und osteuropäische Staaten und schlussendlich auch auf Staaten des westlichen Balkan ausgedehnt. Zu den Prioritäten von PHARE gehörte es, die Beitrittskandidaten an die EU

heranzuführen, indem deren Verwaltungs- und Institutionensystem gestärkt und finanzielle Unterstützung geleistet wurde (Abbau staatlicher Kontrolle bei gleichzeitiger Stärkung des privaten Sektors; marktwirtschaftliche Orientierung). Mit einem Budget von rund 1,5 Mrd. Euro pro Jahr, war PHARE das wichtigste Finanzinstrument der EU-Heranzführungsstrategie. (EU 2007)

Für die Länder des westlichen Balkan, wurde 1999 der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, kurz SAP, ins Leben gerufen. Wesentliche Ziele des SAP sind u.a. die Friedenssicherung sowie die Sicherung von Demokratie und politischer Stabilität, Wirtschaftswachstum und Entwicklung in den unterstützten Regionen. Generell werden hier die Anforderungen und Weisungen an die einbezogenen Staaten festgesetzt, welche zu einer ökonomischen sowie politisch gesellschaftlichen Stabilisierung beitragen sollten – im Sinne der 1993 veranschlagten Kopenhagen-Kriterien – mit dem Ziel der Ausweitung der europäischen Freihandelszone. Der SAP funktioniert als Langzeitprozess, dessen Instrumentarium von bilateralen Stabilisation and Association Agreements (SAA), über wirtschaftliche Kooperationsprogramme, bis hin zu finanzieller Unterstützung in Form von Pre-Association Assistance reicht. (European Commission 2001: 15; EU 2010b)

Im Jahr 2000 wurde ein weiteres Kooperationsprogramm geschaffen. Das CARDS-Programm (Community for Assistance, Reconstruction, Development and Stabilisation) wurde im Speziellen für die südosteuropäischen Staaten zusammengestellt (Albanien, Bosnien-Herzegowina, teilweise auch Kroatien). Dieses Programm diene v.a. allem dem Zweck, die einzelnen Länder in den SAP einzubinden. Es ging dabei u.a. um Flüchtlingskoordination und Wiederaufbaumaßnahmen, nachhaltige Marktwirtschaft, Armutsbekämpfung und Demokratisierung. (ibid.)

Das Vorgehen der EU im Heranzführungsprozess, v.a. auch auf wirtschaftlicher Ebene, kam – und kommt heute noch - dabei keineswegs einer „vollständigen Öffnung“ gen Osten gleich. Vielmehr wurde einerseits eine Politik der Abschottung betrieben um den heimischen, sprich den EU-europäischen Markt, zu schützen, während andererseits eine hohe Exportquote von West nach Ost erreicht werden sollte – Stichwort EU-Export-Subventionierung sowie Importbeschränkungen und Verschärfung der wirtschaftlichen Situation lokaler Produzenten im Osten (Hofbauer 2007: 68). Derartige Vorgehensweisen wurden von der EU mittels sogenannter Assoziierungsabkommen, oder auch Europa-Abkommen, justiziell festgeschrieben. Die beteiligten Länder verpflichteten sich somit, den für sie vorgezeichneten Weg politisch-ökonomischer Reformen zu bestreiten, während die

EU ihre technisch-finanzielle Unterstützung zusicherte. Auf Seiten der Balkanstaaten, waren mit der Aussicht auf eine zukünftige Mitgliedschaft hohe Erwartungen auf wirtschaftlicher und auch gesellschaftlicher Ebene verbunden, welche ihre Akzeptanz gegenüber den an sie gestellten Bedingungen scheinbar deutlich erhöhten. Vor allem im agrarwirtschaftlichen Sektor, wurden im Rahmen der Europa-Abkommen Bedingungen mit negativen Auswirkungen auf den heimischen Markt zugestimmt, welche teilweise sogar dem Reglement des GATT entgegensprachen (Hofbauer 2007: 69). Für Europa hat sich der Deal sehr wohl gelohnt, vor allem in Hinblick auf seine nunmehr breitere und gefestigtere Stellung im globalen Kontext, v.a. aber gegenüber den USA.

5.2.1. EUROPAABKOMMEN – KULTURELLE KOMPONENTE

Die bereits erwähnte Europaabkommen (auch Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen) waren ein speziell an die Bedürfnisse der mittel- und osteuropäischen Staaten ausgerichtetes EU-Heranzuführungsinstrument. Europaabkommen wurden mit Ungarn, Polen, Bulgarien, Tschechien, Rumänien und Slowenien sowie den baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen und mit der Slowakei geschlossen. Mit Malta, Zypern und der Türkei wurden keine Europaabkommen im engeren Sinn geschlossen, da in diesen Ankommen eine Vollmitgliedschaft nicht explizit in Aussicht gestellt wird - es wurden lediglich generelle Assoziationsabkommen ausgehandelt.

Alle genannten Staaten, in welchen ein mit der EU geschlossenes Europaabkommen in Kraft getreten ist, sind mittlerweile vollständige Mitglieder der Union geworden, zuletzt Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007. Die Europaabkommen wurden relativ rasch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs konzipiert und die ersten Abkommen wurden bereits 1991 mit Ungarn und Polen geschlossen (European Commission 2001: 6). Die Europaabkommen umfassten neben wirtschaftlichen Belangen auch die Förderung des politischen Dialogs, das Vorantreiben des rechtlich-legalen Assimilationsprozesses sowie diverse andere Kooperationsbereiche. Zu diesen zählt auch die kulturelle Zusammenarbeit. In den Abkommen mit Bulgarien und Rumänien 1993 - welche exemplarisch gesichtet wurden -, wird der Wunsch nach einer engen kulturellen Zusammenarbeit, im Zusammenhang mit einem regen Informationsaustausch, bereits in der Einleitung des Textes betont. Neben der Erwähnung des kulturellen Erbes oder von Kulturgütern in Verbindung mit Einfuhr-/Ausfuhrbestimmungen und Ausnahmeregelungen (Stichwort Freihandelszone Binnenmarkt), findet sich auch ein eigenständiger der „Kulturellen Zusammenarbeit“ gewidmeter Textteil (jeweils TITEL VII).

„Unter Berücksichtigung der Feierlichen Erklärung zur Europäischen Union wird die kulturelle Zusammenarbeit gefördert, begünstigt und erleichtert. Soweit angebracht, werden die von der Gemeinschaft oder von einem oder mehreren Mitgliedstaaten durchgeführten Programme für kulturelle Zusammenarbeit auf Rumänien ausgedehnt und zusätzliche Aktivitäten von gemeinsamem Interesse entwickelt.“ (EA Rumänien: Art.99 Abs.1)

In Artikel 99 des Europaabkommens mit Rumänien und Artikel 98 des Europaabkommens mit Bulgarien werden Kooperationen in diversen kulturellen Bereichen vorgeschlagen. Zum einen betrifft dies literarische Übersetzungen und audiovisuelle Medien, wobei bezüglich letzterer eine Beteiligung von Seiten bisheriger Drittstaaten an beispielsweise den MEDIA-Programmen²⁰ vorgesehen wird. Zum anderen werden auch Bestrebungen zur engeren Zusammenarbeit in Belangen des Kunstgüter- und Künftler austausches (Mobilitätsprogramme) angeführt. Außerdem soll die Kooperation auf Ebene der Ausbildung von Kulturschaffenden und allgemein im Kulturbereich Tätigen gefördert werden. Wie erwartet, wird auch in den Europaabkommen mit Bulgarien und Rumänien die Erhaltung des „kulturellen Erbes“ angesprochen, in Verbindung mit architektonischen Kulturgütern und Denkmalschutz. Ein v.a. für die weitere Entwicklung der europäischen Kulturförderung interessanter Punkt ist jener betreffend Kulturveranstaltungen. Diese müssen laut Titel VII der Europa-Abkommen einen eindeutigen Europabezug aufweisen. Im Wortlaut des Textes werden „europabezogene Kulturveranstaltungen“ angeführt. Nähere Erläuterungen wie ein solcher Europabezug auszusehen hat, oder welche Arten von Kulturveranstaltungen gemeint sind, finden sich allerdings nicht. In Anbetracht der Tatsache, dass es sich bei den Europaabkommen im Grunde genommen um Abkommen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa handelt, ist es aber doch erstaunlich, dass sich überhaupt eine eigenständige Kulturklausel inmitten von Vorschlägen zum freien Warenverkehr, der Landwirtschaft und Fischerei oder des Kapitalverkehrs findet.

In ihrem Artikel zu „The Cultural Dimension of the New West-East Relations in Europe“ (1994), geht die an der Gallaudet University (Washington D.C.) Lehrende Marta Vrbetić eben dieser Frage nach, warum kulturelle Zusammenarbeit in einem Abkommen aufgenommen wird, dessen primäres Ziel die Schaffung einer Freihandelszone ist. Zu diesem Zweck vergleicht die gebürtige Slowakin die Europaabkommen (exemplarisch wird in ihrem

²⁰ MEDIA ist die Bezeichnung des EU-Programms zur Förderung und Unterstützung der audiovisuellen Industrien. Das aktuelle Programm MEDIA 2007-2013, wurde mit einem Budget von 755 Mio. Euro ausgestattet. Als Ziele wird zum einen die Stärkung des europäischen audiovisuellen Sektors, unter besonderer Berücksichtigung einer europäischen kulturellen Identität sowie des europäischen Kulturerbes definiert. Des Weiteren soll die Verbreitung audiovisueller Werke innerhalb und außerhalb Europas angeregt werden. Außerdem wird eine Erleichterung des Zugangs zu finanzieller Unterstützung und digitaler Technologie angestrebt, um den audiovisuellen Sektor Europas im globalen Kontext zu stärken. Für weitere Informationen siehe: http://ec.europa.eu/culture/media/index_en.htm.

Artikel das Ungarn-Abkommen herangezogen) bzw. die generelle Assoziierungsstrategie der EU für die mittel- und osteuropäischen Staaten, mit Policy-Vereinbarungen und Partnerschaftsstrategien mit anderen Nichtmitgliedern bzw. außereuropäischen Regionen – AKP-Staaten, Mittler Osten, Mittelmeerraum²¹. Vrbetić bemerkt dabei zum einen, dass kulturelle Kooperation einen weit verbreiteten Bestandteil der allgemeinen EU-Außenpolitik darstellt und zur Förderung der EU-strategischen Ziele eingesetzt wird. Zum anderen aber, differiert dieser Einsatz je nach Region in Ausmaß und Form, in Abhängigkeit von den unterschiedlichen auf die jeweiligen Gebiete bezogenen Zielsetzungen. (Vrbetić 1994)

Beispielsweise beinhaltet das mit den AKP-Staaten ausgehandelte Cotonou-Abkommen, dessen höchstes Ziel der Armutsbekämpfung gilt, einen eigenständigen Artikel zur „kulturellen Entwicklung“. Hierin wird der Bedeutung der kulturellen Dimension innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit Ausdruck verliehen. Es gilt die kulturelle Identität anzuerkennen und zu fördern sowie den interkulturellen Dialog zu stärken. Ebenfalls sollen Maßnahmen zum Schutz des kulturellen Erbes ergriffen werden und im Allgemeinen eine Ausweitung des Kulturmarktes ermöglicht werden. (Cotonou-Abkommen 2000) Die Betonung kultureller Aspekte in entwicklungspolitischen Belangen wurde von Vrbetić auch schon im Zusammenhang mit der Lomé-Konvention angemerkt. Auch in dem von Vrbetić gesichteten Dokument (Lomé IV - siehe Fußnote) wird die Anerkennung lokaler kultureller Gegebenheiten und die Beachtung kultureller Beziehungen hervorgehoben.

Der Umstand, dass die Inhalte der Europaabkommen einen ausdrücklichen Europabezug von kulturellen Unternehmungen vorsehen, ist durchaus von besonderem Interesse. Denn diese Betonung eines expliziten europäischen Bezugs wiederholt sich in den von der EU zur Förderung von Kunst und Kultur beschlossenen Programmen „Kultur 2000“ und „Kultur 2007-2013“ sowie in den Vorläuferprogrammen „Kaleidoskop“ und „Raphael“ (siehe unten).

Vrbetić möchte mit ihrer Analyse nun auf die besonderen Spezifika im Verhältnis der EU zu Mittel- und Osteuropa hinweisen, indem sie die (innerhalb der EU-Außenpolitik) exklusive Rolle der Kultur in diesem Verhältnis unterstreicht. Demnach sieht sie eine Art Angleichungsprozess, einerseits der inter-europäischen Kulturpolices und andererseits der allgemeinen Policies bezüglich der Staaten Mittel- und Osteuropas, welcher dem

²¹ a) Decision of the Council and the Commission of 25 February 1991 on the conclusion of the Fourth ACP-EEC Convention, OJ L 229, 17 August 1991.

b) Future relations and cooperation between the Community and the Middle East, COM (93) 357 final, 8 September 1993.

c) Strengthening the Mediterranean Policy of the European Union: Establishing a Euro-Mediterranean Partnership, COM (94) 427 final, 19 October 1994.

übergeordneten Ziel der Zusammenführung (Groß-)Europas dient. Somit gesteht Vrbetić der Kultur eine besondere Stellung innerhalb der pre-accession strategy für die Associated Countries zu. Die außenpolitische Strategie bezüglich des Mittelmeerraums und jene hinsichtlich Osteuropas vergleichend, kommt Vrbetić zu dem Schluss, dass die Rolle kultureller Maßnahmen wohl aufgrund der in Aussicht gestellten Vollmitgliedschaft der Associated Countries in deren pre-accession strategy, eine wesentlich wichtigere Rolle spielt. Immerhin gehe es hier um die Verbreitung und Förderung eines „gemeinsamen (europäischen) kulturellen Erbes“ und um die Stärkung einer die europäischen Völker vereinenden Bande. „Culture has thus become an integral part of the pre-accession strategy, aimed to progressively integrate the Associated Countries of Central and Eastern Europe into the European Union.“ (Vrbetić 1994)

In diesem Zusammenhang ist die Sonderstellung der Associated Countries Mittel- und Osteuropa hinsichtlich europäischer Kulturprogramme, also solcher Programme, welche einen expliziten Bezug zu Art. 167 nach Lissabon herstellen, auch nicht weiter verwunderlich. Viel mehr ist dies ein weiteres Indiz für die Notwendigkeit einer spezifisch kulturellen Komponente bezüglich des (süd-)osteuropäischen Integrationsprozesses.

Dieser besonderen Position des kulturellen Aspektes im EU-Integrationsprozess ist sich auch die EU selbst bewusst (geworden). Die von ihr v.a. seit Beginn der 90er Jahre erstellten und implementierten Programme zur Förderung sämtlicher kultureller Bereiche – bildende Künste, Musik, Literatur etc. -, stehen im Zeichen von Dialog, Kooperation und Gemeinsamkeit. Kultur wird als Bindeglied der europäischen Völker und Nationen erkannt, analysiert und angewandt. Dieser grenzübergreifende Charakter spiegelt sich nicht nur im Wortlaut der Programme und Projekte wieder, wo immer wieder vom gemeinsamen kulturellen Erbe sowie von einem gemeinschaftlichen europäischen Kulturraum die Rede ist, sondern v.a. auch auf strategischer Ebene der Implementation – im Sinne von Teilnahmebedingungen und allgemeinen Konditionen. Letzteres schließt auch die Voraussetzungen und spezifischen Bedingungen für die Zusammenarbeit mit und die Teilnahme von Drittstaaten mit ein.

5.3. EU-KULTURPROGRAMME – ANALYSE II

Wie bereits erörtert wurde verfügte die EU bis zum Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht über keinerlei offizielle Instrumentarien in den heterogenen Bereichen von Kultur. Mit dem Kulturartikel 128 wurde somit erst 1993 eine solide justizielle Grundlage für kulturelle Aktivitäten von Seiten der Kommission geschaffen. Der kulturelle Sektor, die

(europäische) Kultur im Allgemeinen, erfuhr hierdurch eine enorme – v.a. auch strategische – Aufwertung. Die Erhaltung des europäischen kulturellen Erbes, die Förderung des kulturellen Marktes und die Kooperation der europäischen Staaten auf kulturellem Gebiet, wurden offiziell in den „Ziel- und Wertekatalog“ der Union aufgenommen.

Auf dem Grundstein der nunmehr offiziellen Notwendigkeit der Aktivwerdung der Kommission im kulturellen Sektor, wurden zwischen 1993 und 1999 mehrere, vorerst Pilot- und später Sektorprogramme, initiiert (Europäische Kommission 2008). Als „Erste Generation“ von EU-Kulturprogrammen werden die zwischen 1996 und 2000 lancierten Programme „Kaleidoskop“ (kulturelle Kooperation und kreatives Schaffen), „Ariane“ (Buch, Lesen, Übersetzung) und „Raphael“ (kulturelles Erbe) bezeichnet. Diese wurde mit dem Programm „Kultur“ (2000) unter einem Dach vereint. Das daraus entstandene Rahmenprogramm wurde mit „Kultur“ (2007-2013) weitergeführt.

5.3.1. KALEIDOSKOP

„Kaleidoskop“ war das erste, direkt auf dem Kulturartikel aus 1993 basierende Gemeinschaftsprogramm und wurde mit dem Beschluss Nr. 719/96/EG (Programm Kaleidoskop) verabschiedet. Das Programm war so erfolgreich, dass es nach einer vorgesehenen Laufzeit von drei Jahren um ein weiteres Jahr verlängert wurde. Mit einem Mittelumfang von insgesamt 36,7 Mio. Euro, wurden zwischen 1996 und 1999 über 500 Projekte in den Bereichen der darstellenden Künste (Theater, Oper, Tanz etc.), bildenden Künste sowie visuelle Künste (Skulptur, Malerei, Architektur etc.) als auch multimedia-Projekte finanziert. Ebenfalls fanden die umfassend bekannten Unternehmungen der „Europäischen Kulturhauptstadt“ oder auch des „Europäischen Kulturmonats“ Unterstützung (Europäische Kommission 2008)

Ziel dieses für EU-kulturpolitische Verhältnisse vollkommen neuen Programms war, neben der offensichtlichen Förderung des kreativen, künstlerischen und kulturellen Schaffens in Europa, v.a. auch die Verbreitung von Kultur und die Förderung der Kenntnisse über europäischer Kultur(en) in Europa. Das Stichwort Kooperation wurde besonders groß geschrieben. Zum einen machte sie einen integrativen Bestandteil der Programmstrategie aus – Förderung „durch“ Zusammenarbeit -, zum anderen war sie für die europäische Dimension – kooperative Projekte mindestens dreier teilnehmenden Länder gelten als förderungswürdig – von enormer strategischer Bedeutung. Dieser Umstand spiegelt sich auch in den fünf Aktionsbereichen des Programms wieder: die Unterstützung von partnerschaftlich durchgeführten Kulturveranstaltungen und -projekten; Aktionen

europäischer Zusammenarbeit; Einbeziehung von Drittstaaten; Kulturhauptstadt und Kulturmonat; spezifischer Maßnahmen. Kaleidoskop war somit ausgelegt auf Partnerschaftlichkeit, Kreativität und Innovation sowie Europa und seiner (spezifischen) Kultur im Allgemeinen. (CEC 2004; Europäische Kommission 2008)

5.3.2. ARIANE

Die Testphase für dieses auf den literarischen Sektor ausgerichtete Programm begann ebenfalls 1996. Offiziell von Parlament und Rat beschlossen wurde es jedoch erst mit dem Beschluss Nr. 2085/97/EG (Programm Ariane) im Oktober 1997. Werden die während dieser Zeit abgewickelten Projekte zu jenen der regulären zwei-jährigen Laufzeit zwischen 1997 und 1999 hinzuaddiert, so wurden insgesamt 880 Projekte im Rahmen von Ariane durchgeführt. Die Mittel hierfür beliefen sich in Summe auf 11,3 Mio. Euro. Die Förderung der Kooperation der europäischen Staaten in den Bereichen Buch, Lesen und Übersetzung, stand an oberster Stelle dieses Programms. Die getroffenen Maßnahmen dienten ebenfalls der Verbreitung literarischer Werke, dem Erfahrungsaustausch und Netzwerkausbau, der Übersetzungsförderung sowie der Förderung des Engagements in themenrelevanter Forschung und Innovation.

Mit den in den Bereichen Übersetzungsarbeit, Literaturverbreitung, Weiterbildung von Fachkräften etc. abgewickelten Aktionen, sollte zur kulturellen Entwicklung der einzelnen Länder beigetragen werden, unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen regionalen kulturellen Diversität. (CEC 2004; Europäische Kommission 2008)

Auch in diesem Programm wird die Zusammenarbeit mit Drittstaaten betont und der Schwerpunkt auf kooperativ gestaltete Projekte gelegt.

5.3.3. RAPHAEL

Raphael stellt das finanzmittelstärkste Programm dieser ersten Generation von kulturspezifischen EU-Programmen dar. Mit Betonung auf die Bedeutung des Kulturerbes auf die sozio-ökonomische Entwicklung, wurde der Beschluss Nr. 2228/97/EG (Programm Raphael) im Oktober 1997 gefasst. Ausgelegt auf die Erschließung, Erhaltung und den Schutz des europäischen kulturellen Erbes, wurde es in seiner Laufzeit zwischen 1997 und 1999 mit 30 Mio. Euro ausgestattet. Finanziert wurden über 200 Projekte sowie 18 sogenannte „Europäische Laboratorien für das Kulturerbe“, welche sich den technischen Aufgaben bezüglich der Erhaltung von kulturellen Stätten und Baudenkmälern widmeten. Der allgemein als „kulturelles Erbe“ bezeichnete Aktionsbereich, umfasste u.a. Museen,

Bibliotheken oder auch Archive sowie architektonisches Erbe (auch unter Wasser) und kulturell bedeutungsvolle Landschaften. Auch hier wurde großer Wert auf eine kooperative, mehrere Länder umfassende, Vorgehensweise gelegt. Von besonderer Bedeutung war diesbezüglich der Austausch von Informationen und Erfahrungen in technischen, administrativen oder auch strategischen Belangen. Neben dem Ziel der Erhaltung und Förderung des europäischen Kulturerbes, setzt Raphael ein besonderes Augenmerk auf awareness-building und Sensibilisierung in der europäischen Bevölkerung. Dieser sollte nicht nur ein begünstigter und erleichterter Zugang zum kulturellen Erbe ermöglicht werden, sondern auch die Notwendigkeit und Bedeutung der Förderung dieses Sektors vor Augen geführt werden, indem das Verständnis und die Kenntnisse des Einzelnen ausgebaut werden sollten. (CEC 2004; Europäische Kommission 2008)

Außerdem spielte bei „Raphael“ neben der Zusammenarbeit mit Drittstaaten, hier wiederum v.a. den mittel- und osteuropäischen Ländern, eine enge Kooperation mit internationalen Organisationen, wie beispielsweise der UNESCO, eine wichtige Rolle.

5.3.4. EVALUIERUNG DER „VORLÄUFERPROGRAMME“

„Fünf Jahre später besteht die wichtigste Auswirkung der Programme darin, dass sie ermöglicht haben, Netze auf- oder auszubauen, und dass der Begriff europäisches Netz oder europäische Partnerschaft bei den Kulturakteuren positiv belegt ist.“ (CEC 2004: 10) Mit diesen ernüchternden Worten enden die Ausführungen zur Ex-post-Evaluierung der Ersten Generation von Kulturprogrammen des „Berichts über die Durchführung der Gemeinschaftsprogramme Kaleidoskop, Ariane und Raphael“. Der Bewertungsauftrag wurde 2003 an eine französische Consulting-Firma, GMV Conseil, vergeben. Es galt zu prüfen, ob und inwieweit die im EG-Vertrag und in diversen Beschlüssen festgesetzten kulturpolitischen Ziele mittels der getroffenen Fördermaßnahmen erreicht worden sind. In ihrer Arbeit stützten sich die evaluierenden Akteure auf schriftliche Unterlagen (Programmorschläge, Korrespondenzen etc.) sowie auf Interviews mit verantwortlichen Projektträgern, Mitorganisatoren oder auch nationalen Entscheidungsträgern, wie beispielsweise Behörden oder auch Kultusministerien.

Als allgemeine Ziele der EK werden im genannten Bericht zum einen kulturelle Qualität und zum anderen wirtschaftliche Relevanz erklärt. GMV Conseil kam diesbezüglich zu dem Schluss, dass die evaluierten Programme „voll und ganz“ diesem Zwecken entsprachen. Allerdings konnten Kaleidoskop, Ariane und Raphael die Erwartungen diverser Kulturakteure nur zum Teil erfüllen. Vor allem die Unterstützung von kooperativen

Projekten von europäischer Dimension (mind. 3 Länder) wurde als Supportmaßnahme zur Netzwerk- und Partnerschaftsbildung besonders gut aufgefasst²². Dieser Umstand wird auch als „zusätzlicher Nutzen auf europäischer Ebene“ nochmals hervorgehoben. Dennoch gilt es zu erwähnen, dass womöglich viele der zur Erhaltung von Förderungen geschlossene Partnerschaften zwischen Kulturakteuren unterschiedlicher europäischer Länder, lediglich auf dem Papier bestanden bzw. von rein formaler Natur waren. In derartigen Beziehungen blieb die antragstellende Organisation zumeist alleiniger Entscheidungsträger und schloss die jeweiligen Partnerorganisationen lediglich in Form von Mitteilungen mit ein.

Bei diesem letztgenannten Punkt sowie hinsichtlich der Evaluierung im Allgemeinen, gilt es wiederum zu beachten, dass es sich bei den gewählten Bewertungs- und Analysemethoden, welche persönliche oder telefonische Interviews sowie auch vorgefertigte Fragebögen miteinschließen, um mit den gegebenen Mitteln nur sehr schwer objektivierbare Verfahren handelt. Viele Akteure waren nicht ausfindig zu machen, so manche Projekte lagen schon zu lange zurück, unvollständige Unterlagen, Akteure erinnerten sich nicht mehr an genaue Abläufe oder verwechseln die Programme mit aktuelleren. All diese Faktoren führen zu einer teils hoch subjektiven Bewertungsgrundlage. (CEC 2004)

5.3.5. DAS PROGRAMM „KULTUR 2000“

„Gemäß dem Vertrag [zur Gründung der EG, insb. Art. 151] hat die Europäische Union zur Aufgabe, eine immer engere Union der Völker Europas zu verwirklichen sowie einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedsstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes zu leisten.“ (Kultur 2000: (6))

Mit dem Beschluss Nr. 508/2000/EG über das Programm „Kultur 2000“ im Februar 2000, gelang der EU der sprichwörtliche Durchbruch auf dem Gebiet der kulturellen Zusammenarbeit. Waren die Vorläuferprogramme der ersten Generation noch Einzelprogramme mit jeweiligem Themenschwerpunkt sowie gesonderten Reglements, Durchführungs- und Kontrollorganen, so bot das Programm „Kultur 2000“ nun einen einzigen Raum, in welchem sich sämtliche spezifisch kulturellen Maßnahmen zusammenfinden und koordiniert werden konnten. Dies war der Auftakt für eine neue, zweite Generation von EU-Kulturprogrammen.

Das besondere Ausmaß von der Einführung von „Kultur 2000“ wird erst dann vollkommen bewusst, wenn einem die konkreten Zahlen vor Augen gehalten werden. Während einer Gesamtlaufzeit von knapp sieben Jahren (2000-2006), ergab sich ein finanzieller Rahmenwert von insgesamt 236,5 Mio. Euro. Mit diesen Mitteln wurden über 1.500 Projekte

²² Wie in dem Bericht zu bedenken gegeben wird, sind derartige Schlüsse differenziert zu betrachten, als keine vorab Befragung hinsichtlich der Erwartungshaltung von Kulturakteuren durchgeführt worden war.

im kulturellen Bereich durchgeführt. Im Vergleich dazu, betrug das akkumulierte Budget der drei Vorläuferprogramme lediglich 78 Mio. Euro, wobei zusammengekommen rund 1.600 Projekte durchgeführt wurden. In Anbetracht dieser Aufschlüsselung liegt der Schluss nahe, dass mit „Kultur 2000“ eine grundsätzliche Strategieänderung einherging. Der Vergleich von ausschöpfbarem Budget und der Anzahl der implementierten Projekte zeigt nämlich, dass mit Kaleidoskop, Ariane und Raphael vorwiegend Kleinprojekte gefördert worden sind, wohingegen sich „Kultur 2000“ auf mittelgroße und Großprojekte konzentrierte (ähnliche Projektzahl bei knapp dreifachem Budget).

In den Einleitungspunkten des Programms findet sich der sozio-politische Kontext, in welchem und für welchen, die Union dieses Programm geschaffen hat. Kunst und Kultur werden hier als „wesentliche Bestandteile der europäischen Integration“ betrachtet und stellen des Weiteren, „sowohl einen Wirtschaftsfaktor als auch einen Faktor der sozialen und staatsbürgerschaftlichen Integration“ dar. Kultur stellt somit ein Instrument der Entwicklung der europäischen Gesellschaft dar, welche sich auf „Freiheit, Demokratie, Toleranz und Solidarität“ gründet. Dabei wird die Verpflichtung der Europäischen Gemeinschaft zur „Errichtung eines offenen, diversifizierten, den Europäern gemeinsamen Kulturraums“ hervorgehoben. (Kultur 2000: I)

Die Schaffung und Förderung eines solchen europäischen Kulturraums wird auch als oberstes Ziel des Programms „Kultur 2000“ definiert und soll mittels einer europaweiten Kooperationsstrategie von Kulturakteuren, der Ausarbeitung eines juristischen Rahmens sowie der bewussten Einschließung der kulturellen Dimension in die Gemeinschaftspolitik im allgemeinen, erreicht werden. Insgesamt werden in „Kultur 2000“ acht explizite Programmziele definiert, welche von der Förderung des interkulturellen Dialogs, über die Erleichterung der Mobilität von Kulturschaffenden, hin zur bewussten Anerkennung des Wirtschaftsfaktors Kultur reichen²³. Die zur Umsetzung der gesetzten Ziele notwendigen Maßnahmen und Durchführungsmodalitäten, werden in drei Aktionsbereiche gegliedert und im Anhang des Programms „Kultur 2000“ näher ausgeführt.

Unter den Aktionsbereich „Spezielle innovative und/oder experimentelle Maßnahmen“ fallen Projekte und Veranstaltungen, welche auf netzwerkorientierter bzw. partnerschaftlicher Basis, unter Einschluss mindestens dreier Akteure unterschiedlicher nationaler Herkunft, operieren. Projekte dieser Kategorie sollten zum Beispiel der Förderung des Ausbaus des Zugangs zu und der Partizipation der Bürger an Kultur dienlich

²³ Für eine Aufschlüsselung aller konkreten im Programm festgesetzten Ziele siehe Tabelle im Anhang.

sein, oder in Form von Multimedia-Projekten und Projekten mit Live-Charakter auf das europäische artistische Schaffen und das Kulturerbe aufmerksam machen. Die vorgesehene Laufzeit solcher Maßnahmen wurde auf durchschnittlich ein Jahr festgesetzt, mit einer Verlängerungsmöglichkeit auf maximal drei Jahre. Der finanzielle Beitrag von „Kultur 2000“ belaufe sich dabei auf 50.000 – 150.000 Euro im Jahr, bei einem Eigenmittelanteil von 40%.

„Integrative Maßnahmen im Rahmen von strukturierten und mehrjährigen Abkommen über transnationale kulturelle Zusammenarbeit“ bilden die zweite Kategorie von Aktionsbereichen. Bei einer maximalen Laufzeit von drei Jahren sowie einem maximal 60%igem Höchstzuschuss von 300.000 Euro im Jahr werden u.a. Projekte zur Künstlermobilität und -fortbildung, im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, oder aber unter Einsatz neuer Technologien, gefördert. Der Fokus liegt hierbei wiederum auf transnationaler Zusammenarbeit über EU-Grenzen hinaus, was durch eine Mindestanzahl an fünf an der Projektdurchführung beteiligten Staaten unterstrichen wird. Derartige Maßnahmen müssen den Kriterien nach qualitativ hochwertig als auch von europäischer Dimension sein. Außerdem besteht im Rahmen dieses Förderbereichs die Möglichkeit einer Start-up Subventionierung, welche auf den Aufbau einer langfristigen Kooperation auf Basis einer anerkannten Rechtsform abzielt.

Der dritte und letzte Aktionsbereich des Programms „Kultur 2000“ betrifft „Besondere kulturelle Veranstaltungen mit europäischer oder internationaler Ausstrahlung“. Hierzu zählen z.B. auch die europäische Kulturhauptstadt, der Kulturmonat, oder auch die Vergabe von europäischen Preisen für artistische Leistungen in unterschiedlichen Bereichen wie Literatur oder Architektur, aber auch Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung des kulturellen Erbes. Projekte dieser Kategorie sollten generell hohe Aufmerksamkeit stiften, auf die Interessen der Bürger ausgerichtet sein und deren Zugehörigkeitsgefühl zur europäischen Gemeinschaft stärken. Hierunter fallen bewusstseinsbildende Maßnahmen zur Förderung des interkulturellen Dialogs und des gegenseitigen Verständnisses in Anbetracht der europäischen kulturellen Pluralität. Projekte dieses Aktionsbereichs bedürfen eines ausgeweiteten Budgetrahmens, welcher jedoch nicht generell gilt, sondern fokusspezifisch gesplittet wird. So beläuft sich der finanzielle Beitrag zu Maßnahmen im Rahmen der Kulturhauptstadt beispielsweise auf 200.000 – 1.000.000 Euro, wobei wiederum die 60% Beteiligung nicht überschritten werden darf. Anders verhält es sich bezüglich sämtlicher anderer Projekte, deren Subventionsrahmen zwischen 150.000 und 300.000 Euro im Jahr beträgt. Generell werden rund 10% des gesamten Programmbudgets für dergleichen Aktionen reserviert.

Für die Förderung und Verbreitung von „Kultur 2000“ wurde die Schaffung von sogenannten nationalen Kulturkontaktstellen vorgesehen, deren Errichtung auf vollkommen freiwilliger Basis beruhte. Sie sollten als eine Art Plattform des Informationsaustauschs als auch als Kontaktpool dienen und eine Schnittstelle zwischen Kulturakteuren, nationalen Kulturfördereinrichtungen und der EU dienen.

Im von ECOTEC Research & Consulting Ltd. (heute ECORYS) herausgegebenen, finalen Evaluierungsbericht aus dem Jahr 2008, wird die jeweilige Projektanzahl der unterschiedlichen Aktionsbereiche festgehalten. Demnach fielen 1.309 Projekte in die erste Kategorie. Im Rahmen des zweiten Aktionsbereichs wurden 151 mehrjährige Maßnahmen gefördert (ECOTEC 2008: ii). Die restlichen 67 Projekte waren dem dritten Förderbereich zuzurechnen. Die zu Beginn dargelegte These der Umstrukturierung von kleinen hinzu Mittel- und Großprojekten betrachtend, zeichnet sich nun ein leicht diversifiziertes Bild. Einerseits stimmt diese Annahme, da die einzelnen Budgetrahmen v.a. für letztgenannte Kategorie enorm ausgeweitet wurden. Allerdings ist andererseits auch zu erkennen, dass ein Großteil der unterstützten Maßnahmen von relativ kurzer Dauer (durchschnittlich ein Jahr) und mit einem maximalen Zuschuss von 150.000 Euro dotiert war.

Im Evaluierungsbericht des Programms „Kultur 2000“, wird die einzigartige Stellung dieses Gemeinschaftsprogramms, innerhalb der bisherigen Gemeinschaftspolitiken auf kulturellem Terrain, nochmals hervorgehoben. Auch wenn Ähnlichkeiten zu im Rahmen von beispielsweise regionalen Strukturprogrammen getroffenen Maßnahmen bestanden haben, so ist „Kultur 2000“ doch als komplementäres Programm zu betrachten, welches sich auf eigene Ideen und Initiativen stützt. Sein Hauptziel des Beitrags zur Schaffung eines den Europäern gemeinsamen kulturellen Raumes, habe das Programm insofern erreicht, als es zu einem Umdenken vieler im Kultursektor aktiven Akteure, hinsichtlich transnationaler und interkultureller Kooperation, geführt habe. Es habe zur Bewusstseins-schaffung der Bedeutung internationaler Zusammenarbeit und kulturübergreifenden Dialogs beigetragen. Allerdings fand ECOTEC keinerlei Hinweise auf einen quantitativ messbaren Anstieg des Informations- und Erfahrungsaustauschs. Außerdem wurden diverse Missstände in der Verwaltungsstruktur (personal- sowie finanztechnischer Natur) festgestellt, deren Hintergründe jedoch nicht näher beleuchtet wurden. Durchwegs positiv trat die Arbeit der Kulturkontaktstellen hervor, welche mittels web-gestützter Umfragen bewertet wurden.

Im Allgemeinen kommen die bewertenden Parteien zu dem Schluss, dass das Programm all seine gesteckten Ziele, zumindest bis zu einem gewissen Grad, erreicht hat. Gleichzeitig wird jedoch angemerkt, dass bereits im Zwischenbericht 2003 erwähnt worden war, dass die

definierten Ziele generell zu breit gefächert gewesen seien, u.a. in Hinblick auf die begrenzten finanziellen Mittel. Diese Kritik sollte, so die Stellungnahme der Kommission, in der Ausarbeitung des Nachfolgeprogramms (Kultur 2007-2013) miteinfließen. (ECOTEC 2008: i ff.)

5.3.6. DAS PROGRAMM „KULTUR 2007-2013“

Die ebenfalls von ECORYS (ECOTEC) 2010 durchgeführte Zwischenevaluierung des im Dezember 2006 mit dem Beschluss Nr. 1855/2006/EG (Kultur 2007) festgelegten Folgeprogramms „Kultur 2007-2013“, bestätigt die zuletzt erwähnte Umsetzung von Verbesserungsvorschlägen im Vergleich zum Vorgängerprogramm. Vor allem was die Verwaltungsebene sowie auch das Bewerbungsverfahren betrifft, wird dem neuen Programm eine höhere Effizienz zugestanden, welche sich in einer deutlichen Verkürzung des Bewerbungsvorganges und auch in einer Vereinfachung desselbigen niederschlägt. Auch die Kulturkontaktstellen wurden abermals mit lobenden Worten hervorgehoben sowie die generelle Verbreitungs- und Erschließungsmaßnahmen der Kommission – wobei die Kulturkontaktstellen eine wesentliche Rolle spielen -, welche sich im direkten Vergleich zu „Kultur 2000“ erheblich verbessert haben. (Rampton und McCoshan Andrew 2010: vi)

Werden die beiden Kulturprogramme „Kultur 2000“ und „Kultur 2007-2013“ einander gegenübergestellt, so lassen sich tatsächlich einige Veränderungen, Weiterentwicklungen und Neuerungen erkennen. Schwenke sieht darin, trotz seiner eigenen Kritik der Nichtausmerzung einiger offensichtlicher Unstimmigkeiten die noch aus „Kultur 2000“ herrührten, sogar die „Dritte Generation“ von EU-Kulturprogrammen (Schwenke 2006: 342). Im neuen Programm, spielen die Schlagworte „kulturelle sowie sprachliche Vielfalt“ eine ganz wesentliche Rolle, welche bereits in den Einleitungspunkten hervorsteicht. Der kulturelle Austausch sowie eine kulturelle Zusammenarbeit, sollen zur Achtung dieser Pluralität beitragen. Durch die direkte Einbindung der Bürger in den europäischen Integrationsprozess, soll der „Europabürgerschaft greifbare Realität“ (Kultur 2007: (1)) verliehen werden. Die für diese europäische Bürgerschaft essentielle europäische Identität, gründet sich laut „Kultur 2007“ auf gemeinsamen kulturellen Werten und Wurzeln, welche indirekt über das im Text gezeichnete Gesellschaftsbild bestimmt wird. Dieses Gesellschaftsbild zeichnet sich durch, die uneingeschränkte Achtung der Grundrechtscharta, dem Hochheben von Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie, Toleranz und Solidarität sowie der Achtung der Menschenwürde, aus.

Der Erhalt dieser Vielfalt steht außerdem an oberster Stelle einer aktiven europäischen Kulturpolitik, deren Wirken für die Stellung und das Erscheinungsbild der EU in einem globalen Umfeld verantwortlich ist. Umgekehrt, soll der kulturelle Sektor einen ganz allgemeinen Beitrag zur politischen Entwicklung der EU leisten und auch auf sozio-kultureller Ebene Wirkung zeigen. Beispielsweise soll durch die Erweiterung des Zugangs zu Kultur, soziale Ausgrenzung vermindert und auch ein Beitrag zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung sowie zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, geleistet werden. Aber auch in seiner Rolle als Wirtschaftsfaktor soll der Kulturbereich stärker wahrgenommen werden. Daher gilt es, den Kultursektor als Arbeitgeber und Investitionszielort, sowohl auf nationaler als auch auf regionaler und europäischer Ebene zu unterstützen, was eine Stärkung der gesamten Kulturwirtschaft zur Folge hat.

Wie auch schon bei „Kultur 2000“, so steht es auch hier im Vordergrund, „durch den Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Kulturschaffenden, Kulturakteuren und kulturellen Einrichtungen der am Programm teilnehmenden Länder zur Förderung des Kulturraums, den die Europäer miteinander teilen und der auf einem gemeinsamen kulturellen Erbe gründet, beizutragen“ (Kultur 2007: (1)). Zu diesem Hauptziel gesellt sich nun noch ein weiterer wesentlicher Punkt, nämlich die „Entstehung einer Europabürgerschaft“. Damit trägt das Programm insgesamt nicht nur dem Kulturartikel 151 (Lissabon 167), sondern auch dem Unionsbürgerschaftsartikel 9 des Vertrags über die Europäische Union, Rechnung.

Im Unterschied zum Vorgängerprogramm, wurde in „Kultur 2007“ die Anzahl der spezifischen Ziele radikal von acht auf nunmehr drei gestutzt. Der Fokus liegt nunmehr auf der transnationalen Mobilität von Kulturakteuren sowie der grenzüberschreitenden Verbreitung von Kulturgütern und der Förderung des interkulturellen Dialogs. Die Autoren von ECORYS betrachten dieses Abspecken der Zielsetzungen, die kurzfristigere Ausrichtung und stärkere Konkretisierung zunächst als durchaus positiv, allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass die Zielformulierungen nicht präzise genug waren, um eine konkrete Umsetzung der Ziele in einzelnen Projekten wiederzuerkennen. Die Formulierungen ließen demnach zu viel Spielraum für Interpretationen. (Rampton und McCoshan Andrew 2010: vii ff.)

Im direkten Vergleich zu „Kultur 2000“ ist wiederum die enorme Finanzmittelsteigerung bemerkenswert. Diese stieg nämlich von 236,5 Mio. Euro auf stolze 400 Mio. Euro, was in etwa einer Summe von 60 Mio. Euro pro Programmjahr entspricht. Der Großteil davon (77%) wurde für den ersten von wiederum drei Aktionsbereichen vorgesehen. Über ein

Drittel dieser Mittel für die „Unterstützung kultureller Projekte“ floss in die Finanzierung mehrjähriger Kooperationsprojekte, wovon 30 Projekte zwischen 2007 und 2009 mit einer durchschnittlichen Summe von 1,79 Mio. Euro mitfinanziert wurden. Mehrjährige Kooperationsprojekte zeichnen sich durch ihre Größe in jeglicher Hinsicht aus. Mindestens sechs verschiedene Akteure aus sechs verschiedenen am Programm teilnehmenden Ländern, aus einem oder auch aus mehreren Kulturbereichen, müssen sich hier für eine mehrjährige Kooperation, welche sich durch eine Reihe strukturierter Aktivitäten auszeichnet, zusammenfinden. Nebst der Übereinstimmung der Projektziele mit den vom Programm festgesetzten Zielen (Hauptziel plus mindestens zwei spezifische Ziele), zählen auch die entsprechende Erfahrung sowie die finanzielle und operative Befähigung der Mitorganisatoren zu den Auswahlkriterien. Die finanzielle Unterstützung beträgt maximal 50% der Gesamtkosten und wird degressiv veranschlagt. Für derartige Großprojekte wird eine Laufzeit von drei bis fünf Jahren vorgesehen, wobei die Gemeinschaftsunterstützung pro Jahr 500.000 Euro nicht übersteigen darf. Kleinere Kooperationsprojekte mit mindestens drei national unterschiedlichen Akteuren hingegen, können lediglich auf einen Unterstützungszeitraum von einem Jahr hoffen, wobei sich die Summe der finanziellen Mittel zwischen 50.000 und 200.000 Euro belaufen kann und die Gesamtkosten wiederum bis maximal zur Hälfte von der Gemeinschaft getragen werden können. Bei derartigen Projekten zählen v.a. Innovation und Kreativität, um langfristige Neuentwicklungen zu fördern. Laut einer Schätzung der Autoren des Zwischenevaluierungsberichts, wurden im untersuchten Zeitraum an die 1163 Organisationen finanziell unterstützt (Rampton und McCoshan Andrew 2010: 8).

Ebenfalls in den Aktionsbereich „Unterstützung kulturelle Projekte“ fällt die Förderung von sogenannten „Sondermaßnahmen“. Derartige Aktivitäten sind im Allgemeinen sehr breit angelegt und auf Öffentlichkeitswirksamkeit ausgerichtet. Ihnen fallen explizit auf das Gemeinbewusstsein hin orientierte Aufgaben zu, welche die Bürger direkt ansprechen und ihr Zugehörigkeitsgefühl sowie ihr gegenseitiges Verständnis und die kulturelle Vielfalt Europas fördern. Durch die Unterstützung von Projekten wie der in diesen Bereich fallenden europäischen Kulturhauptstadt oder von für künstlerische Leistungen vergebenen Preisen, wird außerdem die besondere kulturelle Position Europas und seiner Kulturakteure in der Welt gefördert. Des Weiteren werden etliche Kooperationsprojekte mit Drittländern und/oder internationalen Organisationen im Rahmen der Sondermaßnahmenregelung unterstützt. Zwischen 2007 und 2009 waren rund 200 EU-Mitgliedsorganisationen und 60 Einrichtungen aus Drittstaaten (u.a. China, Indien Brasilien, Armenien, Ägypten, Tunesien, Georgien sowie die EU-Nachbarstaaten) an solchen Maßnahmen beteiligt. Insgesamt, darf

die Gemeinschaftsförderung allerdings die 60% Marke nicht überschreiten. (Rampton und McCoshan Andrew 2010: 8f.)

Der zweite Aktionsbereich des Programms „Kultur 2007-2013“ befasst sich mit der „Unterstützung von auf europäischer Ebene tätigen kulturellen Organisationen“ mit dem Ziel des Auf- und Ausbaus einer, auf europäischer Ebene aktiven, Organisationslandschaft. Einsatzgebiete der förderungswürdigen Einrichtungen können Vertretungsaufgaben, die Zusammensammlung und Weiterverbreitung von Informationen, oder auch europaweite Netzwerke sowie die Mitwirkung an kulturellen Kooperationsprojekten (z.B. internationalen Festivals) sein. Wichtig ist hierbei jeweils die eindeutige europäische Dimension, welche nicht nur thematisch, sondern auch als Wirkungsbereich gegeben sein muss. Die finanzielle Gemeinschaftsunterstützung in Form eines Betriebskostenzuschusses, darf dabei 80% der förderwürdigen Ausgaben einer in Frage kommenden Organisation - im Kalenderjahr - nicht überschreiten.

Im dritten Aktionsbereich werden ergänzende Maßnahmen für die restlichen Tätigkeiten gefördert. Hierunter fällt zum Beispiel die Unterstützung der Kulturkontaktstellen oder auch die finanzielle Untermauerung von, die kulturelle Zusammenarbeit betreffenden, Analysen und Studien. Auch die Informationssammlung und Verbreitung zum Zweck der Bekanntmachung und Resonanzwirkung des Programms im Allgemeinen und einzelner Projekte im Speziellen fallen in diese Kategorie.

Im Großen und Ganzen wird das Programm „Kultur 2007-2013“ in der Zwischenevaluierung, welche sich auf 78 Interviews, 11 projektbezogene Fallstudien sowie zwei Online-Umfragen gründet, als weitestgehend erfolgreich und mit seinen Zielen in Kohärenz stehend betrachtet. Wie bereits im Vorgängerprojekt angemerkt, so wurde auch hier auf die generell nicht über die Unterstützungsphase hinausgehende Lebensdauer vieler v.a. Kooperationsprojekte hingewiesen, wenngleich der gewonnene Nutzen für die einzelnen Akteure als ein wertvoller angesehen wird (Erfahrung, Netzwerkausweitung). Ebenso erschien die interkulturelle Komponente der meisten Projekte sich eher auf die grenzübergreifende Arbeitsweise zu beziehen und somit von passiver Natur zu sein. Gleichzeitig wird jedoch festgehalten, dass sich bezüglich der Nachhaltigkeit sehr wohl auch positive Aspekte abzeichneten. So wurde der Beitrag des Programms zur internationalen Kooperation von Kulturakteuren als Ansporn für weitere Aktivitäten ähnlicher Art interpretiert. Generell konnte der Schluss gezogen werden, dass ein Großteil der teilnehmenden Akteure, ob Individuum oder Organisation als Ganzes, „in ihrer Haltung

insgesamt europäischer geworden sind“ (Rampton und McCoshan Andrew 2010: x), wohl im Sinne von einer Horizonterweiterung.

5.3.7. RUFFOLO – BERICHT

„In an multi-ethnic Europe, cultural policy needs to be an integral part of economic and social development, to perform a role of social cohesion and mutual enrichment, and to be a factor that is essential for the belonging to a European citizenship.“ (Ruffolo 2001: 7)

Der von 1999 – 2002 stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport, Giorgio Ruffolo, wurde vom Parlament bereits im Dezember 2000, nur wenige Monate nach Anlaufen des ersten gemeinsamen Kulturprogramms „Kultur 2000“, mit dem Auftrag betraut, einen Bericht zur kulturellen Kooperation in Europa zu verfassen. Der „Report on cultural cooperation in the European Union“ (2000/2323(INI)) (Ruffolo 2001) wurde schließlich im Juli 2001 eingebracht und zeichnet einen ersten durchaus kritischen Ansatz gegenüber der europäischen Kulturpolitik im Allgemeinen und auch von, durch „Kultur 2000“ koordinierte, Programmen im Speziellen.

Der Report wird als ein weiterer Meilenstein der EU Cultural Policy betrachtet, nicht zuletzt aufgrund der Wiederholung oder besser des „Wieder-ins-Gedächtnis-Rufens“ des eigentlichen Stellenwerts der Kultur sowie der kulturellen Einheit in Europa: „The establishment of Europe as a cultural unit, one that is both diverse and distinct, is a fundamental aspect of the political project relating to the European unity“ (Ruffolo 2001: 11) Von zentraler Bedeutung für den Erfolg dieses europäischen Einigungsprojekts sind demnach nicht bloß die Schaffung einer funktionierenden Wirtschafts- und Währungsunion sowie in weiterer Folge einer Vereinigung auf politischer Ebene, sondern auch die grundlegende Überzeugung, dass diesem Europa eine spezifische, facettenreiche, kulturelle Identität innewohnt, welche auf „komplementären Differenzen“ gründet. Die marginale Position, welche der Kultur, trotz ihrer Inkorporation in die EU-Verträge, generell zukommt, erlaube es nun aber nicht, ihr Potential im europäischen Kohäsionsprozess, bezüglich der Identitätsstiftung oder auch in Hinsicht auf die Einbindung der europäischen Bürger, voll auszuschöpfen.

In dem Bericht werden gleich mehrere problematische Punkte angesprochen, welche als ineinander verwoben zu verstehen sind, sich teilweise gegenseitig bedingen und oder hochschaukeln. Zum einen wird der Mangel an finanziellen Mitteln zur Unterstützung von kulturellen Projekten, Programmen und Policies angeprangert. Dort heißt es, dass im Jahr 2000 lediglich 0,1% des Gemeinschaftsbudgets für (explizit) kulturelle und audiovisuelle Projekte veranschlagt worden waren. Allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass in

dieser Bezifferung die für die kulturelle Entwicklung substantiellen Mittel aus den europäischen Strukturfonds nicht berücksichtigt wurden. Demgegenüber steht die Forderung an die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft, zumindest 1% der gesamten öffentlichen Ausgaben in den Kultursektor zu investieren. Diese planmäßige Aufstockung des europäischen Kulturbudgets ist keineswegs neu, sondern wurde bereits im Jahre 1983 im Fanti-Bericht in Erwägung gezogen (Schwencke 2006: 344).

Mit der Tragweite der Entwicklungen in Richtung des Zurückgreifens auf Strukturfondsmittel, setzte sich die deutsche Kulturkontaktstellenreferentin Christine Beckmann auseinander (Beckmann Christine 2005). Sie erkennt v.a. den enormen Finanzmittelbeitrag von EFRE (Europäischer Fonds zur regionalen Entwicklung), EFS (Europäischer Sozialfonds) sowie dem europäischen Landwirtschaftsfonds zu kulturellen Tätigkeiten. Liegt die Konzentration von „Kultur 2000“ auf transnationalen Kooperationsprojekten, so bieten diese und ähnliche Strukturförderprogramme die Möglichkeit finanzieller Mittel für kulturelle Projekte auf regionaler und/oder auch auf lokaler Ebene. Somit konnten Investitionen in die kulturtouristische Infrastruktur, die Restaurierung kulturhistorisch wertvoller Objekte, der Austragung von Symposien sowie auch Weiterbildungsmaßnahmen von Kulturschaffenden, Einzelveranstaltungen oder Öffentlichkeitsarbeit-Konzepte – allesamt von nicht transnationalem Niveau - getätigt werden. Ein kurzer Blick auf die angestrebten Tätigkeitsfelder von „Kultur 2000“ legt die offensichtlichen Similaritäten offen. (Beckmann Christine 2005: 39ff.) Die europäischen Strukturfonds scheinen demnach einen enormen Beitrag zur Schließung einer großen Lücke innerhalb der europäischen Kulturpolitikagenden zu leisten.

Ein zweiter Kritikpunkt des Reports steht in engem Zusammenhang mit der eben erläuterten Problematik der Finanzierung regionaler Agenden. Es betrifft das Subsidiaritätsprinzip, welches zusammen mit den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und der Einzelermächtigung, ein Kernstück europapolitischer Entscheidungsfindung darstellt. Das Prinzip der Subsidiarität dient u.a. der Klärung der Zuständigkeiten in nicht klar definierten Bereichen, indem es besagt, dass in erster Linie die einzelnen Mitgliedsstaaten ihren Part erfüllen müssen und die Gemeinschaft erst dann einschreitet, wenn dies zu höherer Effizienz führt bzw. wenn die Nationalstaaten eine Aufgabe allein nicht ausreichend bewältigen können.

„Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend

verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind.“ (VEU Art. 5 Abs. 3)

Im „Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“ werden die Details zur konkreten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips geregelt. Diese beziehen sich sowohl auf die Art und Weise der Feststellung, ob bestimmte Vorgaben besser auf Unionsebene erreicht werden können oder nicht – hierbei sollten sich die Verantwortlichen auf qualitative/quantitative Methoden stützen - als auch auf die Berücksichtigung von beispielsweise Verwaltungskosten (Art.5). Im Ruffolo-Report wird nun die administrative Interpretation des Subsidiaritätsprinzips kritisiert. Eine strenge Trennung von EU- und nationalstaatlicher Ebene, sei dem kulturellen Sektor schlichtweg nicht angemessen. Die Folge einer derart (bürokratischen) Vorgehensweise, ist eben eine Entwicklung in Richtung „Nebenförderbereich Kultur“, wie sie im ersten Punkt bereits erläutert wurde.

Kurz aber prägnant, so ließe sich der Ruffolo-Report wohl am besten beschreiben, v.a. auch dann, wenn es darum geht auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Mitgliedsstaaten (bzw. der bis 2001 assoziierten Staaten) hinzuweisen. Beispielsweise werden diverse Kernziele angeführt, wie die Erhaltung des kulturellen Erbes, die Förderung des kreativen Schaffens oder die Erhaltung der Vielfalt. Alles anzustrebende Zielvorgaben, welche sich in den EU-Kulturprogrammen mühelos wiederfinden ließen. Der kleine aber bedeutende Unterschied liege, so der Report, in der jeweiligen Prioritätensetzung. Diese spielt auch in Hinblick auf die Art der als förderungswürdig bzw. als nötig erachteten Projekte eine Rolle. Im europäischen Norden wurde eine Vorliebe für die visuellen Künste, die Unterhaltungs- und Kulturindustrie ausgemacht, wohingegen sich die südlichen Länder vielmehr auf die Erhaltung und Pflege des kulturellen Erbes und bereits bestehender Kultureinrichtungen konzentrierten.

Die im Bericht vorgelegten Vorschläge, wie die jährlichen Übermittlung eines Kooperationsberichts an das Parlament von Seiten der Kommission, oder die Erstellung von Dreijahresplänen für die kulturelle Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, oder auch die Einrichtung eines zentralen Kontrollorgans für die kulturelle Kooperation, sollten v.a. dem Zweck der besseren Verständigung und Zusammenarbeit der EU und der Mitgliedsstaaten dienen.

Zentrale Aussagen des Reports sind nun, zum einen die Vorstellung der Konstruktion einer europäischen Identität aus der Pluralität der kulturellen Sphäre heraus und zum anderen

der Hinweis darauf, dass das Subsidiaritätsprinzip nicht als Hemmschuh kultureller Kooperation interpretiert werden darf.

5.3.8. KREATIVES EUROPA

„Kreatives Europa“ soll es heißen, das neue, umfassendere, verbesserte Kulturprogramm der EU. Der Programmvorschlag dazu wurde im November 2011 von der Europäischen Kommission eingebracht (KOM(2011) 785) und liegt seither zur Prüfung, Überarbeitung und endgültigen Abstimmung dem Europaparlament und dem europäischen Rat vor.

Mit der Einführung dieses neuen Rahmenprogramms wird das bisherige Verständnis von „Kultursektor“ hinzu einer „Kultur- und Kreativbranche“ erweitert. Wie bereits mit Kultur 2000 geschehen, werden auch mit „Kreatives Europa“ sämtliche bis dato geschaffene Programme zusammengenommen. Konkret sollen die Programme „Kultur 2007“, MEDIA und MEDIA-Mundus in einem einzigen großen Programm der Kultur- und Kreativbranche unter ein Dach gebracht werden. In Artikel 2 des Programmvorschlags findet sich auch gleich eine eigens ausgewiesene Definition der „Kultur- und Kreativbranche“ als „alle Sektoren [umfassend], deren Aktivitäten auf kulturellen Werten und/oder künstlerischen und kreativen Ausdrucksformen beruhen, unabhängig davon, ob diese Aktivitäten marktorientiert sind oder nicht, und unabhängig von der Art der Einrichtung, die sie durchführt“ (CEC 2011b: Art.2 Zif.1). Somit steht „Kreatives Europa“ eindeutig für eine neue, dritte (bzw. vierte nach Schwencke) Programmgeneration.

„Kreatives Europa“ soll ganz und gar dem globalisierten, neue strategische Ansätze fordernden Zeitgeist entsprechen und die Antwort auf die Frage nach der Zukunft der europäischen Kultur- und Kreativbranche in einer krisengerüttelten Umgebung sein. Nebst den EU-vertraglich geregelten Stützpfeilern, der Charta der Grundrechte aber auch dem UNESCO-Abkommen zum Schutz und zur Förderung kultureller vielfältiger Ausdrucksformen, bezieht sich das neue Programm auch auf die Verpflichtungen der EU im Rahmen von WTO-Abkommen sowie auch auf die „Europa 2020“-Strategie für ein „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“²⁴. Jegliche Programmvorhaben müssen ihre Zielsetzungen mit den Vorgaben letztgenannter Strategie in Übereinstimmung bringen: „Das Programm unterstützt ausschließlich Aktionen [...] die zur Erreichung der Europa-2020-Ziele und zu den Leitinitiativen dieser Strategie beitragen“ (CEC 2011b: Art.3 Abs.1).

²⁴ Die „Europa 2020“-Strategie löste die bis 2010 laufende „Lissabon“-Strategie ab. Die Schwerpunkte der Strategie liegen im Bildungs- und Umweltsektor und sind auf die Förderung wirtschaftlichen Wachstums sowie auf Forschung und Entwicklung ausgerichtet.

Die Kommission pocht diesbezüglich auf die Aufgabe der EU, den innovativen und kreativen Raum Europa, mittels der Schaffung adäquater Rahmenbedingungen, attraktiver zu machen. Ein Schwerpunkt hierbei obliegt der Schaffung eines verbesserten Zugangs zu Finanzierungsmöglichkeiten innerhalb des, im EU-Jargon nunmehr um den audio-visuellen Bereich ausgedehnten, Kultursektors. Hierdurch soll die Fähigkeit zur Entwicklung neuer Kompetenzen, zur Heranführung an neue technologische Standards und zur Erprobung neuer Geschäftsmodelle gewährleistet werden. Außerdem sieht der Vorschlag, trotz der Ausweitung der Programmverantwortlichkeit aufgrund der Zusammenlegung der drei Vorläuferprogramme, einige Abspeckungsmaßnahmen in der Verwaltung und Verfahrensführung vor.

Das Großprojekt „Kreatives Europa“ benötigt auch ein dementsprechend umfangreiches Budget. Ein Rückblick auf die Erläuterungen zu „Kultur 2007“ zeigt, dass sich dessen Finanzmittel auf 400 Mio. Euro beliefen. MEDIA wurde mit einem finanziellen Rahmen von 755 Mio. Euro ausgestattet. Zu den Gesamtausgaben der letzten Jahre sind noch das Budget vom MEDIA-Mundus mit rund 15 Mio. Euro sowie weitere, eventuell nicht im Rahmen dieser konkreten Programme aufscheinende, Ausgaben hinzuzuzählen. Für das neue Programm werden nun für einen Zeitraum von 2014 bis 2020, rund 1,8 Mrd. Euro veranschlagt. Insgesamt entspricht die Differenz einer Steigerung um 37% des gesamten Ausgabenniveaus der Kultur- und Kreativbranche (CEC 2011a: 2).

Neben dieser starken ökonomischen Prägung, betriebswirtschaftlichen als auch weltwirtschaftlichen Charakters, weist das Programm „Kreatives Europa“ eine weitere Neuerung gegenüber seiner Vorgänger auf: den expliziten Bezug auf die europäische Politikentwicklung in seiner Ziel- und Aktionsdefinition, im Rahmen der Forderung nach einem „Europäischen Mehrwert“. Letzterer wird zum einen charakterisiert durch die transnationale Kooperation, als Antwort auf globale als auch regionale Herausforderungen sowie durch die Hebelwirkung von EU-Mitteln erzeugten Größenvorteile. Zum anderen umfasst er aber auch die Regionalentwicklung in dem Sinne, als „vergleichbare Ausgangsbedingungen“ gewährleistet werden sollen, um Länder mit geringerer Produktion und/oder sonstiger Beschränkungen geografischer sprachlicher Natur, zu berücksichtigen (CEC 2011a: 7; CEC 2011b: Art.3).

Die ausdrückliche Symbiose mit wirtschaftlichen Zielvorgaben und Agenden, spiegelt sich auch in den definierten Programmzielen wider. Als allgemeine Oberziele werden hier zum einen die „Wahrung und Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt Europas“ beschrieben und zum anderen aber auch die „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der

Kultur- und Kreativbranche“ hervorgehoben. Die vier konkreten Einzelziele beziehen sich demnach nicht nur auf die Förderung der transnationalen Zusammenarbeit und auch der transnationalen Verbreitung von Kulturwerken, der Mobilisierung von Künstlern oder auch der Erschließung neuer Publikumsschichten, sondern eben auch auf die „Stärkung der Finanzkraft“ der gesamten Branche, mit besonderem Augenmerk auf kleinere- und mittlere Unternehmen, sog. KMUs. Außerdem wird die grenzüberschreitende politische Zusammenarbeit als gesondertes Ziel ausgewiesen.

Was die im Programmvorschlag formulierten Aktionsbereiche betrifft, so orientieren sich zwei von drei an den jeweiligen Einsatzgebieten der zusammengelegten Programme. Demnach gibt es einen Aktionsbereich für Kultur, einen für MEDIA, plus einen Branchen- oder Sektor-übergreifenden Aktionsbereich. Mit letzterem wird auch ein neues Finanzierungsinstrument, in Form einer Garantiefazilität für die Kultur- und Kreativbranche eingeführt. Hiermit soll der Zugang zu Finanzkapital, v.a. für KMUs, erleichtert werden. Die Schaffung neuer Finanzierungsmöglichkeiten allein reicht hierfür allerdings nicht aus, denn oftmals liegt die Unterfinanzierung von im kreativen Bereich tätigen Akteuren auch am schlechten Informationsstatus und an mangelnden Fähigkeiten der Finanzinstitute – im Sinne ihrer Fehleinschätzung des ökonomisch-finanziellen Risikos kultureller Unternehmungen aufgrund mangelnder Expertise auf diesem Gebiet. Diese Finanzinstitute seien somit oftmals gar nicht in der Lage, artistische Projekte folgerichtig zu bewerten. Diesem Umstand soll mit dem neuen Programm Abhilfe geleistet werden, indem fachliche Unterstützung- und Vernetzungsmaßnahmen zur Erweiterung der Kenntnisse in diesem Bereich unternommen werden sollen.

Ebenfalls in den Sektor-übergreifenden Aktionsbereich, fallen Aktivitäten zur Förderung des transnationalen Erfahrungs- und Know-how-Austauschs sowie der Vernetzung von Verantwortlichen aus den Bereichen Politik und Kultur. Es gilt die Kenntnisse in den Bereichen der Kultur- und Medienkompetenz mittels politischem Dialog und Analysen oder auch themenspezifischen Seminaren etc. zu erweitern. Außerdem sollen neue Unternehmenskonzepte von branchenübergreifendem Charakter zur Entwicklung von Finanzierung, Monetarisierung und Vertrieb von Kreativwerken geschaffen werden. So genannte Kreatives-Europa-Desks, sollen des Weiteren den Mitgliedsstaaten in Fragen der Promotion und Möglichkeiten von „Kreatives Europa“ hilfreich zur Seite stehen.

Im Aktionsbereich MEDIA werden die Prioritäten v.a. auf die Stärkung von Kapazitäten im Sinne der Förderung der Kompetenzausweitung, internationaler Koproduktionen und der Erleichterung des Marktzugangs auf der einen Seite und auf die transnationale Verbreitung

und Vermarktung sowie der Erschließung neuer Publikumsschichten auf der anderen Seite gelegt. Es geht hierbei um den Ausbau von transnationalen Netzwerken, Wissens- und Erfahrungsaustausch aber auch um die Anpassung des audiovisuellen Sektors auf die gegebene Marktentwicklung. Beispielsweise sollen im Rahmen von Förderprogrammen neue Vertriebswege erschlossen werden, welche den Auf- und Ausbau von Online-Angeboten miteinschließt.

Vor allem auch in Hinblick auf die vorhergehenden Programme „Kultur 2000/2007“ interessant, erscheint der Aktionsbereich Kultur. Auf Seiten der kapazitätsstärkenden Prioritäten steht u.a. der Kompetenzausbau - hinsichtlich einer Assimilation des Sektors an die Digitaltechnik - und der Ausbau von Publikumsschichten. Außerdem soll das Programm bei der Förderung internationaler Karrieren europäischer Kulturakteure behilflich sein, indem es beispielsweise internationale Tourneen, Ausstellungen oder Veranstaltungen fördert. Letzterer Punkt gilt ebenfalls für den Bereich der transnationalen Verbreitung von Kulturgütern. Hierzu ist v.a. auch die Verbreitung und Vermarktung europäischer Literatur zu zählen, was als eine von vielen Maßnahmen zum Publikumsausbau gewertet wird und in dieser Funktion zur Ausweitung des Interesses an kulturellen Werken beitragen kann – um in weiterer Folge bewusstseinsfördernd zu wirken. Wie auch schon in „Kultur 2007“, werden Maßnahmen mit dem Ziel einer verstärkten Kooperation von Akteuren unterschiedlicher Länder gefördert.

Da das Programm „Kreatives Europa“ noch nicht offiziell beschlossen wurde, liegen bezüglich der Höhe finanzieller Unterstützungen oder auch der Voraussetzungen keine genaueren Informationen vor. Ebenso verhält es sich mit der Förderung von „systemrelevanten und breitenwirksamen Aktivitäten“, durchgeführt von Organisationen mit Plattformcharakter, welche zur Künstler- wie auch Werksmobilität beitragen können. Die Unterstützung literarischer Übersetzungen sowie besondere Aktionen zur Förderung des interkulturellen Dialogs und des gegenseitigen Verständnisses v.a. auf europäischem Niveau, gehören ebenfalls in den Aktionsbereich Kultur. In dieser Kategorie finden dann auch die publikumswirksamen Projekte wie die Europäische Kulturhauptstadt oder das Europäische Kultursiegel einen Platz.

Wie in einer noch vor Vorstellung des Programmvorschlags von der Kommission erstellten Mitteilung zu lesen ist, verlagert sich gerade auch im Aktionsbereich Kultur der Schwerpunkt auf ökonomische Aspekte. Vor allem die realen Bedürfnisse von Kulturakteuren und hier v.a. jene von KMUs, sollen weiter in den Mittelpunkt gerückt werden. Es gilt das Wachstums- und Beschäftigungspotenzial der Kulturbranche zu fördern,

wobei die bisherige - zumindest theoretische - Maxime einer „starke[n] Verbindung zur Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt“ (CEC 2011a: 5) nicht in Vergessenheit geraten sollte. Wohl im Sinne der wirtschaftlichen Rentabilität, wurden mehrere Neuerungen und Änderungen nicht bloß hinsichtlich der Ziele, sondern v.a. auch bezüglich der Aktionsbereiche vorgenommen. Aktionen, welche weder eine kritische Masse noch eine langfristige Perspektive aufweisen können und/oder deren Strukturen zu einer überdurchschnittlichen Nachfrage geführt haben, werden mit „Kreatives Europa“ eingestellt. Ebenfalls wird es in Zukunft den u.a. für Start-ups vorgesehenen Betriebskostenzuschuss nicht mehr geben. Generell will das neue Programm die Projektfinanzhilfen simpler gestalten und mit längerfristigen Ansätzen unter die Arme greifen. Hinsichtlich der Transnationalität des Programms, soll sich eine weitere Öffnung für Beitritts-, Kandidaten- und potentielle Kandidatenländer, EWR-Länder und Länder des europäischen Nachbarschaftsraumes vollziehen. Außerdem steht das neue Programm sämtlichen ausgewählten Ländern und Regionen im Rahmen von bi- oder multilateralen Abkommen, unter der Voraussetzung der Verfügungsstellung zusätzlicher Finanzmittel, offen.

Insgesamt unterscheidet sich das neue EU-Programm für die Kultur- und Kreativbranche, alleine schon im Wortlaut, sehr von seinen Vorgängerprogrammen. Wurde zu früheren Zeiten, v.a. auch mit/ab der Einführung von „Kultur 2000“, aber auch schon davor, eine „Verwirtschaftlichung“ des Umgangs mit dem kulturellen Sektor kritisiert, so werden die Reaktionen auf „Kreatives Europa“ umso heftiger sein – sofern sich die kritischen Stimmen nicht bereits mit dem Gedanken einer ökonomisch effizienten Kultur-/Unterhaltungsbranche abgefunden haben. Das Programm zieht diesbezüglich in zwei Richtungen. Zum einen soll eine ökonomische Ausrichtung der Programmziele und Aktivitäten, seine Orientierung an Abkommen und Strategien mit wirtschaftlichem/wirtschaftspolitischen Schwerpunkt, zur Aufwertung des Kultursektors innerhalb von nationalen sowie internationalen Wirtschaftsstrukturen beitragen. Dies bedeutet wiederum die Ermöglichung eines von kulturellen Aktivitäten geleisteten Beitrags zur gesamtwirtschaftlichen Lage. Andererseits, pochen die Voraussetzungen und Maßnahmen des Programms aber auch auf die ökonomische Ausrichtung kultureller Aktivitäten selbst, auf ihre wirtschaftliche Rentabilität und finanzwirtschaftliche Expertise.

Generell zeigt das Programm eine in der Debatte rund um die europäische Kulturförderung und in diesem Zusammenhang auch rund um die Schaffung eines gemeinsamen Europas im Sinne eines gemeinsamen Kulturraums – von welchem im konkreten Programmvorschlag übrigens überhaupt nicht die Rede ist – enorm wichtig gewordene und heiß diskutierte

Problematik auf: nämlich die des Spannungsverhältnisses eines der Kultur zugestandenen Eigenwerts – Kultur um der Kultur willens – und der (zunehmenden) Ökonomisierung und v.a. auch im politischen Zusammenhang bedeutenden, Instrumentalisierung.

Den Verlauf der Entwicklungen der unterschiedlichen Kulturprogramme folgend, ist die wesentlich stärker ausgeprägte explizite Politisierung des Kultursektors in „Kreatives Europas“ durch die Priorisierung und Zielsetzung einer politischen Zusammenarbeit, besonders interessant. Was hierbei allerdings auffällt, ist die gleichzeitige Einschränkung des Programmwortlauts, sobald es um die politische Bedeutung von Kunst und Kultur geht. Hier sind die beiden „Kultur“-Programme um einiges konkreter geschrieben und weisen explizit und mit mehr Nachdruck auf das Potential kultureller Aktivitäten im europäischen Integrations- und Bewusstseins-schaffungsprozess sowie in Hinblick auf Partizipation, Demokratisierung und insgesamt europäischer Wertausbildung und dem Werteerhalt, als auch dem ausdrücklichen Ziel der Schaffung eines europäischen Kulturraums hin.

Inwieweit sich eine tatsächliche Umsetzung des neuen Programms auf die reale Prioritätensetzung und Vorgehensweise der Akteure auswirken wird, kann derzeit noch nicht beantwortet werden. Absehbar ist jedenfalls ein erneutes Aufflammen der kulturpolitischen Debatte, wo es u.a. auch um die Frage gehen wird, wie viel Wirtschaft die Kultur zu fassen in der Lage ist.

6. ZUSAMMENSCHAU: HEGEMONIE, POLITIK, KULTUR

„In an increasingly interconnected world, we should no longer think of culture as subordinate to politics. Instead we should think of culture as providing the operating context for politics.“ (Bound, Kirsten et al. 2007: 20)

Kultur, Politik, Wirtschaft – die komplexe Verwobenheit dieser drei Aspekte spiegelt sich nicht nur in der europäischen Geschichte im Allgemeinen, sondern auch in den Dokumenten zu einer EU-Kulturpolitik im Speziellen wider. Kultur war nie und wird nie „neutral“ sein. Sie ist per se interpretativ, subjektiv und somit in ihrer möglichen Funktion auch politisch. Kunst und Kultur sind immer Ausdruck von etwas, es gibt – um wieder auf Hall zurückzukommen – immer einen Sender und einen Empfänger, es wird etwas kommuniziert. Am deutlichsten - auch im Sinne von wörtlich - tritt dieser Umstand im De Clercq-Bericht hervor, wo von der Notwendigkeit einer expliziten Kommunikationsstrategie (zur Imageaufbesserung) der EU die Rede ist. Aber auch ganz generell ist die aus den analysierten Dokumenten abzuleitende Funktion, welche der Kultur im Allgemeinen zuerkannt wird, eine kommunikative. Aus den Programmen geht die Aufgabe von kulturellen Aktivitäten als Transporteur von Ideen zur Schaffung von Bewusstsein und zur

Festigung von Sinn ganz klar hervor. Wie bereits in den frühen Dokumenten zu einer „Europäischen Identität“ erwähnt wird, geht es um einen Link, eine Verbindung zwischen den europäischen Institutionen, der Idee Europas als kulturell-politisch-ökonomische Einheit und der europäischen Zivilgesellschaft. Kultur – in ihren unterschiedlichen Ausdrucksformen, ihrer Vielseitigkeit und ihren Akteuren – dient als Bindeglied, als Transporteur und Mittelsmann.

„Public opinion is strictly linked to political hegemony. It is the point of contact between civil society and political society, between consensus and force.“ (Bates 1975: 363) To win the minds of men – das ist, auf lange Sicht, das implizite Ziel, welches mittels Kultur und kulturnahen Aktivitäten verfolgt wird. Eine von Gramscis herausragenden Leistungen war es, das Kulturelle in sein Hegemoniekonzept miteinfließen zu lassen. „Kulturelle Hegemonie“ das heißt, die Produktion, Aufbereitung und Weitergabe von Ideen. Kultur wird hier zum vermittelnden Medium mit dem Ziel der breiten Konsensfindung.

Nun geht aus der Sichtung der kulturpolitische relevanten Dokumente hervor, dass Kultur nicht bloß eine vermittelnde Funktion hat, sondern ebenso vermittelt werden soll und zwar in unterschiedlichen Formen – geteilte Werte, gemeinsame Prinzipien, grundlegende Rechte, kulturelles Erbe, Zugang zu kulturellen Einrichtungen etc. Somit weisen die Kulturagenden und getroffenen Maßnahmen der EU in diesem Bereich eine Doppelseitigkeit auf, indem es sich nicht nur um eine hegemoniale Position der Union „auf“ kulturellem Terrain handelt, sondern v.a. auch um die Durchsetzung von hegemonialen Bestrebungen „mittels“ Kultur.

Um hier etwas Ordnung in dieses gedankliche System zu bringen, kann ein weiteres Konzept herangezogen werden, welches sich tadellos in den hegemonie- und kulturpolitischen Diskurs einfügen lässt. Eine alte und traditionsreiche Praxis, verknüpft mit einem neuen und modernen Begriff: Cultural Diplomacy.

6.1. CULTURAL DIPLOMACY

„Cultural Diplomacy may best be described as a course of actions, which are based on and utilize the exchange of ideas, values, traditions and other aspects of culture or identity, whether to strengthen relationships, enhance socio-cultural cooperation or promote national interests; Cultural diplomacy can be practiced by either the public sector, private sector or civil society.“ (Constantinescu 2013)

Der Terminus Cultural Diplomacy ist weder eindeutig definiert, noch erfreut er sich einer außergewöhnlichen Popularität innerhalb der kulturpolitischen Debatte. Dennoch ist Cultural Diplomacy in diesem Diskurs omnipräsent. Nach der oben genannten Beschreibung von Emil Constantinescu, welcher bis 2000 das Amt des rumänischen Präsidenten inne hatte

und seit 2011 als Präsident der Academy for Cultural Diplomacy (ACD) fungiert, umfasst Cultural Diplomacy alle Tätigkeiten auf einem breit angelegten kulturellen Terrain, welche zur Stärkung und Förderung von Beziehungen und Kooperation auf internationalem und transnationalem Level beitragen. Cultural Diplomacy ist ein klassisches „soft power tool“ nach Nye - „[Soft power] is the ability to get what you want through attraction rather than coercion or payments. It arises from the attractiveness of a country's culture, political ideas, and policies.“ (Nye op. 2004: x) In dieser Funktion ist Cultural Diplomacy nicht stabil sondern in ihren Erscheinungsformen variabel und wandelbar. In Abhängigkeit von Zeit und Raum, verschieben sich Motivationen, Interessen, konkrete Maßnahmen und es verändern sich auch die Akteure selbst: ob staatlich, kooperativ oder privat; zum Zwecke der wirtschaftlichen Besserstellung oder der Vermittlung eines positiven Images im Rest der Welt; ob bi- oder multilateral - Cultural Diplomacy hat viele Gesichter.

6.1.1. CULTURAL DIPLOMACY FASSBAR MACHEN

Diese immense Deutungsweite reicht von staatlicher Kontrolle und Propaganda auf der einen Seite, bis hin zu keinerlei staatliche Intervention und Verwirklichung privater und persönlicher Visionen auf der anderen Seite. Die Schwierigkeit ergibt sich u.a. aus der Nicht-Existenz konkret fassbarer Grenzlinien. Jeglicher Definitionsversuch gleicht einer Gradwanderung unterschiedlicher, politisch aufgeladener Bedeutungsmuster: zwischen purer Information und irreführender Propaganda; staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen; offensichtlichen und interpretativen Motiven. Grundsätzlich werden hier nun drei unterschiedliche, wenn auch ähnliche und miteinander vernetzte, Zugänge unterschieden.

Traditioneller Weise kommt Cultural Diplomacy - in der einen oder anderen Form - immer dort zum Einsatz, wo es um die Verwirklichung „eigener“ Interessen auf „fremden“ Terrain geht bzw. um das Erlangen der Zustimmung der Bevölkerung – Konsensschaffung, egal ob dies nun die Briten in Indien waren oder die Deutschen in Afrika oder auch die Amerikaner im Europa der Nachkriegszeit. Historisch betrachtet, ergeben sich hier sehr wohl gewisse Muster und Orientierungshilfen. So kommt Cultural Diplomacy vor allem dann zu Anwendung, wenn staatliche Institutionen scheitern und klassisch diplomatische Ansätze nicht mehr greifen. Dies ist u.a. dann der Fall, wenn es sich um die Beziehungen zwischen Kontrahenten handelt – beispielsweise die historischen Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion oder auch zwischen China und Japan. Vielleicht lässt sich das Argument hier sogar soweit führen, als dass Cultural Diplomacy als diplomatische Mission auf zivilgesellschaftlicher Ebene, also die „menschliche“ Form diplomatischer Beziehungen,

betrachtet werden kann: „To ‚succeed‘ here is to establish a sustainable relationship based on dialogue, understanding and trust between the civil societies of different nations“ (Gienow-Hecht, Jessica C. E. und Donfried 2010: 22). Beispielsweise ging es im Kalten Krieg nicht nur um die Frage wer das vernichtungsstärkste Waffenarsenal vorzuzeigen hatte, sondern es handelte sich vor allem anderen um einen Kampf des Geistes, der Ideale und der Perspektiven. Es ging um die Verbreitung von Bildern und Einstellungen, um die Gewinnung von loyalen Anhängern. Sowohl die USA als auch die Sowjetunion erkannten, dass sie, wenn sie die Europäer von ihrem jeweiligen Lebenskonzept überzeugen wollten, auf militärisch-politischer Ebene allein keinen Erfolg haben würden. Es galt an die „kulturelle Identität“ der Menschen zu appellieren, sei es mittels Herabwürdigung des Gegners oder mittels Anpreisung des Eigenen. Es wurden noch nie dagewesenen Summen in akademische Austauschprogramme, die bildenden und literarischen Künste oder in internationale Kooperationsprogramme investiert. (Gienow-Hecht, Jessica C. E. und Donfried 2010: 15) Hier wird auch das Spannungsfeld Diplomatie - Propaganda besonders deutlich in Untersuchungen zu Strategien der Cultural Diplomacy der Sowjetunion, welche sich in Form von Künstlerreisen, Ausstellungen und der Einbindung ausländischer Journalisten und Vertreter humanitärer Organisationen, sprich kultureller Propagandaarbeit darstellte. Daraus ergibt sich ein Konzept, welches Kultur vereinnahmend wirkt: Kultur wird zum Instrument staatlicher Überzeugung-Politiken²⁵. (Gienow-Hecht, Jessica C. E. 2010: 9f.) Auf diesen Ansatz bezogen, stellt die EU lediglich dahingehend eine Besonderheit dar, als sich ihre inhärenten Grenzen nicht so einfach ziehen lassen wie die von Nationalstaaten untereinander. Die EU sucht Verbündete in den eigenen Reihen, nicht irgendwo weit weg abseits der inneren politisch-gesellschaftlichen Ordnung.

Ein ähnlicher Ansatz geht davon aus, dass Cultural Diplomacy ursprünglich keineswegs propagandistisch oder im Kontext der Kolonialpolitiken als missionarisch verstanden wurde sondern „it represented a means to establish ties with countries that were politically unpalatable.“ (Gienow-Hecht, Jessica C. E. 2010: 10) Dieser Aspekt ist auch heute noch – oder vielleicht gerade heute – dort von besonderer Bedeutung, wo es die politischen Verhältnisse nicht zulassen offizielle diplomatische Kontakte zu pflegen. Ein Staat kann

²⁵ Überzeugungspolitiken und im Speziellen Cultural Diplomacy, sind stets entweder positiv oder negativ gepolt. Eine positive Strategie, konzentriert sich auf die Schaffung und Verbreitung eines positiven, geschönten Bildes des Eigenen – positive Selbstpräsentation, vergleichbar mit Werbung. Ein negativer Ansatz hingegen, verläuft klassischer Weise mittels des Schlechtmachens des „Anderen“, um sich selbst besser zu stellen. Auf Cultural Diplomacy bezogen, wird „negativ“ aber v.a. in Verbindung mit dem Ausschluss von etwas gebracht – beispielsweise das Verbot westlicher Radiosender in der ehemaligen DDR. Aber auch die aktuellen Radioquoten in Frankreich, wonach 40% der gespielten Songs von französisch-sprachigen Interpreten stammen müssen sind ein klassisches Beispiel für den Schutz der eigenen Kultur gegenüber fremden Einflüssen.

aufgrund seiner unorthodoxen Regierungsführung sowohl politisch als auch ökonomisch boykottiert werden – Diplomaten werden abgezogen, Verhandlungen eingestellt, Warnungen ausgesprochen etc. -, gleichzeitig aber können mittels des umfangreichen Instrumentariums von Cultural Diplomacy, diplomatische Beziehungen auf zivilgesellschaftlicher Basis geführt werden. Diese können nun einen politisch-motivierten Charakter besitzen und einen offiziellen Beitrag zum gegenseitigen Verhältnis leisten, sie müssen dies aber nicht –beispielsweise Konzerttourneen, Wanderausstellungen, kulturelle Kooperation.

Der dritte Zugang ist vielleicht noch komplexer als die ersten beiden und bedarf einer kurzen Erläuterung zur historischen „Interconnectedness“ Europas im Voraus. Lange vor der - beinahe schon tyrannischen - Herrschaft des Globalisierungskonzepts und seinen transnationalen Denk- und Handlungsvorgaben, spielten kommunikative, kulturelle und politische Austauschprozesse auf dem europäischen Kontinent bereits eine große Rolle. Was wir heute im Allgemeinen unter Globalisierung verstehen hat, historisch betrachtet, seine Ursprünge wesentlich früher als dies generell angenommen wird. Dieses Phänomen der „kleiner werdenden Welt“ ist eng mit den interkontinentalen Entdeckungsreisen des späten 15. und frühen 16. Jahrhunderts verknüpft und setzt sich mit dem darauffolgendem atlantischen Dreieckshandel (Europa – Afrika - Amerika; v.a. auch Sklavenhandel) fort (Hillmann und Hartfiel 2007: 306; Wagnleitner 2003). Die Anfänge des modernen Kapitalismus, mit dem ihn immanenten Fortschritts- und Liberalisierungsgedanken, gehören ebenso zum Themenkomplex Globalisierung wie die politisch-philosophischen Vorstellungen eines (auch kulturellen) Kosmopolitismus und der Herausbildung einer Weltgesellschaft. Transnationale Interaktionen von politischer, ökonomischer und auch kultureller Natur, sind daher keine Erfindungen des 20. Jahrhunderts, ebenso wie der internationale Künstler- oder auch Studentenaustausch²⁶. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass trotz der stets neu aufflammenden Machtstreitigkeiten um die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent, sich die unterschiedlichen Völker fortwährend gegenseitig befruchteten, sie tauschten Ideen und Handwerkskenntnisse aus und standen nur allzu oft auch in einem verwandtschaftlichen Verhältnis zueinander. Diese realen Differenzen und die sich daraus ergebende gelebte Diversität ist ja gerade das Besondere an und in Europa. „The dialectic of politics and culture is just as much about Europe as is the dialectic of war and peace.“ (Donskis 2013: 10) Aus dieser historischen Verwobenheit und Interdependenz der verschiedenen Ebenen und Sphären Europas – Religion, Kultur, Politik, Wirtschaft und

²⁶ Vgl. hierzu: Réau, Bertrand (2012): Eliten auf Reisen. Junge Adelige gingen einst auf die "Grande Tour", um von der Fremde zu lernen. In: *Le Monde diplomatique* 07/18., 17.

Gesellschaft -, ergibt sich eine aktuelle Notwendigkeit von Integration durch Bildung und Kultur, denn Kultur, Literatur und damit verbunden Sprache sowie auch die Übersetzungskunst im Allgemeinen, sind „crucial instruments of dialogue“ (ibid.: 11).

Diesen Gedanken fortführend kann die Behauptung - wenn nicht sogar die Forderung - aufgestellt werden, dass eine auf kulturellen Belangen basierende Handlungsweise sogar die zwingend notwendige Voraussetzung einer gerechteren Kohäsionspolitik darstellt. (ibid.: 10f.) Cultural Diplomacy kann nun als Praxis aufgefasst werden, über kulturelle Aktivitäten und auf Basis des Dialogs, (internationale) Beziehungen zu formen und zu pflegen. Länder können mittels Cultural Diplomacy ihre (spezifische/n) Kultur/en und Werte mit dem Rest der Welt teilen und sich somit in einem globalen Umfeld präsentieren. Diese Art der Konzeptionalisierung von Cultural Diplomacy versucht über das Staatliche hinauszugehen. Es geht zum einen um Tätigkeiten des internationalen kulturellen Austauschs und zum anderen um die Promotion einer Nationalkultur nach außen hin. In der Heterogenität seiner Strukturen kennt dieser Ansatz jegliche Form der Kooperation, sei es eine enge Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft, im Namen einer Nation oder innerhalb den *Internationalen Beziehungen* aktiv gewordenen NGOs, aber auch unter vollkommenem Ausbleiben jeglichen staatlichen Einflusses, wo Cultural Diplomacy als „any undertaking to promote the culture of a country by people who identify with that country“ definiert wird. (Gienow-Hecht, Jessica C. E. 2010: 10) Zum einen bewirkt dies die Ausweitung des Zugangs zu unterschiedlichen Kulturen auf Seite der Zivilgesellschaft und somit die Erweiterung von Perspektiven. Zum anderen wird hierdurch auch gegenseitiges Verständnis, Toleranz und Dialog gefördert.

Wie hier eindeutig erkennbar wird, sind die Ziele von Cultural Diplomacy als Praxis, mit den Vorgaben in den Kulturprogrammen der Europäischen Union absolut identisch. Die Förderung kulturellen Austauschs sowohl in Form der Künstlermobilität als auch in Form des Kunstgüterverkehrs, die Hervorhebung der Notwendigkeit von transnational kooperativen Projekten, oder auch Initiativen und Programme im Bereich der Bildung (z.B. ERASMUS), sind klassische Beispiele von Cultural Diplomacy Initiativen.

6.1.2. CULTURAL DIPLOMACY IM EUROPÄISCHEN INTEGRATIONSPROZESS

„[In Central and Eastern Europe], artistic movements and performances have always been a direct means of expressing suppressed emotions and passions. They are a romantic brand of patriotism and yearning for liberty, frequently paving the way for historic moments.“ (Kovács Géza 2013: 37f.)

Wie bereits erwähnt wurde ist Cultural Diplomacy kein eng umfasster Begriff, sondern äußerst flexibel und interpretierbar. Eine weitere Eigenschaft dieser Dialogpraxis ist ihre

Anwendbarkeit auf unterschiedlichen Ebenen und Levels. Einerseits bezieht sich dieser Umstand auf die Ebene der Ausdrucksform – privat, staatlich, kooperativ -, andererseits aber auch auf den konkreten Absichts- und Wirkungsbereich. In Bezug auf die EU gilt es nun zu unterscheiden zwischen Cultural Diplomacy inmitten einer globalen Kommunikationsstrategie (extern) und einer gezielt europäischen Einflussosphäre (intern).

Hier geht es vor allem um die internen Handlungs- und Wirkungsbereiche von europäischen Kulturpolitiken, von Cultural Diplomacy. Letzteres umfasst sowohl staatliche als auch nicht-staatliche, EU-institutionelle, zivilgesellschaftliche und kooperative Initiativen. Zumeist handelt es sich um eine Mischform aus zwei oder mehreren Kategorien, entweder hierarchisch gegliedert oder als horizontales System angeordnet. Wird beispielsweise das Programm „Kultur“ als Ausgangspunkt genommen, so müssen dessen Vorgaben und Zielsetzungen von den innerhalb dieses Rahmens tätigen Akteuren (nationale Kulturinitiativen, NGOs, NPOs, Theater, Museen, Künstlergruppen etc.) erfüllt werden. Sie können lediglich kreativ-interpretativen Einfluss nehmen. Wie von Programmen wie beispielsweise „Kultur“ explizit gefordert, wird ein Großteil kultureller Projekte in grenzübergreifender Kooperation ausgeführt. Auf die hier möglicherweise auftretende Problematik einer ungleichmäßigen und ungleichberechtigten Zusammenarbeit – v.a. in Bezug auf Ost-West Kooperationen -, wurde in *Kapitel 5* hingewiesen. Tonangebend sind oftmals die Programmförderung beantragenden Primärakteure, zumeist mit Sitz im „Westen“. Die europäischen Kulturkontaktstellen - von der Idee her eigentlich einander vollkommen gleichgestellt - bilden nun einerseits eine neutrale Plattform, außerhalb dieser vertikalen Struktur, gliedern sich jedoch indirekt im intereuropäischen Kontext wiederum in dieselbe Ordnung ein. Dennoch sollten hier keine voreiligen Schlüsse auf die fortwährende Reproduktion bestehender hierarchischer Strukturen gezogen werden. Viel eher liegt die Annahme nahe, dass es sich weniger um einen top-down, sondern um einen bottom-up Prozess handelt, d.h. die kooperativen Maßnahmen gleichgestellter Partner unterschiedlicher europäischer Länder können zum Weiterentwicklungsprozess sowohl der einzelnen beteiligten Organisationen als auch der jeweiligen Gesamtszene beitragen – Stichwort Networking – und somit einen Annäherungsprozess beschleunigen. Auch die klassischen Beispiele für Cultural Diplomacy Agencies (CDAs), wie die 1883 gegründete *Alliance Française*, die 1934 entstandene *British Council*, oder auch die 1925 ins Leben gerufene *Deutsche Akademie*, welche 1951 vom *Goethe Institut* abgelöst wurde, haben es sich

zur Aufgabe gemacht, nicht nur für die Verbreitung der eigenen Sprache und Kultur einzusetzen, sondern auch kulturelle Diversität und gegenseitiges Verständnis zu fördern²⁷.

Cultural Diplomacy, verstanden als eine Praxis, ein Tool zur Schaffung eines Raumes des gleichberechtigten Dialogs, fasst in ihren Zielen und Handlungsmustern sowohl das Konzept der „kulturellen Hegemonie“ als auch sämtliche kulturpolitische Tätigkeiten und Bestrebungen der EU zusammen.

SCHLUSSBEMERKUNG

Die EU leidet an einer zweidimensionalen Identitätskrise. Auf der einen Seite geht es um die Konstruktion einer *Europäischen Identität* im Sinne eines „politischen Projekts“. Hierbei werden politische Grundprinzipien wie das Hochhalten einer sozial-liberalen, partizipativen Demokratie über kulturell-ethnisch bestimmte Identitätsbestimmungsfaktoren gestellt. Sie bilden quasi die Basis einer EU-umfassenden identitären Ausprägung, wohingegen letztere als zusätzlich, jedoch nicht determinierend, betrachtet werden. Auf diesen geteilten Werte sowie kollektiven Ziele und Vorstellungen gründet der Identifikationsprozess des einzelnen Bürgers mit diesem politischen Projekt. Dem Faktor Kultur wird hier nur insoweit Rechnung getragen, als es sich um eine politische Kultur mit Werten und Normen handelt - was betonter Weise nur einen Teilbereich des Gesamtkonzepts Kultur ausmacht. „The political culture of a social collective is a limited set of orientations, as it concerns just those attitudes and values that are directed at the political dimension of the community.“ (Meyer 2006: 26) In einer primär politischen Gemeinschaft sollten Momente wie Religion, Tradition oder Ethnie demnach eine, nicht untergeordnete, sondern eher beiseitige Rolle spielen. Derartige Differenzen sollten die Mitglieder einer als politisch konzipierten und verstandenen Gesellschaft nicht davon abhalten zusammen an einem Strang zu ziehen, in Richtung der kollektiv beschlossenen Ziele, um das gemeinsame Projekt zu unterstützen. (Meyer 2006: 25f.) Dieses Konzept einer explizit „politischen“ Identität hat den Vorteil, dass diese politische Identität eben nicht bloß neben eine kulturelle Identität gestellt wird, sondern diese in sich zu vereinnahmen in der Lage ist. Schwierig wird es in der Differenzierung der geteilten, als politisch anerkannten Werte und Normen. Wie bereits angedeutet wurde sind weder Kultur noch Politik neutrale Begriffe, sondern beide sind stets bereits mit Werturteilen, Zuschreibungen und Annahmen besetzt. Selbst wenn diese als flexibel und

²⁷ Siehe auch:

<http://www.alliancefr.org/>
<http://www.britishcouncil.org/>
<http://www.goethe.de/>

abänderbar betrachtet werden, so sind sie doch real und halten ein Konfliktpotential inne. Wenn die Unterscheidung zwischen dem Politischen und dem Kulturellen keine eindeutige ist und die Frage lautet, ob es eine europäisch-kulturelle Identität braucht um ein friedliches Zusammenleben zu garantieren, so lautet die sichere Antwort ja.

Ähnlich die Frage nach der Hegemonie Europas. Hegemonie ist zwar ein theoretisch konzipierter und in seiner Form relativ weit ausgearbeiteter Begriff, jedoch bleibt dieser interpretativ, auslegbar und auch subjektiv bewertbar. So manch einer betrachtet Hegemonie als einen negativ besetzten, von Imperialismus und Unterdrückung strotzenden Begriff. Andere erkennen jedoch auch den konterhegemonialen Impetus, welcher unabdingbar zur Umwälzung verkommener gesellschaftlicher Status ist. Des einen Bevormundungsinstrument ist des anderen Befreiungshieb. Auf welcher Seite wer nun steht hängt in Hinblick auf Europa, auf diese Europäische Union, wohl von der persönlichen subjektiven Bewertung des europäischen Gesellschaftsmodells ab. Soll dieses, via Hegemonie, in ganz Europa bzw. in allen Staaten, welche sich der EU zugehörig fühlen und ihr angehören wollen, verbreitet werden? Auch hier lautet die sichere Antwort ja.

In beiden Fällen lautet das Schlüsselwort daher Kompromissbereitschaft. Es geht darum, Gemeinsamkeiten - im politischen, kulturellen und auch sozialen Bereich - aufzudecken und nützlich zu machen. Dies setzt allerdings auch eine präzise Definition eines gemeinsam angestrebten Ziels voraus. Welches Europa wollen die Europäer? Denn was ist Europa: „It is an idea, a religion, a dream and a trajectory of the soul.“ (Donskis 2013: 9)

Quotes from
“The International Symposium on Cultural Diplomacy in the EU” 2013²⁸

Cultural identity represents our customs, traditions, religions and languages. Therefore we have a need for respect and communication, which can be achieved through Cultural Diplomacy. (Lazar Elenovsky, Ambassador of the Republic of Macedonia to the EU)

I have always seen the European Union as a community of cultures. Culture defines Europe much more than geography or business or European currency. (Jan Figel, Vice President of the National Council of the Slovak Republic)

Culture makes integration more legitimate. (Stefan Gehrold, Head, Konrad Adenauer Foundation, Brussels Office)

Europe is not part of the problem, but belongs to the solution. (Agnieszka Skuratowicz, Member of Cabinet of the President of the European Commission)

Les fondateurs de l'UE avaient des identités proches soit similaires. Donc, ce n'était pas nécessaire de parler de la culture. (Senator Richard Miller, Member of the Belgian Senat ; Member of the Parliament of the Francophone Community)

National identities are dynamic and the fact that people within a nation are very diverse does not mean that they cannot identify with the EU. (Vesselin Valkanov, Ambassador of Bulgaria to Belgium and Luxembourg)

Macedonia is European because of common culture with the rest of Europe. We belong to the same cultural group. (Lazar Elenovsky, Ambassador of the Republic of Macedonia to the EU)

Countries like Armenia have a common heritage, values and ideas with the rest of the EU. (Avet Adonts, Ambassador of Armenia to the EU)

A common identity, regarded as multilayered and diverse, is fundamental. (Agnieszka Skuratowicz, Member of Cabinet of the President of the European Commission)

If there is problem in politics, we should have a look at culture. The target should be a wise society – growing from the information and knowledge society we already have -, which is to be created through education, creativity and innovation. (Stefan Gehrold, Head, Konrad Adenauer Foundation, Brussels Office)

²⁸ Das „Symposium on Cultural Diplomacy in the EU“ fand vom 3.-5. Juli 2013 in Brüssel statt. Unter dem Leitgedanken „Sustainable Economic Growth, Further Integration and Common Identity: Moving towards a European Consensus“ wurden mehrere interessante und teilweise auch unterschiedliche Zugänge zu der Rolle von Cultural Diplomacy und von Kultur ganz allgemein im Europäischen Integrationsprozess erörtert. Unter den Vortragenden befanden sich der Präsident der ICD Academy of Cultural Diplomacy und ehemalige rumänische Präsident Dr. Emil Constantinescu oder auch der stellvertretende Vorsitzende des slowakischen Nationalrats Ján Figel sowie Mitglieder des Europäischen Parlaments und der Kommission und einige Botschafter (Makedonien, Frankreich, Bulgarien, aber auch Neuseeland oder Libanon u.w.). Die hier angeführten Aussagen wurden während des Symposiums eigens erstellten Transskripts entnommen. Wörtliche Abweichungen sind daher nicht auszuschließen. Für nähere Informationen siehe www.culturaldiplomacy.org.

LITERATURVERZEICHNIS

EU-Dokumente (Beschlüsse, Verträge, Mitteilungen, Schlussfolgerungen, Berichte)

Commission of the European Communities (CEC) (1973): Dokument über die Europäische Identität. In: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. (12). Luxembourg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG.

Commission of the European Communities (CEC) (Hg.) (1976): European Union. Report by Mr Leo Tindemans to the European Council. *Bulletin der Europäischen Gemeinschaften* Beilage 1/76. Luxembourg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG.

Commission of the European Communities (CEC) (1983): Feierliche Deklaration zur Europäischen Union. In: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften 16 (6). Luxembourg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG, 26–32.

Commission of the European Communities (CEC) (Hg.) (1985): Europa der Bürger. Berichte des Ad-Hoc-Ausschusses. *Bulletin der Europäischen Gemeinschaften* Beilage 7/85. Luxembourg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG.

Commission of the European Communities (CEC) (2004): Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Ausschuss der Regionen. Bericht über die Durchführung der Gemeinschaftsprogramme Kaleidoskop, Ariane und Raphael. Brüssel (COM (2004) final).

Commission of the European Communities (CEC) (2011a): MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT; DEN RAT; DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN. Kreatives Europa - Ein neues Rahmenprogramm für die Kultur- und Kreativbranche (COM (2011) 786).

Commission of the European Communities (CEC) (2011b): Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa (COM (2011) 785).

Cotonou-Abkommen (15.10.2000): PARTNERSCHAFTSABKOMMEN zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits, unterzeichnet in Cotonou am 23. Juni 2000. Fundstelle: ABl. L 317/3.

EA Rumänien (1994): EUROPA-ABKOMMEN zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Rumänien andererseits. Fundstelle: ABl. 1994 L 357.

Kultur 2000 (10.03.2000): BESCHLUSS Nr. 508/2000/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 14. Februar 2000 über das Programm "Kultur 2000". Fundstelle: ABl. L 63/1.

Kultur 2007 (27.12.2006): BESCHLUSS Nr. 1855/2006/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 12. Dezember 2006 über das Programm "Kultur" (2007-2013). Fundstelle: ABl. L 372/1.

Programm Kaleidoskop (1996): BESCHLUSS Nr. 719/96/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 29. März 1996 über ein Programm zur Förderung künstlerischer und kultureller Aktivitäten mit europäischer Dimension (Kaleidoskop). Fundstelle: ABl. L 99.

Programm Ariane (1997): BESCHLUSS Nr. 2085/97/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 6. Oktober 1997 über ein Förderprogramm im Bereich Buch und Lesen einschließlich der Übersetzung (Ariane). Fundstelle: ABl. L 291.

Programm Raphael (1997): BESCHLUSS Nr. 2228/97/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 13. Oktober 1997 für ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Erhaltung des kulturellen Erbes - Programm "Raphael". Fundstelle: ABl. L 305.

De Clercq, Willy (1993): Reflection on information and communication policy of the European Community. Report by the Group of Experts chaired by Mr. Willy De Clercq, Member of the European Parliament. Online verfügbar unter http://aei.pitt.edu/29870/1/DE_CLERCQ_REPORT_INFO_COMM_POLICY.pdf, zuletzt geprüft am 15.09.2013.

European Commission (2001): Enlargement of the European Union. An historic opportunity. Hg. v. Enlargement Information Unit. Brüssel. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/press_corner/publications/corpus_en.pdf, zuletzt geprüft am 11.10.2013.

Europäischer Rat (ER) (1994): Schlussfolgerung des Vorsitzes. In: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften (12). Luxembourg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG.

Europäische Union (EU) (2010a): Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. [März 2010]. Luxemburg: Amt für Veröff. der Europ. Union.

Ruffolo, Giorgio (2001): Report on cultural cooperation in the European Union. Hg. v. Europäisches Parlament. Committee on Culture, Youth, Education, the Media and Sport (A5-0281/2001, 2000/2323(INI)).

Tiemann, Guido; Wimmel, Andreas; Treib, Oliver (2011): Die EU und ihre Bürger. Wien: Facultas Verlag (UTB, 3497).

Monographien, Sammelbände und Beiträge

Anderson, Benedict R. O'G (2006): Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism. Rev. ed. London, New York: Verso.

Antonio Gramsci (1991-2002): Gefängnishefte. 10 Bände. Hg. v. Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Hamburg: Argument Verl.

Bates, Thomas R. (1975): Gramsci and the Theory of Hegemony. In: Journal of the History of Ideas 36 (2), 351–366.

Becker, Joachim (2009): Anatomie der Sozialismen. Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. In: Joachim Becker und Rudy Weissenbacher (Hg.): Sozialismen. Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere. Wien: Promedia (Historische Sozialkunde/internationale Entwicklung, 28), 13–56.

Beckmann Christine (2005): Wichtiges Standbein für die kulturelle Vielfalt Europas. Die Strukturfonds der Europäischen Union. In: Kulturpolitische Mitteilungen IV (111), 39–41.

Berger, Stefan (2008): Narrating the Nation: Die Macht der Vergangenheit. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Europäische Nationalgeschichten. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament". Aus Politik und Zeitgeschichte (1-2). Frankfurt am Main: Societäts-Verlag, 7–13.

Bieler, Andreas; Morton, Adam David (2001): Introduction: Neo-Gramscian Perspectives in International Political Economy and the Relevance to European Integration. In: Andreas Bieler und Adam David Morton (Hg.): Social forces in the making of the new Europe. The restructuring of European social relations in the global political economy. Basingstoke, Hampshire, New York: Palgrave (International political economy series), 3–24.

Bieler, Andreas; Morton, Adam David (2004): A critical theory route to hegemony, world order and historical change. neo-Grascian perspectives in International Relations. In: Capital & Class 82, 85–114.

- Bohle, Dorothee (2013): Neogramscianismus. In: Hans-Jürgen Bieling und Marika Lerch (Hg.): Theorien der europäischen Integration. 3. Aufl. 2013. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint: Springer VS (SpringerLink : Bücher), 165–185.
- Bound, Kirsten et al. (2007): Cultural Diplomacy. Leicester: IPrint.
- Brill, Heinz (2008): Geopolitische Motive und Probleme des europäischen Einigungsprozesses. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): EU - Balkan. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament". Aus Politik und Zeitgeschichte (32). Frankfurt am Main: Societäts-Verlag, 41–46.
- Cerutti, Furio; Lucarelli, Sonia; Schmidt, Vivian A. (Hg.) (2011): Debating political identity and legitimacy in the European Union. London [u.a.]: Routledge (Europe in the world, 11).
- Constantinescu, Emil (2013): What is Cultural Diplomacy? Online verfügbar unter <http://www.youtube.com/watch?v=XcgkSkp0naY>, zuletzt geprüft am 21.11.2013.
- Cox, Robert W. (1993): Gramsci, Hegemony and International Relations. An Essay in Method. Erstmals erschienen 1983 in Millenium, 12(2), 162-75. In: Stephen Gill (Hg.): Gramsci, historical materialism and international relations. Cambridge [England], New York, NY: Cambridge University Press (Cambridge studies in international relations, 26), 49–66.
- Cox, Robert W. (2002a): Reflections and transitions. In: Robert W. Cox: The political economy of a plural world. Critical reflections on power, morals and civilization. Hg. v. Robert W. Cox und Michael G. Schechter. Unter Mitarbeit von Michael G. Schechter. London, New York: Routledge (Routledge/RIPE series in global political economy. RIPE series in global political economy), 26–43.
- Cox, Robert W. (2002b): The political economy of a plural world. Critical reflections on power, morals and civilization. Hg. v. Robert W. Cox und Michael G. Schechter. London, New York: Routledge (Routledge/RIPE series in global political economy. RIPE series in global political economy).
- Cox, Robert W. (2011): Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen. Jenseits einer Theorie Internationaler Beziehungen. Erstmal 1981 erschienen als: "Sozial forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory", in: Millenium: Journal of International Studies 10(2), 126-155. In: Benjamin Opratko (Hg.): Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der internationalen politischen Ökonomie. Dt. Orig.-Ausg. Hamburg: Argument-Verl. (Argument : Sonderband, N.F., 310), 39–83.
- Czempiel, Ernst-Otto (1991): Internationale Beziehungen: Begriff, Gegenstand und Forschungsabsicht. Eine Einführung. In: Manfred Knapp, Gert Krell und Lothar Brock (Hg.): Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch. 2. Aufl. München: R. Oldenbourg, 3–25.
- Datler, Georg (2012): Das Konzept der "europäischen Identität" jenseits der Demos-Fiktion. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Europa. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament". Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (4). Frankfurt am Main: Societäts-Verlag, 57–61.
- Delhey, Jan (2004): Transnationales Vertrauen in der erweiterten EU. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Europäische Identität. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament". Aus Politik und Zeitgeschichte (38). Frankfurt am Main: Societäts-Verlag, 6–13.
- Demirovic, Alex (2007): Politische Gesellschaft - zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci. In: Sonja Buckel und Andreas Fischer-Lescano (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Staatsverständnisse, Bd. 11), 21–41.
- Donskis, Leonidas (2013): The Art of difficult Dialogue. In: The Jan Nowak-Jeziorański College of Eastern Europe (Hg.): Why Cultur Matters. New Eastern Europe July-September (3(VIII)). Krakau: The Jan Nowak-Jeziorański College of Eastern Europe, 7–15.
- Elfferding, Wieland; Eckard, Volker (1979): Societa civil, Hegemonie und Intellektuelle bei Gramsci. In: Manfred Behrens (Hg.): Theorien über Ideologie. Projekt Ideologie-Theorie. Berlin: Argument-Verl (Argument Sonderbände, AS 40), 61–81.

Faschingeder, Gerald (2001): Kultur und Entwicklung. Zur Relevanz soziokultureller Faktoren in hundert Jahren Entwicklungstheorie. Frankfurt a.M, Wien: Brandes und Apsel; Südwind (Geschichte, Entwicklung, Globalisierung, Bd. 1).

Genta, Claire (2013): Die Unionsbürger und ihre Rechte. Kurzdarstellungen über die Europäische Union. Hg. v. Europäisches Parlament. Online verfügbar unter http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_2.2.pdf, zuletzt geprüft am 17.08.2013.

Gienow-Hecht, Jessica C. E. (2010): What Are We Searching For? Cultur, Diplomacy, Agents and the State. In: Gienow-Hecht, Jessica C. E. und Mark C. Donfried (Hg.): Searching for a cultural diplomacy. New York: Berghahn Books (Explorations in culture and international history series, v. 6), 3–12.

Gienow-Hecht, Jessica C. E.; Donfried, Mark C. (2010): The Model of Cultural Diplomacy: Power, Distance, and the Promise of Civil Society. In: Gienow-Hecht, Jessica C. E. und Mark C. Donfried (Hg.): Searching for a cultural diplomacy. New York: Berghahn Books (Explorations in culture and international history series, v. 6), 13–29.

Gill, S. (1995): Globalisation, Market Civilisation, and Disciplinary Neoliberalism. In: Millennium - Journal of International Studies 24 (3), 399–423. DOI: 10.1177/03058298950240030801.

Gill, Stephen (1992): The emerging World Order and European Change: The Political Economy of European Union. In: Socialist Register 28, 157–196.

Gill, Stephen (Hg.) (1993): Gramsci, historical materialism and international relations. Cambridge [England], New York, NY: Cambridge University Press (Cambridge studies in international relations, 26).

Gill, Stephen (2002): Constitutionalizing Inequality and the Clash of Globalizations. In: International Studies Review 4 (2), 47–65.

Grandits, Hannes; Kaser, Karl (2003): Historische Anthropologien im südöstlichen Europa - Aufgaben, Methoden, Theorien, Themen. In: Karl Kaser, Siegfried Gruber und Robert Pichler (Hg.): Historische Anthropologie im südöstlichen Europa. Eine Einführung. Wien: Böhlau, 13–39.

Gusenbauer, Alfred (2006): Presence and Future of the European Union. In: René Cuperus (Hg.): The EU - A Global Player? Wien, Piscataway, N.J: Lit; Transaction Publishers (Austria : forschung and wissenschaft. Politikwissenschaft, Bd. 1), 17–24.

Hall, Stuart (1989): Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihre Bedeutung für die Erforschung von >>Rasse<< und Ethnizität. ND von: Hall, Stuart (1986): Gramscis Relevance for the Study of Race and Ethnicity. In: Journal of Communication Inquiry, Vol. 10, No. 2, 5-27. In: Stuart Hall, Nora Räthzel und Ulrich Mehlem: Idologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften 1. 5. Aufl. Hamburg [u.a.]: Argument-Verl. (Argument : Sonderband), 56–91.

Hannerz, Ulf (1998): Transnational Research. In: H. Russell Bernard (Hg.): Handbook of methods in cultural anthropology. Walnut Creek, Calif: AltaMira Press.

Hillmann, Karl-Heinz; Hartfiel, Günter (2007): Wörterbuch der Soziologie. 5. Aufl. Stuttgart: Kröner.

Hoare, Quentin; Novell Smith, Geoffrey (1999): Selections from the Prison Notebooks. Antonio Gramsci. London, UK: ElecBook, the Electric Book Co. (EB, 0006).

Hobsbawm, E. J.; Ranger, T. O. (1983): The Invention of tradition. Cambridge [Cambridgeshire], New York: Cambridge University Press.

Hobsbawm, Eric J. (2005): Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. 3. Aufl. Frankfurt/Main, New York: Campus-Verl. (Campus-Bibliothek).

Hofbauer, Hannes (2007): EU-Ost Erweiterung. Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen. Wien: Promedia (Brennpunkt Osteuropa).

Hösch, Edgar (2002): Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart. 4., aktualisierte und erw. Aufl. München: Beck (Beck's historische Bibliothek).

- Hourani, Albert (2006): Die Geschichte der arabischen Völker. [von den Anfängen des Islam bis zum Nahostkonflikt unserer Tage]. 5. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl.
- Hupchick, Dennis P. (2002): The Balkans. From Constantinople to Communism. London/Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Jackson Lears, T. J. (1985): The Concept of Cultural Hegemony. Problems and Possibilities. In: The American Historical Review 90 (3), 567–593.
- Jacobitz, Robin (1991): Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik. Arbeitspapier. Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften. Marburg (5), zuletzt geprüft am 21.11.2013.
- Kluge, Friedrich; Seebold, Elmar (1995): Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache. 23. erweiterte Auflage. Berlin New York: de Gruyter.
- Knelangen, Wilhelm (2012): Euroskepsis? Die EU und der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Europa. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament". Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (4). Frankfurt am Main: Societäts-Verlag, 32–40.
- Knoblich, Tobias J. (2004): Kunst- und Kulturförderung im föderativen System. Hintergründe und Probleme. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Kunst- und Kulturpolitik. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament". Aus Politik und Zeitgeschichte (49). Frankfurt am Main: Societäts-Verlag, 5–12.
- Körtner, Jürgen (2005): Antonio Gramsci - die politische Theorie. Vortrag. SPSH-Fortbildung. Online verfügbar unter <http://www.spsch.de/texte/Antonio%20Gramsci%20-%20die%20politische%20Theorie.pdf>, zuletzt geprüft am 17.07.2013.
- Kovács Géza (2013): Political Change and the Performing Arts in Central and Eastern Europe. In: The Jan Nowak-Jeziorański College of Eastern Europe (Hg.): Why Culture Matters. New Eastern Europe July-September (3(VIII)). Krakau: The Jan Nowak-Jeziorański College of Eastern Europe, 37–43.
- Kuhle, Gesa-S. (2005): Schlussfolgerungen aus den gescheiterten Referenden zum Europäischen Verfassungsvertrag. und warum die eigentliche Motivation für die Ablehnung in Frankreich und den Niederlanden nicht im Vertragstext zu finden ist... IEP Policy Brief. Hg. v. Institut für Europäische Politik (2).
- Le Boucher, Éric (2007): L'esprit communautaire a disparu. In: Bronisław Geremek (Hg.): Visions of Europe. Paris: Odile Jacob.
- Lepsius, M. Rainer (2004): Prozesse der europäischen Identitätsstiftung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Europäische Identität. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament". Aus Politik und Zeitgeschichte (38). Frankfurt am Main: Societäts-Verlag, 3–5.
- Lichtenstein, Dennis (2012): Auf der Suche nach Europa: Identitätskonstruktionen und das integrative Potential von Identitätskrisen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Europa. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament". Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (4). Frankfurt am Main: Societäts-Verlag, 3–7.
- Lipsitz, George (1988): The Struggle for Hegemony. In: The Journal of American History 75 (1), 146–150.
- Mazower, Mark (2002): The Balkans. London: Phoenix (Universal history).
- Meyer, Thomas (2006): Actorship and Political Identity In The European Union. In: René Cuperus (Hg.): The EU - A Global Player? Wien, Piscataway, N.J.: Lit; Transaction Publishers (Austria : forschung and wissenschaft. Politikwissenschaft, Bd. 1), 25–35.
- Mokre, Monika (2001): Über kulturelle Hegemonie und europäische Werte. Zu S. Nowotny "Ethos oder Demos?", Kulturrisse 00/00. In: Kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik 01.

- Nation, R. Craig (2003): War in the Balkans, 1991-2002. [Carlisle, Pa.]: Strategic Studies Institute, U.S. Army War College.
- Nissen, Sylke (2004): Europäische Identität und die Zukunft Europas. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Europäische Identität. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament". Aus Politik und Zeitgeschichte (38). Frankfurt am Main: Societäts-Verlag, 21–29.
- Nye, Joseph S. (op. 2004): Soft power. The means to success in world politics. New York: Public Affairs.
- Opratko, Benjamin (Hg.) (2011): Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der internationalen politischen Ökonomie. Dt. Orig.-Ausg. Hamburg: Argument-Verl. (Argument : Sonderband, N.F., 310).
- Opratko, Benjamin; Prausmüller, Oliver (2011): Neogramscianische Perspektiven in der IPÖ. In: Benjamin Opratko (Hg.): Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der internationalen politischen Ökonomie. Dt. Orig.-Ausg. Hamburg: Argument-Verl. (Argument : Sonderband, N.F., 310), 11–38.
- Quenzel, Gudrun (2005): Konstruktionen von Europa. Die europäische Identität und die Kulturpolitik der Europäischen Union. Bielefeld: Transcript.
- Rampton, James; McCoshan Andrew (2010): Interim Evaluation of the Culture Programme 2007-2013. Final Report. ECORYS UK on behalf of the European Commission DG Education and Culture. Hg. v. ECORYS. Birmingham. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/evalreports/culture/2010/progreport_en.pdf, zuletzt geprüft am 21.11.2013.
- Rappel, Simone (2007): Gemeinsame Weltverantwortung und globales Ethos. Christentum - Hinduismus - Konfuzianismus - Daoismus. Paderborn [u.a.]: Schöningh.
- Schechter, Michael G. (2002): Critiques of Coxian theory. Background to a conversation. In: Robert W. Cox: The political economy of a plural world. Critical reflections on power, morals and civilization. Hg. v. Robert W. Cox und Michael G. Schechter. Unter Mitarbeit von Michael G. Schechter. London, New York: Routledge (Routledge/RIPE series in global political economy. RIPE series in global political economy), 1–25.
- Schmale, Wolfgang (2008): Geschichte der europäischen Identität. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Europäische Nationalgeschichten. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament". Aus Politik und Zeitgeschichte (1-2). Frankfurt am Main: Societäts-Verlag, 14–19.
- Schmid, Klaus-Peter (1992): Verpaßte Chance? Europa stellt sich auf das Scheitern von Maastricht ein. Aus dem Archiv bei ZEIT ONLINE. In: DIE ZEIT, 20.11.1992 (48), 26, zuletzt geprüft am 21.11.2013.
- Schnapper, Dominique (2007): L'Europe a-t-elle encore un projet politique. In: Bronisław Geremek (Hg.): Visions of Europe. Paris: Odile Jacob.
- Schwencke, Olaf (2004): Europa fördert Kultur. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Kunst- und Kulturpolitik. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament". Aus Politik und Zeitgeschichte (49). Frankfurt am Main: Societäts-Verlag, 19–25.
- Schwencke, Olaf (2006): Das Europa der Kulturen--Kulturpolitik in Europa. Dokumente, Analysen und Perspektive : von den Anfängen bis zur Grundrechtecharta. 2. Aufl. Bonn, Essen: Kulturpolitische Gesellschaft; Klartext (Edition Umbruch. Texte zur Kulturpolitik, Bd. 14).
- Shore, Cris (2000): Building Europe. The cultural politics of European integration. London, New York: Routledge.
- Strange, Susan (1988): Review of: Production, Power and World Order: Social Forces in the Making of History. by Robert W. Cox. In: International Affairs (Royal Institute of International Affairs 1944-) 64 (2), 269–270.
- Stüdemann, Jörg (2004): Kulturförderung. Despektierliche Anmerkungen und ermunternde Anregungen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Kunst- und Kulturpolitik. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament". Aus Politik und Zeitgeschichte (49). Frankfurt am Main: Societäts-Verlag, 3–4.

Wallerstein, Immanuel (2007): Die Barbarei der anderen. Europäischer Universalismus. Dt. Erstausg. Berlin: Wagenbach (Wagenbachs Taschenbuch, 554).

Weber Raymond (2000): key note speech. International Conference about SE Europe and the Mediterranean region. Wien, 2000.

Wimmer, Andreas; Glick Schiller, Nina (2002): Methodological nationalism and beyond. nation-state building, migration and the social sciences. In: *Global networks : a journal of transnational studies* 2 (4), 301–334.

Internetquellen

APA (2009): Österreichische Preisbindung für deutsche Bücher EU-widrig. In: *Der Standard*, 30.04.2009. Online verfügbar unter <http://derstandard.at/1240550233606/EuGH-Oesterreichische-Preisbindung-fuer-deutsche-Buecher-EU-widrig>, zuletzt geprüft am 21.11.2013.

Böhm, Wolfgang; Gabriel, Anna (2013): Malta: EU-Staatsbürgerschaft für 650.000 Euro. In: *DiePresse.com*, 13.11.2013. Online verfügbar unter http://diepresse.com/home/politik/eu/1475839/Malta_EUStaatsburgerschaft-fur-650000-Euro?from=suche.intern.portal, zuletzt geprüft am 19.11.2013.

Dragičević Šešić, Milena; Suteu, Corina (2005): Challenges of Cultural Cooperation in Southeastern Europe: the Internationalization of Cultural Policies and Practices. In: Nada Švob-Đokić (Hg.): *The emerging cultural industries in Southeastern Europe. Collection of papers from the course on "Managing cultural transitions : Southeastern Europe - The impact of creative industries"*, Inter-University Centre, Dubrovnik, 8-15 May, 2005. Zagreb: Institute for International Relations (Culturelink joint publications series, no. 8), 83–104. Online verfügbar unter http://www.culturelink.org/publics/joint/cultid07/Svob-Djokic_Creative_Industries.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2013.

ECOTEC (2008): Final External Evaluation of the Culture 2000 programme (2000-2006) - Framework Contract on Evaluation, Impact Assessment and Related Services. A final Report for the Directorate General of Education & Culture of the European Commission. Birmingham (c3345). Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/evalreports/culture/2007/report2000_en.pdf, zuletzt geprüft am 21.11.2013.

Europäische Kommission (2008): Culture Archive. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/culture/archive/index_en.html, zuletzt aktualisiert am 03.04.2008, zuletzt geprüft am 17.10.2013.

Europäische Union (EU) (2007): Das PHARE Programm. Online verfügbar unter http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/2004_and_2007_enlargement/e50004_de.htm, zuletzt aktualisiert am 12.02.2007, zuletzt geprüft am 21.11.2013.

Europäische Union (EU) (2010b): The stabilisation and association process. Online verfügbar unter http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/western_balkans/r18003_en.htm, zuletzt aktualisiert am 07.06.2010, zuletzt geprüft am 21.11.2013.

Haug, Wolfgang Fritz: Gramsci und die Politik des Kulturellen. Auf Deutsch zuerst in: *Das Argument* 167, 30. Jg., 1988, H. 1, 32-48; überarb. Fassung in: LAKS (Hg.), *Kulturarbeit und Ästhetik*, Pforzheim 1992, 62-80. Online verfügbar unter <http://www.wolfgangfritzhaug.inkrit.de/documents/GR-PolKult-X.pdf>, zuletzt geprüft am 07.08.2013.

Raphael Zehnder (2013): Die Nachbarn töten - wie kommt das? Interview mit Holm Sundhaussen - Südosteuropahistoriker der Freien Universität Berlin (Kontext). SRF2-Kultur, 05.03.2013. Online verfügbar unter <http://www.srf.ch/player/radio/kontext/audio/die-nachbarn-toeten-wie-kommt-das?id=989c4d84-d693-4981-b832-37d18a10c835>, zuletzt geprüft am 21.11.2013.

Romanian Academic Society; ECUMEST Association (Hg.) (2005): Policy Warning and Forecast Report (Special Issue on Cultural Policies in CEE). Online verfügbar unter <http://www.culturenet.cz/res/data/004/000542.pdf>, zuletzt geprüft am 09.10.2013.

Sundhaussen, Holm (2007): Gibt es europäische Werte? Anmerkungen zu den Wertesystemen der südosteuropäischen Staaten und der EU. Beitrag zur Konferenz "Werte und Politik". Friedrich Ebert Stiftung. Berlin. Online verfügbar unter <http://www.fes.org.mk/pdf/H.Sundhaussen%20-%20Gibt%20es%20europäische%20Werte.pdf>, zuletzt geprüft am 21.11.2013.

TNS Opinion & Social (2012): Standard-Eurobarometer 78. Die Europäische Bürgerschaft. Befragung: November 2012. Hg. v. Europäische Kommission. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb78/eb78_citizen_de.pdf, zuletzt geprüft am 08.08.2013.

Vrbetić, Marta (1994): The Cultural Dimension of the New West-East Relations in Europe. In: Culturelink. Zagreb (Special Issue, review). Online verfügbar unter <http://www.culturelink.org/review/s94/marta.html>, zuletzt geprüft am 05.10.2013.

Wagnleitner, Reinhold (2003): Was heißt Globalisierung. Online verfügbar unter http://www.aurora-magazin.at/gesellschaft/global_wagnleitner_gl_frm.htm, zuletzt geprüft am 31.08.2012.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1: Europawahlen 2009.....	41
Abb. 2: EU-Bürgerschaft.....	51
Abb. 3: Die Balkanländer.....	56
Abb. 4: Religionen in Europa.....	59

ANHANG

EU-KULTURPROGRAMME ÜBERSICHT

EU-Kulturprogramme*	Kreatives Europa 2014 - 2020	Kultur 2000 – 2006	Kultur 2007 – 2013	Kaleidoskop 1996 - 2000	Ariane 1996 - 1999	Raphael 1997 – 1999
Budget	€ 1,801 Mrd.	€ 236,5 Mio.	€ 400 Mio.	36,7 Mio.	11,3 Mio.	30 Mio.
Durchgeführte Projekte	-----	1.509	k.A.	509	880	222
Oberziel	„Wahrung und Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt Europas“ „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Kultur- und Kreativbranche, um intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu fördern“	„Das Programm ‘Kultur 2000’ trägt zur Förderung eines den Europäern gemeinsamen Kulturraums bei.“	„zur Förderung des Kulturraums, den die Europäer miteinander teilen und der auf einem gemeinsamen kulturellen Erbe gründet, beizutragen und damit die Entstehung einer Europabürgerschaft zu begünstigen.“	„im Wege der Zusammenarbeit das künstlerische und kulturelle Schaffen zu unterstützen sowie die Kenntnis und die Verbreitung der Kultur und des Kulturlebens der europäischen Völker zu fördern.“	„die Kenntnis und Verbreitung von Literatur und Geschichte der europäischen Völker sowie der Zugang des europäischen Bürgers dazu verbessert werden soll...“	„im Wege der Zusammenarbeit die Tätigkeit der Mitgliedsstaaten im Bereich des kulturellen Erbes von europäischem Rang zu unterstützen und zu ergänzen.“
Programmziele	a) Förderung der transnationalen Zusammenarbeit b) Unterstützung der Verbreitung kultureller Werke und Förderung von Mobilität von Künstlern sowie der Erschließung neuer Publikumsschichten	e) Förderung des kulturellen Dialogs und des gegenseitigen Kennenlernens von Geschichte und Kultur der europäischen Völker. f) Förderung des kreativen Schaffens und der Verbreitung von Kultur sowie der Künstler- und	a) Förderung der transnationalen Mobilität von Kulturakteuren. b) Unterstützung des transnationalen Austauschs und der Verbreitung von künstlerischen und	a) Förderung von kooperativen, mehrere Teilnehmerstaaten übergreifenden künstlerischen Aktivitäten mit europäischer Dimension. b) Unterstützung innovativer kultureller Projekte europäischer Partner, die	a) Beitrag zur Verbreitung von europäischer zeitgenössischer Literatur, Theaterstücken und Nachschlagewerken b) Förderung des transnationalen Erfahrungs- und Know-How-Austauschs sowie grenzüberschreitenden	a) Erhaltung und Restaurierung des europäischen Kulturerbes b) Förderung der transnationalen Kooperation zur Verbreitung von Verfahrenstechniken (best-practices)

c) Finanzielle Stärkung von v.a. KMUen in der Kreativbranche	Kulturschaffendenmobilität und ihren Werken unter besonderer Berücksichtigung junger, sozial benachteiligten Gruppen und auch kultureller Diversität.	kulturellen Werken und Produkten.	die kulturelle Entwicklung auf regionaler/nationaler Ebene fördern, der europäischen Dimension dienlich sind und „einen echten Zugewinn in kultureller Hinsicht“ erbringen.	Kooperationsprojekten und Partnerschaftsinitiativen	c) Erleichterung des Zugangs zu und der Bürgerpartizipation am europäischen Kulturerbe
d) Förderung der transnationalen politischen Zusammenarbeit	g) Hervorhebung der kulturellen Diversität und der Entwicklung neuer (künstlerischer) Ausdrucksformen		c) Förderung von Projekten zur weiteren Qualifizierung von im kulturellen Sektor tätigen Akteuren.	c) Förderung der Qualität von Übersetzungen durch Weiterbildung von Fachkräften	d) Förderung der transnationalen Kooperation zur Entwicklung neuer Technologien sowie Erhaltung traditioneller Berufe in der Kulturgutpflege
	h) Hervorhebung und Teilen des gemeinsamen kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung auf europaübergreifender Ebene, bei gleichzeitigem Austausch von Know-How und Erfahrungen betreffend seiner Erhaltung und Bewahrung.	c) Förderung des interkulturellen Dialogs	d) Förderung des interkulturellen Dialogs durch Erweiterung des öffentlichen Zugangs zu Kunst und Kultur jeweils anderer Mitgliedsstaaten.	d) Unterstützung innovatorischer Kooperations- und Studienprojekte als komplementäre Maßnahme	e) Berücksichtigung des Kulturguts in anderen gemeinschaftspolitischen Bereichen
	i) Berücksichtigung der Rolle von Kultur in der sozio-ökonomischen Entwicklung.				f) Förderung der Kooperation mit internationalen Organisationen und Drittländern
	j) Stärkung des interkulturellen Dialogs und wechselseitigen Austauschs zwischen europäischen und nicht-europäischen Kulturen.				
	k) Explizite Anerkennung der Kultur als Wirtschaftsfaktor und als Faktor sozialer Integration und Bürgerschaft				

Aktionsbereiche	a) Branchenübergreifend - Einrichtung einer Fazilität für die Kultur- und Kreativbranche - Transnationaler Austausch und Vernetzung von politischen- und kulturellen Akteuren - Studien, Analysen und Evaluierung - Neue branchenübergreifende Unternehmenskonzepte - Kreatives Europa - Desks b) Kultur - Förderungen von digitaler Technik für neue Geschäftsansätze und zum Publikumsausbau - Förderung von internationalen Karrieren - Förderung zur Verbreitung von Literatur und von internationalen Tourneen - Transnationale Kooperationsmaßnahmen - Networking	l) Erweiterung des Zugangs zu und der Beteiligung an Kultur und kulturellen Projekten für so viele Bürger als möglich.	a) Unterstützung kultureller Maßnahmen - Mehr-jährige Kooperationsprojekte - Kooperative Maßnahmen - Spezielle Maßnahmen b) Unterstützung von kulturellen Einrichtungen auf europäischer Ebene c) Förderung von Analysen, als auch der Informationssammlung und -verbreitung sowie Maßnahmen zur Maximierung des Wirkungsbereichs auf Ebene der europäischen Kulturkooperation und Policy Entwicklung	a) Unterstützung von kulturellen Projekten und Veranstaltungen, die netzwerkorientiert oder auf partnerschaftlicher Basis durchgeführt werden. b) Umfassende europäische Kooperationsprojekte von europäischer Dimension, hoher Qualität und großer sozioökonomischer kultureller Wirkung c) Förderung von Projekten mit Drittländerbeteiligung d) Unterstützung zur Umsetzung der Europäischen Kulturstadt und des Europäischen Kulturmonats e) Spezielle Maßnahmen unter welche u.a. die Unterstützung von Studien und Forschung fällt	a) Unterstützung im Bereich der Übersetzung mit Fokus auf in der Union weniger verbreitete Sprachen b) Unterstützung partnerschaftlich durchgeführten Kooperationsprojekten zur Förderung von Buch/Lektüre und zur Verbesserung des Bürgerzugangs c) Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen für zur besseren Kenntnis und Verbreitung europäischer Literatur beitragende Fachkräfte d) Spezifische Maßnahmen zur Verbesserung der kulturellen Zusammenarbeit in den Programmbereichen e) Unterstützung von europäischen Literatur- und Übersetzungspreisen f) Kooperation mit Drittländern	a) Erhaltung, Schutz und Erschließung des europäischen Kulturerbes mittels Zusammenarbeit auf europäischer Ebene b) Erfahrungsaustausch und Entwicklung angewandter Techniken c) Zugang zu und Partizipation am Kulturerbe sowie Aufklärung der Bevölkerung d) Kooperation mit internationalen Organisationen und Drittländern
		d) Spezifische innovative und/oder experimentelle Aktionen e) In strukturierte, mehr-jährige, transnationale Kulturkooperations-Abkommen integrierte Maßnahmen f) Bestimmte Kultur-Events mit einer europäischen und/oder internationalen Dimension				

- Interkultureller Dialog und Förderung von gegenseitigem Verständnis im Rahmen von gesonderten Maßnahmen wie der europäischen Kulturhauptstadt.

c) MEDIA

- Förderung von Produktion und transnationaler Verbreitung von AV-Werken (inkl. Online-Vertriebskonzepte)
- Verbesserung des Marktzugangs
- Anziehung neuer Publikumsschichten
- Unterstützung von internationalen Koproduktionen (inkl. TV-Sender)

Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Organisationen

a) Beitritts-, Kandidaten-, und potentielle Kandidatenländer in der pre-accession strategy lt. In Abkommen festgelegten Bestimmungen	g) Länder des europäischen Wirtschaftsraumes	a) EFTA-Länder, sofern EWR-Mitglied (Bestimmungen lt. EWR-Abkommen)	a) Assoziierte Länder Mittel- und Osteuropas	a) Assoziierte Länder Mittel- und Osteuropas	a) Assoziierte Länder Mittel- und Osteuropas
b) EFTA-Länder, sofern EWR-Mitglied	h) Zypern	b) Beitrittskandidaten die in die pre-accession strategie fallen (gemäß den Bestimmungen lt. Jeweiliger Rahmenabkommen)	b) Zypern und Malta	b) Zypern und Malta	b) Zypern und Malta
c) Schweiz	i) Assoziierte Länder Mittel- und Osteuropas	c) Die westlichen Balkanländer (gemäß der Bestimmungen lt. Jeweiliger Rahmenabkommen)	c) Andere Drittländer mit denen Assoziierungs-/Kooperationsabkommen mit kulturellem Aspekt geschlossen wurden... unter der Bereitstellung zusätzlicher Mittel	c) Andere Drittländer mit denen Assoziierungs-/Kooperationsabkommen mit Kulturteil geschlossen wurden (auf Grundlage zusätzlicher Mittel)	c) Andere Drittländer mit denen ein Kooperations-/Assoziierungsabkommen mit Kulturteil geschlossen wurde (auf Grundlage zusätzlicher Mittel)
d) Europäischer Nachbarschaftsraum nach Bestimmungen der	... entsprechend der geschlossenen Assoziierungsabkommen bzw. deren Zusatzprotokollen	... Die Voraussetzungen erfüllende Länder sind berechtigt voll und ganz am	d) International im Kulturbereich tätige Organisationen wie die	d) International im Kulturbereich tätige Organisationen wie die UNESCO oder auch der	d) Internationale im Kultursektor tätige Organisationen wie die
	j) Weitere Drittländer, die über ein entsprechendes Kooperations-				

	jeweiligen Verfahren	/Assoziierungsabkommen inklusive Kulturklausel verfügen	Programm teilzunehmen (sofern zusätzliche Mittel bereitgestellt werden)	UNESCO und auch der Europarat	Europarat	UNESCO und auch der Europarat
e)	Internationale Organisationen wie UNESCO, Europarat, OECD	k) Internationale Organisation wie die UNESCO oder der Europäische Rat	d) Weitere Drittländer, die über ein entsprechendes Kooperations- /Assoziationsabkommen inklusive Kulturklausel verfügen			
f)	Nicht-Teilnehmerländer unter bestimmten Voraussetzungen		e) Internationale Organisationen wie die UNESCO oder der Europäische Rat			

*In dieser dem Überblick dienenden Darstellung werden die einzelnen Punkte teilweise verkürzt wiedergegeben. Für eine exakte Beschreibung siehe den Wortlaut der jeweiligen Programme bzw. auch die jeweilige Programmhomedpage. Für weitere Informationen siehe auch (ECOTEC 2008; CEC 2004)

DEUTSCHE ZUSAMMENFASSUNG

Schlüsselbegriffe: *Europäische Integration, Europäische Union, Europäische Kultur, Hegemonie, Gramsci, Europäische Identität, Balkan, Cultural Diplomacy*

Krisen schärfen den Blick. Und so wurde mit der nicht enden wollenden Wirtschafts- und Finanzkrise auch der Blick hinter die kampfrhetorisch oder auch therapeutisch klingenden Politfloskeln gewagt und festgestellt, dass der Kern des europäischen Dilemmas nicht in den Zahlungsbilanzen zu finden ist.

Die wiederentdeckte Identitätskrise Europas, gekoppelt an einen dem Demokratiedefizit geschuldeten Legitimitätsverlust europäischer Institutionen, stellt zum wiederholten Male die Frage nicht nur nach einer europäischen Identität per se in den Raum, sondern auch nach deren Notwendigkeit für das Gelingen des politischen Projekts Europa.

Die zuletzt in Hinblick auf das Scheitern der EU-Verfassung 2005 wieder aufgeflamnte Debatte zur europäischen Identitäts- und Kulturpolitik, nahm ihren Ursprung bei europäischen Größen wie Jean Monnet und Robert Schuman. Mit dem „Dokument über die Europäische Identität“ 1973, wurde der erste Schritt in Richtung einer Europapolitik auf kulturellem Terrain getätigt. Doch erst mit dem im Vertrag von Maastricht enthaltenem Kulturartikel 151, wurde ein Aktivwerden der EU in kulturellen Belangen festgeschrieben. Mit dem Programm Kultur 2000 wurden dann nochmals neue Standards in der europäischen kulturellen Zusammenarbeit gesetzt, welche bis heute fortentwickeln.

Warum europäische Kulturpolitik, wozu dient sie und wie tritt sie auf? Weist sie homogenisierende Tendenzen auf oder steht sie im Zeichen des europäischen Mottos „Einheit in der Vielfalt“? Wie passt eine kulturell konzipierte europäische Identität in den kulturpolitischen Rahmen? Wie widerstandsfähig ist dieses Konzept und wo steht die EU eigentlich im Diskurs um „kulturelle Hegemonie“?

Antonio Gramscis Hegemonialtheorie soll dazu beitragen, der europäischen Identitäts- und Kulturpolitik auf den Zahn zu fühlen, um ihre politischen Ziele und Beweggründe zu akzentuieren. In Kombination mit der Praxis der Cultural Diplomacy, wird die sozialpolitische Bedeutung europäischer Identitätskonstruktionen durch Kultur, v.a. in Hinblick auf Europas süd-östliche Peripherie, ergründet.

ENGLISH SUMMARY

Keywords: *European Integration, European Union, European Culture, Hegemony, Gramsci, European Identity, Balkans, Cultural Diplomacy*

Crises in general, have the potential to make one look more clearly at how problems are constituted. Several years after the outbreak of the current economic and financial crisis, we have finally come to understand that the issue is not how to dissolve this fiscal debacle whilst minimizing the monetary damage, the issue is to find out where we want to go, in which direction this Europe should proceed.

This rediscovered European identity crisis, combined with a general lack of legitimacy of European institutions due to the long recognized democratic deficit, raises the question whether such a thing as a European identity actually exists and whether its existence is required in order for the European political project to succeed.

The debate on European identity and cultural policy, most recently caused by the massive rejection of the Constitutional Treaty in 2005, originated at the very beginning of what we know today as the EU. With the “Declaration on European Identity” signed in 1973, the heads of government of the member states took the first step towards a European cultural policy. However, it took twenty years until an independent article on culture that constituted the EU's cultural responsibility, was finally introduced in the Maastricht Treaty. It took yet another decade, before the EU proposed an (almost) all cultural activities – literature, visual arts, music – encompassing cultural program, “Culture 2000”, which should set new standards in trans-European cultural cooperations.

Why cultural policy, what is it for and how does it work? Does it show a tendency towards homogenization or does the European motto “Unity in Diversity” prevail? How does a culturally designed European identity fit into the cultural policy frame? How resilient is this concept and what is the EU's position in the midst a discourse on “cultural hegemony”?

Antonio Gramsci's theory of hegemony shall help to address the European cultural and identity debate, to highlight the inherent political objectives and motivations. Combining cultural hegemony with the concept of Cultural Diplomacy, may help to extract the socio-political impact of European cultural identity constructions on Europe's south-eastern periphery in particular.

CURRICULUM VITAE

JUNO REGINA SCHWARZ

Radelmayergasse 6/15, 1190 Wien

+43 699 19 03 84 84

juno.schwarz@gmail.com

Geburtsdatum 04.11.1987

Geburtsort Graz



AUSBILDUNG

geplant	MSc. in Development Management an der Open University
04/2007 – 12/2013	Universität Wien <i>Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung</i>
03/2007 – 04/2011	Wirtschaftsuniversität Wien <i>Wirtschafts- und Sozialwissenschaften</i>
10/2006 – 10/2007	Universität Wien <i>Rechtswissenschaften</i>
09/1998 – 06/2006	Matura Stiftsgymnasium Admont, Steiermark

WEITERBILDUNG

06/2013	„International Symposium on Cultural Diplomacy in the EU“, Brüssel
01/2012	„Training in Interkultureller Kommunikation“, World Vision, Frankfurt/Main
2011 + 2010	Rhetorikkurse , PhDr. Ferdinand Stürgkh MSc, MAS, Wien
03/2009	NLP-Kurs, VHS Graz

SPRACHEN

Deutsch	Muttersprache
Englisch	C1: Certificate in Advanced English (CAE)
Französisch	B2/C1: Diplôme d'Etude en langue Française (DELF B2) - mehrere Sprachaufenthalte in Frankreich (u.a. Cavilam Vichy - Universités de Clermont-Ferrand, langue onze Toulouse, Ifalpes Chambéry)
Spanisch	Grundkenntnisse

AKTUELLE INTERESSEN

Projektplanung- und design
Entwicklungsökonomie
PHP
Wordpress
Arabisch

